

MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

JUNI 1951

Inhalt

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Juni 1951	1
Geld und Kredit	1
Öffentliche Finanzen	7
Produktion, Absatz und Beschäftigung	13
Preise	21
Außenwirtschaft	28
Die Ausgleichsforderungen der Geschäftsbanken	36
Statistischer Teil	41

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Juni 1951¹⁾

Geld und Kredit

Die der Wirtschaft insgesamt zur Verfügung stehenden liquiden Mittel haben sich auch in den letzten Wochen weiter erheblich vergrößert, obgleich durch hohe Bardepotgestellungen für Einfuhrbewilligungsanträge sowie durch den Quartalssteuertermin im Juni beträchtliche Beträge vorübergehend aus dem Kreislauf herausgezogen wurden. Die Ursache für die Erweiterung der Geldversorgung lag vor allem darin, daß nach wie vor die Erlöse aus Exporten beträchtlich größer waren als die Aufwendungen für Importe, und daß die Banken ihre Kredite zeitweise stark ausdehnten. Der Ausweitung der Geldversorgung stand auf der anderen Seite ein allmähliches weiteres Nachlassen der Ausgabeneigung gegenüber, das sich in verschiedenen Symptomen äußert, die auf eine Verlangsamung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes hindeuten.

¹⁾ Abgeschlossen am 21. Juli 1951.

Die Bestimmungsgründe der Geldversorgung

Die kurzfristigen Bankkredite an Wirtschaftsunternehmungen und Private unterlagen in den letzten Wochen starken Schwankungen, die offenbar mit der Entwicklung der bei den Landeszentralbanken für Einfuhrbewilligungsanträge zu hinterlegenden Bardepots in engem Zusammenhang standen. Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, sind in der letzten Zeit die Kredite stets gestiegen, wenn das Bardepot zunahm, und umgekehrt haben die Kredite immer abgenommen, wenn Rückflüsse aus den Bardepots eintraten. Einerseits dürfte es sich dabei einfach darum handeln, daß die für die Bardepotgestellung benötigten Beträge unmittelbar im Kreditwege aufgebracht werden, so daß die Kredite wieder abgedeckt werden können, wenn die Bardepots zurückfließen.

Aber auch für den anderen Teil der Fälle, in denen kein derart enger Zusammenhang zwischen Kreditgewährung und Bardepotgestellung besteht, pflanzt sich offenbar der starke, durch die Bardepots ausgelöste Geldentzug auf dem Wege über die Inanspruchnahme von Lieferantenkrediten u. ä. auch auf die nicht unmittelbar am Import beteiligten Wirtschaftskreise fort, so daß der Kreditbedarf der Wirtschaft insgesamt steigt. Während nun aber bis etwa Ende Mai die Kredite der 480 wöchentlich berichtenden Banken, unter denen die an der Außenhandelsfinanzierung beteiligten Banken zum größten Teil erfaßt sind, stets weniger stark zugenommen bzw. stets stärker abgenommen hatten als die Bardepots, war in fast allen Wochen seit Anfang Juni das Umgekehrte der Fall: Die Zunahme der Kredite ging über die gleichzeitige Zunahme der Bardepots hinaus oder die Abnahme der Kredite war schwächer als die zu vergleichende Abnahme der Bardepots. So hatten noch im Mai die Wirtschaftskredite der 480 wöchentlich berichtenden Banken bei einer Netto-Erhöhung der Bardepots um 410 Mill. DM nur um 97 Mill. DM zugenommen. Dagegen sind im Monat Juni die kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken um etwa 232 Mill. DM gestiegen, während die Bardepots per Saldo in diesem Monat nur um 92 Mill. DM zugenommen haben.

Kurzfristige Wirtschaftskredite im Vergleich zu den Exportkrediten und zum Bardepot

Veränderungen: Zunahme (+) Abnahme (—)
in Mill. DM

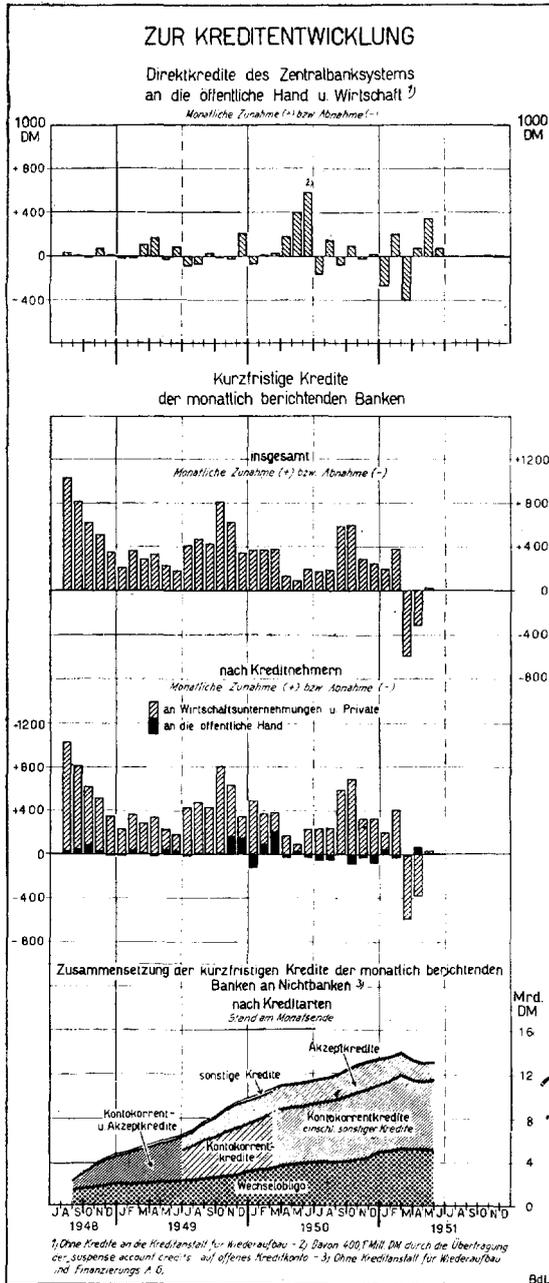
Monat bzw. Woche	Kurzfristige Kredite an Wirtschaftsunter- nehmungen und Private		Im Zentral- banksystem refinan- zierte Export- kredite	Bar- depots
	monatl. berichtende Banken	wöchentl. berichtende Banken		
1951				
Januar	+ 155	+ 101	+ 50	+ 138
Februar	+ 419	+ 293	+ 44	+ 74
März	— 589	— 495	+ 60	— 325
April	— 382	— 296	+ 68	— 32
Mai	+ 25	+ 97	+ 95	+ 410
1. Woche		— 5	+ 17	+ 76
2. Woche		+ 52	+ 4	+ 190
3. Woche		+ 138	+ 43	+ 121
4. Woche		— 88	+ 31	+ 23
Juni		+ 232	+ 138	+ 92
1. Woche		— 13	+ 19	— 87
2. Woche		+ 373	+ 41	+ 350
3. Woche		— 72	+ 33	— 121
4. Woche		— 56	+ 45	— 50
Juli				
1. Woche		+ 257	+ 30	+ 257
2. Woche		— 193	+ 16	— 598

In der ersten Juli-Woche allein schollen die Bardepots und die Kredite gleichzeitig um je rund eine viertel Mrd. DM an. Die Tendenz zur Ausweitung der in der Geschäftssphäre zirkulierenden Geldbeträge durch Kreditgewährung ist also seit einigen Wochen unverkennbar, auch wenn rein ziffernmäßig das Kreditvolumen zeitweise zurückgegangen ist.

Innerhalb der kurzfristigen Wirtschaftskredite ist der Anteil der von den Kreditrückführungsmaßnahmen nicht betroffenen Exportkredite weiter gestiegen. Der genaue Umfang der von den Geschäftsbanken gewährten Exportkredite ist zwar nicht bekannt, aber ein einigermaßen verlässlicher Einblick dürfte durch die Entwicklung der beim Zentralbanksystem refinanzierten Exportkredite¹⁾ gegeben sein. Ihre ununterbrochene Erhöhung seit März (vgl. Tabelle), d. h. seit dem Beginn der Kreditrückführungsaktion, hängt nicht nur mit der gleichzeitigen Ausdehnung des Exports, sondern offenbar auch damit zusammen, daß die Wirtschaft zunehmend auf dieses besonders billige und von der Kreditbeschränkung ausgenommene Mittel zur Finanzierung ihres Betriebsmittelbedarfs ausweicht. Der Gesamtbetrag der im Zentralbanksystem refinanzierten Exportkredite war am 15. Juli 1951 auf 610 Mill. DM gestiegen.

Für die Erweiterung der Geldversorgung haben außer den kurzfristigen Krediten nach wie vor auch die längerfristigen Kredite der Geschäftsbanken eine gewisse Rolle gespielt. Die seit Ende Mai eingetretene Steigerung dieser Kredite kann zwar noch nicht endgültig beurteilt werden, aber es ist unwahrscheinlich, daß sie in voller Höhe durch Geldkapitalbildung gedeckt war. Bei den wöchentlich berichtenden Banken haben die mittel- und langfristigen Kredite an Nichtbanken im Juni etwa um 210 Mill. DM (gegen 165 Mill. DM im Mai) zugenommen. Der weitaus größte Teil davon dürfte auf langfristige Kredite, d. h. auf Kredite mit einer Laufzeit von vier Jahren und mehr, entfallen. Die in diesen Krediten enthaltenen Investitionskredite aus counterpart funds, für die die Banken praktisch nur Vermittlungsstellen — wenn auch mit eigener Teilhaftung — sind, waren im Juni infolge der Ende Mai erfolgten Freigabe

¹⁾ Auslandswechsel, Exporttratten und Solawechsel mit Giro der Kreditanstalt für Wiederaufbau.



von 150 Mill. DM aus der III. ERP-Tranche höher als im Vormonat: Aus dem Zentralbanksystem flossen für Investitionskredite im Bundesgebiet im Juni 59 Mill. DM ERP-Mittel ab gegen 33 Mill. DM im Mai und 49 Mill. DM im April, und außerdem wurden vom ERP-Sonderkonto der Berliner Zentralbank bei der Bank deutscher Länder weitere 24 Mill. DM (gegen 13 Mill. DM im Mai und 10 Mill. DM im April) abgerufen. Insgesamt wurden somit im Juni 83 Mill. DM für Investitionskredite freigegeben

counterpart funds aus dem Zentralbanksystem abgerufen (gegen 45 Mill. DM im Mai und 59 Mill. DM im April).

Die Spartätigkeit, aus der die Mittel für langfristige Kredite (soweit sie nicht aus Gegenwertmitteln stammen) eigentlich fließen sollten, entwickelte sich in der letzten Zeit relativ zufriedenstellend. Sie war im Juni etwas größer als im Mai, wenigstens soweit sie sich in Form von Spareinlagen und Wertpapierkäufen vollzog. So haben die Spareinlagen bei den wöchentlich berichtenden Banken im Juni um 32 Mill. DM (nach Ausschaltung von Umbuchungen) gegenüber 28 Mill. DM im Mai zugenommen, und neuerdings ist anscheinend eine weitere Besserung eingetreten (erste Juli-Woche Spareinlagen + 15 Mill. DM). Auch der Absatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen hat sich im Juni mit 30 Mill. DM (gegen 22 Mill. DM im Mai) etwas gebessert.

Die kassenmäßige Entwicklung der öffentlichen Haushalte, soweit sie sich aus den Kreditstatistiken und den Zentralbankausweisen beurteilen läßt, scheint in den letzten Wochen — im ganzen gesehen — zur Erweiterung der Geldversorgung der Wirtschaft nicht beigetragen zu haben. Die Bankeinlagen öffentlich-rechtlicher Körperschaften dürften im Gegenteil zumindest im Juni stärker gewachsen sein als die Kredite an öffentliche Stellen. Dabei sind aber beträchtliche Unterschiede in der Kassenentwicklung des Bundes einerseits und der Länder andererseits zu verzeichnen, über die im einzelnen im Abschnitt „Öffentliche Finanzen“ berichtet wird. Während nämlich der Bund genötigt war, in stärkerem Maße auf den Kredit der Bank deutscher Länder zurückzugreifen (die Kredite des Zentralbanksystems an den Bund stiegen im Juni um 140 Mill. DM auf 607 Mill. DM¹⁾), konnten die Länder infolge hoher Einnahmen zum Quartalssteuertermin im Juni die von ihnen in Anspruch genommenen Zentralbankkredite leicht reduzieren. Stark zugenommen haben auch — wohl aus dem gleichen Grunde — die Einlagen öffentlich-rechtlicher Körperschaften bei den Geschäftsbanken. Die Steigerung betrug bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken im Juni 228 Mill. DM

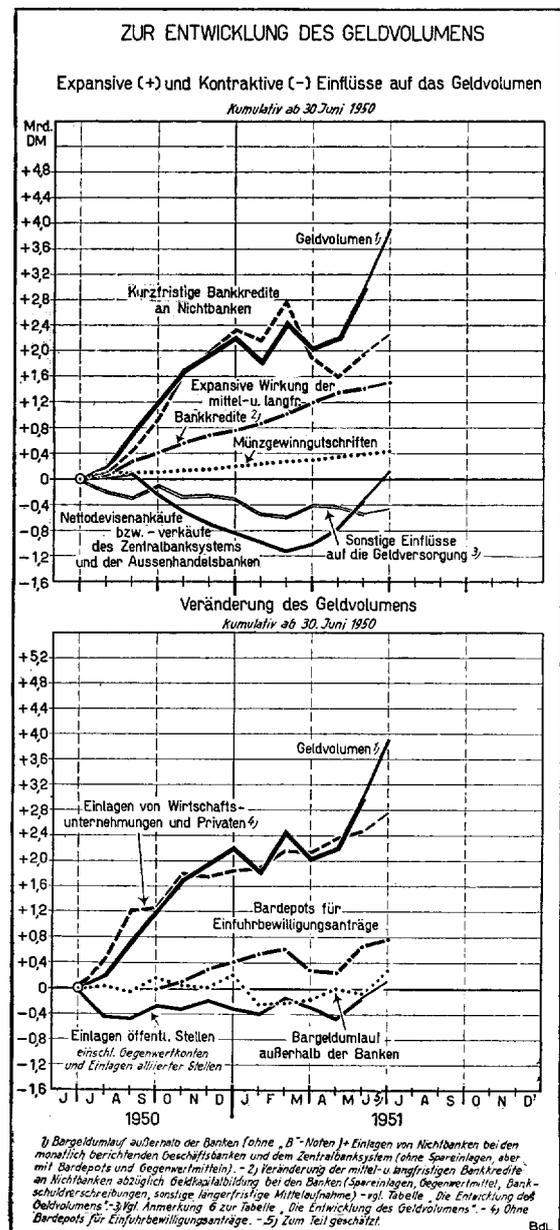
¹⁾ Kassenvorschuß der Bank deutscher Länder und Bestand der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen des Bundes.

(auf 2 815 Mill. DM). Auf der anderen Seite haben sich die (in der Statistik als Kredite an öffentliche Stellen ausgewiesenen) Schatzwechselanlagen der Geschäftsbanken im Juni stärker (um etwa 40 Mill. DM auf 290 Mill. DM) erhöht, eine Folge der Verflüssigungstendenzen im Bankensystem, über die weiter unten im Abschnitt über die Liquiditätsentwicklung Näheres berichtet wird. Allerdings hatte trotz dieser Erhöhung das Geschäftsbankensystem nur ein knappes Fünftel des Gesamtumschs an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen des Bundes und der Bundesbahn (1,24 Mrd. DM am 30. Juni 1951) im Portefeuille, die gute Hälfte lag bei anderen, im wesentlichen öffentlichen Anlegern, während reichlich ein Viertel (überwiegend Schatzwechsel der Bundesbahn) das Zentralbanksystem besaß.

Hat somit die Kassenentwicklung der öffentlichen Haushalte im Juni — im Gegensatz zu den vorangegangenen zwei Monaten — eher beengend auf die Geldversorgung der Wirtschaft gewirkt, so hat andererseits der anhaltende Überschuß der Exporterlöse über die Importzahlungen dem Geldkreislauf weiterhin beträchtliche, wenn auch gegenüber dem Mai etwas verminderte Beträge neu zugeführt. Der Auszahlungsüberschuß auf den bei der Bank deutscher Länder geführten Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts hatte im Mai in der Größenordnung von fast einer halben Mrd. DM gelegen. Der wichtigste Gegenposten hierfür war der Mai-Überschuß in der EZU-Abrechnung in Höhe von 81 Mill. \$ gewesen. Im Juni belief sich dagegen der Auszahlungsüberschuß bei der Bank deutscher Länder, gemessen an der Entwicklung des Saldo der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts, nur auf etwa 310 Mill. DM. Im gleichen Monat verbesserte sich allerdings daneben auch die Devisenposition der Außenhandelsbanken beträchtlich, da diese im Zusammenhang mit der Zunahme der Einfuhrakkreditive ihre ausländischen Deckungsguthaben erhöhen mußten. Für die Beurteilung der geldpolitischen Gesamtwirkung der Zahlungsabwicklung des Auslandsgeschäfts müssen die Veränderungen der Auslandsposition der Bank deutscher Länder und der privaten Außenhandelsbanken naturgemäß zusammengefaßt werden.

Die Entwicklung des Geldvolumens

Infolge der geschilderten Kreditausweitung der Geschäftsbanken und der Netto-Devisenankäufe hat das Geldvolumen, global betrachtet, im Juni kaum weniger zugenommen als im vorangegangenen Monat. Allerdings ist dabei zu beachten, daß das Geldvolumen als Ganzes genommen nur wenig Aussagewert für die Entwicklung der Liquidität der Wirtschaft besitzt, wenn nicht auch seine Zusammensetzung berücksichtigt wird. Im Juni entfiel von der Gesamtzunahme des Geldvolumens reichlich ein



Die Entwicklung des Geldvolumens
Bestimmungsgründe bzw. Veränderungen
in Mill. DM

	1951					
	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
A. Expansive (+) und kontraktive (—) Einflüsse auf die Geldversorgung						
1. Bankkredite¹⁾ an Nichtbanken						
a) kurzfristige						
Geschäftsbanken	+ 118	+ 423	— 506	— 352	+ 5	+ 250 ²⁾
Zentralbanksystem ²⁾	— 269	+ 206	— 403	+ 79	+ 347	+ 75
b) Wirkung der mittel- und langfristigen Kreditgewährung der Banken auf das Geldvolumen						
	+ 128	+ 138	+ 184	+ 158	+ 72	+ 75 ³⁾
<i>Zur Erläuterung der Position A1b):</i>						
<i>Zu- (+) oder Abnahme (—) der mittel- und langfristigen Bankkredite</i>						
	(+ 282)	(+ 312)	(+ 457)	(+ 390)	(+ 262)	(.)
<i>davon abzusetzen: Geldkapitalbildung bei den Banken, und zwar:</i>						
<i>Spareinlagen</i>						
<i>Von Banken im Bundesgebiet aufgenommene Gegenwertmittel</i>	(+ 5)	(+ 6)	(— 12)	(+ 27)	(+ 42)	(+ 60 ³⁾)
<i>Absatz von Bankschuldverschreibungen</i>	(+ 38)	(+ 43)	(+ 142)	(+ 49)	(+ 33)	(+ 50)
<i>Sonstige längerfristige Mittelaufnahme</i>	(+ 47)	(+ 30)	(+ 33)	(+ 80)	(+ 22)	(+ 30)
	(+ 64)	(+ 95)	(+ 104)	(+ 76)	(+ 93)	(.)
2. Münzgewinnzuschriften						
	+ 47	+ 41	+ 31	+ 38	+ 40	+ 40
3. Nettodevisenankäufe (+) bzw. Nettodevisenverkäufe (—) des Zentralbanksystems und der Außenhandelsbanken						
	— 145	— 143	+ 108	+ 260	+ 458	+ 401
Saldo A	— 121	+ 665	— 586	+ 183	+ 922	+ 841 ⁴⁾
B. Veränderung des Geldvolumens						
<i>Zunahme (+) oder Abnahme (—)</i>						
1. Bargeldumlauf außerhalb der Banken (Noten — ohne „B“-Noten — und Münzen)						
	— 472	+ 12	+ 70	+ 159	— 56	+ 347 ²⁾
2. Einlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten (ohne Spareinlagen)						
Sichtdepositen	+ 47	+ 268	— 22	+ 214	+ 122	+ 220 ²⁾
Termindepositen	(— 106)	(+ 98)	(— 70)	(+ 145)	(+ 40)	(.)
	(+ 153)	(+ 170)	(+ 48)	(+ 69)	(+ 82)	(.)
3. Einlagen deutscher öffentlicher Stellen (ohne Gegenwertmittel)						
	— 231	+ 166	— 47	— 273	+ 280	+ 240 ²⁾
4. Einlagen alliierter Stellen						
	+ 129	— 8	— 16	+ 47	— 4	+ 40
5. Gegenwertmittel im Zentralbanksystem						
	+ 21	+ 76	— 81	+ 44	+ 54	— 38
6. Bardepots für Einfuhrbewilligungen (Asservatenkonten bei den Landeszentralbanken)						
	+ 139	+ 74	— 325	— 32	+ 410	+ 92
Saldo B	— 367	+ 608	— 421	+ 159	+ 806	+ 901 ⁴⁾
C. Differenz zwischen Saldo B und Saldo A (Summe aller nicht in A enthaltenen expansiven (+) und kontraktiven (—) Einflüsse auf die Geldversorgung⁵⁾)						
	— 246	— 57	+ 165	— 24	— 116	.

¹⁾ Zentralbanksystem, monatlich berichtende Banken, Teilzahlungsbanken, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Finanzierungs-AG., Speyer, Post-scheck- und Postsparkassenämter. — ²⁾ Einschließlich des Wertpapierverkaufs von Nichtbankenseite. — ³⁾ Geschätzt. — ⁴⁾ Teilweise geschätzt. — ⁵⁾ Ohne Berücksichtigung der evtl. Veränderungen der Kassenbestände der Geschäftsbanken. — ⁶⁾ Enthält die Veränderungen folgender Bilanzpositionen: Ausgleichsforderungen, Wertpapiere, Beteiligungen, Grundstücke und Gebäude, sonstige Aktiva; kurzfristig aufgenommene Gelder, Kapital, Rücklagen, Rückstellungen, Wertberichtigungen, sonstige Passiva; ferner die Veränderung des Saldos der Interbankverschuldung und die Veränderung des Umlaufs an „B“-Noten.

Viertel (rd. 240 Mill. DM) auf Bankeinlagen öffentlich-rechtlicher Stellen, was — wie oben bereits erwähnt — in der Hauptsache eine Folge des Quartalssteuertermins ist. Außerdem wurden bei den Landeszentralbanken auf den Asservatenkonten für Einfuhrbewilligungsanträge im Juni fast 100 Mill. DM vorläufig stillgelegt. Auf den Gegenwertkonten überwogen die Auszahlungen leicht, während andererseits die Konten alliierter Dienststellen geringfügig zugenommen haben. Das in den Händen der Un-

ternehmer und Konsumenten befindliche Geld dürfte sich im Juni insgesamt um rd. 0,6 Mrd. DM vermehrt haben, so daß sich das Liquiditätsvolumen der Wirtschaft, gemessen an ihrer Geldversorgung insgesamt, im vergangenen Monat ungewöhnlich stark erweitert hat. Auf der anderen Seite macht sich — soweit aus den Ziffern der wöchentlichen Bankenstatistik zu schließen — eine etwas erhöhte Neigung zur Festlegung von Geldern auf Terminkonten bemerkbar, was immerhin darauf hindeutet, daß der Ausgabedrang

mindestens partiell etwas nachgelassen haben dürfte. Den gleichen Eindruck leicht rückläufiger Ausgabeneigung vermittelt auch die Entwicklung des Bargeldumlaufs. Die von Ausbruch des Koreakonflikts an bis in den Februar 1951 hinein stark überhöhte Umlaufgeschwindigkeit des Bargeldes, die teilweise auf der Auflösung umfangreicher Bargeldhorte beruhte und statistisch in relativ niedrigem Bargeldumlauf zum Ausdruck kam, scheint sich weiter zu normalisieren. So hat der Bargeldumlauf im Juni gegenüber Mai abermals zugenommen, und zwar im Durchschnitt der vier Bankenwochen-Schlußtage um rd. 140 Mill. DM. Im Verlaufe der vier Monate bis Juni ist er damit (bei Durchschnittsberechnung) ununterbrochen, und zwar um rd. 350 Mill. DM (gleich 5 vH) gestiegen, was mehr ist als nach dem Saisonindex des Zahlungsmittelumlaufs, berechnet auf Basis der Jahre 1925 bis 1937¹⁾, etwa zu erwarten gewesen wäre. In der ersten Julihälfte hat sich die Tendenz zur Steigerung des Bargeldumlaufs kräftig fortgesetzt. Die Vermutung ist hiernach nicht unbegründet, daß zur Zeit in gewissen, allerdings wohl sehr beschränktem Umfang auch wieder in Bargeldform gespart wird.

Die Entwicklung der Bankenliquidität

Während die Liquidisierung der Wirtschaft außerhalb der Banken im Juni weitere Fortschritte machte, wurde der Verflüssigungsprozeß bei den Banken im Juni vorübergehend unterbrochen. Die Liquidität der Banken unterlag dabei vor allem im Zusammenhang mit der Entwicklung der Bardepots gewissen Schwankungen, denn das zweimalige ruckartige Anschwellen der Bardepots (in der zweiten Juni-Woche und in der ersten Juli-Woche) spannte die finanzielle Lage der Banken naturgemäß an. In der gleichen Richtung wirkte die Steigerung des Notenumlaufs zum Monatsende. Andererseits führten aber die Ausfuhrüberschüsse und die Kreditbeanspruchung der Bank deutscher Länder durch den Bund den Banken ständig Zentralbankgeld zu, so daß sie von dieser Seite her zeitweise stärker verflüssigt wurden. Die durchschnittliche Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Banken hat im Juni ebenso wie im Mai rd. 4,2 Mrd. DM betragen; ihr standen in beiden Monaten durchschnitt-

¹⁾ Vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juni 1949, S. 38.

lich rd. 1,9 Mrd. DM Reserveguthaben gegenüber. Als Ergebnis der geschilderten gegenläufigen Faktoren hat sich also die Bankenliquidität für alle Banken zusammengenommen im Durchschnitt

Die Bestimmungsfaktoren des Refinanzierungsbedarfs der Geschäftsbanken beim Zentralbanksystem nach dem „Zusammengefaßten Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken“ in Mill. DM

	1951		
	April	Mai	Juni
Die einzelnen Faktoren (ohne die untenstehenden Änderungen des Reserve-Solls)	Die Vorzeichen geben die Veränderung der Faktoren auf die Bankenliquidität an		
1. Noten- und Münzumlauf	— 202	+ 45	— 350
2. Zentralbankeinlagen			
a) deutscher öffentlicher Stellen (einschl. abgegebener Ausgleichsforderungen, ohne Gegenwertkonten des Bundes)	+ 204	— 208	+ 21
b) Gegenwertmittel (Gegenwertkonten des Bundes, ERP-Sonderkonten der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Berliner Zentralbank)	— 44	— 54	+ 38
c) Hohe Kommissare und alliierte Dienststellen	— 48	+ 4	— 40
d) Sonstige Einlagen (ohne Asservatenkonto Einfuhrbewilligungen)	+ 19	— 11	— 19
e) Asservatenkonto Einfuhrbewilligungen bei den Landeszentralbanken	+ 32	— 410	— 92
3. Zentralbankkredite			
a) an Nichtbanken	+ 80	+ 347	+ 75
b) an Kreditanstalt für Wiederaufbau für Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbauprogramm	+ 7	+ 15	— 2
4. Münzgewinngutschrift zu Gunsten des Bundes	+ 38	+ 40	+ 40
5. Abwicklung des Auslandsgeschäfts beim Zentralbanksystem ¹⁾	+ 312	+ 503	+ 302
6. Sonstige Faktoren, netto	— 31	— 76	— 100
Gesamtwirkung vorgenannter Faktoren	+ 367	+ 195	— 133
Kreditnahme²⁾ und Einlagen der Geschäftsbanken beim Zentralbanksystem	Zunahme (+) Abnahme (—)		
Einlagen	— 90	+ 152	+ 40
darunter:			
Veränderung des im Monatsdurchschnitt berechneten Reserve-Solls	(+ 26)	(+ 24)	(+ 26)
Kredite ³⁾	— 457	— 43	+ 173
Veränderung der Nettoverschuldung (Kredite minus Einlagen)	— 367	— 195	+ 133
	Stand jeweils am Ende des Monats		
Einlagen	1 585	1 737	1 777
Kredite ³⁾	4 284	4 241	4 414
Stand der Nettoverschuldung (Kredite minus Einlagen)	2 699	2 504	2 637
¹⁾ Gegenüber früheren Veröffentlichungen ist die Nettowirkung der finanziellen Abwicklung des Auslandsgeschäfts beim Zentralbanksystem nicht mehr mit den Veränderungen der Bardepots (s. Pos. 2e) saldiert worden. S. auch Anm. 3. — ²⁾ Einschl. der vom Zentralbanksystem angekauften Ausgleichsforderungen von Geldinstituten. — ³⁾ Veränderungen gegenüber bisher veröffentlichten Zahlen durch Einbeziehung der angekauften Auslandswechsel.			

des Monats Juni gegenüber dem Vormonat kaum verändert, obgleich zum Ultimo eine gewisse Anspannung eintrat, die zu einer Erhöhung der Verschuldung an das Zentralbanksystem führte. Im einzelnen ist die Entwicklung der die Liquidität der Geschäftsbanken bestimmenden Faktoren aus der vorstehenden tabellarischen Übersicht zu entnehmen.

Für die nächsten Monate ist mit einer Fortsetzung des nur vorübergehend unterbrochenen Liquidisierungsprozesses bei den Geschäftsbanken zu rechnen. Zwar dürfte der Bargeldumlauf zunächst noch der Saison entsprechend weiterhin zunehmen und erst nach Abschluß der Reisezeit wieder zurückgehen. Dagegen wird sich auf Grund der inzwischen getroffenen Erleichterungen bei der Bardepotgestellung das Bardepot wahrscheinlich stark verringern, ein Vorgang, der in der zweiten Juli-Woche mit einem Rückgang der Bardepots um rd. 600 Mill. DM bereits kräftig eingesetzt hat. Die Kassenentwicklung der öffentlichen Hand wird aller Voraussicht nach ebenfalls verflüssigend auf die Banken und die gesamte Wirtschaft wirken, und auch die Exporterlöse dürften vermutlich in der nächsten Zeit weiterhin über den Aufwendungen für Importe liegen, wenn auch mit einer allmählichen Reduzierung des bisherigen hohen Aktivsaldos zu rechnen sein wird.

*

Die vorstehend geschilderten Entwicklungstendenzen — starke Zunahme der Geldversorgung der Wirtschaft, voraussichtliche weitere Verflüssigung der Banken — müssen zur Vorsicht

mahnen, auch wenn sie sich bisher, dank dem Wiederaufleben einer gewissen Spartätigkeit und der allgemeinen Kaufzurückhaltung, noch nicht in einer übermäßigen Erhöhung der Nachfrage niedergeschlagen haben. Im gegenwärtigen Augenblick, in dem wegen der Grundstoffengpässe eine nennenswerte Ausweitung der Gesamtproduktion, insbesondere aber der Investitionsgüterproduktion, kaum möglich erscheint, müßte jede solche Erhöhung der Gesamtnachfrage die sich allmählich einspielende Preisberuhigung, die sowieso immer wieder durch vielfach unvermeidliche Kostenerhöhungen gestört wird, erneut bedrohen (vgl. hierzu auch den Abschnitt über „Preise“). In einer solchen Lage wäre es kaum vertretbar, die Kreditzügel schon allgemein zu lockern. Erst recht könnte es nicht verantwortet werden, das noch nicht voll erreichte Gleichgewicht durch einen umfangreichen globalen Einsatz des Notenbankkredits für Investitionszwecke erneut zu erschüttern. Der Zentralbankrat hat daher in seiner Sitzung vom 18. Juli für die Zwischenfinanzierung von besonders vordringlichen, meist schon begonnenen und daher rasch zu Mehrträgen führenden Engpaß-Investitionen eine Kredithilfe des Zentralbanksystems nur in begrenztem Umfang in Aussicht stellen können, vor allem nur insoweit, als die Tilgung innerhalb relativ kurzer Fristen durch Zinseingänge bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau absolut gesichert ist. Im übrigen müssen heute Investitionen mehr denn je durch echte Kapital-Aufbringung, sei sie freiwillig oder erzwungen, finanziert werden.

Öffentliche Finanzen

Der Bundeshaushalt

Die seit dem Beginn des neuen Rechnungsjahres (April 1951) zu verzeichnende defizitäre Entwicklung der Bundesfinanzen hielt auch im Juni an. Die kassenmäßigen Ausgaben des Bundes waren in diesem Monat um rd. 131 Mill. DM höher als seine kassenmäßigen Einnahmen. Zusammen mit den im April und Mai aufgetretenen Fehlbeträgen in Höhe von rd. 154 bzw. rd. 89 Mill. DM betrug der kassenmäßige Ausgabenüberschuß im ersten Viertel des laufenden Rechnungsjahres somit nahezu 375 Mill. DM.

Die kurzfristige Bundesschuld nahm nach einem vorübergehenden Abbau im Mai im Juni

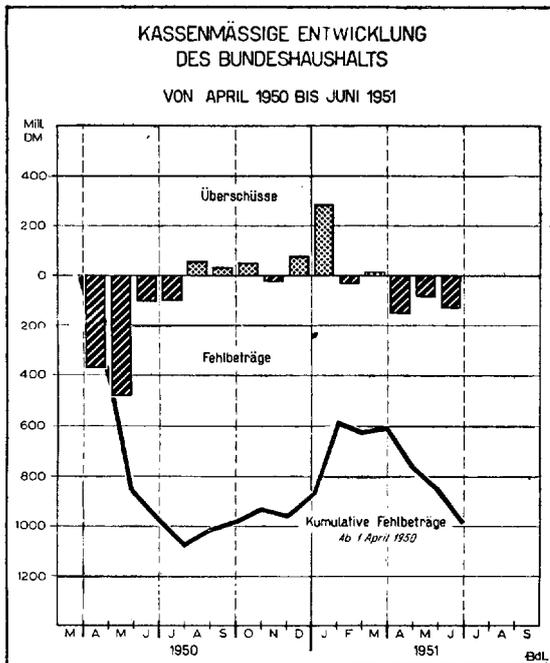
wieder um rd. 116 Mill. DM — im gesamten Vierteljahr um rd. 182 Mill. DM — zu. Ende Juni belief sie sich auf 1 339 Mill. DM, wovon 943 Mill. DM im Rahmen des bei der Bank deutscher Länder bestehenden Kreditplafonds in Anspruch genommen waren. Mit rd. 143 Mill. DM griff der Bund auf seine Kassenmittel zurück und 48 Mill. DM erhielt er vom ECA-Abwicklungskonto als Rückzahlung der im vorigen Jahre dem Sondervermögen gewährten Kredite, die Ende Juni nur mehr mit rd. 76 Mill. DM zu Buche standen. Demgegenüber spielten die kassenmäßigen Eingänge aus den am 18. Juni 1951 zum Verkauf aufgelegten längerfristigen Prä-

Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts
im ersten Viertel des Rechnungsjahres 1951/52
in Mill. DM

Deckungsmittel	1951			
	April	Mai	Juni	Apr./Juni insgesamt
1. Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) der kurzfristigen Bundesschuld	+ 106,8	— 40,2	+ 115,5	+ 182,1
2. Überweisungen vom ECA-Abwicklungskonto ¹⁾	+ 37,0	—	+ 11,0	+ 48,0
3. Einnahmen aus dem Verkauf von Prämien-Schatzanweisungen	—	—	+ 1,6	+ 1,6
4. Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) der Kassenmittel	— 10,3	— 129,4	— 3,1	— 142,8
5. Kassenmäßiger Fehlbetrag (1 + 2 + 3 — 4)	154,1	89,2	131,2	374,5
6. Kassenmäßige Einnahmen aus Münzgutschriften	30,0	39,0	44,7	113,7
7. Summe der vom Bundeshaushalt ausgelösten, geldpolitisch expansiven Wirkungen (5 + 6)	184,1	128,2	175,9	488,2

¹⁾ Zur Tilgung der dem Sondervermögen DM-Gegenwertmittel im vergangenen Rechnungsjahr vom Bund eingeräumten Kredite.

mien-Schatzanweisungen des Bundes (Baby-Bonds) mit 1,6 Mill. DM für die Deckung des kassenmäßigen Fehlbetrages kaum eine Rolle. Allerdings lassen sich aus den bis Ende Juni eingegangenen Verkaufserlösen noch keine Schlüsse auf den Absatz dieser Schuldverschreibungen ziehen, da die meisten Abrechnungen mit den Verkaufsstellen zu diesem Zeitpunkt noch ausstanden.



Berücksichtigt man außerdem die geldpolitischen Auswirkungen der unter den ordentlichen Einnahmen des Bundes nachgewiesenen Münzgutschriften in Höhe von rd. 114 Mill. DM, so wirkten die Bundesfinanzen im Vierteljahr April bis Juni 1951 auf die Geldversorgung der Wirtschaft mit fast einer halben Mrd. DM geldpolitisch expansiv. Gegenüber dem vorangegangenen Vierteljahr Januar bis März, in dem trotz der von den Münzgutschriften verursachten expansiven Tendenzen über den Bundeshaushalt noch ein Betrag in Höhe von rd. 150 Mill. DM stillgelegt worden war, hat sich die kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts also bedeutend verschlechtert.

Diese Verschlechterung in der Kassenlage des Bundes ist zumindest auf der Einnahmeseite teilweise auf saisonale Einflüsse und Sonderfaktoren zurückzuführen. Die wichtigste Einnahmequelle, nämlich das Aufkommen aus den Bundessteuern (für die Angaben allerdings nur bis einschließlich Mai vorliegen), war aus saisonalen Gründen vermutlich etwas weniger ergiebig als in dem durch das hohe Januar-Aufkommen beeinflussten vorangegangenen Vierteljahr. Wichtiger war die unbefriedigende Entwicklung der Abführungen der Länder. Wie im vergangenen Monat an dieser Stelle ausgeführt wurde¹⁾, ist vorgesehen, daß die im vergangenen Jahr gezahlten Interessenquoten der Länder im laufenden Finanzjahr durch einen festen Anteil des Bundes am Ertrag der Einkommensteuern abgelöst werden. Da das diesbezügliche Gesetz auf Grund der Einwendungen des Bundesrats dem Vermittlungsausschuß überwiesen werden muß und daher die endgültigen Leistungen der Länder, die an Stelle der vom Bundestag beschlossenen Beteiligung in Höhe von 31,3 vH nur ein Viertel ihrer Einkünfte aus den betreffenden Steuern abführen wollen, noch nicht feststehen, ist der Bund, der für das gesamte laufende Rechnungsjahr ursprünglich mit Einnahmen aus dieser Quelle in Höhe von nahezu 2,2 Mrd. DM gerechnet hatte, vorerst auf freiwillige Zahlungen der Länder angewiesen, die in der Finanzstatistik für April und Mai mit nur je 15 Mill. DM ausgewiesen wurden. Im Juni, in dem die gesamten kassenmäßigen Einnahmen des Bundes mit rd. 1 130 Mill. DM um rd. 70 Mill. DM höher

¹⁾ Vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Mai 1951, S. 20.

waren als im April (1 060 Mill. DM), sind die Ablieferungen vermutlich über den sehr niedrigen Stand des April gestiegen. Offenbar aber haben sie auch nicht entfernt denjenigen Betrag erreicht, der vom Bundesfinanzminister erwartet worden war und der dem sicherlich hohen Juni-Aufkommen aus diesen Steuern (vierteljährlicher Zahlungstermin) entsprochen hätte.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die sich seit April 1951 abzeichnende Anspannung der Kassenlage des Bundes war aber die Entwicklung der Ausgaben, die bereits seit dem Beginn des Finanzjahres in einer starken Aufwärtsbewegung begriffen sind. Die in der Bundesfinanzstatistik für April und Mai mitgeteilten Ausgabenzahlen, die mit rd. 791 bzw. 970 Mill. DM weit niedriger waren als die entsprechenden Angaben für die vorangegangenen Monate, lassen dies zwar nicht erkennen. Das liegt daran, daß diese Statistik nur die für Rechnung des neuen Finanzjahres verbuchten Ausgaben erfaßt. Sie läßt einmal die noch zu Lasten des abgelaufenen Rechnungsjahres geleisteten Ausgaben, die offenbar insbesondere im April sehr hoch waren, außer acht, und zum anderen erfaßt sie nicht die für Rechnung des neuen Finanzjahres über Vorschußkonten geleisteten Zahlungen, für die ein endgültiger Verbuchungstitel noch nicht besteht. Die kassenmäßigen Ausgaben waren aus diesem Grunde beispielsweise im April mit rd. 1 210 Mill. DM um mehr als 400 Mill. DM höher als die oben erwähnten, von der Finanzstatistik ausgewiesenen Beträge. Im Juni stiegen sie weiter auf rd. 1 260 Mill. DM an, was einer Jahresrate von reichlich 15 Mrd. DM entspricht. Gegenüber dem vergangenen Finanzjahr, in dem über den Bundeshaushalt nur wenig mehr als 12 Mrd. DM verausgabt wurden, ist also bereits eine Steigerung der Ausgaben um 25 vH eingetreten, die hauptsächlich durch höhere Besatzungs- und Besatzungsfolgekosten und steigende Aufwendungen für die Kriegsopferversorgung und die Versorgung verdrängter Beamter und ehemaliger Wehrmachtangehöriger bedingt war.

Da die zur Deckung der diesjährigen Mehrausgaben vorgesehenen Einnahmen noch nicht zur Verfügung stehen, kommt in der oben geschilderten Verschlechterung der Kassenlage zunächst ein zeitlich bedingtes Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben zum Ausdruck.

Sobald die zusätzlichen Einnahmen zu fließen beginnen — aus der am 1. Juli 1951 in Kraft getretenen Umsatzsteuererhöhung ab August, aus der Beteiligung am Ertrag der Einkommensteuern freilich erst nach Ablauf mehrerer Monate — dürfte eine gewisse Entspannung der zur Zeit sehr prekären Kassensituation eintreten. Aber auch insoweit als die jetzt auftretenden Mehrausgaben im späteren Verlauf des Rechnungsjahres aus ordentlichen Einnahmen abgedeckt werden, sind in der Zwischenzeit, deren Ende noch nicht abzusehen ist, geldpolitisch expansive Wirkungen unvermeidlich. Tatsächlich aber bringt die seit dem Beginn des laufenden Rechnungsjahres eingetretene Verschlechterung der Kassenlage zum Teil auch ein echtes Haushaltsdefizit zum Ausdruck. Wie bereits im vergangenen Monat an dieser Stelle ausgeführt wurde¹⁾, weisen die Vorausschätzungen für den ordentlichen Haushalt (einschließlich Nachtrag) einen Fehlbetrag von mindestens 700 Mill. DM aus, der durch höhere Leistungen an Berlin eher noch ansteigen wird. Was die zur Deckung des Fehlbetrages im ordentlichen Haushalt vorgeschlagenen Einnahmen — Autobahngebühr, Aufwandsteuer, Beseitigung gewisser Zollvergünstigungen — angeht, so ist die Behandlung der beiden erstgenannten auf die Zeit nach den Parlamentsferien (September) verschoben worden, so daß die betreffenden Einnahmen erst in der zweiten Hälfte des Finanzjahres zu erwarten sind und vermutlich zur Deckung des vollen Fehlbetrages nicht ausreichen werden. Es kommt hinzu, daß die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts in Höhe von rd. 440 Mill. DM mit Hilfe von Krediten finanziert werden müssen und daß die im Rahmen der Besatzungskosten auftretenden Investitionsausgaben in Höhe von 1,6 Mrd. DM auf einen außerordentlichen Nachtragshaushalt übernommen werden sollen und daher auf dem Anleiheweg gedeckt werden müßten.

Die Länderhaushalte

Die kassenmäßige Entwicklung der Länderhaushalte schloß, wie erwartet, im Juni mit einem Überschuß ab, da in diesem Monat die vierteljährlichen Vorauszahlungen auf die Veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer fällig waren. Die kurzfristige Verschuldung der

¹⁾ Vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Mai 1951, S. 18 ff.

Länder ging infolgedessen im Juni um schätzungsweise 55 Mill. DM zurück, wobei vor allem die Direktkredite bei den Landeszentralbanken und der Betrag der umlaufenden Schatzwechsel abgebaut wurden. Gleichzeitig stiegen die im Zentralbanksystem unterhaltenen bzw. von diesem angelegten Mittel der Länder um rd. 35 Mill. DM an, so daß allein aus diesen beiden Bewegungen eine Verbesserung der Kassenlage um rd. 90 Mill. DM zu erkennen ist. Sie hat jedoch nicht ausgereicht, um die in den beiden vorangegangenen Monaten zu verzeichnende Verschlechterung (nahezu 190 Mill. DM) zu kompensieren.

*Kurzfristige Verschuldung der Länder
und ihre im Zentralbanksystem unterhaltenen bzw.
von diesem angelegten Kassenmittel*
Zunahme (+), Abnahme (—)
in Mill. DM

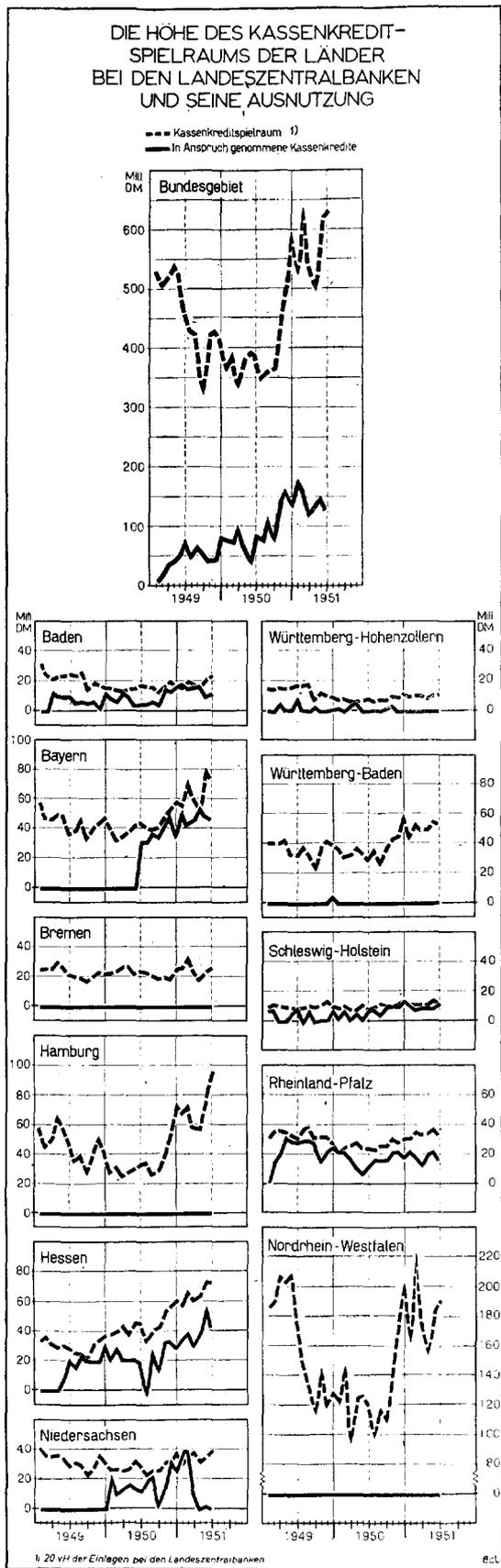
Einlagen/Verschuldung	1951			
	April	Mai	Juni	1. Rechnungs- viertelj. insges.
Im Zentralbanksystem unterhaltene bzw. von diesem angelegte Kassenmittel	— 65	— 78	+ 35	— 108
Kurzfristige Verschuldung	+ 7	+ 38	— 55	— 10
Gesamtwirkung	— 72	— 116	+ 10	— 98

Allerdings lassen die obigen Teilangaben keine hinreichend genauen Schlüsse auf die Entwicklung der gesamten Kassenposition der Länder zu, da die Entwicklung der bei den Geschäftsbanken unterhaltenen Kassenmittel der Länder, die offenbar stärkeren Schwankungen unterliegt, nicht bekannt ist. Die relativ starke Zunahme der Einlagen aller öffentlich-rechtlichen Körperschaften bei den Geschäftsbanken — um rd. 280 Mill. DM im Vierteljahr April bis Juni 1951, davon rd. 240 Mill. DM allein im Juni — legt jedoch den Schluß nahe, daß die Länder einen relativ großen Teil ihres im Juni erzielten Einnahmeüberschusses auf Konten außerhalb des Zentralbanksystems angesammelt haben, zumal die Zunahme hauptsächlich auf diejenigen Institutsgruppen entfiel, bei denen die Länder Einlagen unterhalten (Girozentralen und Staatsbanken). Die Verbesserung der Kassenlage ist daher im Juni vermutlich weit stärker gewesen als oben angegeben (90 Mill. DM), und es ist anzunehmen, daß im gesamten Vierteljahr

April bis Juni mindestens ein Ausgleich der kassenmäßigen Einnahmen und Ausgaben erzielt wurde. Angesichts der relativ niedrigen Abführungen an den Bund ist zwar auch das so bereinigte Ergebnis keineswegs sehr günstig. Immerhin ist dabei zu berücksichtigen, daß die Länder im Juni mit den halbjährlichen Zinszahlungen auf die Ausgleichsforderungen (rd. 130 Mill. DM) belastet waren, die nur zur Hälfte dem laufenden Vierteljahr zuzurechnen sind.

Die finanzielle Lage der einzelnen Länder war im ersten Viertel des laufenden Rechnungsjahres ebenso wie im vergangenen Finanzjahr immer noch sehr unterschiedlich, obwohl die am 1. April 1950 vorgenommene Überleitung von Ausgaben und Deckungsmitteln auf den Bund und der von den Ländern im vergangenen Finanzjahr durchgeführte horizontale Finanzausgleich die bis dahin bestehenden außerordentlich großen Unterschiede in der finanziellen Lage der einzelnen Länder schon bis zu einem gewissen, wenn auch keineswegs ausreichenden Grade eingeebnet hatten. Infolge der immer noch bestehenden Unterschiede mußten sich die finanzschwachen Länder im Verlauf des vergangenen Finanzjahres in erheblichem Umfang weiter verschulden. Wie das nachstehende Schaubild zeigt, das allerdings nur einen Teilausschnitt aus der Gesamtverschuldung der Länder, nämlich die bei den Landeszentralbanken in Anspruch genommenen Kassenkredite, umfaßt, sind es immer dieselben Länder, die auf ihre Kreditlinie bei den Landeszentralbanken — zum Teil in voller Höhe — zurückgreifen müssen (Bayern, Baden, Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Schleswig-Holstein). Dagegen haben die übrigen Länder bisher praktisch keinen Gebrauch von dieser und anderen Verschuldungsmöglichkeiten gemacht.

Die vorgesehene Ablösung der Interessenquoten, die die finanzschwachen Länder mit ehemals hohen Kriegsfolgekosten entsprechend stark belastet hatten, durch feste Anteile des Bundes am Ertrag der Einkommensteuern wird die Beiträge der Länder zum Bundeshaushalt in ein besseres Verhältnis zu ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit bringen. Aber auch dann werden noch erhebliche Unterschiede in der finanziellen Lage der einzelnen Länder bestehen bleiben, die auch im laufenden Rechnungsjahr einen Finanzausgleich der Länder untereinander erforderlich machen.



Sonstige öffentliche Haushalte

Die Finanzen der Soforthilfebehörden haben im Juni mit einem hohen haushaltsmäßigen Ausgabenüberschuß abgeschlossen, da das Aufkommen aus den Soforthilfeabgaben, das in diesem Monat lediglich aus Nachzahlungen für frühere Fälligkeiten bestand, mit nur 87,3 Mill. DM im Bundesgebiet (76,7 Mill. DM im Vereinigten Wirtschaftsgebiet) beträchtlich hinter den besonders hohen Ausgaben dieses Monats zurückgeblieben ist. Im Gegensatz zu den verhältnismäßig niedrigen Auszahlungen des Vormonats erreichten die Ausgaben im Vereinigten Wirtschaftsgebiet im Juni mit über 173 Mill. DM ihren bisher höchsten Stand, was darauf zurückzuführen ist, daß insbesondere an die Länder Bayern und Schleswig-Holstein hohe Beträge für Zwecke des sozialen Wohnungsbaues überwiesen worden sind.

Die kassenmäßige Entwicklung der Soforthilfebehörden verlief allerdings weit günstiger als die haushaltsmäßige, da ein verhältnismäßig großer Teil der zum 20. Mai 1951 geleisteten Zahlungen erst im Juni auf den vom Hauptamt für Soforthilfe bei der Bank deutscher Länder unterhaltenen Konten einging. Auf Grund dieser zeitlichen Verschiebung haben sich die liquiden Mittel der Soforthilfebehörden trotz der hohen Auszahlungsbeträge auch in diesem Monat noch um rd. 11 Mill. DM erhöht. Allerdings dürfte der damit erreichte verhältnismäßig hohe Stand der liquiden Reserven von nur kurzer Dauer sein, da auch in den kommenden Monaten mit anhaltend hohen Ausgaben zu rechnen ist. Vom Kontrollausschuß beim Hauptamt für Soforthilfe sind neuerdings weitere 300 Mill. DM aus dem Soforthilfefonds für Ausgaben vorwiegend produktiver Art (Wohnungsbau 115 Mill. DM, Existenzaufbau 130 Mill. DM, Hausrat- und Ausbildungshilfe 55 Mill. DM) verplant worden, deren Abruf in der nächsten Zeit erfolgen und entsprechend hohe Mittel beanspruchen wird.

Die finanzielle Lage der Sozialversicherungen und der Arbeitslosenversicherung ist weiterhin durch eine verhältnismäßig hohe Überschufbildung gekennzeichnet, die in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß die steigenden Arbeitseinkommen das Beitragsaufkommen erhöht haben. Bei der Arbeitslosenversicherung erreichten die Beitrags-

einnahmen im Mai mit rd. 103 Mill. DM — abgesehen von dem durch die Weihnachtsgratifikationen besonders überhöhten Januar-Aufkommen — ihren bisher höchsten Stand. Allerdings blieb in diesem Monat der Anstieg der Einnahmen (+ 5,1 Mill. DM) hinter der Steigerung der Ausgaben (+ 9,2 Mill. DM) zurück, was damit zusammenhing, daß die Erhöhung der Unterstützungseinnahmen um 10 vH im Mai zum erstenmal voll zur Auswirkung kam. Aus diesem Grunde wirkte sich der Rückgang in der Zahl der Unterstützungsempfänger in diesem Monat nicht in einer Erhöhung der Einnahmeüberschüsse aus. Der im Mai erzielte Überschuß (34,8 Mill. DM) blieb vielmehr um 4,1 Mill. DM hinter demjenigen des Vormonats zurück.

Die Rentenversicherungen haben nunmehr ihre Finanzergebnisse für das vierte Rechnungsvierteljahr bekanntgegeben, so daß sich ein Überblick über die finanzielle Entwicklung dieser be-

len sind, während sowohl bei der Invaliden- wie bei der Knappschaftlichen Rentenversicherung die Gesamtausgaben nur mit Hilfe der Bundeszuschüsse voll gedeckt werden konnten. Allerdings waren diese mit rd. 805 Mill. DM wesentlich höher als der eigentliche Fehlbetrag (272 Mill. DM). Bedeutend günstiger war die Finanzlage der ebenfalls in den Bereich der Sozialversicherungen einzubeziehenden Krankenversicherung sowie der Arbeitslosenversicherung, die ohne zusätzliche Hilfen des Bundes Überschüsse von 115 bzw. 274 Mill. DM auswies. Die finanzielle Entwicklung dieser Versicherungszweige hat dazu beigetragen, daß innerhalb des gesamten Bereichs der Sozialversicherungen (einschließlich der Arbeitslosenversicherung) im vergangenen Rechnungsjahr Mehreinnahmen von rd. 975 Mill. DM bzw., abzüglich der Bundeszuschüsse, ein Nettoüberschuß von rd. 170 Mill. DM erzielt werden konnten.

Geschätzte Ergebnisse der Sozialversicherungen¹⁾ und der Arbeitslosenversicherung im Rechnungsjahr 1950/51 in Mill. DM

	Rentenversicherungen insgesamt	davon			Krankenversicherung ¹⁾	Arbeitslosenversicherung	Insgesamt	
		Invalidenversicherung	Angestelltenversicherung	Knappschaftliche Rentenversicherung				
Einnahmen insgesamt	4 480,5 ²⁾	3 842,4 ²⁾			638,1	2 510,0	1 153,9	8 145,0 ²⁾
davon:								
Beiträge	3 654,0	2 196,9	970,1	487,0	2 467,4	1 098,1	7 219,5	
Erstattungen des Bundes	806,2 ²⁾	655,7			150,5	—	—	806,2 ²⁾
darunter:								
für Grundbeträge zu den Renten	494,3	425,9	—	68,4	—	—	494,3	
Sonstige Einnahmen	20,3	13,0	6,7	0,6	42,6	55,8	118,7	
Ausgaben insgesamt	3 892,4	2 359,0	922,5	610,9	2 395,0	880,2	7 167,6	
darunter:								
Renten bzw. Unterstützungsbeträge	3 388,5	2 030,9	809,8	547,8	2 120,7	604,8	6 114,0	
Verwaltungskosten	89,5	56,0	18,1	15,4	156,0	198,4	443,1	
Überschüsse (+)	+ rd 590,0 ²⁾	+ rd 560,0 ²⁾			+ 27,2	+ 115,0	+ 273,7	+ rd 975,0 ²⁾

¹⁾ Ausschließlich der sozialen Unfallversicherung. — ²⁾ Geschätzt. — ³⁾ Lt. Bundesfinanzstatistik im Rechnungsjahr 1950/51 an die Sozialversicherungen überwiesene Zuschüsse. — ⁴⁾ Geschätzt hinsichtlich der Ergebnisse für das 4. Rechnungsvierteljahr 1950/51.

deutendsten Gruppe innerhalb der Sozialversicherungen im gesamten Rechnungsjahr 1950/51 gewinnen läßt. Allerdings sind die veröffentlichten Zahlen insofern unvollständig, als sie die ins Gewicht fallenden Zuschüsse des Bundes unberücksichtigt lassen, die jedoch für eine vorläufige Bilanz aus der Bundesfinanzstatistik entnommen werden können. Sie ergibt, daß trotz des von den Rentenversicherungen in diesem Zeitraum erzielten Gesamtüberschusses von schätzungsweise 590 Mill. DM nur bei der Angestelltenversicherung echte Mehreinnahmen angefal-

Über die Verwendung der den Sozialversicherungen zugeflossenen Mittel liegen nur unvollständige Unterlagen vor, die jedoch zeigen, daß im Rechnungsjahr 1950/51 ein Betrag von schätzungsweise 300 Mill. DM aus Geldern der Sozialversicherungen und der Arbeitslosenversicherung in die Investitionsfinanzierung geflossen ist. Der größte Teil dieser angelegten Mittel wurde für Zwecke des sozialen Wohnungsbaues, und zwar vornehmlich von der Arbeitslosenversicherung, zur Verfügung gestellt. Da somit nur ungefähr ein Drittel der Gesamtüberschüsse für

produktive Zwecke verwendet wurde, kann mit Sicherheit angenommen werden, daß sich in dieser Zeit beträchtliche liquide Reserven bei den Geldinstituten angesammelt haben.

Die durch konjunkturelle Einflüsse stark begünstigte finanzielle Entwicklung der Sozialversicherungen wird sich allerdings in den kommenden Monaten nicht in ihrem bisherigen Ausmaß fortsetzen können, da sowohl die Rentenversicherungen wie die Arbeitslosenversicherung im laufenden Jahr mit zusätzlichen Ausgaben belastet werden. Durch den vom Bundestag verabschiedeten Gesetzentwurf über eine Erhöhung der Renten um durchschnittlich 25 vH, der sich — unabhängig vom Zeitpunkt des Inkrafttretens — voraussichtlich bereits im Juli in Form höherer Auszahlungen auswirkt, werden die Ausgaben der Rentenversicherungen innerhalb eines Jahres um schätzungsweise 1 Mrd. DM erhöht werden. Nach dem vorläufigen Bundeshaushaltsplan übernimmt allerdings der Bund wieder den größten Teil (rd. 850 Mill. DM) dieser zusätzlichen Be-

lastung, so daß den Rentenversicherungen selbst nur die Aufbringung von rd. 160 Mill. DM aus eigenen Mitteln auferlegt wird, was in Anbetracht der weiter zu erwartenden Erhöhung der Beitragsaufkommen zwar zu einem gewissen Rückgang der Überschüsse, aber kaum zu einem Abbau der Reserven führen wird. Auch der im Laufe des Rechnungsjahres aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellende Betrag von 200 Mill. DM wird zwar einen großen Teil der Überschüsse der Arbeitslosenversicherung in Anspruch nehmen, zumal diese durch die am 1. April 1951 in Kraft getretene Erhöhung der Unterstützungssätze und die beabsichtigte Zahlung von Teuerungszulagen (3 DM je Person und Monat) ohnehin reduziert werden. Andererseits werden die geplanten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen jedoch auch dazu beitragen, die Zahl der Arbeitslosen und damit die Aufwendungen für die Unterstützungsempfänger zu senken.

Produktion, Absatz und Beschäftigung

Die industrielle Produktion hat im Juni 1951 den hohen Stand der beiden Vormonate nicht aufrechterhalten können. Der arbeitstägliche Index der Produktion fiel um fast vier Punkte, nämlich von 133,5 im Mai auf 130,0 im Juni (1936 = 100). Dem Gesamtumfang nach ist die

Index der industriellen Erzeugung¹⁾
arbeitstäglich; 1936 = 100

Industriegruppen	1951		
	April	Mai	Juni
Gesamte Industrie (einschl. Energie, Bauwirtschaft u. Genußmittel)	132,2	133,5	130,0
Gesamte Industrie (ohne Energie, Bauwirtschaft u. Genußmittel)	135,5	135,9	133,0
Allgemeine Produktionsgüter (ohne Energie)	140,5	139,4	136,6
Investitionsgüter-Rohstoffe	106,7	112,5	111,5
Investitionsgüter-Fertigwaren	159,2	162,6	159,0
Verbrauchsgüter	123,4	116,8	113,3
Bauwirtschaft	104,7	112,6	107,3

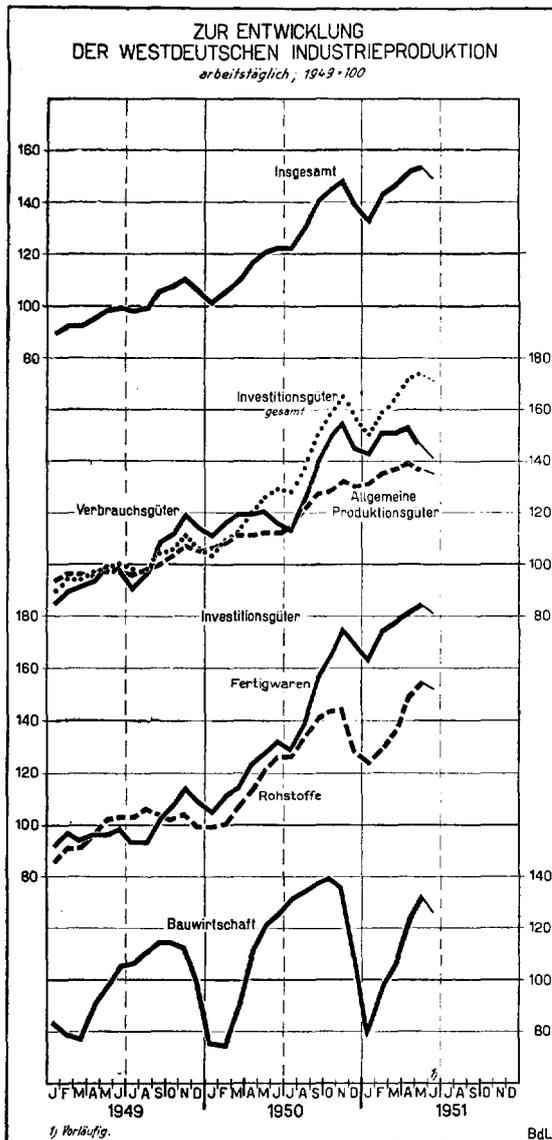
¹⁾ Vorläufig. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

Produktion — da der Juni 26 Arbeitstage gegenüber nur 23¹/₂ des Mai hatte — allerdings noch etwas höher als im Mai gewesen. Doch kann das nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Produk-

tionsentwicklung offensichtlich an eine Schranke gestoßen ist, die vorläufig nicht mehr überschritten werden kann. Der (arbeitstägliche) Rückgang erfaßte im Juni sämtliche Sektoren der Industrieerzeugung.

Relativ gut haben sich, dank einer hohen Stahlerzeugung, die Investitionsgüter-Rohstoffe gehalten. Bei der verarbeitenden Industrie war der (arbeitstägliche) Rückgang ziemlich allgemein. Von den bedeutenderen Zweigen wiesen im Juni nur drei, nämlich der Maschinenbau, die Kautschuk- und die Papierindustrie, noch eine Steigerung auf. Besonders bemerkenswert ist der jeder normalen Saisonbewegung widersprechende Rückgang der Bautätigkeit.

So einheitlich das allgemeine Entwicklungsbild der Produktion erscheint, so verschiedenartig sind im einzelnen die Gründe, die zu dieser Entwicklung geführt haben. Während in großen Teilen der Verbrauchsgüterindustrien die Erzeugung unter dem Einfluß der fortdauernden Absatzflaute stagnierte oder zurückging und in der Bauwirtschaft neben anderen Ursachen vor allem Finanzierungsschwierigkeiten hemmend wirkten, ist im Investitionsgütersektor der Rückschlag nicht einer



unzureichenden Nachfrage, sondern in erster Linie den Grundstoff-Engpässen zuzuschreiben. Was diese Engpässe anbelangt, so ist vorläufig noch keine Besserung in Sicht; im Gegenteil drohen sich sowohl der Kohle- wie der Stahlempaß in der nächsten Zeit noch zu verschärfen.

Kohle und Eisen

Die Steinkohlenförderung stieg im Juni auf 10 041 000 t (Mai 9 373 000 t). Damit erreichte sie (bei 26 Arbeitstagen) arbeitstäglich 386 200 t gegenüber 390 500 t im Mai (24 Arbeitstage). Der Rückgang der Tagesförderung ist, wie schon von April auf Mai, durch saisonbedingt vermehrte Fehlschichten (17,6 Schichten täglich je 100 Mann) und weiterhin abnehmende Beleg-

schaftszahlen verursacht. Die Sonderschichten brachten mit 218 600 t im Juni den erwarteten Rückgang gegenüber Mai (319 000 t). Die Braunkohlenförderung stieg im Juni auf 6 595 000 t, jedoch nicht in gleichem Maße wie die Zahl der Arbeitstage, so daß die Tagesleistung auf 253 700 t (Mai 267 200 t) zurückging; das ist der niedrigste Stand seit September 1950. Die Ausfuhr von Kohlen und Koks stieg von Mai auf Juni um 170 000 t auf 2,15 Mill. t, der Ausfuhr-Überschuß von 1 274 000 t im Mai auf 1 308 000 t im Juni (ohne Bezüge und Lieferungen im Verkehr mit der sowjetischen Zone).

Die Aussichten für die Kohlenversorgung in den nächsten Monaten sind nach wie vor wenig befriedigend. Während in der ursprünglichen Verteilungsplanung für das dritte Vierteljahr von einer arbeits täglichen Förderung von 392 000 t ausgegangen wurde (gegenüber 352 000 t tatsächlicher Förderung im dritten Vierteljahr 1950), rechnet der revidierte Verteilungsplan nur noch mit 385 000 t arbeits täglich und auch diese Zahl wird angesichts der jüngsten Entwicklung noch für zu optimistisch gehalten. Für den Monat Juli wird auf Grund der gegenwärtigen Entwicklung der Steinkohlenförderung neuerdings eher mit einer durchschnittlichen arbeits täglichen Förderung von nur 379 000 t gerechnet. Erst ab Mitte September oder Oktober wird aus Saisongründen eine erhebliche Zunahme über diesen Stand hinaus erwartet.

Solange an der vorgesehenen Kohlenbevorratung für den Hausbrand im dritten Vierteljahr sowie an der bevorzugten Belieferung der Bundesbahn und der Gas- und Elektrizitätswerke festgehalten wird (bzw. auf Grund der Umstände festgehalten werden muß) und solange in den Exportverpflichtungen keine Änderung eintritt, gehen alle Ausfälle infolge von Minderförderungen ausschließlich zu Lasten der Kohlenversorgung der Industrie. Infolgedessen ist für diese im dritten Vierteljahr aus der inländischen Kohlenförderung eine erheblich geringere Belieferung zu erwarten, als sie noch im zweiten Vierteljahr möglich war. Die bisherigen, allerdings dauernden Änderungen unterliegenden Zuteilungsplanungen lassen im Durchschnitt des dritten Vierteljahres Minderlieferungen an Inlandskohle von über einem Fünftel bei der eisenschaffenden, von über einem Drittel bei der

übrigen Industrie im Vergleich zum zweiten Vierteljahr befürchten. In dieser Lage gewinnt die Zufuhr von amerikanischer Kohle mehr und mehr eine Schlüsselstellung für die Aufrechterhaltung und weitere Steigerung der deutschen Produktion. Wie weit hierdurch ein voller Ausgleich möglich sein wird, läßt sich für die Zeit von Juli bis September ebenfalls noch nicht mit Sicherheit überblicken. Im abgelaufenen Vierteljahr betrug die Gesamtzufuhr an amerikanischer Kohle in das Bundesgebiet insgesamt 1,18 Mill. t oder monatsdurchschnittlich 394 000 t.

*Kohleneinfuhr
aus den Vereinigten Staaten von Amerika¹⁾*

	Einheit	1951			
		März	April	Mai	Juni
Eingeführte Mengen	1000 t	80	310	392	480
Einfuhrwert	Mill. \$	1,7	7,2	9,0	10,3

¹⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt.

Demgegenüber sah — wie bereits im letzten Monatsbericht (S. 27) ausgeführt worden war — die bisherige Kohlen-Einfuhrplanung im Einvernehmen mit dem Kohlenausschuß der OEEC in Paris für das dritte Vierteljahr 1951 eine Einfuhr aus den Vereinigten Staaten von 1,35 Mill. t oder monatsdurchschnittlich 450 000 t vor. Da dies keinesfalls ausreichen würde, um die zu erwartenden Versorgungslücken auch nur annähernd auszugleichen, sind die Planungen inzwischen bis auf 2 Mill. t und darüber für das dritte Vierteljahr insgesamt erhöht worden, wobei aber noch dahinsteht, ob die Verschiffung dieser großen Mengen auch schnell genug in Gang kommt. Der größere Teil dieser Kohlenzufuhr soll wie bisher durch Gegenseitigkeitsgeschäfte hereingebracht werden, ein Teil (im Wert von 10 Mill. \$) soll auch durch Aufwendung von freien Dollardévisen bezahlt werden. Der Kreis der Bezieher der teureren amerikanischen Kohle würde sich bei Durchführung der vorliegenden Pläne selbstverständlich stark erweitern und außer der eisenschaffenden Industrie erhebliche Teile der chemischen, Kunstfaser-, Baustoff-, eisenverarbeitenden und Textilindustrie umfassen. Auf die hieraus sowie aus der Preiserhöhung für die „Spitzkohle“ aus der Inlandsförderung entstehenden Kostenprobleme wird weiter unten im Abschnitt über „Preise“ näher eingegangen. Selbst wenn aber die Pläne hinsichtlich einer Einfuhr von rund

2 Millionen t amerikanischer Kohle im dritten Vierteljahr sich voll verwirklichen lassen sollten, dürfte die Kohlenversorgung der eisenschaffenden Industrie immer noch etwas unter der effektiven Versorgung im zweiten Vierteljahr bleiben, während bei der übrigen Industrie unter Umständen sogar mit einem stärkeren Absinken in der Versorgung und damit der Produktionsmöglichkeiten gerechnet werden muß.

Angesichts dieser überaus knappen Kohlenversorgung werden unter Umständen Produktionsstörungen nicht ganz zu vermeiden sein, um so mehr, als Ausfälle in der laufenden Kohlenzufuhr kaum mehr in früherem Umfang durch Rückgriffe auf größere Kohlenvorräte ergänzt oder zeitlich ausgeglichen werden können. Zwar sind im Mai die Kohlenbestände bei der Industrie, der Bundesbahn und bei den öffentlichen Versorgungsbetrieben leicht angestiegen, aber insgesamt ist in den letzten Monaten noch bei weitem nicht die saisonmäßig übliche und notwendige Wiederauffüllung der Vorräte möglich gewesen. Im Vergleich zum Vorjahr sieht die Vorratslage sehr schlecht aus.

*Kohlen- und Koksbestände im Bundesgebiet
in 1 000 t*

	Ende Mai	
	1950	1951
Haldenbestände bei den Zechen insgesamt	1 107	41
Bestände bei den Verbrauchern		
Bundesbahn	590	253
Elektrizitätswerke ¹⁾	743	337
Gaswerke	274	117
Eisenschaffende Industrie ¹⁾	374	212
Übrige Industrie ¹⁾²⁾	1 831	1 115
Insgesamt	3 812	2 034

¹⁾ 1951 kleine Verschiebungen in der Firmenzugehörigkeit zwischen den Industriezweigen. — ²⁾ 1951 kleine Erweiterung des Firmenkreises. — Quelle: Deutsche Kohlen-Bergbauleitung.

Auch die Zechen selbst, die Ende Juni 1950 auf ihren Halden einen Vorratsbestand von nicht weniger als 1,8 Mill. t liegen hatten (der ein wertvolles Versorgungspolster für den Aufschwung der Industrieproduktion bis in den Oktober 1950 hinein darstellte), hatten Ende Juni 1951 ihre Halden praktisch völlig geräumt. Die Ungewißheit der zukünftigen Kohlenversorgung hängt als dunkler Schatten über der gesamten Produktionswirtschaft.

Die Eisenerzeugung entwickelte sich im Juni recht günstig und erreichte mit Hilfe der

Zufuhren amerikanischer Kohle neue Rekordziffern. Die Roheisenerzeugung stieg auf 945 000 t (Mai 920 000 t), die Rohstahlerzeugung auf 1 187 000 t (Mai 1 121 000 t) und die Walzstahlerzeugung auf 813 000 t (Mai 744 000 t). Von der Roheisenerzeugung entfielen 180 000 t (Mai 167 000 t), von der Rohstahlerzeugung 159 000 t (Mai 150 000 t) auf den Einsatz ausländischer Kohle. Dies bedingte einen entsprechend höheren Export an Walzwerkserzeugnissen. Auch die Lieferungen an das Inland konnten dank der hohen Produktion im Juni erhöht werden. Insgesamt lagen die Lieferungen von Walzstahl¹⁾ an inländische Abnehmer im zweiten Vierteljahr 1951 mit 1,93 Mill. t etwas höher als im vorangegangenen Vierteljahr (1,84 Mill. t), sie blieben aber hinter dem Stand des vierten Vierteljahres 1950 etwas zurück (vgl. Tabelle). Dabei

Produktion, Lieferung und Auftragsbestand von Walzstahl-Fertigerzeugnissen¹⁾

in 1 000 t

1. Produktion und Lieferung

Zeit	Produktion	Lieferung		
		Inland	Ausland	Insgesamt
1950 Oktober	783	662	175	837
November	793	664	143	807
Dezember	676	618	141	759
4. Vj.	2 252	1 944	459	2 403
1951 Januar	749	622	125	747
Februar	681	601	108	709
März	713	619	110	729
1. Vj.	2 143	1 842	343	2 185
April	784	650	144	794
Mai	744	612	148	760
Juni	813	666	158	824
2. Vj.	2 341	1 928	450	2 378

2. Auftragsbestand²⁾

Zeit	Inland	Ausland	Insgesamt
1950 Oktober	4 327	1 137	5 464
1951 Januar	6 210	964	7 174
Februar	6 605	897	7 502
März	6 889	858	7 747
April	7 008	930	7 938
Mai	7 081	920	8 001
Juni	7 307	850	8 150

¹⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt, Außenstelle Düsseldorf. — ²⁾ Am ersten des Monats.

konnten die Lieferungen nur durch ständigen Abbau der Vorratsbestände bei den Walzwerken auf dieser Höhe gehalten werden. Diese betragen

¹⁾ Ohne Halbzeug.

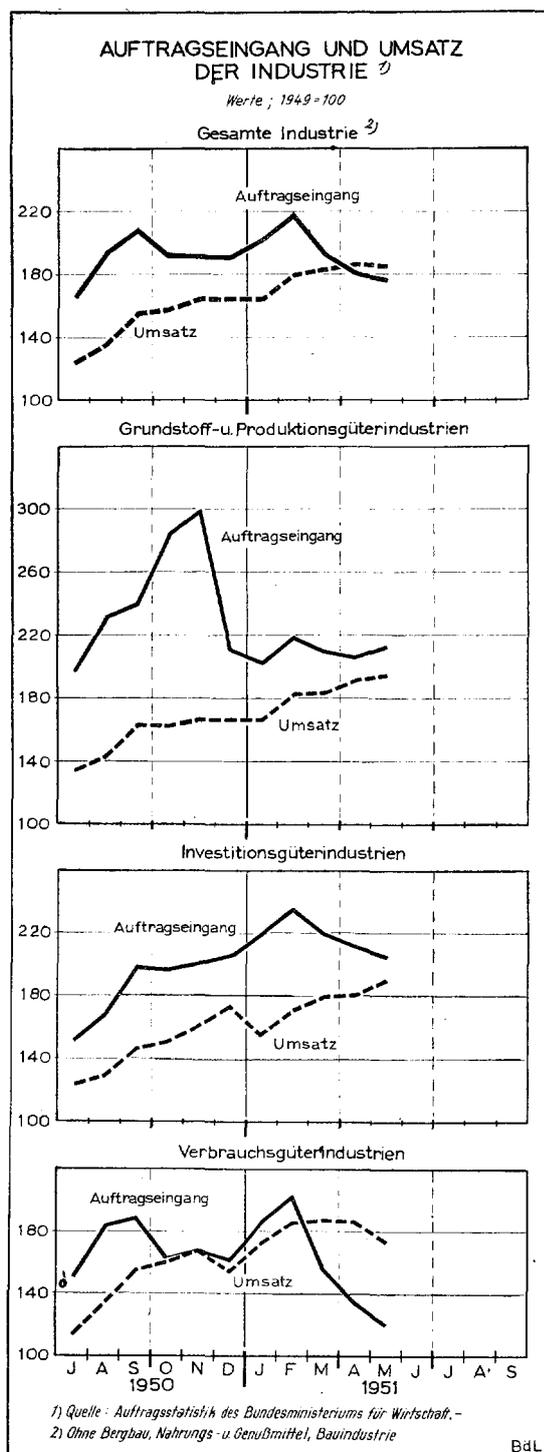
Ende Juni nur noch knapp über 200 000 t, d. h. weniger als die Hälfte des Vorratsbestandes vor einem Jahr, und haben wohl die untere Grenze des notwendigen Manipulationsbestandes erreicht. Zur gleichen Zeit sind aber auch bei den verarbeitenden Industrien die im Vorjahr noch vorhandenen Materialbestände sehr stark abgebaut worden, so daß ein immer größerer Teil der Wirtschaft auch bei Stahl von der Hand in den Mund lebt. Die immer noch steigenden Auftragsbestände bei den Walzwerken, die Ende Juni ungefähr einer 10-Monatsproduktion entsprechen, zeigen die unverminderte Dringlichkeit der Stahlnachfrage. Eine Besserung der Versorgungslage ist in naher Zukunft kaum zu erwarten. Auf Grund der schlechten Schrottversorgung (die ihrerseits wieder den Kohlebedarf je Stahleinheit erhöht) und vor allem der unsicheren Kohlenaussichten ist eher mit einer Verschlechterung in den nächsten Monaten zu rechnen.

Daß nach alledem der Überwindung der gegenwärtigen Engpässe bei Kohle und Stahl eine außerordentliche Bedeutung für den Fortschritt der gesamten Wirtschaft zukommt, liegt auf der Hand. Durch das geplante Gesetz über die Investitionshilfe für die Engpaßindustrien, das allerdings nicht mehr vor den Parlamentsferien verabschiedet werden konnte, soll diesem Kernproblem der deutschen Wirtschaft zu Leibe gerückt werden, indem für dringend erforderliche Investitionen in den Engpaßindustrien durch die übrige Wirtschaft innerhalb eines Jahres 1 Mrd. DM an langfristigen Finanzierungsmitteln aufgebracht werden sollen. Dieser Gesetzentwurf beruht auf der richtigen Erkenntnis, daß in der heutigen Lage Investitionen größeren Umfanges in den Engpaßindustrien nur dann ohne Schaden für das Gesamtgleichgewicht durchgeführt werden können, wenn an anderer Stelle der Wirtschaft entsprechende echte Einsparungen in den Investitionsausgaben erfolgen. Diese Erkenntnis findet eine besondere Stütze darin, daß — wie oben dargelegt — in der Stahlproduktion als der Grundlage der Investitionsgüterproduktion im Augenblick keinerlei Expansionspielraum vorhanden ist, der eine nennenswerte globale Ausdehnung der Investitionen über den gegenwärtigen Stand hinaus möglich machen würde. Über die Konsequenzen, die aus

dieser Lage hinsichtlich der Zwischenfinanzierung einiger Engpaßinvestitionen durch das Zentralbanksystem gezogen wurden, wird oben im Abschnitt über „Geld und Kredit“ berichtet.

Investitionsgüterindustrien

Trotz der Rekordproduktion an Stahl im Juni 1951 hat sich die Materialversorgung der eisenverarbeitenden Industrie, wie aus den oben angeführten Zahlen hervorgeht, nicht sehr gebessert. Der Rückgang in der Produktion von Investitionsgüter-Fertigwaren um 2 vH im Juni ist schon deswegen nicht verwunderlich, weil die Produktion dieser Gruppe in den Vormonaten offensichtlich über die Möglichkeiten eines dauerhaften Materialnachschiebs hinaus angestiegen war. So lagen im 2. Vierteljahr 1951 die Lieferungen von Walzstahlfertigerzeugnissen an inländische Abnehmer nur um 20 vH über dem Stand vom 2. Vierteljahr 1950; zur gleichen Zeit aber lag der Produktionsindex für Investitionsgüter-Fertigwaren (deren Hauptrohstoff Stahl ist) um nicht weniger als 42 vH über dem Vorjahrsstand. Allerdings mehren sich seit einiger Zeit die Zeichen, daß auch die bisherige Übernachfrage in einer Reihe von Investitionsgüterzweigen mindestens zurückgeht oder sogar im Verschwinden begriffen ist. Die Hauptursachen hierfür scheinen in der Abschwächung der Verbrauchsgüterkonjunktur und in den neuen steuerlichen Maßnahmen zur Beschränkung der Selbstfinanzierung zu liegen. Zwar ist im Mai (dem letzten Monat, für den bei Abschluß dieses Berichtes Zahlen vorlagen) die Nachfrage im Investitionsgütersektor insgesamt immer noch höher gewesen als der gleichzeitige Absatz, so daß die an sich schon überhöhten Auftragsbestände noch weiter answollen (vgl. Schaubild). Aber die Diskrepanz zwischen den neu hereinkommenden Aufträgen und dem gleichzeitig laufenden Ausstoß hat sich doch in den letzten Monaten sichtbar vermindert. Dabei hat sich die Entwicklung stärker differenziert als früher. Einige Zweige, die konsumnäher sind oder Maschinen für die Verbrauchsgüterindustrie (Textil- und Schuhmaschinen) herstellen, melden eine ausgesprochene Abschwächung der Nachfrage (wobei allerdings in vielen derartigen Fällen durch den erheblichen Auftragsüberhang noch eine Beschäftigung auf lange Zeit gesichert ist). Ebenso ist der Auf-



trags- und der Beschäftigungsstand der Schloß- und Beschlagindustrie auffallend schwach geworden, offenbar im Zusammenhang mit der Verlangsamung der Baukonjunktur. Auch bei der Kraftfahrzeugindustrie ist die Übernachfrage etwas im Abflauen begriffen. Hier wirken sich bei der Inlandsnachfrage die verschiedenen steuer-

lichen Mehrbelastungen und die Verschärfung der steuerlichen Richtlinien für Anschaffung und Betrieb von Kraftfahrzeugen offenbar schon aus, während bei der Auslandsnachfrage durch die Zahlungsbilanzschwierigkeiten in einigen Nachbarländern Einbußen zu befürchten sind.

Ein gewisser Rückgang in den Aufträgen auf Investitionsgüter wird sich zwangsläufig durch das Änderungsgesetz zum Einkommen- und Körperschaftsteuergesetz vom 27. Juni 1951 ergeben, dessen ausgesprochener Zweck neben der Beschaffung von Deckungsmitteln für die Öffentlichen Haushalte ja die Einschränkung der bisherigen Steuervergünstigungen für die Selbstfinanzierung von Investitionen ist. Es beschneidet durch die Erhöhung der Körperschaftsteuer von 50 auf 60 vH und den Wegfall der Steuerfreiheit für einen Teil des nicht entnommenen Gewinns die für Investitionen zur Verfügung stehenden Mittel erheblich. Allerdings ist aus dem Inkrafttreten dieses Gesetzes wohl keine schlagartige Verringerung der Investitionsgüternachfrage zu erwarten. Die Bestimmungen des Gesetzes gelten teilweise rückwirkend ab 1. Januar 1951 und waren der Geschäftswelt lange genug bekannt, so daß sie sich in ihren Aufträgen schon seit Monaten darauf einrichten konnte. Einige Änderungen, wie die Beschränkung der Bewertungsfreiheit für Ersatzbeschaffungen und für Fabrikgebäude, traten zwar erst ab 1. Juli 1951 in Kraft; frühere Vergünstigungen gelten aber nicht für Bestellungen oder Anzahlungen bis zu diesem Zeitpunkt, sondern nur für tatsächlich abgelieferte oder fertiggestellte Güter bzw. Gebäude. Der Ablauf dieser Vergünstigungen am 30. Juni müßte sich also schon seit einiger Zeit in entsprechend verminderten Aufträgen ausgewirkt haben. Allerdings herrscht gerade bei demjenigen Investitionsgüterzweig, der durch die Einschränkung der steuerlichen Begünstigungen bei der Selbstfinanzierung besonders stark betroffen sein müßte, nämlich beim Maschinenbau, im ganzen immer noch eine erhebliche Übernachfrage, die — trotz eines Rückgangs an neuen Aufträgen in den letzten Monaten — noch weit über das Maß der laufenden Liefermöglichkeiten hinausgeht.

Eine Anpassung der Nachfrage und eine Normalisierung der überhöhten Auftragsbestände im Investitionsgütersektor sind schon deswegen

erforderlich und begrüßenswert, weil nur so ein hinreichender Raum für die zusätzlichen Investitionen geschaffen werden kann, die im Rahmen der Investitionshilfe in den Engpaßindustrien geplant sind. Außerdem ist die Herstellung normaler Lieferfristen durch Anpassung der Inlandsaufträge an die zu knappe Materialdecke eine wichtige Voraussetzung dafür, daß die gegenwärtig immer noch recht großen Chancen im Export von Ausrüstungsgütern voll ausgenutzt werden können (was gegenwärtig oft an den Lieferfristen oder der Unsicherheit der Materialbeschaffung scheitert). Allerdings sind die Exportchancen heute keineswegs mehr unbegrenzt; vor allem macht sich mit der erwarteten Konsolidierung der internationalen politischen und wirtschaftlichen Lage eine zunehmende Verschärfung des Preiskampfes auf vielen Gebieten bemerkbar.

B a u w i r t s c h a f t

Die Beschneidung der steuerlichen Vergünstigungen für die Errichtung von Fabrikgebäuden und die Beschränkung der betrieblichen Abzugsfähigkeit von Aufwendungen für den sozialen Wohnungsbau durch das bereits erwähnte Änderungsgesetz zum Einkommen- und Körperschaftsteuergesetz vom 27. Juni 1951 werden, ebenso wie die verstärkte steuerliche Beschneidung der Gewinne überhaupt, auch nicht ohne Auswirkungen auf die Bautätigkeit bleiben. Bis jetzt hat sich allerdings die gewerbliche Bautätigkeit besser behauptet als der Wohnungsbau. Der Wohnungsbau aber ist vorläufig immer noch der wichtigste Teilbereich der Bautätigkeit. Sein Anteil an der gesamten bauseitigen Arbeitsleistung (ohne Baunebengewerbe oder Ausbaugewerbe) betrug im Jahre 1950 etwa 45 vH (bei den größeren Baubetrieben nur etwa 40 vH). Eine kürzlich veröffentlichte Untersuchung des Bundesministeriums für den Wohnungsbau¹⁾ gibt nähere Einzelheiten über die Finanzierungsquellen des Wohnungsbaues im Jahre 1950, daneben einen interessanten Vergleich mit einem Vorkriegsjahr. Es zeigt sich dabei, daß 1950 wie 1928 die Kapitalmarktmittel (im weitesten Sinne) ungefähr den gleichen Anteil an der Wohnungsbaufinanzierung hatten wie die Öffentliche Hand. Bemerkenswert ist

¹⁾ Der Wohnungsbau in der Bundesrepublik Deutschland. Juni 1951.

*Die Wohnungsbaufinanzierung 1950
im Vergleich zur Vorkriegszeit*

Finanzierungsquellen	1928 Deutsches Reich		1950 Bundesgebiet	
	Mill. RM	vH	Mill. DM	vH
I. Kapitalmarktmittel insgesamt	1 325	47,3	1 672	44,0
darunter:				
Sparkassen	455	16,1	507	13,3
Pfandbriefinstitute				
private	425	15,1	152	4,0
öffentliche	245	8,8	92	2,4
Lebensversicherung	80	2,9	233	6,2
Sozialversicherung	120	4,1	40	1,0
Bausparkassen				
private	.	.	198	5,2
öffentliche	.	.	205	5,4
dazu: ERP-Mittel	.	.	245	6,5
II. Öffentliche Mittel insgesamt	1 340	47,8	1 668	43,9
darunter:				
Hauszinssteuermittel	775	27,8	.	.
III. Übrige Mittel (als Differenz errechnet)	135	4,9	460	12,1
IV. Gesamter Investitionsaufwand	2 800	100,0	3 800	100,0

Quelle: Bundesministerium für den Wohnungsbau.

dabei aber, daß die Pfandbriefinstitute im Jahre 1950 mit 6,4 vH nur etwa ein Viertel ihres Vorkriegsanteils beisteuern konnten. Die Arbeitgeberdarlehen und -zuschüsse (die in dem Posten „Übrige Mittel“ enthalten sind) haben im Jahre 1950 mit schätzungsweise 300 Mill. DM oder 7,9 vH der Gesamtsumme eine recht beachtliche Rolle gespielt. Wie sind nun die Aussichten für die Wohnungsbaufinanzierung für das Baujahr 1951? An öffentlichen Mitteln werden mit rd. 1,7 Mrd. DM annähernd ebensoviel zur Verfügung stehen wie im Vorjahr. Es wurde aber bereits im letzten Monatsbericht darauf hingewiesen, daß infolge der starken Steigerung der Baukosten mit diesem Betrag nicht das gleiche Bauvolumen wie im Vorjahr finanziert werden kann. Der amtliche Baukostenindex (1936=100) ist infolge der Lohn- und Materialpreiserhöhungen schon bis April 1951 um 15 vH, nämlich von 186 im April 1950 auf 211 im April 1951, gestiegen. Seither ist eine erneute Verteuerung infolgeder neuerlichen Erhöhung der Bauarbeiterlöhne um 13 vH ab Mitte Juni eingetreten. — Die Mittel der Kapitalsammelstellen werden voraussichtlich etwas hinter den im Vorjahr aufgebrauchten Mitteln zurückbleiben, und zwar vor allem bei den Sparkassen und Pfandbriefinstitu-

ten, während von den Bausparkassen und Lebensversicherungsunternehmungen eine günstige Entwicklung erwartet wird. Besondere Schwierigkeiten in der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus macht in diesem Jahr die Beschaffung der ersten Hypotheken. Im vergangenen Jahr konnten hierfür die hohen ERP-Mittel eingesetzt werden, während in diesem Jahr die ERP-Zuweisungen für den Wohnungsbau erheblich geringer und außerdem ausschließlich für den Bergarbeiter-Wohnungsbau bestimmt sind. Wenn auch das Gesamtergebnis des Wohnungsbaus im Jahre 1951 infolge des hohen Überhangs sowohl an unvollendeten Bauten wie auch an Finanzierungsmitteln aus dem Jahre 1950 günstig sein wird, so ist doch angesichts der geschilderten Aussichten für die Finanzierung kaum mehr mit einer weiteren Ausweitung des Wohnungsbaus zu rechnen, es sei denn, daß erheblich mehr private Mittel und Zuschüsse zum Einsatz kommen als im vergangenen Jahr. Tatsächlich zeigt die Statistik der Baugenehmigungen, daß schon im Mai die Bewilligungen für Neubau-Wohnungen erheblich unter den allerdings recht hohen Vorjahreszahlen liegen.

Baugenehmigungen für Wohnungen¹⁾ im Bundesgebiet

Monat	Anzahl	
	1950	1951
Januar	27 518	32 110
Februar	32 860	35 670
März	39 380	39 200
April	43 560	43 440
Mai	53 550	40 190

¹⁾ Wohnungen in Wohn- und sonstigen Gebäuden. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

Der Index der Bautätigkeit ist von 112,6 im Mai auf 107,3 im Juni überraschend stark und entgegen der Saisontendenz gesunken. Damit hielt sich die Bautätigkeit zwar immer noch auf dem Stand vom Juni 1950; der in den ersten vier Monaten dieses Jahres sehr beträchtliche Vorsprung gegenüber dem Vorjahr ist jedoch verloren gegangen. Die Baustoffindustrie ist keineswegs im gleichen Umfang zurückgegangen. Sie klagt teilweise heute schon über Absatzmangel, so besonders die Hersteller von Bims- und Beton-Baustoffen. Zu gleicher Zeit herrscht allerdings eine überaus große Knappheit an Baueisen.

Verbrauchsgüterindustrien

Die Verbrauchsgüterindustrien, die schon seit April rückläufig sind, wiesen auch im Juni nochmal einen Rückgang auf. Ausschlaggebend war hier die weiterhin schwache Nachfrage seitens des Groß- und Einzelhandels. Der Index des Auftragseingangs ist in diesem Industriesektor binnen weniger Monate ganz scharf abgesunken, nämlich von 203 im Februar auf 121 im Mai (1949 = 100). Die Produktion hat sich allerdings, gestützt auf einen beträchtlichen alten Auftragsbestand, bedeutend besser gehalten. Nur in der Leder- und Schuhindustrie ist im Juni sogar die Produktionsziffer des entsprechenden Vorjahrsmonats unterschritten worden. In der Textilindustrie dagegen liegt die Produktion trotz der jüngsten Abschwächungen immer noch um rd. 24 vH über dem Juni 1950. Es darf überhaupt nicht übersehen werden, daß trotz der Produktionsrückgänge der letzten Monate der Gesamtausstoß an Verbrauchsgütern in den ersten sechs Monaten des Jahres ganz erheblich über dem des

entsprechenden Vorjahrszeitraumes lag (+ 26 vH). Wenn auch die hauptsächliche Ursache der Produktionsrückgänge bei den Verbrauchsgütern bisher in der Absatzflaute lag, so macht sich auf der anderen Seite doch auch die Materialknappheit in einzelnen Zweigen stark bemerkbar. Im Augenblick liegen offenbar die Engpässe auch hier nicht nur bei den Verarbeitungsrohstoffen, sondern mehr als früher bei der Kohle.

Einzelhandelsumsätze¹⁾ im Bundesgebiet

1949 = 100

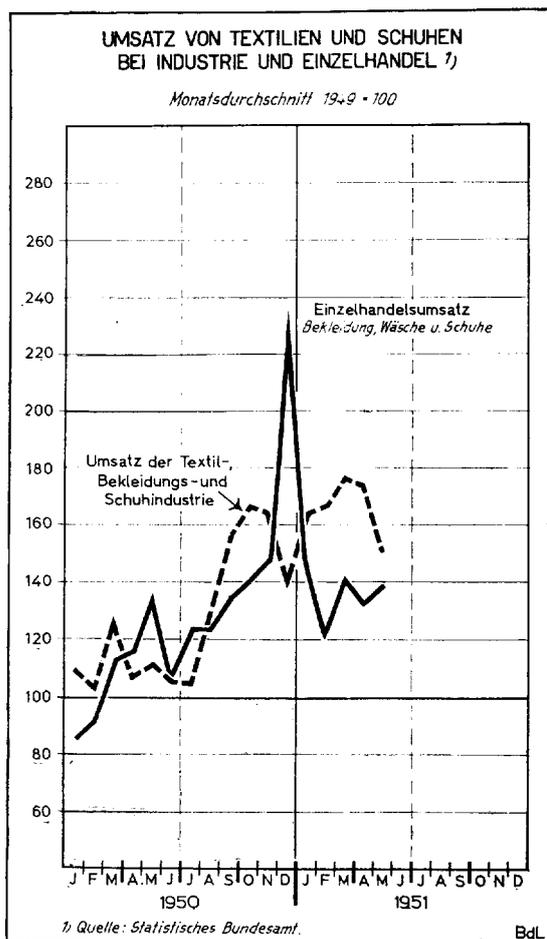
Geschäftszweig	1951		
	April	Mai	Juni ²⁾
Nahrungs- u. Genußmittel	105	107	113
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	133	139	129
Hausrat, Wohnbedarf	135	130	138
Sonstiges	114	106	.
Gesamt	117	118	120

¹⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ²⁾ Schätzung nach Schnellbericht.

Im übrigen scheint sich absatzmäßig neuerdings von der Endnachfrage her eine Erleichterung anzubahnen. Während nämlich von April auf Mai im Einzelhandel entgegen der normalen jahreszeitlichen Tendenz nur eine geringe Absatzzunahme zu verzeichnen war, sind im Juni die Umsätze des Einzelhandels nach vorläufigen Feststellungen um 2 vH angestiegen, obwohl nach der Saisontendenz eher ein Rückgang (von etwa 8 vH) zu erwarten war. Im Vergleich zum Juni 1950 lag der Absatz wertmäßig um etwa 22 vH höher. Da der Einzelhandel seine Warenbezüge in den letzten Monaten scharf gedrosselt hatte, blieb sein Wareneingang seit Mai, vielfach aber auch schon seit April, hinter seinem Absatz an die Konsumenten zurück. Der Einzelhandel konnte also im Durchschnitt seine durch die Überbestellungen scharf angespannte Liquidität wieder etwas verbessern. Es kann daher angenommen werden, daß eine zukünftige Erhöhung des Absatzes an die Letztverbraucher rascher und in größerem Umfang als bisher in Form von Aufträgen an die Hersteller weitergeleitet wird.

Beschäftigung

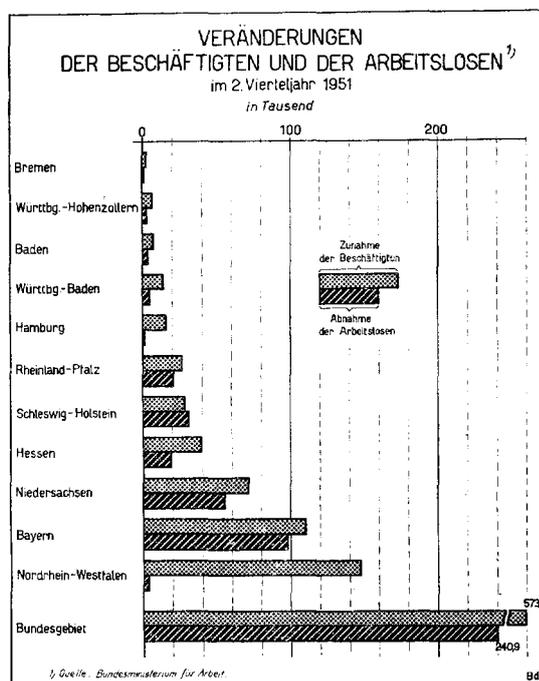
Die Zahl der (unselbständigen) Beschäftigten hat sich von 14 246 500 am 31. März auf 14 719 900 am 30. Juni 1951 erhöht und damit



einen neuen Höchststand erreicht. Die Zunahme betrug in den drei Monaten 473 400 Personen. Im zweiten Vierteljahr 1950 war die Beschäftigung mit 538 300 Personen stärker angestiegen. Allerdings hatte dafür im ersten Vierteljahr 1950 die Beschäftigtenzahl um 248 900 abgenommen, wogegen sie im ersten Vierteljahr 1951 bereits um 83 400 zugenommen hat. Der jahreszeitliche Expansionsprozeß hat also diesmal wesentlich früher begonnen. Insgesamt war die Beschäftigungszunahme im ersten Halbjahr 1951 mit 556 800 Personen fast doppelt so hoch wie im ersten Halbjahr 1950 (289 400).

Der Zunahme der Beschäftigten im zweiten Vierteljahr um 473 400 Personen steht eine Abnahme der Arbeitslosigkeit um nur 240 900 Personen gegenüber. Danach muß also ein sehr hoher Netto-Zugang an Erwerbstätigen über die natürlichen Abgänge aus dem Erwerbsleben (durch Alter, Invalidität, Heirat, Auswanderung und Tod) hinaus stattgefunden haben. Bei den neuen Erwerbstätigen dürfte es sich größtenteils um Schulentlassene handeln. Eine Betrachtung nach einzelnen Ländern (vgl. Schaubild) zeigt, daß sich offenbar auch durch Wanderungen zwischen den einzelnen Regionen erhebliche Verschiebungen ergeben haben. Die Länder mit besonders günstigen Beschäftigungsmöglichkeiten haben ganz offensichtlich aus den anderen Ländern sehr viele Arbeitskräfte herangezogen.

Trotz des Rückgangs in der arbeitstäglichen Industrieproduktion und in der Bauwirtschaft



konnte im Juni die Arbeitslosigkeit noch weiter abnehmen, und zwar um 61 000 (Juni 1950: 130 000). In der ersten Julihälfte wirkte sich allerdings die Stagnation der Produktion auch auf dem Arbeitsmarkt aus. Die Arbeitslosigkeit ging gegenüber Ende Juni nur noch um 4 100 zurück, und zwar nur noch in den landwirtschaftlichen Gebieten, während die Industrie-Länder bereits eine leichte Verschlechterung aufwiesen. Die Aussichten auf eine weitere Entlastung des Arbeitsmarktes sind ziemlich gering, solange der Kohle-Stahl-Engpaß jeder weiteren Expansion der Erzeugung im Wege steht.

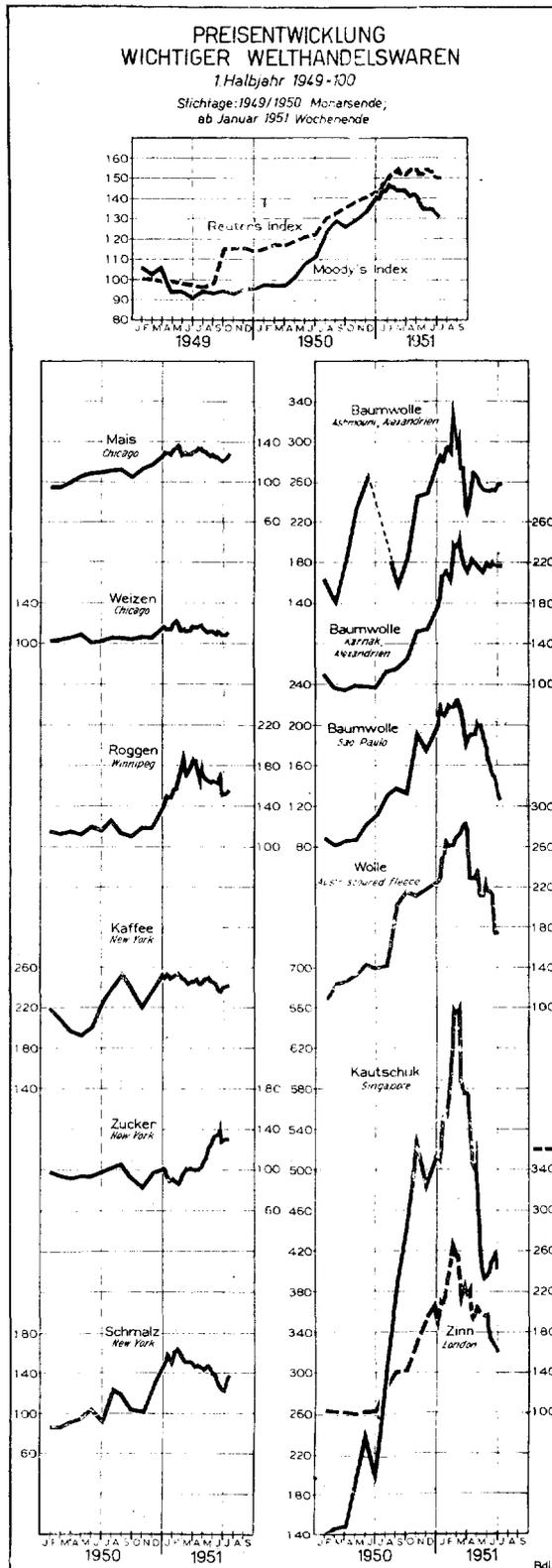
Preise

Die bereits im Vormonat sich abzeichnende Beruhigung der deutschen Preisentwicklung hat auf einer Reihe von Gebieten in den letzten Wochen weitere Fortschritte gemacht. Die seit Ende Juni 1951 teilweise noch verstärkte Baisse auf den Weltmärkten hat sich auch auf die Preisentwicklung der gewerblichen Grundstoffe in Westdeutschland ausgewirkt. Auf die Preise der Endprodukte ging von der nicht den Erwartungen entsprechenden Umsatzentwicklung nach wie vor ein Druck aus, der im Juni zum ersten Mal seit Beginn der Korea-Hausse zu einer leichten Senkung sowohl der Erzeuger- als auch der Einzelhandelspreise im Textil- und Schuhsektor

führte. Auf der anderen Seite mußten im Juni und in den ersten Juli-Wochen eine Reihe von Preisen erhöht werden; dies betraf in erster Linie Erzeugnisse, bei denen der bisherige Preis durch amtliche Preisfestsetzung von den Einflüssen des Marktes losgelöst war und nun erhöhte Kosten berücksichtigt werden mußten.

Die nun schon seit März anhaltende Baisse der internationalen Rohstoffnotierungen erhielt in der letzten Juni-Dekade durch die Nachricht von Waffenstillstandsverhandlungen in Korea neue Nahrung. Es gab Preiseinbrüche vor allem bei denjenigen Waren, deren Preise in der Korea-Hausse durch spekula-

tive Käufe besonders stark in die Höhe getrieben worden waren. Mitte Juli waren z. B. die Preise für Wolle um etwa 40 vH, für Zinn um rd. 43 vH



und für Kautschuk um 50 vH unter ihren im ersten Vierteljahr 1951 erreichten Höchststand abgesunken. Neben der politischen Entspannung wirkten aber auch mehrere andere Kräfte, auf die bereits im letzten Monatsbericht hingewiesen worden war, weiter in Richtung auf einen Preisfall. Neben rein saisonmäßigen Einflüssen auf einigen Märkten ist hier die Aussicht auf ein erhöhtes Angebot zu nennen. So lassen die Meldungen über die voraussichtlichen Ergebnisse der Baumwollernte in den Vereinigten Staaten von Amerika und anderen Baumwoll-Produktionsländern nunmehr erwarten, daß im kommenden Jahr nicht nur der normale Bedarf voll gedeckt werden kann, sondern auch eine gewisse Wiederauffüllung der gelichteten Weltvorräte eintreten wird. Darüber hinaus macht sich bei den Bekleidungsrohstoffen allmählich auch die steigende Verwendung von Kunstfasern stärker bemerkbar, ebenso bei Kautschuk die steigende Erzeugung von synthetischen Gummi. Kautschuk und Zinn können gegenwärtig überhaupt nicht mehr als knapp angesehen werden. Auch die Meldungen über die Getreideernten sowie über die Gesamtverfügbarkeiten an Fettrohstoffen zeigen eine erneute Verbesserung gegenüber den Erwartungen der letzten Monate. Allerdings war beim Getreide der Preisrückschlag von Ende Juni nur von kurzer Dauer. Infolge der Heraufsetzung der amerikanischen Paritätspreise für Weizen auf 218 cts je bushel gegenüber 199 cts im Wirtschaftsjahr 1950/51 und der Bemühungen der europäischen Länder, ihren Zuschußbedarf für das neue Wirtschaftsjahr durch Abschluß von Vorverkaufsverträgen möglichst frühzeitig zu decken, trat in der ersten Julihälfte wieder eine Festigung der Getreidepreise ein.

Neben dieser günstigeren Entwicklung des Angebots wirken aber auch von der Nachfrage Seite her noch immer mehrere Faktoren auf eine Baisse hin. So dauert der Widerstand der Konsumenten gegen die nunmehr bei den Endprodukten (vor allem Wollwaren) zur Auswirkung kommenden überhöhten Rohstoffpreise der vergangenen Monate in zahlreichen Ländern nach wie vor an, vor allem in dem wichtigsten Verbraucherland, den Vereinigten Staaten. In derselben Richtung wirkt aber auch die Zurückhaltung, die die amerikanische Regierung bei den Käufen für die Anlage „stra-

tegischer Vorräte“ nach wie vor übt. Die Einschränkung dieser Käufe, die im März den ersten Anstoß zu dem beginnenden Preisrutsch gegeben hatte, hat die Preise einiger Stapelgüter (Zinn, Kautschuk) fast auf den Stand heruntergebracht, der vor einiger Zeit von offiziellen amerikanischen Stellen als angemessen bezeichnet worden war. Ob nun auf diesem niedrigeren Preisstand die amerikanischen Regierungskäufe wieder im früheren Umfange aufgenommen werden, ist angesichts der neuesten weltpolitischen Entwicklung und auch der positiveren Einstellung der amerikanischen Regierung gegenüber den Rohstoffbedürfnissen der mit ihr alliierten westlichen Länder aber keineswegs sicher. Preisdämpfend, da dadurch die Nachfrage nach wichtigen Rohstoffen in geordnetere Bahnen gelenkt wird, wirken auch die — wenn auch bescheidenen — ersten Erfolge, die die „Internationale Rohstoffkonferenz“ in Washington nach langen und mühsamen Beratungen in der internationalen Repartierung von besonders knappen Schlüsselmaterialien aufzuweisen hat. So wurden Anfang Juli als erste umfassende Quartalszuweisungen die internationalen Zuteilungen von Schwefel für das dritte Vierteljahr 1951 bekanntgegeben und ungefähr gleichzeitig versuchsweise ein Interimsplan für Zuteilungen von Wolfram und Molybdän veröffentlicht. Für die anderen von den Ausschüssen der „Internationalen Rohstoffkonferenz“ behandelten Grundstoffe — mit der Ausnahme von Rohwolle, bei der noch keine Einigung erzielt werden konnte — sollen die Verteilungspläne so frühzeitig fertiggestellt werden, daß sie eventuell im vierten Vierteljahr 1951 in Kraft treten könnten.

Wenn auch unter dem Eindruck aller dieser Faktoren die *spekulativen* Übersteigerungen der Preisentwicklung seit dem Sommer 1950 weitgehend abgebaut wurden (und man nun eher von einer „Korea-Baisse“ sprechen kann), so liegen die gegenwärtigen Weltmarktnotierungen insgesamt doch noch erheblich über dem Stand von Mitte 1950 und in keinem Einzelfall darunter. Es läßt sich eben die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß sowohl die Kosten für die Rohstoffgewinnung als auch die echte, langfristige Nachfrage seit einem Jahr nicht unbedeutend gestiegen sind. Hinsichtlich der gewerblichen Rohstoffe fällt die Tatsache ins Ge-

wicht, daß die Industrieproduktion der führenden Industrieländer der Welt sich seit Mitte 1950 um 10 bis 20 vH (in einigen Fällen, wie im Falle Deutschlands, noch mehr) erhöht hat, während die Produktion der meisten gewerblichen Rohstoffe keineswegs in gleichem Ausmaß steigerungsfähig war. Besonders stark macht sich die daraus entspringende Diskrepanz selbstverständlich bei den für die Investitionsgüter- und Rüstungsproduktion unmittelbar wichtigen Rohstoffen, nämlich Kohle, Eisenerz, Eisen und Stahl, NE-Metallen (ausgenommen Zinn) und Stahlveredlern bemerkbar. Aber auch die Mineralölpreise blieben von der Baisse der letzten Monate unberührt. Bei der Mehrzahl dieser Waren sind die Preise durch amtliche Festsetzungen seit längerer Zeit auf einem Stand gehalten worden, der bei weitem nicht der auf diesen Märkten tatsächlich herrschenden Verknappung entspricht und zur Bildung von grauen Märkten geführt hat. Da auf diesen Gebieten nur mit einer sehr langsamen Ausdehnung der Produktion gerechnet werden kann, scheint eine Senkung der betreffenden amtlichen Preise in absehbarer Zeit ausgeschlossen zu sein. Im Gegenteil wurden die amtlichen britischen Verkaufspreise für Blei und Zink erst Mitte Juli erneut heraufgesetzt.

Die Stabilität der Preise in diesen Warengruppen schwächt den durchschnittlichen Preisrückgang auf den Weltmärkten, wie er in Moody's oder Reuter's Index der Stapelgüterpreise zum Ausdruck kommt, naturgemäß erheblich ab. Reuter's Index der Sterling-Preise zeigt von seinem bisherigen Höhepunkt im April bis Mitte Juli nur eine durchschnittliche Senkung um etwa 5 vH, während Moody's Index der amerikanischen Stapelgüterpreise von seinem im Februar erreichten Höhepunkt bis Mitte Juli immerhin um 14 vH zurückgegangen ist. Zu diesem Zeitpunkt lag Reuter's Index aber noch immer um rd. 21 vH und Moody's Index um 16 vH über dem Stand vom Juni 1950 (vgl. Tabelle).

In den durchschnittlichen Preisen der deutschen Einfuhr, die der Weltmarkt-Preisentwicklung wegen der langen Zeitabstände zwischen Kontraktabschluß und effektiver Einfuhr in der Regel mit mehrmonatlicher Verzögerung folgen, hat sich bis zum Mai — dem letzten Monat, über den Unterlagen verfügbar sind — überhaupt noch keine nennenswerte Preissenkung niedergeschla-

Zur Preisentwicklung wichtiger Weltmarktwaren

Waren	Basis	Stand Ende Juni 1950	Höhepunkt der Korea-hausse	Stand Mitte Juli 1951 ¹⁾	Rückgang seit dem Höhepunkt der Hausse		Erhöhung gegenüber dem Stand von Ende Juni 1950		Waren	Basis	Stand Ende Juni 1950	Höhepunkt der Korea-hausse	Stand Mitte Juli 1951 ¹⁾	Rückgang seit dem Höhepunkt der Hausse		Erhöhung gegenüber dem Stand von Ende Juni 1950	
					in vH		in vH							in vH		in vH	
Indexziffern der Rohstoffpreise																	
Moody	31. 12. 1931 = 100	405,1	535,2	468,9	- 14	+ 16											
Reuter	18. 9. 1931 = 100	404,7	526,9	507,2	- 5	+ 21											
Börsennotierungen																	
Weizen	Hardwinter II, N. Y., cts je bush	249 ¹ / ₈	284 ³ / ₈	266 ¹ / ₂	- 7	+ 7	Kautschuk	N. Y., RSS, cts je lb	31	78	52	- 50	+ 68				
Mais	gelb II, cts je bush	180	213 ³ / ₄	201 ³ / ₄	- 6	+ 13	Zinn	Straits, N. Y., cts je lb	78,25	185,00	106,00	- 43	+ 36				
Schmalz	Midwestern, N. Y., cts je lb	11,40	18,25	16,65	- 9	+ 46	Kupfer	Elektro, N. Y., Expt., cts je lb	22,50	27,50	27,50	0	+ 22				
Zucker	N. Y., Welckontrakt 4, cts je lb	4,27	8,08	6,70	- 21	+ 57	Zink	East St. Louis, N. Y., cts je lb	15,00	17,50	17,50	0	+ 17				
Kaffee	Santos IV, N. Y., cts je lb	46,95	56,50	53,00	- 7	+ 13	Blei	New York, cts je lb	11,00	17,00	17,00	0	+ 55				
Baumwolle	Americ. middling, N. Y., cts je lb	34,79	46,06	39,05	- 18	+ 12	Nickel	Raffiniert, Standard, London, £ je lgt	386	454	454	0	+ 18				
	Ägypt. f. g. f. Giza, London, d je lb	43,35	82,45	63,80	- 22	+ 47	Aluminium	Ingots, London, £ je lgt	112	124	124	0	+ 11				
Wolle	London, austr. Vliese, gew., 70's, d je lb	153	308	180	- 41	+ 18	Wolfram	Empire, Erz 65 ⁰ / ₁₀ , c. i. f., London, £ s je Einheit	6,5	33,15	26,15	- 21	+ 302				
Jute	Daisee 2/4; c & f. Dundee, £ je lgt	120	240	170	- 29	+ 42	Stahlblöcke	Pittsburgh, Pa., \$ je lgt	53,00	56,00	56,00	0	+ 6				
							Stahlschrott	N. Y., \$ je lgt	41,75	47,75	44,00	- 8	+ 5				
							Rohöl	44,6 ⁰ , Bradford, Pa., \$ je barrel	3,75	4,25	4,25	0	+ 13				

¹⁾ Amerikanische Notierungen vom 20. 7. 1951, britische Notierungen vom 17. 7. 1951.

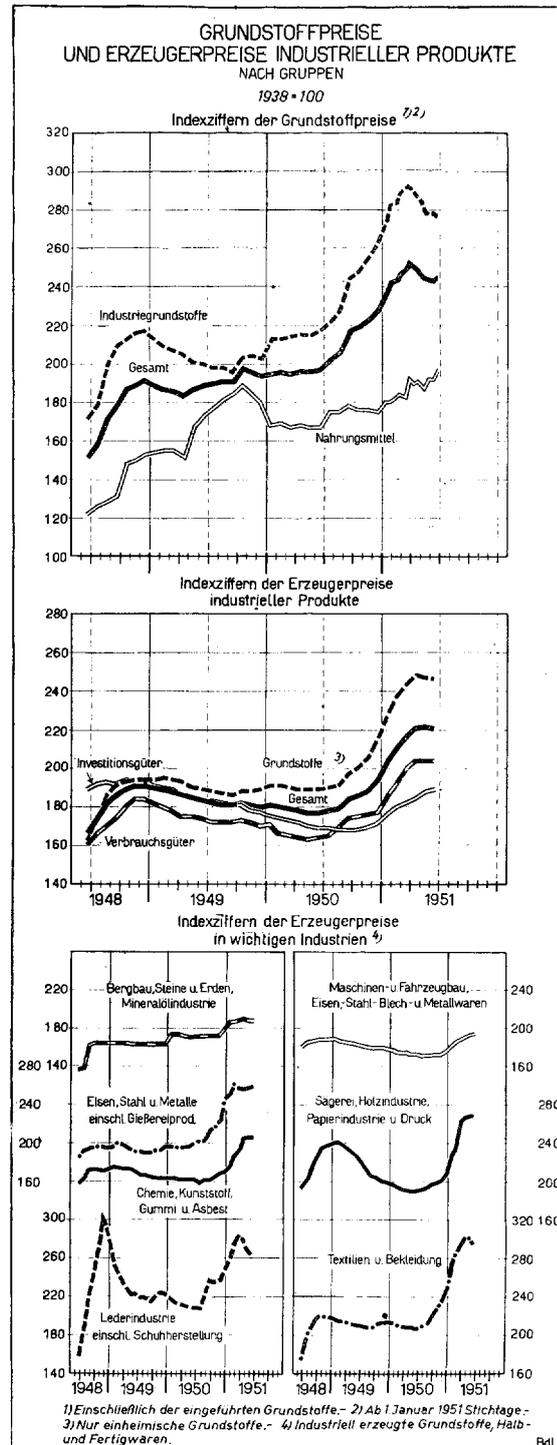
gen; sie lagen in diesem Monat um etwa 40 vH über dem Stand vor Beginn des Korea-Konflikts. Immerhin sind die von den Weltmärkten ausgehenden Einflüsse stark genug gewesen, um in Deutschland im Juni eine weitere leichte Abschwächung der Preise industrieller Grundstoffe herbeizuführen, die aber bei gleichzeitig steigenden Nahrungsmittelpreisen nur dazu ausreichte, die Gesamtindexziffer der westdeutschen Grundstoffpreise stabil zu halten (vgl. Tabelle). Bei den westdeutschen Grundstoffpreisen zeichnen sich gegenwärtig deutlich drei Gruppen mit verschiedenen Tendenzen ab. Die eine Gruppe spiegelt im wesentlichen die Preisrückgänge an den internationalen Märkten wider; es handelt sich hierbei vor allem um Textilrohstoffe und Rohgummi. Ihr steht eine zweite Gruppe von gewerblichen Grundstoffen gegenüber, bei denen die Inlandsnachfrage immer noch nicht vollständig gedeckt werden kann und bei denen daher bis in die letzten Wochen hinein noch Preiserhöhungen zu verzeichnen waren. Dazu gehören in erster Linie Nichteisenmetalle und Schwefelsäure. Einige weitere neuerdings vorgenommene Preiserhöhungen, wie die auf erhöhte Roh-

stoffkosten zurückzuführende amtliche Heraufsetzung der Preise für Stickstoffdüngemittel um rd. 14 vH und die durch den Fortfall der bisher gewährten Zollbegünstigungen bedingte Erhöhung der Preise für Benzin und Petroleum treten in den Indexziffern für Juni noch nicht in Erscheinung. Die dritte Gruppe, welche die in den Index der Grundstoffpreise einbezogenen Nahrungsmittel umfaßt, unterliegt wiederum besonderen Einflüssen. Sie wurde von den Preisrückgängen an den Weltmärkten bisher noch kaum berührt, da z. B. die deutschen Preise für Brotgetreide, Zucker und Margarine Fest- bzw. Höchstpreise sind, die unter dem Stand der Weltmarktpreise liegen, so daß Preissenkungen im Ausland infolgedessen zunächst nur die zur Herabschleusung auf das deutsche Preisniveau notwendigen Subventionsbeträge vermindern. Insgesamt ist die Indexziffer der Nahrungsmittelpreise im Juni wieder um 2,6 vH gestiegen, da die amtliche Heraufsetzung des Butterpreises und die zum Teil jahreszeitlich bedingten Preiserhöhungen bei Futtergetreide, Kartoffeln und Rindern durch die Preisrückgänge bei Schweinen, Eiern und Rohtabak nur teilweise ausgeglichen

wurden. Der Gesetzentwurf zur Regelung der Getreidepreise im Wirtschaftsjahr 1951/52, der die am 16. März 1951 neu festgesetzten Preise praktisch weiter gelten läßt, die bisherigen Festpreise aber durch die Festsetzung einer Spanne von 20,— DM je t in Höchst- und Mindestpreise verwandelt, wurde vom Bundestag angenommen, so daß, wenn die Zustimmung des Bundesrates erlangt wird, das Gesetz am 1. August 1951 in Kraft treten kann.

Eine ähnliche Divergenz wie bei den Grundstoffpreisen läßt sich auch bei der Entwicklung der industriellen Erzeugerpreise in Deutschland erkennen. Im Verbrauchsgütersektor wird von der Rohstoff- wie von der Absatzseite her weiter ein starker Druck ausgeübt, der dazu führte, daß die Indexziffer seit April nicht mehr weiter anstieg. Besonders hervorzuheben ist dabei aber, daß die Gruppe „Textil und Bekleidung“, die in den vergangenen zwölf Monaten den stärksten Anstieg zu verzeichnen hatte, zum ersten Male seit Juni 1950 einen Rückgang aufweist, was um so bemerkenswerter ist, als vielfach erwartet worden war, daß die Rohstoffhausse im vergangenen Winter sich gerade bei Textilien noch in den Spätsommer- und Herbstmonaten in Preissteigerungen der Fertigwaren auswirken würde. Auch bei der Lederindustrie (einschl. Schuhen), deren Preise schon seit drei Monaten rückläufig sind, waren weitere Preisrückgänge zu verzeichnen, die zusammen mit den sinkenden Preisen bei Textilrohstoffen einen leichten Rückgang der Untergruppe „Grundstoffe“ des Erzeugerpreisindex bewirkten. Anders dagegen verlief die Entwicklung bei den Investitionsgütern, bei denen, da vielfach immer noch überhöhte Auftragsbestände vorliegen, Erhöhungen der Lohn- oder Materialkosten, wie sie z. B. im Juni durch die Ende Mai erfolgte Heraufsetzung der NE-Metallpreise eintraten, nach wie vor an die Abnehmer weitergewälzt werden.

Eine erneute Kostenerhöhung wird sich für einen Teil der Industrie aus der Marktsplattung für Kohle ergeben, die als Folge der Erhöhung der Bergarbeiterlöhne notwendig geworden ist. Die sogenannte „Spitzenkohle“, die aus der Mehrförderung über 373 000 t arbeitstäglich stammt, wird mit einem Aufpreis von 35,— DM (bei Steinkohlenkoks 46,— DM)



gegenüber dem durchschnittlichen Normalpreis verkauft werden, was für die Kohle eine Erhöhung um nicht weniger als 83 vH bedeutet. Diese verteuerte Kohle soll nicht an die Massenverbraucher von Kohle, wie Bahn, Schifffahrt, Fischerei, Versorgungsbetriebe, Düngemittelindustrie und Hausbrand geliefert werden, sondern

nur an die verarbeitende Industrie. Wie hoch der Anteil dieser verteuerten „Spitzenkohle“ an der gesamten Kohlenversorgung der Industrie sein wird, richtet sich nach dem Förderergebnis. Nach dem bisherigen Verteilungsplan, der mit 385 000 t arbeitstäglich im Juli rechnet, würde die verarbeitende Industrie (ohne eisenschaffende) im Durchschnitt bis zu einem Drittel ihrer Inlandslieferungen an Kohle zu einem erhöhten Preis beziehen müssen. Ebenso werden die zusätzlichen Lieferungen aus der noch teureren amerikanischen Kohle (cif-Preis über 90,— DM je t) sich in Zukunft auf einen immer breiteren Kreis von Industriezweigen verteilen. Ein weiterer Faktor der Kostensteigerung wird sich in zahlreichen Zweigen der verarbeitenden Industrie aus der beabsichtigten Erhöhung des Stahlpreises ergeben, die durch die Verteuerung der Schwedenerze um 38 bis 39 vH sowie durch die Verwendung der teureren amerikanischen Importkohle unvermeidlich geworden ist. Die Preiserhöhungen werden voraussichtlich die Form von „Kostenausgleichsbeträgen“ annehmen, die die eisenverarbeitenden Industrien der eisenschaffenden Industrie zahlen und die auf die bisherigen Eisen- und Stahlpreise im Anhängerverfahren aufgeschlagen werden. Falls geringere Mengen an amerikanischen Kohlen, als augenblicklich vorgesehen, eingeführt werden oder die Preise für Importkohle sinken sollten, werden auch die Zuschläge ermäßigt werden. Es besteht zwar die Hoffnung, daß sowohl die partielle Kostenerhöhung für Kohle als auch diejenige für Stahl zu einem großen Teil in der verarbeitenden Industrie aufgefangen werden kann, zumal ein großer Teil der betreffenden Firmen schon bisher gezwungen war, sich ihre „Spitzenkohle“ und einen Teil des Stahls zu den überhöhten Preisen des schwarzen oder grauen Marktes zu beschaffen. Doch wird sich diese Hoffnung zweifellos nur dann erfüllen, wenn nicht durch eine Überhöhung der Nachfrage und des Auftragsbestandes im Verhältnis zu den sehr beengten Liefermöglichkeiten, insbesondere im Investitionsgütersektor, die Abwälzung der Kostenerhöhungen zu sehr erleichtert wird. Es hat sich schon in den letzten Monaten sehr deutlich erwiesen, daß z. B. diejenigen Zweige des Maschinenbaues, die weniger von der Auftragskonjunktur profitieren (wie die Armaturenhersteller), viel weni-

ger mit ihren Preisen in die Höhe gingen, als die von den gleichen Kostenerhöhungen betroffenen Zweige mit überhöhter Nachfrage.

Wichtige Preisindexziffern im Bundesgebiet
Juni 1950 = 100¹⁾

Zeit	Grundstoffpreise ²⁾			Erzeugerpreise industrieller Produkte			Lebenshaltungskosten		
	gesamt	industrielle	landwirtschaftliche	gesamt	Grundstoffe ³⁾	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	mit Obst und Gemüse	ohne Obst und Gemüse
1948									
Dezember	97,5	100,0	91,7	107,9	102,6	114,7	112,1	111,3	110,7
1949									
Dezember	98,5	93,6	107,7	101,7	100,0	104,7	103,6	103,3	104,7
1950									
Juli	102,5	101,8	104,8	100,6	100,5	100,0	100,6	98,7	100,0
August	104,5	104,6	104,8	101,1	101,1	99,4	103,0	98,0	100,0
September	110,1	112,4	106,5	103,9	104,2	99,4	106,1	98,0	100,7
Oktober	111,1	114,2	105,4	105,1	105,8	99,4	106,7	98,7	100,7
November	113,1	117,4	105,4	106,2	108,4	100,0	107,3	99,3	101,3
Dezember	115,7	121,6	104,8	109,6	113,7	101,2	107,9	100,0	102,0
1951									
Januar	121,2	128,0	108,3	115,2	120,5	104,1	112,7	102,0	103,3
Februar	123,7	131,2	109,5	119,1	125,3	106,5	117,0	103,3	104,7
März	126,8	134,4	111,3	122,5	128,4	107,6	121,8	106,6	108,0
April	126,3	132,6	114,3	124,7	131,1	108,8	124,2	107,9	108,7
Mai	123,7	128,9	113,7	125,3	130,5	111,2	124,2	109,3	109,3
Juni ⁴⁾	123,7	127,5	116,7	124,7	130,0	111,8	124,2	110,6	110,0

¹⁾ Umgerechnet auf Grund der Originalziffern des Statistischen Bundesamtes (1938 = 100). — ²⁾ Inländische und ausländische Grundstoffe. — ³⁾ Nur im Inland erzeugte Grundstoffe. — ⁴⁾ Vorläufig.

Die Lebenshaltungskosten stiegen im Juni mit 1,2 vH, bei Ausschaltung der Obst- und Gemüsepreise mit 0,6 vH, noch etwa im gleichen Maße wie im Mai und April 1951 an. Die Obst- und Gemüsepreise halten sich in diesem Jahr infolge der geringeren Einfuhren auf höherem Stand und sinken nur langsam. Auch bei Außerachtlassung der Obst- und Gemüsepreise ist der Teilindex für Nahrungsmittel im Juni verhältnismäßig stark, nämlich um 1,7 vH gestiegen, was in erster Linie auf die Heraufsetzung des amtlichen Butterpreises um 50 Dpf je kg und auf die jahreszeitlich gestiegenen Kartoffelpreise zurückzuführen ist. Ab Juli ist aus Saisongründen wieder mit einem Rückgang der Kartoffel-, Gemüse- und Obstpreise zu rechnen. Dagegen werden erneute Preisauftriebstendenzen bei einigen Nahrungsmitteln von der Aufhebung der Zollbegünstigungen und -befreiungen ab 1. Juli 1951 (die dem Bundesfinanzminister im laufenden Rechnungsjahr Mehreinnahmen in Höhe von 300 bis 350 Mill. DM bringen soll) befürchtet. Von der Aufhebung der Zollbegünstigungen betroffen werden an Grundnahrungsmitteln vor allem Fleisch, Speck, Fett, Milch

und Milchprodukte, Eier und Kartoffeln. Bei der Mehrzahl der aufgeführten Produkte fallen allerdings die Einfuhrmengen im Verhältnis zur eigenen Erzeugung nicht sehr ins Gewicht. Außerdem ist zu bedenken, daß die effektiven Einfuhrmengen fast in allen diesen Fällen weniger durch die Preisdifferenz zwischen In- und Ausland und den Zollsatz, als durch die verfügbaren Devisenbeträge für Einfuhrausschreibungen bestimmt sind. Wenn also, was hiernach angenommen werden kann, die gesamten auf den deutschen Markt kommenden Mengen durch die neue Zollbelastung in diesen Fällen nicht verringert werden, so liegt an sich kein Grund zu einer Erhöhung des inländischen Marktpreises vor. Vielmehr würde in diesem Fall der Zoll nur eine Spanne wegnehmen, die schon bisher zwischen dem ausländischen und inländischen Preis bestand, und die bisher von den ausländischen Produzenten oder Regierungen vereinnahmt wurde (zum Teil, um damit die Exporte nach anderen Märkten zu subventionieren, die wie der englische Markt erheblich geringere Preise boten). Für diese Annahme spricht auch, daß die Wiedereinführung der deutschen Zölle das Ausland teilweise bereits dazu veranlaßt hat, bisher erhobene Sonderabgaben auf die Ausfuhr der betreffenden Nahrungsmittel nach Deutschland aufzuheben. In diesen Fällen ist durch die Wiedereinführung der Zölle also nicht nur keine Preiserhöhung, sondern sogar eine Devisenersparnis eingetreten.

Großenteils gegenstandslos geworden sind die Besorgnisse, welche die geplanten Heraufsetzungen von verschiedenen amtlich festgesetzten Lebensmittelpreisen verursachten. Die Bundesregierung scheint im Interesse ihres Stabilisierungsprogrammes von derartigen Heraufsetzungen — eventuell mit Ausnahme des Margarinepreises — zunächst absehen zu wollen. Sie hat sich jedenfalls entschlossen, den von den Gewerkschaften als ausschlaggebend betrachteten Konsumbrotpreis weiter auf seinen bisherigen Stand von 48 Dpf. je kg herabzubesubventionieren. Dafür sollen die Mittel verwandt werden, die für die Verbilligung der Margarine auf den neuen Höchstpreis von 2,84 DM je kg vorgesehen waren, nach dem Rückgang der Weltmarktpreise für Margarinerohstoffe in den letzten beiden Monaten für diesen Zweck aber nicht mehr benötigt werden. Die Zahlung von Subventionsbeträ-

gen für die weitere Verbilligung von Margarine auf den bisherigen Höchstpreis von 2,44 DM je kg wurde dagegen am 1. Juli 1951 zunächst eingestellt. Die endgültige Entscheidung über die Heraufsetzung des Preises oder die Weiterzahlung der Subventionen liegt aber noch beim Bundesrat. Auch die für den 1. Juli 1951 vorgesehene Erhöhung des Zuckerpreises von 1,14 auf 1,40 DM je kg ist vertagt und die Neufestsetzung dieses Preises dem Preisrat zur Überprüfung überwiesen worden.

Die bisherige und zukünftige Entwicklung der Nahrungsmittelpreise ist zweifellos ein neuralgischer Punkt für das wirtschaftliche Programm der Bundesregierung, die unverändert an einer weitgehenden Stabilisierung der Preis-Lohnverhältnisse festhält. Dieses Stabilisierungsprogramm wird durch die zahlreichen Tarifikündigungen und neuen Lohnforderungen der Gewerkschaften in den letzten Wochen stark bedroht. Eine allgemeine Erhöhung der Löhne wäre besonders gefährlich in einem Augenblick, in dem fast auf der ganzen Linie der Preis-Wettbewerb auf den Auslandsmärkten wieder in voller Schärfe zu entbrennen beginnt. Nun wurden die neuen Lohnforderungen überwiegend mit den bevorstehenden Erhöhungen der Preise für Grundnahrungsmittel begründet. Sofern aber weitere Preiserhöhungen bei diesen vermieden oder durch Preissenkungen auf anderen Gebieten ausgeglichen werden können, ist derartigen Forderungen weitgehend der Boden entzogen. In diesem Zusammenhang fällt auch der Geld- und Kreditpolitik eine bedeutsame Rolle zu. Sie kann durch eine konsequent eingehaltene straffe Linie erheblich zu einer Stabilhaltung des durchschnittlichen Preisstandes beitragen. Es verdient als eine der ersten ausgleichenden Preissenkungen besonders hervorgehoben zu werden, daß die Untergruppe „Bekleidung“ des amtlichen Index der Lebenshaltungskosten im Juni zum ersten Male seit der Korea-Hausse einen leichten Rückgang zu verzeichnen hatte. Wenn auch die Preisabschwächung in erster Linie der andauernden Zurückhaltung der Käufer und den psychologischen Auswirkungen der internationalen Preisrückgänge zu verdanken ist, so ist sie doch nicht ohne Mitwirkung der Kreditpolitik zustande gekom-

men, die durch ihre restriktive Linie dazu zwang, die überhöhten Lagerbestände abzubauen und die Produktion laufend auf den Markt zu brin-

gen, auch wenn dies im Wettbewerb um die begrenzte Verbraucherkaufkraft nur mit Preisopfern möglich war.

Außenwirtschaft

Außenhandel

Im Juni zeigte die Entwicklung des Außenhandels in verschiedener Hinsicht ein günstigeres Bild als im Mai. Die Aktivierung der Handelsbilanz machte weitere Fortschritte. Der Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr insgesamt stieg von 97 Mill. DM im Mai auf 177 Mill. DM im Juni. Nach Abzug der durch Auslandshilfe

Beschränkung der Einfuhr, sondern ausschließlich auf einem Anstieg der Ausfuhr beruhte, während die Einfuhr wieder etwas erhöht werden konnte.

Die Ausfuhr erreichte wertmäßig mit 1 250 Mill. DM einen neuen Rekordstand. Auch mengenmäßig dürfte sie damit den früheren Höchststand vom April übertroffen haben. Gegenüber dem Mai (Ausfuhr 1 147 Mill. DM) ergab sich eine Erhöhung um 103 Mill. DM oder 9 vH, wobei nur ein kleiner Teil der Zunahme, nämlich 10 Mill. DM auf erhöhter Kohlenausfuhr, der Hauptteil aber auf Zunahme der Fertigwarenausfuhr beruhte. Wenn auch diese Zunahme weitgehend durch die erhöhte Anzahl von Arbeitstagen im Juni — 26 gegenüber 23^{1/2} im Mai — erklärt werden kann, so hebt sich doch diese Besserung der Fertigwarenausfuhr vorteilhaft von dem allgemeinen Bild der Wirtschaftsentwicklung, insbesondere von der (arbeitstäglich) rückgängigen Industrieproduktion im Juni ab. Die günstige Entwicklung der Ausfuhr im Juni darf andererseits auch nicht überschätzt werden. Denn gegenwärtig kommen noch in der Hauptsache diejenigen Auslandsaufträge zur Auslieferung, die während der vergangenen „Über-Konjunktur“ auf den Weltmärkten relativ leicht hereinfließen, und deren Ausführung auf der anderen Seite noch nicht von so großen Materialschwierigkeiten und -verteuerungen beengt war, wie sie neuerdings in manchen für den Export wichtigen Industriezweigen in Erscheinung treten. Inzwischen haben sich für eine Reihe von Fertigwaren die bisherigen internationalen „Verkäufermärkte“ wieder in „Käufermärkte“ verwandelt, d. h. es muß wieder mehr als vorher mit wettbewerbsfähigen Preisen und Lieferfristen um Aufträge gekämpft werden. Wenn trotz dieses Wandels in der Absatzlage und trotz der zunehmenden Auswirkungen des Kohle- und Stahllengpasses auf die inländische Produktion der Export weiterhin in dem für die Versorgung erforderlichen Umfang gesteigert werden soll, so setzt dies zweifellos

Der Außenhandel des Bundesgebiets¹⁾
in Mill. DM

Warengruppen	1950 M.-D. 4. Vj.	1951			
		Mon.-Durchschn.		Mai	Juni
		1. Vj.	2. Vj.		
I. Ausfuhr, gesamt	963,5	991,6	1 183,2	1 147,0	1 249,7
davon:					
Ernährungswirtschaft	33,5	42,4	30,2	28,6	26,6
Gewerbliche					
Wirtschaft	930,0	949,2	1 153,0	1 118,4	1 223,1
davon:					
Rohstoffe	105,6	104,5	110,4	99,7	114,0
Halbwaren	154,3	155,6	164,8	164,4	167,4
Fertigwaren	670,1	689,1	877,8	854,3	941,7
II. Einfuhr, gesamt	1 280,6	1 240,4	1 067,0	1 050,0	1 072,5
davon:					
Ernährungswirtschaft	517,3	473,2	440,7	450,9	482,1
Gewerbliche					
Wirtschaft	763,3	767,2	626,3	599,1	590,4
davon:					
Rohstoffe	385,9	447,0	399,0	393,6	376,4
Halbwaren	202,5	163,8	133,9	122,7	136,6
Fertigwaren	174,9	156,4	93,4	82,8	77,4
III. Saldo, gesamt ²⁾	- 317,1	- 248,8	- 116,2	+ 97,0	+ 177,2
IV. Einfuhr auf Grund von Auslandshilfe	179,1	172,0	214,5	240,3	191,3
V. Einfuhr gegen Devisen	1 101,5	1 068,4	852,5	809,7	881,2
VI. Saldo des „kommerziellen“ Außenhandels ³⁾	- 138,0	- 76,8	- 330,7	+ 337,3	+ 368,5

¹⁾ Einschließlich West-Berlin. — ²⁾ Einfuhrüberschüsse = —, Ausfuhrüberschüsse = +. — ³⁾ Saldo zwischen der Einfuhr gegen Devisen und der Ausfuhr.

finanzierten Einfuhr ergab sich sogar ein Überschuß (im „kommerziellen“ Außenhandel) von 369 Mill. DM gegenüber 337 Mill. DM im Mai. Die entscheidende Verbesserung im Vergleich zum Vormonat liegt jedoch darin, daß zum ersten Mal seit drei Monaten die Zunahme des Überschusses nicht mehr teilweise oder ganz auf einer

sowohl eine vorsichtige Lohnpolitik als auch eine gewisse Beschränkung der inländischen Nachfrage nach den besonders für den Export in Frage kommenden Erzeugnissen der Produktions- und Investitionsgüterindustrie voraus.

Als günstige Entwicklung muß es auch verzeichnet werden, daß im Juni die Ausfuhr in erster Linie wieder nach den EZU-Ländern zunahm und so den in diesem Gebiet besonders stark hervorgetretenen Rückschlag vom Mai wieder wettmachte. Die Ausfuhr stieg in diesem Währungsraum auf breiter Linie gegenüber sämtlichen Teilnehmerländern ohne Ausnahme, wobei besondere Zunahmen in der Ausfuhr nach Belgien, nach dem Sterling-Raum und nach den Niederlanden (nach einem Rückschlag im Mai) verzeichnet werden konnten. Gegenüber 848 Mill. DM im April und 801 Mill. DM im Mai konnten im Juni 889 Mill. DM (212 Mill. Dollar) an Ausfuhren in den EZU-Raum erzielt werden. Diese kräftige Zunahme ist auch deswegen bedeutsam, weil von diesen Ausfuhrergebnissen selbstverständlich die Festlegung des monatlichen Einfuhr-Plafonds aus dem EZU-Raum stark beeinflusst wird, der bekanntlich im Einvernehmen mit den Organen der EZU und OEEC festgelegt bzw. laufend revidiert wird. Die Tendenz der Ausfuhrentwicklung gegenüber dem EZU-Raum ist auch von Bedeutung für die Beurteilung der Frage, wann und in welchem Umfang Deutschland wieder zur Liberalisierung zurückkehren kann.

Weniger stark ist im Juni die Ausfuhr in den Dollar-Raum gestiegen. In den vorangegangenen Monaten hatte sich im Verkehr mit den Vereinigten Staaten sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr stark ausgedehnt, und zwar im Zusammenhang mit den Kohle-Austausch-Geschäften (vgl. Tabelle). Insofern schuf ein Teil

Auswirkung der Kohle-Austausch-Geschäfte auf den Handel mit den Vereinigten Staaten von Amerika
in Mill. DM

Zeit	Einfuhr aus USA	Ausfuhr nach USA	
	Kohle	Eisen-schaffende- und Gießerei-Industrie	Textil-industrie
1950 MD	0,9	11,4	3,5
1951 MD 1. Vj.	4,9	22,6	7,6
April	30,3	27,3	10,9
Mai	38,4	34,8	15,5

der Exportsteigerung der vergangenen Monate keine zusätzlichen Einfuhrmöglichkeiten an Rohstoffen und Nahrungsmitteln aus dem Dollar-Raum, sondern ermöglichte nur einen teilweisen Ersatz für die Ausfälle in der inländischen Kohlenversorgung. Im Juni sind die Einfuhren amerikanischer Kohle auf 43,3 Mill. DM (10,3 Mill. \$) — gegen 38,4 Mill. DM (rund 9 Mill. \$) im Mai — gestiegen, während die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten gegenüber Mai unverändert blieb.

Die Einfuhr insgesamt konnte zum ersten Mal seit den im Zusammenhang mit der deutschen EZU-Krise getroffenen Einschränkungs-

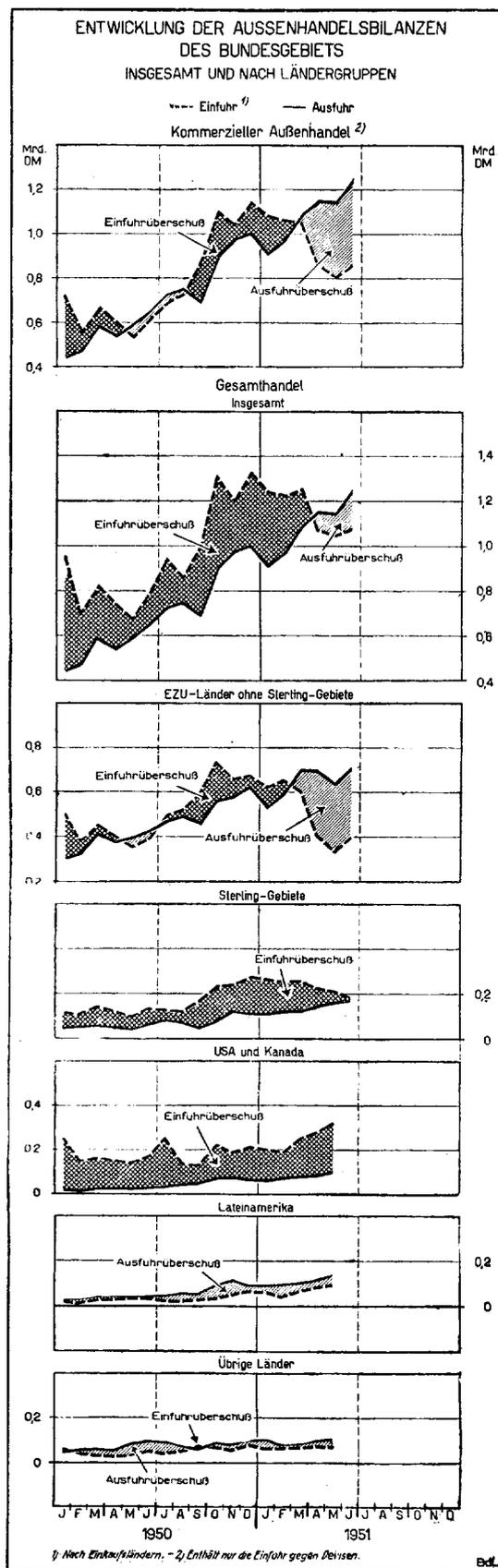
Der „kommerzielle“ Außenhandel der Bundesrepublik nach Währungsräumen
in Mill. DM

Währungsräume	1950				1951				
	Monats-Durchschnitt				Monats-Durchschnitt				
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Mai	Juni	
Freie Dollar-Länder	Ausfuhr	47,6	62,0	95,8	129,0	113,2	139,4	141,8	147,9
	Einfuhr ¹⁾	32,4	41,9	24,4	40,4	49,8	90,7	86,9	113,2
	Saldo	+ 15,2	+ 20,1	+ 71,4	+ 88,6	+ 63,4	+ 48,7	+ 54,9	+ 34,7
EZU - Raum	Ausfuhr	399,8	457,4	549,4	698,8	731,8	846,2	801,3	889,1
	Einfuhr ¹⁾	571,1	508,3	677,0	941,9	892,8	590,1	555,3	581,1
	Saldo	— 171,3	— 50,9	— 127,6	— 243,1	— 161,0	+ 256,1	+ 246,0	+ 308,0
Sonstige Verrechnungsländer	Ausfuhr	53,4	75,2	77,6	133,0	144,2	195,0	201,4	210,2
	Einfuhr ¹⁾	49,1	42,3	70,5	118,8	125,9	171,7	167,5	186,9
	Saldo	+ 4,3	+ 32,9	+ 7,1	+ 14,2	+ 18,3	+ 23,3	+ 33,9	+ 23,3

¹⁾ Einfuhr gegen Devisen unter Zugrundelegung der Ergebnisse nach Einkaufsländern.

maßnahmen von Ende Februar wieder leicht zunehmen, nämlich von 1 050 Mill. DM im Mai auf 1 073 Mill. DM im Juni. Bei einem Rückgang der mit Auslandshilfe finanzierten Einfuhr konnte die aus deutschen Mitteln bezahlte Einfuhr stärker erhöht werden, nämlich um 72 Mill. DM. Der Wert der Gesamteinfuhr blieb im Juni noch um 16 vH hinter dem monatlichen Durchschnittsstand im 4. Vierteljahr 1950 zurück, mengenmäßig allerdings — wegen der inzwischen (bis Mai) um etwa 28 vH gestiegenen Einfuhrpreise — erheblich mehr. Viel einschneidender war in den vergangenen Monaten der Rückgang der Einfuhr aus dem EZU-Raum gewesen. Auch hier konnte nunmehr im Juni — nachdem ab Ende April die Ausschreibungen wieder in größerem Umfang aufgenommen worden waren — eine Besserung verzeichnet werden. Die Zunahme der Einfuhr aus den EZU-Ländern von 555 Mill. DM (132 Mill. \$) im Mai auf 581 Mill. DM (138 Mill. \$) im Juni bleibt zwar immer noch erheblich hinter den Erwartungen und auch hinter dem mit der EZU vereinbarten Einfuhrplafond von gegenwärtig 170 Mill. \$ monatlich zurück; doch ist auf Grund der nun regelmäßig durchgeführten Ausschreibungen mit einer weiteren laufenden Erhöhung und damit Normalisierung zu rechnen.

Wenn auch die durch Auslandshilfe finanzierte Einfuhr, wie schon erwähnt, im Juni etwas zurückging, so war sie doch mit 45 Mill. \$ (gegen 57 Mill. \$ im Mai) immer noch ungewöhnlich hoch. In dem mit Juni abgelaufenen dritten Marshallplan-Jahr betrug die aus ERP- und GARIOA-Mitteln finanzierte Einfuhr nicht weniger als 523 Mill. \$. Die gleichzeitigen Programm-Zuteilungen an Dollarhilfe seitens der ECA beliefen sich auf etwas weniger als 400 Mill. \$, sodaß ein erheblicher Abbau der „pipeline“, des Überhangs an bewilligten, aber noch nicht gelieferten Hilfszufuhren, stattfand. In den letzten drei Monaten des Marshallplan-Jahres kamen monatsdurchschnittlich 51 Mill. \$ an Einfuhren unter der Auslandshilfe herein. Das ergäbe sogar eine Jahresrate von über 600 Mill. \$. Demgegenüber wird befürchtet, daß die ECA-Hilfe für das neue Marshallplan-Jahr auf vorläufig 175 Mill. \$ gekürzt wird. Die Gegenüberstellung dieser Zahlen läßt erkennen, welches Ausmaß im kommenden Wirtschaftsjahr



das Dollar-Problem für die Bundesrepublik voraussichtlich annehmen wird, besonders da der gesamte Einfuhrbedarf aus dem Dollar-Raum infolge der außerordentlich hohen Kohlenimporte und infolge eines sehr großen (und nicht in anderen Währungsräumen zu deckenden) Getreide-Zuschußbedarfs erheblich höher als im Vorjahr, nämlich über 800 Mill. \$ (fob) liegen wird. Es werden also sehr große Anstrengungen gerade auch im Export nach Dollarländern erforderlich sein, wenn die vorläufig noch weit klaffende Lücke zwischen Einfuhrbedarf und voraussichtlicher Gesamtverfügbarkeit an Dollars einigermaßen geschlossen werden soll.

Der Aktivsaldo sowohl des gesamten, als auch des „kommerziellen“ Außenhandels hat sich, wie eingangs erwähnt, im Juni nochmals erheblich erhöht. Die Zunahme im „kommerziellen“ Handel entfiel ausschließlich auf einen erhöhten Aktivsaldo im Verkehr mit den EZU-Ländern (vgl. Tabelle „Der „kommerzielle“ Außenhandel der Bundesrepublik nach Währungsräumen“). Die Bundesrepublik hat seit April nun schon zum dritten Mal einen (ständig wachsenden) Überschuß im Warenhandel mit dem EZU-Raum erzielt. Da dieser erstaunliche Aktivierungsprozeß zunächst durch die scharfen administrativen Einfuhrdrosselungen von Ende Februar eingeleitet wurde, ist es von besonderem Interesse zu untersuchen, in welchem Umfang er gegenwärtig noch auf diese Einfuhrdrosselungen zurückzuführen ist und welchen Beitrag hierzu auf der anderen Seite die gleichzeitige Ausfuhrsteigerung geleistet hat. Die nachfolgende Tabelle zeigt, daß — wenn man als Vergleichszeitraum das letzte Vierteljahr 1950 wählt, in dem die damalige Liberalisierung voll zur Auswirkung kam — im Juni die Verbesserung der

Handelsbilanz gegenüber dem EZU-Raum zu rund zwei Dritteln auf einer Verminderung der Einfuhr, zu rund einem Drittel dagegen auf einer Erhöhung der Ausfuhr beruhte. Allerdings bedeutet dies natürlich keineswegs, daß die erhebliche Einfuhrminderung der letzten Monate ausschließlich der straffen Kontingentierung der Einfuhren aus dem EZU-Raum zuzuschreiben wäre. Es kann durchaus angenommen werden, daß auch bei Aufrechterhaltung der (ganzen oder einer beschränkten) Liberalisierung die Einfuhr in den letzten Monaten unter dem Einfluß sowohl der Preisberuhigung auf den Weltmärkten als auch der inländischen Absatzflaute auf den Verbrauchsgütermärkten von selbst etwas zurückgegangen wäre. Allerdings kann auch mit einiger Sicherheit gesagt werden, daß das Einfuhrvolumen gegenwärtig beträchtlich höher läge, wenn nicht aus Zahlungsbilanzgründen noch ein Plafond für die Ausschreibungen gegenüber den EZU-Ländern bestände. Jedenfalls haben die Überzeichnungen auf die ausgeschriebenen Einfuhrbeträge — die allerdings kein absolut verlässliches Indiz für den bestehenden „Einfuhr-Drang“ oder den ungedeckten Einfuhrbedarf sind — in den letzten Monaten trotz der Erschwerung durch das Bardepot keineswegs abgenommen, sondern bei einer Reihe von Einfuhrwaren sehr hohe Beträge erreicht.

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz im allgemeinen und im besonderen gegenüber dem EZU-Raum ist es, daß in den letzten Monaten die „Pfund-Lücke“, die eine so ausschlaggebende Rolle für das Entstehen der deutschen EZU-Verschuldung gespielt hat, sich im Verlauf der letzten Monate so gut wie völlig geschlossen hat (vgl. Schaubild „Entwicklung der

Die Entwicklung des Saldos der westdeutschen Handelsbilanz gegenüber dem EZU-Raum
in Mill. DM

Monat bzw. Monatsdurchschnitt	Saldo der Handelsbilanz gegenüber dem EZU-Raum insgesamt				darunter: Saldo gegenüber dem Sterlingraum			
	Stand des Saldos	Verbesserung gegenüber dem MD 4. Vj. 1950			Stand des Saldos	Verbesserung gegenüber dem MD 4. Vj. 1950		
		gesamt	Export- steige- rung	Import- verminde- rung		gesamt	Export- steige- rung	Import- verminde- rung
1950 MD 4. Vj.	— 243,1	—	—	—	— 143,1	—	—	—
1951 April	+ 214,2	457,3	149,4	307,9	76,8	66,3	40,0	26,3
Mai	+ 246,0	489,1	102,5	386,6	54,4	88,7	51,4	37,3
Juni	+ 308,0	551,1	190,3	360,9	2,1	141,0	69,7	71,4

Außenhandelsbilanzen des Bundesgebiets“). Im Juni wies die Handelsbilanz kaum noch ein nennenswertes Defizit gegenüber dem Sterling-Raum aus. Besonders erfreulich ist es dabei, daß diese Verbesserung keineswegs ausschließlich oder auch nur überwiegend mit einer Drosselung der Einfuhr aus diesem Raum erkaufte werden mußte, sondern daß im Durchschnitt der letzten Monate sogar die gute Hälfte der Verbesserung auf die Erhöhung des deutschen Exports in den Sterling-Raum entfällt. Tatsächlich hat sich die deutsche Ausfuhr sowohl nach Großbritannien selbst, als auch in die überseeischen Sterling-Länder seit Anfang des Jahres von Monat zu Monat erhöht. Im Juni lag die Ausfuhr in den gesamten Sterling-Raum um nicht weniger als 64 vH höher als im Durchschnitt des letzten Vierteljahres von 1950. Die Länder des Sterling-Raumes scheinen also, wenn auch mit einer vielleicht unvermeidlichen Verzögerung, die Konsequenz aus ihren hohen Zahlungsüberschüssen im Verkehr mit den kontinentaleuropäischen Ländern zu ziehen und erhöhen nun auch ihre Einfuhren aus Europa. Auch Großbritannien selbst steigert ganz bewußt seine Einkäufe aus den übrigen EZU-Ländern, teils um Zulieferungen für seinen Rüstungsbedarf zu erhalten, teils aber auch, um den überhohen EZU-Aktivsaldo abzubauen. Auf der anderen Seite hat die Preissenkung auf den Weltmärkten mit besonderer Stärke einige typische Sterling-Rohstoffe, wie z. B. Kautschuk, Zinn und Wolle, getroffen, so daß sich hieraus verringerte Ausfuhrerlöse der Sterling-Länder gegenüber den kontinentaleuropäischen Ländern ergeben. Diesen Tendenzen entsprechend hat der Sterling-Raum schon seit Mai gegenüber der EZU nicht mehr die früheren Überschüsse, sondern vielmehr Defizite zu verzeichnen, so daß der kumulative EZU-Rechnungsüberschuß Großbritanniens seitdem um 76 Mill. \$ zurückgegangen ist.

Devisenposition und Lizenzausgabe

Während sich der Aktivsaldo der Handelsbilanz im „kommerziellen“ Außenhandel von Mai auf Juni kräftig erhöhte, hat sich die Devisenposition im Juni nicht mehr im gleichen Ausmaß verbessert wie im Mai. Der Überschuß

auf den bei der Bank deutscher Länder geführten zentralen Devisenkonten war im Juni sogar fast auf die Hälfte des außergewöhnlich hohen Saldos vom Mai reduziert. Diese unterschiedliche Entwicklung zwischen Handelsbilanz und zentraler Devisenposition erklärt sich allerdings zum großen Teil daraus, daß die Außenhandelsbanken im Juni erheblich mehr Einfuhrakkreditive zu eröffnen hatten als im Vormonat, und daß sie im Zusammenhang damit ihre Deckungsguthaben stark erhöhen mußten. Aber selbst wenn man alle Devisenkonten zusammenrechnet, bleibt die Tatsache bestehen, daß der Devisenüberschuß im Juni — trotz des höheren Aktivsaldos in der Handelsbilanz — etwas hinter dem des Vormonats zurückgeblieben ist. Tatsächlich war die Verbesserung der Devisenposition im Mai größer, als nach der gleichzeitigen Entwicklung des Handels erwartet werden konnte, während sie im Juni unter dem ausgewiesenen Aktivsaldo der Warenbilanz lag. Das geschilderte Auseinanderfallen erklärt sich durch zeitliche Verschiebungen in den Zahlungen und durch von Monat zu Monat stark wechselnde Vorauszahlungen sowohl auf zukünftige deutsche Exportlieferungen als auch auf die zu erwartenden Einfuhren.

Besonders deutlich tritt die geschilderte Gegenläufigkeit von Handels- und Zahlungsbilanz im Verkehr mit dem EZU-Raum in Erscheinung. Der Aktiv-Saldo des Warenhandels gegenüber den EZU-Ländern hat sich von 59 Mill. \$ im Mai auf 73 Mill. \$ im Juni verbessert. Gleichzeitig ist jedoch der monatliche Rechnungsüberschuß bei der EZU-Abrechnung von 81,1 Mill. \$ im Mai auf 46,8 Mill. \$ zurückgegangen. Selbst wenn die Veränderungen auf den nicht in die EZU-Abrechnung einbezogenen Devisenkonten (insbesondere der Außenhandelsbanken) mit berücksichtigt werden, ergibt sich ein Rückgang von 80 Mill. \$ im Mai auf 60 Mill. \$ im Juni (vgl. Tabelle „Zur Entwicklung der Devisenposition der Bundesrepublik gegenüber dem EZU-Raum“). Für die zwei Monate zusammen genommen war allerdings die Verbesserung der Zahlungsposition größer, als nach der Entwicklung der Handelsbilanz gegenüber der EZU zu erwarten gewesen wäre; es haben dabei vor allem Vorauszahlungen auf zukünftige Exporte eine Rolle gespielt.

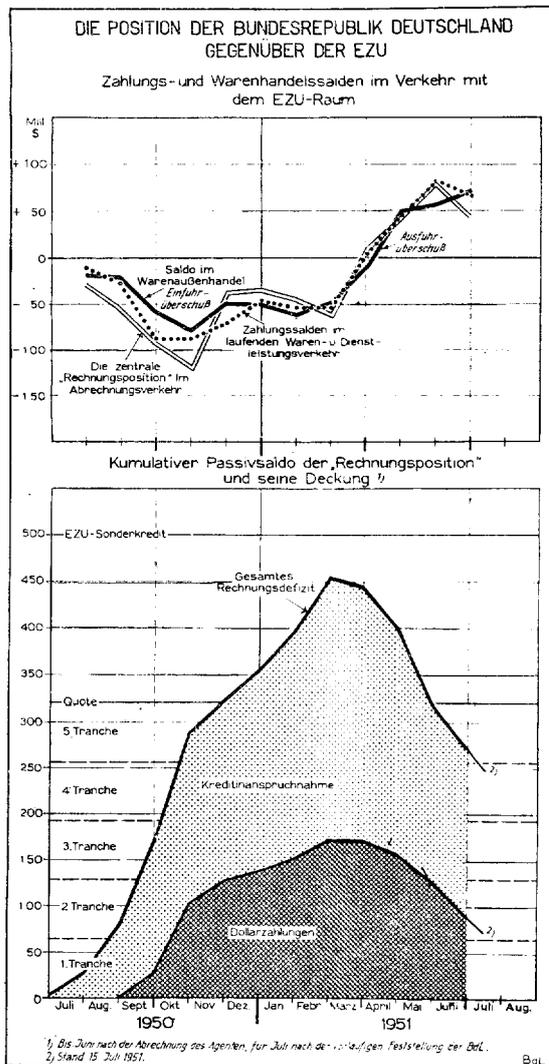
Zur Entwicklung der Devisenposition der Bundesrepublik Deutschland
gegenüber dem EZU-Raum seit Juli 1950
in Mill. \$

Zahlungssalden und ihre Abdeckung	1950		1951						Juli 1950 bis Juni 1951
	Juli/Sept.	Okt./Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	
A. Die Entwicklung der Zahlungssalden									
1. Rechnungsposition gegenüber der EZU	- 173,4	- 183,3	- 42,1	- 58,3	+ 11,3	+ 45,1	+ 81,1	+ 46,8	- 272,8
davon:									
a) Monatliche Nettodefizite bzw. -überschüsse aus dem Handels- und Dienstleistungsverkehr ¹⁾	- 186,2	- 182,2	- 39,2	- 55,3	+ 17,6	+ 48,1	+ 84,1	+ 52,3	- 260,8
b) Ausgleich alter Forderungen und Schulden (netto)	+ 0,8	- 0,5 ²⁾	- 2,6	- 3,0	- 6,3 ⁵⁾	- 3,0	- 3,0	- 3,0	- 20,6
c) Verwendung von existing resources	+ 12,0	+ 0,3	- 0,3	-	-	-	-	-	+ 12,0
d) Zinsen auf Kreditanspruchnahme im Rahmen der Quote	-	- 0,9	-	-	-	-	-	- 2,5	- 3,4
2. Veränderung der bei den Baseler Abrechnungen nicht berücksichtigten Konten der BdL und der Außenhandelsbanken	+ 66,9	- 25,3 ⁴⁾	- 12,4	+ 3,3	- 12,1	- 1,2	- 1,0	+ 12,7	+ 30,9 ⁴⁾
Veränderung der gesamten Zahlungsposition gegenüber dem EZU-Raum (1+2)	- 106,5	- 208,6	- 54,5	- 55,0	- 0,8	+ 43,9	+ 80,1	+ 59,5	- 241,9
davon:									
Zahlungssalden aus dem Handels- und Dienstleistungsverkehr	- 119,3	- 198,1	- 51,6	- 52,0	+ 5,5	+ 46,9	+ 83,1	+ 65,0	- 220,5
B. Die Abdeckung der Rechnungsposition gegenüber der EZU									
1. Kumulatives Rechnungsdefizit seit Anfang Juli 1950	- 173,4	- 356,7	- 398,8	- 457,1	- 445,8	- 400,7	- 319,6	- 272,8	-
2. Deckung (kumulativ)									
a) Kreditanspruchnahme im Rahmen der Quote	142,4	192,0	192,0	192,0	192,0	192,0	191,9	182,6	-
b) Kreditanspruchnahme im Rahmen des Sonderkredits	-	24,5	52,5	91,4	80,1	50,0	-	-	-
c) Dollarzahlungen im Rahmen der Quote	31,0	128,0	128,0	128,0	128,0	128,0	127,7	90,2	-
d) Dollarzahlungen im Rahmen des Sonderkredits	-	12,2	26,3	45,7	45,7	30,7	-	-	-

¹⁾ Bis Oktober 1950 ausschließlich der Schweiz. — ²⁾ Einschließlich einer Sonderforderung gegen Norwegen, die aus dem Jahre 1949 stammt und in halbjährlichen Raten von 1,3 Mill. \$ zurückgezahlt wird. — ³⁾ Darunter Verrechnung der seit 1. Juli 1950 aufgelaufenen Forderungen gegen die Schweiz in Höhe von 9,4 Mill. \$. — ⁴⁾ Darin enthalten 9,4 Mill. \$ für Monat November, die keine Verschuldung, sondern die Verrechnung der unter ³⁾ genannten Forderungen gegen die Schweiz darstellen. — ⁵⁾ Einschließlich eines in der September-Abrechnung nicht berücksichtigten Debetbetrages gegenüber Schweden in Höhe von 3,3 Mill. \$, der erst bei der März-Abrechnung ausgeglichen wurde. Im Zusammenhang damit sind einige der in früheren Monatsberichten für September und Oktober angegebenen Zahlungssalden geändert worden.

Der Juni-Überschuß in der „Rechnungsposition“ gegenüber der EZU in Höhe von 46,8 Mill. \$ wurde entsprechend dem gestaffelten Abrechnungs-Schema der EZU zu $\frac{1}{5}$ oder 9,4 Mill. \$ zur Rückführung der deutschen Verschuldung gegenüber der EZU benutzt, während $\frac{4}{5}$ oder 37,4 Mill. \$ seitens der EZU in Dollar rückvergütet wurden (vgl. Tabelle). Deutschland hatte damit am Ende des ersten EZU-Jahres noch ein kumulatives, d. h. vom 1. Juli 1950 an gerechnetes, Rechnungsdefizit gegenüber der EZU von 272,8 Mill. \$, das zu 182,6 Mill. \$ durch Inanspruchnahme der Kreditlinie im Rahmen der Quote, zu 90,2 Mill. \$ durch Dollarzahlungen

abgedeckt wurde. Damit ist Deutschland sowohl absolut wie auch relativ, d. h. gemessen an der Ausnutzung seiner Quote, immer noch der größte Schuldner in der EZU. Immerhin ist die Verbesserung der deutschen EZU-Position, die ihren kritischen Stand Ende Februar mit einem kumulativen Rechnungsdefizit von 457,1 Mill. \$ erreicht hatte, bemerkenswert. Im übrigen hat sich in den letzten Monaten nicht nur die deutsche Position innerhalb der Europäischen Zahlungsunion wesentlich verbessert, sondern auch ganz allgemein der vordem so scharfe Gegensatz zwischen extremen Gläubiger- und Schuldnerländern erheblich abgeschwächt. Bei der mo-



natlichen Abrechnung für Juni hatten — entsprechend der schon im letzten Monatsbericht geschilderten Tendenz — die beiden Hauptgläubigerländer Großbritannien und Frankreich erneut erhebliche Defizite zu verzeichnen. Tatsächlich haben von den vier extremen Gläubigerländern der EZU drei, nämlich Großbritannien, Frankreich und Portugal, auch im ganzen 2. Vierteljahr 1951 ein Nettodefizit in der EZU aufgewiesen, während freilich in der gleichen Zeit Belgien-Luxemburg sich um so ausgesprochener zu einem extremen Gläubigerland entwickelte. Wenn man von dieser Zuspitzung der belgischen Entwicklung absieht, kann man aber wohl zum Abschluß des ersten EZU-Jahres eine allgemeine Entspannung und Konsolidierung innerhalb der EZU feststellen.

Die Entspannung der deutschen Position gegenüber der EZU hat, wie schon im letzten Monatsbericht ausführlich geschildert wurde, inzwischen auch zu einer weitgehenden Normalisierung in der Handhabung der Einfuhr aus dem EZU-Raum geführt. Im Rahmen der Globalvereinbarung, die Mitte Juni in Paris über die deutsche Einfuhr aus dem EZU-Raum für die Zeit bis Ende 1951 zustande kam, sind inzwischen die bilateralen Verhandlungen mit den einzelnen Partnerländern über den handelsvertraglich zu regelnden Teil der deutschen Ein- und Ausfuhren sehr weit gediehen. Bei Abschluß dieses Berichts waren die entsprechenden Warenabkommen mit den meisten OEEC-Ländern abgeschlossen, während die Verhandlungen mit Frankreich und Großbritannien noch in der Schwebe waren. Durch die erwähnte Vereinbarung in Paris wurde der monatliche Gesamt-Plafond für die Einfuhr aus dem EZU-Raum auf vorläufig 170 Mill. \$ festgelegt, was für die drei Monate Juni, Juli und August (die als Einheit behandelt werden sollen) zusammen 510 Mill. \$ ergibt. In Verfolg dieser Beschlüsse wurde bereits ab Ende Mai bzw. Anfang Juni eine erste Ausschreibung im Rahmen der Neuregelung von insgesamt 183 Mill. \$ veröffentlicht¹⁾. Die zweite und dritte Monatsrate von zusammen 380 Mill. \$ werden im Laufe des Juli ausgeschrieben. Die Zusammenfassung und gleichzeitige Ausschreibung der zweiten und dritten Monatsrate hat sich als notwendig erwiesen, weil nach den bisherigen Erfahrungen der Zeitabstand bis zur Ausgabe der Lizenzen und vor allem bis zur Umsetzung in effektive Einfuhren größer ist als ursprünglich angenommen worden war. Trotz der erheblichen Ausschreibungen ab Ende April ist die Einfuhr aus dem EZU-Raum, wie oben erwähnt, nur von 132 Mill. \$ im Mai auf 138 Mill. \$ im Juni angestiegen. Die bisherige Entwicklung der Zahlungsposition im Juli, die wiederum einen höheren Überschuß gegenüber der EZU erwarten läßt, deutet darauf hin, daß auch in diesem Monat die Einfuhr noch keineswegs den vorgesehenen Durchschnittsstand voll erreicht haben wird. Da nach den Vereinbarungen in Paris die Minder-Einfuhren im Juni oder Juli durch Mehreinfuhren

¹⁾ Die Ausschreibungen erfolgen in der Regel über einen etwas höheren Betrag als für die Einfuhr selbst vorgesehen ist, da die Ausschreibungen nicht zu 100 % zu effektiven Einfuhren führen.

in den folgenden Monaten ausgeglichen werden können und sollen, um den vereinbarten Durchschnittsstand von 170 Mill. \$ zu erreichen, besteht für die kommenden Monate also ein recht erheblicher Einfuhrspielraum.

Auch der Gesamtbestand der bereits schwebenden Devisenverbindlichkeiten gegenüber dem EZU-Raum aus ausstehenden Lizenzen und Devisenzuteilungsbestätigungen ist gegenwärtig eher zu niedrig als zu hoch; er betrug Ende Mai 307 Mill. \$ und stieg bis Ende Juni auf 327 Mill. \$, lag also weiterhin erheblich unter der bis Ende Juni geltenden (inzwischen aufgehobenen) Höchstgrenze von etwa 400 Mill. \$.

Die oben geschilderten Entwicklungstendenzen im Handels- und Zahlungsverkehr mit dem EZU-Raum — die immer noch aufwärts gerichtete Ausfuhr, der eher zu niedrige als zu hohe Bestand an ausstehenden Einfuhrbewilligungen, der durch die Überschüsse der letzten Monate und durch die zu erwartende Erhöhung der EZU-Quote erheblich erweiterte Zahlungsspielraum innerhalb der EZU — legen den Schluß nahe, daß bald der Zeitpunkt für eine größere Bewegungsfreiheit und Elastizität in den Einfuhrdispositionen gegenüber den EZU-Ländern gekommen sein wird. Dies ist schon deshalb erforderlich, damit der nunmehr größer gewordene Einfuhrspielraum voll für die Versorgung der Wirtschaft

mit den dringend erforderlichen Einfuhrgütern ausgenutzt werden kann. Eine solche Erweiterung des Einfuhrvolumens dürfte auch die erste — und unerläßliche — Vorstufe für die für später ins Auge gefaßte teilweise oder völlige Wiederherstellung der Liberalisierung der Einfuhren aus den EZU-Ländern sein, da nur durch eine sorgfältig abgestimmte Erhöhung des monatlichen Einfuhrplafonds die Marktlage für Einfuhrwaren abgetastet und der fraglos zur Zeit bestehende ungesättigte Bedarf an Einfuhrgütern soweit vermindert werden kann, daß die spätere Öffnung der Einfuhrgrenzen nicht zu unübersehbaren Devisen-Risiken führt. Freilich kann nicht oft genug betont werden, daß eine weitere wichtige Vorbedingung für die Erreichung des allgemein angestrebten Zieles der „Re-Liberalisierung“ die Verfügung über eine angemessene Manipulationsreserve der Notenbank ist, die es erlaubt, das Risiko von Schwankungen und Rückschlägen aufzufangen, ohne daß die Liberalisierung erneut in Gefahr gerät oder auf dem nichtliberalisierten Sektor die Linie einer kontinuierlichen Einfuhrpolitik verlassen werden muß. Diese Forderung nach ausreichenden Währungsreserven — die heute wohl überall anerkannt wird — ist umso dringlicher, als auch außerhalb der Reservehaltung für den normalen Handelsverkehr neue Eventualverbindlichkeiten der zentralen Währungsreserve in Aussicht stehen.

Die Ausgleichsforderungen der Geschäftsbanken¹⁾

Entstehungsgründe und Bemessung der Ausgleichsforderungen

Als Folge der Kriegsfinanzierung war das Portefeuille der deutschen Banken an Reichstiteln bekanntlich stark gewachsen. Die Aktivseite der Bankbilanzen hatte gegen Kriegsende (30. September 1944) im Durchschnitt zu etwa drei Fünfteln aus Schatzwechseln, Schatzanweisungen und Anleihen des Reichs bestanden, und gemessen an den Einlagen von Nichtbanken beliefen sich die Reichstitel im Portefeuille der Kreditbanken²⁾ sogar auf 80 vH³⁾. Da indessen die Gesetze zur Neuordnung des Geldwesens, die grundsätzlich die Umstellung von Forderungen und Verbindlichkeiten im Verhältnis 10 : 1 und die Umstellung der Bank- und Spareinlagen im Verhältnis 10 : 0,65 vorsahen, auf die Verbindlichkeiten des Reichs⁴⁾ keine Anwendung fanden, und da außerdem die Nostro Guthaben der Geldinstitute erloschen, wären die Banken nach der Währungsreform nicht ohne weiteres in der Lage gewesen, ihre Bilanzen auszugleichen oder gar noch ein angemessenes Eigenkapital auszuweisen. Es bedurfte hierzu vielmehr einer gesetzlichen Vorschrift, durch die den Banken in irgend einer Form für denjenigen Betrag Deckung geboten wurde, um den per 21. Juni 1948 die umgestellten Verbindlichkeiten zuzüglich Eigenkapital die in die DM-Rechnung eingesetzten Aktiva überschritten. Nur wenige Banken benötigten hiernach überhaupt keine Ausgleichsforderungen, während bei der Masse der Kreditbanken die Ausgleichsforderungen in der DM-Eröffnungsbilanz einen Anteil von mindestens 50 vH gehabt haben dürften.

Die monatliche Bankenstatistik zeigt einen seit Ende November 1948⁵⁾ fast ständig steigen-

den Betrag der von den Geschäftsbanken nach ihrer Umstellungsrechnung beanspruchten Ausgleichsforderungen. Dies hat seinen Grund zunächst vor allem darin, daß die tatsächliche Umwandlung der RM-Verbindlichkeiten in D-Mark eine gewisse Zeit beanspruchte, so daß sie im allgemeinen erst gegen Ende des Jahres 1949 — also anderthalb Jahre nach der Währungsreform — als beendet angesehen werden kann, und daß über den Gesamtbetrag und die Bewertung der umstellungsfähigen Aktiva und Passiva nicht von vornherein volle Klarheit bestand. Des weiteren ist der Kreis der Passiva, der in die Umstellungsrechnung eingesetzt werden kann, durch eine Reihe von Durchführungsverordnungen zum Umstellungsgesetz, die in den Jahren 1948 bis 1951 erlassen wurden, nachträglich erweitert worden. Wichtig sind hierunter vor allem die 35. DVO zum UG (Verordnung über Geldinstitute mit Sitz oder Niederlassungen außerhalb des Bundesgebiets), die 36. DVO zum UG (Eigenkapital der Geldinstitute), die 38. DVO zum UG (Pensionsrückstellungen der Geldinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen) und die 45. DVO zum UG (Umstellungskosten).

Höhe und Typen der Ausgleichsforderungen

Der Gesamtbetrag der von den Geschäftsbanken benötigten (oder auf Grund von bestätigten Umstellungsrechnungen auch schon zugeteilten) Ausgleichsforderungen belief sich Ende Mai 1951 auf 6,4 Mrd. DM. Davon entfallen 5,9 Mrd. DM auf die in der monatlichen Bankenstatistik erfaßten rd. 3 560 Geschäftsbanken und 0,5 Mrd. DM auf Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug, die also zur monatlichen Berichterstattung nicht herangezogen werden. Der weitaus größte Teil der für den Bilanzausgleich benötigten Ausgleichsforderungen — rd. 91 vH — wird mit jährlich 3% verzinst. Höhere, nämlich mit 4¹/₂% verzinsliche Ausgleichsforderungen, sind nur für Emissionsinstitute geschaffen worden, um für die von diesen ausgegebenen, in der Regel mit 4% verzinslichen Pfandbriefen und sonstigen Schuldverschreibungen eine entsprechende Deckung zu schaffen. Die zur Deckung der Umstellungskosten

¹⁾ Ein Überblick über sämtliche Ausgleichsforderungen nach dem Stand am 30. 6. 1949 wurde im Monatsbericht der Bank deutscher Länder Juli 1949 gegeben. — ²⁾ Großbanken, Spezial-, Haus- und Branchebanken (ohne Deutsche Zentralgenossenschaftskasse) und sonstige Kreditbanken. — ³⁾ Bis zur Währungsreform dürften sich diese Relationen grundsätzlich kaum verändert haben. In der Bankenstatistik per 31. 3. 1948 tritt der hohe Anteil der Reichstitel an den Bankaktiven allerdings nicht voll in Erscheinung, weil die Bilanzsummen der Filialbanken infolge der Zonentrennung und der in Westdeutschland vorherrschenden Filialberichterstattung durch hohe wechselseitige Verrechnungsposten verschiedener Niederlassungen desselben Instituts stark aufgebläht waren. — ⁴⁾ Einschließlich der Verbindlichkeiten der Reichsbahn, der Reichspost, der Reichsbank — soweit nicht von den Landeszentralbanken übernommen —, der NSDAP und ihrer Gliederungen und einiger anderer namentlich bezeichneter Gesellschaften. — ⁵⁾ Zu diesem Zeitpunkt wurden die Ausgleichsforderungen erstmalig statistisch erfaßt.

Die verschiedenen Typen von Ausgleichsforderungen
der Geschäftsbanken

Stand am 30. April 1950¹⁾

Entstehungsgrund	Allgemeiner Bilanzausgleich	Bilanzausgleich, soweit es sich um Deckung des Umlaufs an Schuldverschreibungen handelt	Bilanzausgleich, soweit durch Aufstockung der seit 1945 nicht veräußerten Wertpapierzinsen bedingt	Erstattung der Umstellungskosten
		Emissionsinstitute		
Gläubiger	Alle Kreditinstitute	Emissionsinstitute		Alle Kreditinstitute
Gesetzliche Grundlage	UG § 11	UG §§ 11, 22; 30, DVO/UG	27. DVO/UG § 2	45. DVO/UG § 2
Zinssatz (%)	3	4 1/2	0	3
Betrag lt. vorläufiger Umstellungsrechnung (Mill. DM)	5 471	404	56	104
6 035				

¹⁾ Gesamterhebung für alle Kreditinstitute einschließlich derjenigen Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. (Die Ergebnisse der Erhebung für den 30. 4. 1951 stehen noch nicht endgültig fest. In der Abhandlung sind sie auf Grund der Angaben von 10 Ländern auf 6,4 Mrd. DM geschätzt worden.)

(Kosten, die den Banken bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Zuge der Währungsumstellung erwachsen) gewährten Sonderausgleichsforderungen sind mit 3% verzinslich. Unverzinsliche Ausgleichsforderungen wurden nur in sehr geringem Umfang geschaffen, und zwar in der Höhe der nicht eingelösten, vor dem 21. 6. 1948 fällig gewesen Zinsscheine von Reichsmark-Schuldverschreibungen.

Verkauf, Verpfändung
und Tilgung

Die Ausgleichsforderungen sind Buchforderungen. Sie sind vom Schuldner, d. h. im Falle der Geschäftsbanken von den Ländern, in das Schuldbuch einzutragen. Die Ausgleichsforderungen der Geldinstitute dürfen nur von Geldinstituten und nur zum Nennwert veräußert und erworben werden. Sie sind in den Bilanzen der Geldinstitute zum Nennwert einzusetzen (§ 11 UG). Das Recht der Landeszentralbanken und der Bank deutscher Länder, Ausgleichsforderungen zu beleihen und anzukaufen, kann schon vor der Eintragung einer Ausgleichsforderung im Schuldbuch ausgeübt werden. Da gegenwärtig der größte Teil der

Ausgleichsforderungen noch nicht ins Schuldbuch eingetragen ist (in einigen Ländern bestehen zur Zeit überhaupt noch keine Schuldbücher), sind sie, abgesehen von der Beleihung bei der Landeszentralbank und dem auf Sonderfälle beschränkten vorübergehenden Ankauf durch die Landeszentralbank, zur Zeit nicht verwertbar.

Im Laufe der drei Jahre seit der Währungsreform hat das Zentralbanksystem von den Geschäftsbanken nach und nach rd. 1/2 Mrd. DM Ausgleichsforderungen angekauft. Die Abgeber der Ausgleichsforderungen waren zu fast der Hälfte die Sparkassen und zu rd. einem Viertel die Hypothekenbanken und öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten. Die Realkreditinstitute konnten mit diesen Verkäufen an das Zentralbanksystem ihren Bestand an Ausgleichsforderungen um 29 vH verringern, die Girozentralen um 14 vH, die Sparkassen, Staats-, Regional- und Lokalbanken sowie die ländlichen Genossenschaften und Zentralkassen um 8 bis 11 vH. Die Banken sind nach § 11 UG sowie nach Maßgabe der bei den Ankäufen im Einzelfall getroffenen Vereinbarungen verpflichtet, die Ausgleichsforderungen vom Zentralbanksystem wieder zurückzuerwerben.

An Lombardkrediten gegen Verpfändung von Ausgleichsforderungen hatten die Geschäftsbanken am 31. Mai 1951 bei den Landeszentralban-

Die den Geschäftsbanken von den Landeszentralbanken abgekauften Ausgleichsforderungen

Stand am 31. Mai 1951

Gründe für den Ankauf seitens der Landeszentralbanken	Mill. DM
1. Aktion 1949 zur Ingangsetzung des Emissionsgeschäfts der Realkreditinstitute	72
2. Vorfinanzierungsaktionen von 1949	
a) zur Ermöglichung längerfristiger Ausleihungen der Geschäftsbanken	128
b) zur Gewährung von Exportkrediten durch Geschäftsbanken	1
3. Vorfinanzierung des Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbauprogramms von 1950	187
4. Behebung von Liquiditätsschwierigkeiten einzelner Kreditinstitute	101
5. Sonstige Gründe	24
Gesamtbetrag der den Geschäftsbanken von den Landeszentralbanken abgekauften Ausgleichsforderungen	513 ¹⁾

¹⁾ Darin enthalten 9 Mill. DM Ausgleichsforderungen von Kreditinstituten, die nicht in der monatlichen Bankenstatistik berichten.

ken rd. 325 Mill. DM in Anspruch genommen. Der hierfür verpfändete Betrag an Ausgleichsforderungen war allerdings sehr viel größer, so daß die Banken eine gewisse Elastizität in der Inanspruchnahme von Lombardkrediten haben. In der Bankenstatistik wird der Gesamtbetrag der verpfändeten Ausgleichsforderungen Ende Mai 1951 mit 2,4 Mrd. DM angegeben, wobei allerdings nicht zwischen Verpfändung an die Landeszentralbank und etwaiger Verpfändung an andere Geldinstitute unterschieden wird.

Rückgriff der Geschäftsbanken auf die Landeszentralbanken durch Verkauf und Verpfändung von Ausgleichsforderungen
Stand am 31. Mai 1951

Bankengruppen	Bestand an Ausgleichsforderungen lt. Umstellungsrechnung in Mill. DM	davon waren an die Landeszentralbanken verkauft		Lombarddarlehen der Landeszentralbanken an die Geschäftsbanken ¹⁾ in Mill. DM
		in Mill. DM	in vH des Bestandes lt. Umstellungsrechnung	
Nachfolgeinstitute	834,0	1,8	0,2	3,5
Staats-, Regional- u. Lokalbanken	578,8	47,3	8,2	17,3
Privatbankiers	75,0	2,8	3,7	11,5
Hypothekenbanken u. öffentlich-rechtl. Grundkreditanstalten	421,6	120,1	28,5	0,4
Girozentralen	249,6	35,2	14,1	8,2
Sparkassen	2 755,3	240,7	8,7	91,8
Gewerbliche Zentralbanken	8,1	0,3	3,7	24,0
Gewerbliche Kreditgenossenschaften	380,6	17,1	4,5	
Ländliche Zentralbanken	49,9	5,6	11,2	169,3
Ländliche Kreditgenossenschaften	383,4	25,7	6,7	
Sonstige und überregionale Kreditinstitute	202,6	7,4	3,7	0,0
Alle Geschäftsbanken	5 938,9	504,0	8,5	326,0

¹⁾ In den von den Geschäftsbanken gemeldeten Lombardverpflichtungen gegen die Landeszentralbanken sind auch Lombardkredite gegen Verpfändung anderer Wertpapiere als der Ausgleichsforderungen enthalten; diese machten aber, wie aus dem Ausweis der Landeszentralbanken hervorgeht, weniger als 1 vH der von den Landeszentralbanken gewährten Lombardkredite aus.

Eine Tilgung ist bisher nur für denjenigen Teil der Ausgleichsforderungen vorgesehen, der den Banken, Versicherungen und Bausparkassen zur Abgeltung der ihnen durch die Umstellungsarbeiten erwachsenen Kosten zugeteilt wurde. Die hierfür benötigten Beträge bringt die Bank deutscher Länder auf, indem sie gesetzlich verpflichtet ist, denjenigen Teil der Zinseinnahmen aus

den ihr zustehenden Ausgleichsforderungen, der über jährlich 2¹/₂ vH ihrer Ausgleichsforderungen hinausgeht, an die Länder solange abzuführen, bis ihre Zahlungen den Gesamtbetrag der Aufwendungen der Länder für die Verzinsung und Tilgung dieser Sonderausgleichsforderungen erreichen (§ 3, 45. DVO/UG). Bis Ende Mai 1951 waren auf diese Weise ungefähr 15 Mill. DM der Sonderausgleichsforderungen der Banken getilgt.

Bedeutung der Ausgleichsforderungen im Rahmen der Bankbilanzen

Infolge des Verkaufs von 0,5 Mrd. DM Ausgleichsforderungen hatten die monatlich berichtenden Kreditinstitute am 31. Mai 1951 nur noch 5,4 Mrd. DM Ausgleichsforderungen in ihrem Bestand. Die relative Bedeutung dieser im eigenen Bestand befindlichen Ausgleichsforderungen im Rahmen der Bankbilanzen hat infolge der sehr starken Geschäftsausweitung des gesamten Bankenapparates seit der Währungsreform naturgemäß erheblich abgenommen. Während die Ausgleichsforderungen Ende 1948, also ein halbes Jahr nach der Währungsreform, noch schätzungsweise etwa 40 vH der ausgewiesenen Bilanzsumme ausgemacht haben, liegt heute der Durchschnittsanteil der Ausgleichsforderungen an der ausgewiesenen Bilanzsumme der monatlich berichtenden Geschäftsbanken bei etwa 17 vH. Bei den einzelnen Bankengruppen und erst recht bei den einzelnen Banken sind allerdings die Verhältnisse außerordentlich unterschiedlich. Am günstigsten liegen sie bei den großen Kreditbanken, denn diese haben ihre Geschäftstätigkeit seit der Währungsreform in der Regel am meisten ausdehnen können. So bestanden bei den Nachfolgeinstituten der drei Berliner Großbanken im Durchschnitt Ende Mai 1951 nur noch 12 vH der Aktiva aus Ausgleichsforderungen, bei den Privatbanken sogar nur noch etwas über 5 vH, bei den Sparkassen und den Kreditgenossenschaften (gewerbliche und ländliche zusammengefasst) dagegen 30 vH.

Bezogen auf den tatsächlichen Geschäftsumfang der Banken war die Bedeutung der Ausgleichsforderungen in den meisten Fällen noch geringer, als diese Zahlen erkennen lassen. Dies rührt daher, daß die als solche ausgewiesene

Summe der Bilanz nicht das gesamte Aktivgeschäft einer Bank erkennen läßt, sondern daß hierfür auch die durch Weiterindossierung aus der eigentlichen Bilanzsumme ausgeschiedenen Wechsel berücksichtigt werden müssen. Nur bei drei Bankengruppen, nämlich bei den Hypothekenbanken, Sparkassen und ländlichen Kreditgenossenschaften, stimmen ausgewiesene Bilanzsumme und gesamter Geschäftsumfang annähernd überein. Bei den übrigen Gruppen bleibt die Bilanzsumme mehr oder minder stark hinter der um die Indossamentsverbindlichkeiten und eigenen Ziehungen im Umlauf verlängerten Bilanzsumme („Zinsertrags-Bilanzsumme“) zurück. Der gesamte Geschäftsumfang der Banken hat sich seit Ende Juni 1949 — für diesen Zeitraum ist erstmalig eine fundierte Schätzung der „Zinsertrags-Bilanzsumme“ aller Geschäftsbanken möglich — annähernd verdoppelt. Demzufolge ist der Anteil der Ausgleichsforderungen an der „Zinsertrags-Bilanzsumme“ von Ende Juni 1949 bis Ende Mai 1951 von 27 auf 15 vH zurückgegangen, während gleichzeitig der Anteil des Kreditvolumens von 50 auf 67 vH gestiegen ist. Bei den meisten Kreditbanken liegt der Anteil des Bestandes an Ausgleichsforderungen an der „Zinsertrags-Bilanzsumme“ bei 8 bis 12 vH. Am höchsten liegt der Anteil bei den ländlichen Kreditgenossenschaften mit 38 vH; es folgen die Sparkassen mit 29 vH und die gewerblichen Kreditgenossenschaften mit

Anteil der Ausgleichsforderungen und des Kreditvolumens an der Zinsertragsbilanzsumme der Geschäftsbanken
in vH der Zinsertragsbilanzsumme

Bankengruppen	30. Juni 1949		31. Mai 1950	
	Ausgleichsfor-derungen	Kreditvolumen	Ausgleichsfor-derungen	Kreditvolumen
Nachfolgeinstitute Staats-, Regional- u. Lokalbanken	16,8	64,4	11,2	71,0
Privatbankiers	19,9	58,5	11,8	70,2
Hypothekenbanken	9,7	71,2	4,2	74,2
Girozentralen	35,7	46,5	11,7	75,1
Sparkassen	10,9	57,6	4,5	79,4
Gewerbliche Zentralkassen	45,6	27,8	29,2	49,7
Ländliche Zentralkassen	2,9	72,8	2,0	81,5
Gewerbliche Kredit- genossenschaften	8,3	68,4	5,7	80,5
Ländliche Kredit- genossenschaften	34,4	43,7	21,7	60,4
Sonstige Kreditinstitute	55,3	27,9	37,6	45,2
Alle Geschäftsbanken	11,5	80,9	8,2	73,9
	26,6	50,4	15,2	66,7

22 vH. Am günstigsten liegen die Verhältnisse bei den Privatbanken, Girozentralen und Zentralkassen, deren Ausgleichsforderungen sich nur auf 2 bis 6 vH der Gesamtaktiva belaufen. Die Beziehung der Ausgleichsforderungen auf die „Zinsertrags-Bilanzsumme“ bringt noch deutlicher als die Beziehung auf die als solche ausgewiesene Bilanzsumme zum Ausdruck, daß die Bedeutung der relativ niedrig verzinslichen Ausgleichsforderungen im Rahmen des gesamten Aktivgeschäfts im allgemeinen stark zurückgegangen ist.

Statistischer Teil

Inhalt

I. Zentralbankausweise	
1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	42
2. Ausweis der Bank deutscher Länder	44
3. Zahlungsmittelumlauf	45
4. Monatsausweise der Landeszentralbanken	45
II. Mindestreservenstatistik	
1. Reserveguthaben der Geldinstitute des Bundesgebietes, aufgegliedert nach Bankengruppen	46
2. Mindestreservesätze	46
III. Wöchentliche Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)	
Kreditvolumen und Einlagen	47
IV. Monatliche Bankenstatistik (Bilanzstatistik)	
1. Geschäftsbanken	
a) Zwischenausweise, zusammengefaßt nach:	
Bundesgebiet	48
Länder	50
Bankengruppen	58
b) Gliederung der Einlagen von Nichtbanken nach Fristigkeit	66
c) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr	66
2. Postscheckämter und Postsparkasse	
a) Einlagen und Vermögenswerte	67
b) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Postsparkassenämtern	67
3. Bausparkassen	67
Einlagen, aufgenommene Gelder und Vermögenswerte	
4. Teilzahlungsfinanzierungsinstitute im Bundesgebiet	68
V. Kreditvolumen	
1. Kurzfristige Kredite der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems	68
2. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite der Geschäftsbanken, zusammengefaßt nach:	
a) Bundesgebiet	69
b) Länder	70
c) Bankengruppen	74
3. Mittel- und langfristige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-AG.	78
4. Gliederung der Kredite nach Wirtschaftszweigen (Geschäftsbanken, Kreditanstalt für Wiederaufbau und Finanzierungs-AG)	78
5. Inanspruchnahme von Freigaben aus counterpart funds	79
VI. Geldvolumen	
1. Entwicklung und Struktur des Geldvolumens	80
2. Umschlaghäufigkeit der Bankeinlagen von Nichtbanken	81
VII. Sonstige Geld- und Kreditstatistik	
1. Zinskonditionen	82
2. Festverzinsliche Wertpapiere (Durchschnittskurse und Indizes)	86
3. Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien	86
VIII. Öffentliche Finanzen	
1. Aufkommen aus Bundes- und Ländersteuern, Monopolabgaben und Zöllen	87
2. Kurzfristige Verschuldung des Bundes	87
3. Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Bundes	88
4. Finanzstatus der Arbeitslosenversicherung im Bundesgebiet	89
5. Umlauf von kurzfristigen Schuldverschreibungen und Schatzwechseln	89
6. Finanzergebnisse der sozialen Krankenversicherung	90
7. Finanzergebnisse der sozialen Rentenversicherung	90
IX. Außenhandel	
1. Außenhandel des Bundesgebiets nach Warengruppen	91
2. Warenhandelsbilanz des Bundesgebiets nach Ländergruppen bzw. Ländern	92
X. Produktion, Beschäftigung und Preise	
1. Index der industriellen Produktion	93
2. Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß	94
3. Eisen- und Stahlerzeugung	94
4. Arbeitsmarkt	94
5. Preisindexziffern	95

I. Zentralbank-

1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher in

Stand	Aktiva								
	Guthaben in ausländischer Währung ³⁾	Sorten, ausländ. Wechsel und Schecks ³⁾	Forderungen aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	Postscheckguthaben	Inlandswechsel	Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	Deutsche Scheidemünzen ⁴⁾	Lombardforderungen	
								insgesamt	darunter gegen Ausgleichsforderungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Die Vergleichbarkeit der Zahlenreihen wurde durch Änderungen des Ausweis-Schemas									
1950									
31. Januar	724,6	(13,1)	(913,3)	32,3	(3 246,3)	235,1	.	305,3	275,5
28. Februar	642,5	(14,4)	(528,5)	29,1	(3 231,0)	246,6	.	384,2	354,1
31. März	657,6	(16,0)	(519,5)	28,5	(3 310,0)	228,3	.	258,8	241,4
30. April	803,4	(17,6)	(482,9)	25,1	(3 171,9)	214,7	.	254,8	224,9
31. Mai	892,7	(19,6)	(417,6)	30,9	(3 007,5)	198,5	.	286,4	257,2
30. Juni	1 161,5	55,7	20,9	28,7	2 874,2	218,3	.	431,3	252,5
31. Juli	1 317,8	53,7	19,6	27,8	2 776,1	179,7	21,7	240,9	231,2
31. August	1 321,4	55,1	26,2	19,8	2 590,7	226,7	27,2	261,2	239,0
30. September	1 461,2	58,0	50,3	27,1	3 235,3	297,7	29,7	312,0	287,3
31. Oktober	1 262,5	57,8	24,9	30,3	3 900,3	420,3	40,1	300,4	273,7
30. November	1 119,7	67,1	35,2	33,9	3 972,7	346,6	55,6	310,7	292,4
31. Dezember	1 046,8	68,8	43,0	51,8	4 209,1	330,3	61,9	374,3	342,3
1951									
31. Januar	936,2	71,8	40,8	23,6	3 747,6	405,6	76,5	342,8	333,2
28. Februar	932,0	75,5	31,5	34,4	4 357,8	509,8	85,3	478,2	466,5
31. März	1 087,7	78,7	18,5	135,7	4 024,8	238,7	85,0	435,2	421,9
30. April	1 278,4	88,7	15,6	39,2	3 561,3	220,7	100,0	413,0	400,4
31. Mai	1 539,1	138,5	13,6	67,9	3 529,9	450,7	92,4	389,6	383,4
30. Juni	1 614,0	185,0	23,1	28,3	3 698,6	398,0	98,1	349,6	334,2
Stand	Passiva								
	Banknoten- umlauf	Einlagen							
		insgesamt	Kredit- institute (einschl. Postscheck- u. Postsparkassen- ämter)	öffentlich-rechtlichen Körperschaften					
				insgesamt	davon				
bis 30. 6. 50 Zahlungsmittelumlauf	(Spalte 23, 24, 29 und 30)		insgesamt		alliierte Dienststellen ⁷⁾	Bund und Länder	Gemeinden und Gemeinde- verbände	sonstige öffentl. Körper- schaften	
21	22	23	24	25	26	27	28		
Die Vergleichbarkeit der Zahlenreihen wurde durch Änderungen des Ausweis-Schemas									
1950									
31. Januar	(7 609,7)	(2 695,9)	1 013,0	(1 142,5)	(466,1)	(291,1)		12,3	373,0
28. Februar	(7 689,8)	(2 682,6)	956,9	(1 293,4)	(468,6)	(386,2)		12,0	426,6
31. März	(7 828,3)	(2 347,0)	866,8	(1 140,8)	(438,3)	(246,9)		14,2	441,4
30. April	(7 981,1)	(2 575,2)	961,8	(1 199,0)	(447,5)	(343,7)		17,9	389,9
31. Mai	(7 936,4)	(2 719,1)	1 087,0	(1 169,3)	(445,3)	(220,2)		12,4	491,4
30. Juni	(8 160,0)	(4 248,6)	1 014,3	(2 854,8)	1 194,3	(1 294,9)		13,7	351,9
31. Juli	8 100,8	(4 076,7)	1 036,4	(2 502,0)	964,9	(1 119,7)		9,9	407,5
31. August	8 026,3	(4 035,9)	1 052,2	(2 583,0)	1 011,7	(1 221,2)		10,8	339,3
30. September	8 213,1	(4 072,7)	1 055,4	(2 380,0)	1 036,0	(1 000,0)		14,2	329,8
31. Oktober	8 122,8	(4 613,7)	1 436,1	(2 563,8)	1 039,9	(1 152,1)		10,2	361,6
30. November	8 099,4	(4 912,3)	1 501,2	(2 741,4)	940,4	(1 361,8)		11,3	427,9
31. Dezember	8 232,3	(5 178,8)	1 840,9	(2 523,1)	904,0	(1 240,2)		9,4	369,5
1951									
31. Januar	7 761,0	4 992,9	1 361,9	2 686,8	1 032,6	1 386,2		8,5	259,5
28. Februar	7 744,8	5 733,0	1 851,8	2 880,9	1 024,9	1 531,0		13,2	311,8
31. März	7 781,0	4 959,6	1 678,4	2 380,9	1 008,8	1 115,8		14,1	242,2
30. April	7 959,7	4 770,1	1 588,2	2 391,9	1 056,3	1 149,1		10,8	175,7
31. Mai	7 867,1	5 557,2	1 812,5	2 429,5	1 052,3	1 167,5		10,2	199,5
30. Juni	8 188,6	5 475,0	1 839,3	2 292,1	1 092,0	1 031,2		9,5	159,4

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1949. — ²⁾ Bei Inlandswechsel und Schecks in Spalte 2 (bis 31. 5. 1950 in Spalte 5). Ablösung des ERP-Vorlagekontos (bis 31. 5. 1950 in Spalte 3) waren auf Grund des Vertrages über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA als Einlagen des Bundes (vgl. Spalte 26) in den bis 31. 5. 1950 in Spalte 31 enthalten. — Einbeziehung der Rücklagen und Rückstellungen der Bank deutscher Länder „sonstigen Passiven“ einbezogen. — Am 7. 1. 1951 wurden einige Unterpositionen der Spalte 31, die im Zusammenhang mit den Ländern“ (vgl. Spalte 26) und „Guthaben sonstiger inländischer Einleger“ (vgl. Spalte 29) überführt. — ³⁾ Unter Kontrolle der fändlichen Scheidemünzen ab 31. 7. 1950 aktiviert. — ⁴⁾ Nachträglich berichtigt durch Überführung eines Kredits (49,5 Mill. DM) bende Verrechnungen innerhalb des Zentralbanksystems. — ⁷⁾ Bis zum 31. 12. 1950 „Hohe Kommissare und sonstige alliierte

Ausweise

Länder und der Landeszentralbanken *) 1) 2)

Mill. DM

Aktiva										
Vorschüsse und kurzfristige Kredite					Wertpapiere		Beteiligung an der BdL	Forderungen gegen die öffentliche Hand		sonstige Vermögenswerte
insgesamt	davon an				insgesamt	darunter angekaufte Ausgleichsforderungen		insgesamt	darunter Ausgleichsforderungen	
	Bund und Bundesverwaltungen	Länder	sonstige öffentliche Stellen	Besatzungsmächte						
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
am 7. 6. 1950 und 7. 1. 1951 unterbrochen. Siehe Anmerkungen										
84,9	—	80,5	4,1	0,3	266,4	266,0	100,0	7 995,8	7 356,6	182,5
81,5	—	77,7	3,5	0,3	286,8	285,4	100,0	8 060,8	7 421,6	190,2
129,3	—	101,9	27,1	0,3	325,2	323,5	100,0	7 920,1	7 280,9	206,7
301,8	(274,0)	—	27,8	—	346,4	344,6	100,0	8 050,4	7 411,2	208,7
738,6	(692,7)	—	45,9	—	364,3	361,4	100,0	7 978,6	7 339,4	224,1
841,5	632,2	87,4	121,9	—	745,8	382,2	100,0	8 003,4	7 364,2	279,4
945,7	748,2	81,4	116,1	—	658,3	394,9	100,0	8 137,2	7 498,0	264,9
1 122,5	799,8	115,5	207,2	—	675,9	412,0	100,0	8 139,7	7 500,5	268,4
946,7	597,3	85,8	263,6	—	772,2	430,1	100,0	8 165,4	7 526,2	274,9
983,6	515,5	144,7	323,4	—	789,0	445,6	100,0	8 234,6	7 595,4	335,3
1 136,8	599,9 ⁵⁾	161,8	375,1 ⁵⁾	—	819,8	475,5	100,0	8 233,4	7 594,2	347,0
1 149,1	637,5	141,9	369,7	—	866,5	516,8	100,0	8 438,5	7 799,3	391,9
840,3	255,4	178,9	406,0	—	854,3	502,1	100,0	8 489,3	7 850,1	267,1 ⁶⁾
978,4	374,1	164,4	439,9	—	860,5	507,3	100,0	8 488,0	7 848,8	215,5
798,0	282,1	124,6	391,3	—	870,3	516,1	100,0	8 350,2	7 711,0	227,4
889,2	351,0	140,7	397,5	—	878,0	508,5	100,0	8 435,7	7 796,5	254,5
1 020,2	458,7	148,8	412,7	—	913,6	540,0	100,0	8 304,0	7 676,4	233,0
1 142,5	606,1	127,4	409,0	—	914,4	541,3	100,0	8 108,7	7 481,1	297,3 ⁶⁾

Passiva							
Einlagen		Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	Grundkapital der BdL und der Landeszentralbanken	Rücklagen und Rückstellungen	Schwebende Verrechnungen innerhalb des Zentralbanksystems	sonstige Verbindlichkeiten	Bilanzsumme
auf Einlagen der							
sonstigen inländischen Einleger ⁸⁾	ausländischen Einleger						
29	30	31	32	33	34	35	36
am 7. 6. 1950 und 7. 1. 1951 unterbrochen. Siehe Anmerkungen							
(534,8)	5,6	(2 861,5)	385,0	(45,3)	89,4	(412,8)	14 099,6
(426,8)	5,5	(2 476,5)	385,0	(49,2)	74,9	(437,6)	13 795,6
(334,0)	5,4	(2 485,2)	385,0	(51,9)	142,9	(459,7)	13 700,0
(409,9)	4,5	(2 510,3)	385,0	(54,7)	—	(471,4)	13 977,7
(458,5)	4,3	(2 657,8)	385,0	(64,7)	1,9	(493,9)	14 258,8
(375,6)	3,9	(1 231,6)	385,0	289,1	86,3	360,1	14 760,7
(534,3)	4,0	(1 392,3)	385,0	312,7	65,1	410,8	14 743,4
(389,8)	10,9	(1 559,2)	385,0	313,8	99,3	415,3	14 834,8
(632,0)	5,3	(2 247,3)	385,0	369,7	47,2	395,5	15 730,5
(608,2)	5,6	(2 403,1)	385,0	381,9	156,7	415,9	16 479,1
(664,1)	5,6	(2 342,0)	385,0	381,9	24,8	433,1	16 578,5
(804,7)	10,1	(2 287,9)	385,0	393,1	110,5	544,4	17 132,0
936,5	7,7	2 114,6	385,0	386,0	—	556,4	16 195,9
997,4	2,9	2 309,3	385,0	385,8	35,4	553,6	17 146,9
895,9	4,4	2 311,7	385,0	347,7	74,2	591,0	16 450,2
781,2	8,8	2 188,7	385,0	365,3	22,2	583,3	16 274,3
1 305,6	9,6	1 987,8	385,0	559,6	53,8	382,0	16 792,5
1 335,9	7,7	1 808,4	385,0	493,2	—	607,4	16 957,6

— Nicht mehr vergleichbare Zahlenreihen sind durch () gekennzeichnet. — 1) Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe der Neugliederung des Ausweis-Schemas am 7. 6. 1950 ergaben sich folgende Veränderungen: Aktiva: Erfassung der Ausenthalten durch Übernahme von Wertpapieren (vgl. Spalte 15). — Passiva: Übernahme der ERP/GARIOA-Gegenwert-Umbuchung der Konten der JEIA, STEG und ERP-Verwaltung als Einlagen alliierter Dienststellen (Spalte 25). Beide Positionen in Spalte 33 (bisher in den „sonstigen Verbindlichkeiten“ — Spalte 35 — erfasst. Im BdL-Ausweis sind die Rückstellungen in die ERP/GARIOA-Sonderkonten stehen bzw. reine Inlandsverbindlichkeiten darstellen, in die Positionen „Einlagen von Bund und Hohen Kommission. — 4) Infolge des Übergangs der Münzhoheit auf den Bund wurden die im Bestand des Zentralbanksystems bevon Spalte 13 in Spalte 11. — 5) Darin enthalten am 31. Januar 1951 18,0 Mill. DM und am 30. Juni 1951 40,0 Mill. DM „Schweb-Dienststellen“. — 6) Ab 31. 10. 1950 einschließlich des „Asservatenkontos Einfuhrbewilligungen“ bei den Landeszentralbanken.

Stand	Aktiva												sonstige Aktiva ⁴⁾
	Guthaben in ausländischer Währung ³⁾	Sorten. ausländische Wechsel und Schecks ³⁾	Forderungen aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	Post-scheckgut-haben ⁴⁾	Inlandswechsel	Schatzwechsel und unverzinsliche Scharzanweisungen der Bundesverwaltungen	Deutsche Scheidemünzen ⁵⁾	Lombardforderungen	Vorschüsse und kurzfristige Kredite	Wertpapiere	Forderungen gegen die öffentliche Hand		
											Ausgleichs-forderungen	unverzinsl. Schuld-verschreibungen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
1949	Die Vergleichbarkeit der Zahlenreihen wurde durch Änderungen des Ausweis-Schemas am 7. 6. 1950 und am 7. 1. 1951 unterbrochen. Siehe Anmerkungen												
31. 12.	833,9	(11,7)	(755,2)	31,7	(2 820,5)	—	. ⁵⁾	1 463,9	61,0	—	5 236,5	639,2	112,5
1950													
31. 3.	657,6	(16,0)	(519,5)	27,0	(3 139,8)	19,4	.	1 458,4	24,0	0,2	5 057,2	639,2	75,2
30. 6.	1 161,5	55,7	20,9	26,2	2 739,1	56,9	.	1 533,0	753,8	360,7	5 137,3	639,2	156,8
30. 9.	1 461,2	58,0	50,3	25,3	3 084,3	162,8	29,7	1 349,4	860,7	335,0	5 215,6	639,2	120,4
31. 12.	1 046,8	68,8	43,0	49,2	3 652,4	171,7	61,9	1 097,6	1 006,2	335,0	5 328,3	639,2	196,5
1951													
31. 1.	936,2	71,8	40,8	21,9	3 514,5	249,0	76,5	1 153,6	659,4	335,0	5 373,5	639,2	89,2
28. 2.	932,0	75,5	31,5	32,9	3 815,4	327,0	85,3	1 104,3	811,1	335,0	5 377,4	639,2	91,1
31. 3.	1 087,7	78,7	18,5	133,4	3 782,6	78,4	85,0	1 010,8	670,2	335,0	5 289,2	639,2	91,3
30. 4.	1 278,4	88,7	15,6	38,8	3 369,4	46,4	100,0	1 211,0	746,1	335,0	5 345,9	639,2	95,7
31. 5.	1 539,1	138,5	13,6	67,5	3 125,3	303,3	92,4	870,4	869,1	335,0	5 201,9	627,6	107,6
7. 6.	1 593,6	139,1	30,5	71,9	3 031,9	427,7	93,9	707,2	800,3	335,0	5 097,4	627,6	109,7
15. 6.	1 468,2	160,8	19,6	49,4	2 943,0	353,8	97,3	622,7	822,4	335,0	5 106,9	627,6	110,7
23. 6.	1 554,5	172,9	17,2	86,8	2 946,1	200,1	105,4	496,8	666,2	335,0	5 065,5	627,6	107,0
30. 6.	1 614,0	185,0	23,1	27,9	3 257,3	241,8	98,1	799,9	1 014,6	335,0	5 016,5	627,6	122,0
7. 7.	1 704,9	182,9	13,5	55,0	3 257,2	278,8	100,1	569,2	942,0	335,0	5 089,2	627,6	124,2
15. 7.	1 756,0	179,5	12,9	68,2	3 146,2	207,3	100,4	539,3	810,7	335,0	5 049,3	627,6	128,3

Stand	Passiva												
	Banknoten- umlauf <small>bis 30. 6. 50 Zahlungsmittelumlauf</small>	Einlagen						Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	sonstige Passiva	Grundkapital	gesetzliche und sonstige Rücklagen	Bilanzsumme	
		insgesamt (Spalte 16 bis 20)	aufgegliedert in Einlagen				alliiert Dienststellen ⁷⁾						sonstige
			der Landes-zentral-banken	der Dienststellen des Bundes		sonstige Gut-haben							
14	15	16	Gegenwert-konten des Bundes ⁶⁾	17	18		19	20	21	22	23	24	25
1949	Die Vergleichbarkeit der Zahlenreihen wurde durch Änderungen des Ausweis-Schemas am 7. 6. 1950 und am 7. 1. 1951 unterbrochen. Siehe Anmerkungen												
31. 12.	(7 737,5)	(860,0)	426,3	—	(75,3)	(323,3)	(35,1)	(2 975,9)	(292,7)	100,0	—	11 966,1	
1950													
31. 3.	(7 828,3)	(955,9)	308,7	—	(150,8)	(301,1)	(195,3)	(2 485,2)	(264,1)	100,0	—	11 633,5	
30. 6.	(8 160,0)	(2 791,7)	342,9	(1 097,8)	(173,6)	996,6	(180,8)	(1 231,6)	287,8	100,0	70,0	12 641,1	
30. 9.	8 213,1	(2 426,0)	186,4	(759,3)	(211,6)	840,7	(428,0)	(2 247,3)	335,5	100,0	70,0	13 391,9	
31. 12.	8 232,3	(2 554,2)	372,2	(930,3)	(309,9)	750,5	(191,3)	(2 287,9)	452,2	100,0	70,0	13 696,6	
1951													
31. 1.	7 761,0	2 657,0	330,3	1 052,7	233,1	847,2	193,7	2 114,6	458,0	100,0	70,0	13 160,6	
28. 2.	7 744,8	2 977,0	440,1	1 176,7	337,1	838,3	184,8	2 309,3	456,6	100,0	70,0	13 657,7	
31. 3.	7 781,0	2 610,2	360,5	901,6	142,5	844,8	360,8	2 311,7	427,1	100,0	70,0	13 300,0	
30. 4.	7 959,7	2 548,1	340,8	1 003,7	70,5	845,3	287,8	2 188,7	443,7	100,0	70,0	13 310,2	
31. 5.	7 867,1	2 828,6	386,8	953,9	152,0	854,1	481,8	1 987,8	317,8	100,0	190,0	13 291,3	
7. 6.	7 648,7	2 833,8	444,2	927,1	121,2	860,1	481,2	1 993,7	299,6	100,0	190,0	13 065,8	
15. 6.	7 466,8	2 872,7	502,0	926,8	131,7	859,9	452,3	1 771,0	316,9	100,0	190,0	12 717,4	
23. 6.	7 137,8	2 853,0	526,3	921,0	137,7	859,9	408,1	1 790,4	309,9	100,0	190,0	12 381,1	
30. 6.	8 188,6	2 659,6	363,6	824,7	147,9	950,0	373,4	1 808,4	496,2	100,0	110,0	13 362,8	
7. 7.	7 926,0	2 802,8	589,6	827,0	129,9	936,4	319,9	1 844,8	496,0	100,0	110,0	13 297,6	
15. 7.	7 782,6	2 677,1	462,5	824,7	136,7	935,5	317,7	1 799,9	491,1	100,0	110,0	12 960,7	

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. — Nicht mehr vergleichbare Zahlenreihen sind durch () gekennzeichnet. — ¹⁾ Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“, in: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1949. — ²⁾ Bei der Neugliederung des Ausweis-Schemas am 7. 6. 1950 ergaben sich folgende Veränderungen: Aktiva: Erfassung der Auslandswechsel und Schecks in Spalte 2 (bis 31. 5. 1950 in Spalte 5). Ablösung des ERP-Vorlagekontos (bis 31. 5. 1950 in Spalte 3 enthalten) durch Übernahme von Wertpapieren (vgl. Spalte 10). — Passiva: Übernahme der ERP/GARIOA-Gegenwertmittel auf Grund des Vertrages über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA als Einlagen des Bundes (Sonderkonten des Bundes, vgl. Spalte 17). Umbuchung der Konten der JEIA, STEG und ERP-Verwaltung als Einlagen alliierter Dienststellen (Spalte 19). Beide Positionen waren bis 31. 5. 1950 in Spalte 21 enthalten. — Herausnahme der gesetzlichen und sonstigen Rücklagen (Spalte 24) aus den „sonstigen Passiven“. — Am 7. 1. 1951 wurde die Position „Sonderkonten des Bundes“ durch die den ERP/GARIOA-Sonderkonten vorgeschalteten Sammelkonten (bisher in Spalte 21 erfasst) zur Position „Gegenwertkonten des Bundes“ erweitert. — Ferner wurden einige Unterpositionen der Spalte 21, die reine Inlandsverbindlichkeiten darstellen, in die Positionen „sonstige Guthaben der Dienststellen des Bundes“ (vgl. Spalte 18) und „sonstige Einlagen“ (vgl. Spalte 20) überführt. — ³⁾ Unter Kontrolle der Hohen Kommission. — ⁴⁾ Die Postscheckguthaben, die bis zum 31. 5. 1950 unter „Sonstige Aktiva“ erfasst waren, wurden rückwirkend ausgegliedert. — ⁵⁾ Infolge des Übergangs der Münzhoheit auf den Bund wurden die im Bestand des Zentralbanksystems befindlichen Scheidemünzen ab 31. 7. 1950 aktiviert. — ⁶⁾ Bis zum 31. 12. 1950 „Sonderkonten des Bundes“. — ⁷⁾ Bis zum 31. 5. 1950 „Einlagen der Besatzungsmächte“.

3. Zahlungsmittelumlauf
in Mill. DM

4. Monatsausweise der Landeszentralbanken nach dem Stand vom 30. Juni 1951*)
in Mill. DM

Stand	im Bundesgebiet ausgegebene Zahlungsmittel		im Bundesgebiet und in Berlin ausgegebene Zahlungsmittel
	Banknoten und Kleingeldzeichen ¹⁾	Scheidemünzen des Bundes	
1950			
23. 8.	6 797	139	7 346
31. 8.	7 603	140	8 166
7. 9.	7 465	141	8 018
15. 9.	7 279	142	7 827
23. 9.	6 938	141	7 478
30. 9.	7 781	143	8 356
7. 10.	7 559	143	8 114
15. 10.	7 370	144	7 918
23. 10.	6 974	143	7 520
31. 10.	7 694	145	8 268
7. 11.	7 455	145	8 010
15. 11.	7 202	146	7 748
23. 11.	6 886	146	7 435
30. 11.	7 672	147	8 246
7. 12.	7 606	148	8 173
15. 12.	7 467	150	8 056
21. 12.	7 251	170	7 875
31. 12.	7 797	182	8 414
1951			
7. 1.	7 538	187	8 149
15. 1.	7 127	193	7 738
23. 1.	6 658	199	7 255
31. 1.	7 325	214	7 975
7. 2.	7 072	223	7 724
15. 2.	6 820	231	7 478
23. 2.	6 599	237	7 255
28. 2.	7 298	246	7 991
7. 3.	7 075	255	7 766
15. 3.	6 851	262	7 542
23. 3.	6 707	268	7 422
31. 3.	7 320	277	8 058
7. 4.	7 043	282	7 770
15. 4.	6 876	287	7 604
23. 4.	6 489	289	7 209
30. 4.	7 479	300	8 260
7. 5.	7 238	305	8 003
15. 5.	7 082	323	7 841
23. 5.	6 521	332	7 273
31. 5.	7 407	348	8 215
7. 6.	7 199	354	8 003
15. 6.	7 033	363	7 830
23. 6.	6 703	366	7 504
30. 6.	7 720	382	8 570
7. 7.	7 477	389	8 315

*) Mit Ablauf des 31. 1. 1951 Anspruch aus allen Kleingeldzeichen erloschen.

	Baden	Bayern	Bremen	Hamburg	Hessen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Schleswig-Holstein	Württemberg-Baden	Württemberg-Hohenzollern	insgesamt
Aktiva:												
Guthaben bei der BdL	14,2	44,7	15,5	72,8	18,4	23,7	145,5	19,6	7,2	32,1	1,2	394,9
Postcheckguthaben	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3
Wechsel und Schecks	14,3	11,3	81,5	245,0	4,8	8,1	52,8	7,2	2,3	6,0	8,1	441,4
Schatzwechsel	14,8	0,3	—	13,6	25,5	11,7	81,0	—	9,4	—	—	156,3
Wertpapiere	0,6	5,1	0,9	—	—	2,7	14,9	1,4	5,5	6,0	0,9	38,0
Ausgleichsforderungen	92,8	571,5	50,8	213,2	295,2	360,2	729,8	136,0	169,9	326,4	59,9	3 005,7
davon:												
aus der eigenen Umstellung	(76,8)	(449,5)	(41,0)	(183,1)	(245,1)	(306,1)	(631,2)	(105,2)	(125,6)	(250,1)	(50,9)	(2 464,6)
angekaufte	(16,0)	(122,0)	(9,8)	(30,1)	(50,1)	(54,1)	(98,6)	(30,8)	(44,3)	(76,3)	(9,0)	(541,1)
Lombardforderungen	5,2	38,8	2,1	21,0	50,5	34,8	37,4	68,1	27,9	28,6	19,3	333,7
darunter												
gegen Ausgleichsforderungen	(5,2)	(38,2)	(1,4)	(14,2)	(50,4)	(34,0)	(37,3)	(64,1)	(27,4)	(26,8)	(19,3)	(318,3)
Kassenkredite	11,7	46,4	—	—	42,1	—	—	15,3	12,0	0,4	—	127,9
davon:												
an Landesregierung	(11,7)	(46,4)	(—)	(—)	(42,1)	(—)	(—)	(15,2)	(12,0)	(—)	(—)	(127,4)
sonstige öffentliche Stellen	(—)	(—)	(—)	(—)	(0,0)	(—)	(—)	(0,1)	(—)	(0,4)	(—)	(0,5)
Beteiligung an der BdL	2,5	17,5	3,0	8,0	8,5	11,5	28,0	5,5	4,5	9,0	2,0	100,0
Sonstige Vermögenswerte	6,7	12,1	2,6	4,1	15,8	15,9	50,4	8,9	8,7	6,4	3,8	135,4
Interimsforderungen aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe der Aktiva	162,9	747,8	156,4	577,8	460,8	468,6	1 139,8	262,0	247,4	414,9	95,2	4 733,6
Passiva:												
Grundkapital	10,0	50,0	10,0	10,0	30,0	40,0	65,0	20,0	10,0	30,0	10,0	285,0
Rücklagen und Rückstellungen	8,1	50,3	7,0	19,7	24,4	31,7	33,4	10,5	18,0	25,7	4,0	232,8
Einlagen	118,5	372,8	130,5	481,6	364,4	197,7	958,8	162,7	59,9	267,2	56,0	3 170,1
davon:												
Kreditinstitute innerhalb des Landes (einschl. Postsparkassenämter)	(45,7)	(265,8)	(42,1)	(153,9)	(202,2)	(154,2)	(578,0)	(73,5)	(34,6)	(173,0)	(40,8)	(1 763,8)
Kreditinstitute in anderen deutschen Ländern	(0,5)	(0,3)	(3,0)	(1,6)	(0,4)	(1,0)	(0,1)	(1,1)	(3,1)	(1,2)	(0,2)	(12,5)
öffentliche Verwaltungen	(3,1)	(9,4)	(23,8)	(27,2)	(16,2)	(10,0)	(79,0)	(36,5)	(7,4)	(12,7)	(2,0)	(227,3)
Dienststellen der Besatzungsmächte	(45,6)	(2,8)	(2,9)	(25,0)	(30,1)	(0,9)	(10,0)	(21,0)	(0,1)	(2,8)	(1,0)	(142,2)
sonstige inländische Einleger	(21,0)	(92,4)	(58,4)	(272,4)	(119,9)	(32,1)	(302,5)	(24,7)	(14,8)	(76,1)	(11,3)	(1 025,6)
ausländische Einleger	(0,2)	(0,1)	(—)	(1,5)	(5,9)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(7,7)
zwischen den Niederlassungen der LZB unterwegs befindliche Giroübertragungen	(2,4)	(2,0)	(0,3)	(—)	(/10,3)	(/0,5)	(/10,8)	(5,9)	(/0,1)	(1,4)	(0,7)	(/9,0)
Lombardverpflichtungen gegenüber der BdL	19,6	252,5	—	25,1	16,2	182,9	0,4	48,8	145,0	77,4	16,0	783,9
Sonstige Verbindlichkeiten	6,7	22,2	8,9	41,4	25,8	16,3	82,2	19,9	14,5	14,6	9,2	261,7
Interimsverbindlichkeiten aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—	—	—	0,1	—	—	—	0,1
Summe der Passiva	162,9	747,8	156,4	577,8	460,8	468,6	1 139,8	262,0	247,4	414,9	95,2	4 733,6
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	54,3	674,9	64,6	454,6	295,6	270,6	636,2	203,5	213,6	401,6	69,0	3 338,5
darunter												
Auslandswechsel (einschließlich Export-Tratten)	(5,3)	(36,3)	(6,4)	(30,4)	(22,2)	(23,6)	(147,6)	(10,5)	(6,6)	(35,9)	(9,2)	(334,0)

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen.

II. Mindestreservenstatistik

1. Reserveguthaben der Geldinstitute des Bundesgebietes, aufgegliedert nach Bankengruppen *)

Monatliche Reserve-Meldungen der Geldinstitute an die Landeszentralbanken

Bankengruppen	1951				1951				1951							
	März	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni				
	Gesetzliche Mindestreserven (Reserve-Soll) in Mill. DM				Summe der Überschußreserven (brutto) in Mill. DM				Summe der Reservefehlbeträge (brutto) in Mill. DM							
1. Kreditbanken	838,8	855,9	868,8	877,1	30,0	44,8	46,3	29,1	1,2	1,3	1,4	1,2				
a) Nachfolgeinstitute ehem. Großbankfilialen	(510,9)	(527,3)	(537,6)	(539,4)	(13,8)	(29,1)	(30,5)	(14,5)	(0,0)	(0,1)	(0,0)	(0,0)				
b) Staats-, Regional- und Lokalbanken	(249,4)	(249,6)	(253,6)	(257,4)	(9,5)	(9,4)	(8,1)	(7,7)	(0,1)	(0,1)	(0,2)	(0,2)				
c) Privatbanken	(78,5)	(79,0)	(77,6)	(80,3)	(6,7)	(6,3)	(7,7)	(6,9)	(1,1)	(1,1)	(1,2)	(1,0)				
2. Hypothekenbanken und öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten	2,6	2,6	3,3	3,5	1,2	1,5	0,9	2,2	—	0,0	0,0	—				
3. Girozentralen	145,7	148,6	146,0	156,2	5,6	10,9	10,7	5,2	1,5	—	0,1	—				
4. Sparkassen	514,4	518,7	525,7	535,1	8,9	8,0	9,0	8,4	5,5	5,9	3,8	3,4				
5. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kredit- genossenschaften	96,0	95,3	96,9	98,0	2,3	1,5	1,8	1,8	2,2	2,6	1,2	1,3				
6. Gewerbliche Zentralkassen	2,9	3,1	2,9	3,0	0,2	0,3	0,3	0,3	—	—	—	—				
7. Gewerbliche Kredit- genossenschaften	93,9	94,1	97,4	97,6	3,9	4,6	4,5	4,3	3,6	2,6	3,1	2,5				
8. Sonstige Geldinstitute	137,2	138,8	140,9	137,5	3,9	3,9	4,8	4,7	0,0	0,2	0,0	0,1				
Bankengruppen insgesamt	1 831,5	1 857,1	1 881,9	1 908,0	56,0	75,5	78,3	56,0	14,0	12,6	9,6	8,5				
	Überschußreserven netto (Reservefehlbeträge netto —) in Mill. DM				Anteil der Überschußreserven (netto) in vH der gesetzlichen Mindest- reserven (Reserve-Soll)								in vH der Gesamtsumme der Überschußreserven aller Bankengruppen			
1. Kreditbanken	28,8	43,5	44,9	27,9	3,4	5,1	5,2	3,2	68,6	69,2	65,4	58,7				
a) Nachfolgeinstitute ehem. Großbankfilialen	(13,8)	(29,0)	(30,5)	(14,5)	(2,7)	(5,5)	(5,7)	(2,7)	(32,9)	(46,1)	(44,4)	(30,5)				
b) Staats-, Regional- und Lokalbanken	(9,4)	(9,3)	(7,9)	(7,5)	(3,8)	(3,7)	(3,1)	(2,9)	(22,4)	(14,8)	(11,5)	(15,8)				
c) Privatbanken	(5,6)	(5,2)	(6,5)	(5,9)	(7,1)	(6,6)	(8,4)	(7,3)	(13,3)	(8,3)	(9,5)	(12,4)				
2. Hypothekenbanken und öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten	1,2	1,5	0,9	2,2	46,2	57,7	27,3	62,9	2,8	2,4	1,3	4,6				
3. Girozentralen	4,1	10,9	10,6	5,2	2,8	7,3	7,3	3,3	9,8	17,3	15,4	11,0				
4. Sparkassen	3,4	2,1	5,2	5,0	0,7	0,4	1,0	0,9	8,1	3,3	7,6	10,5				
5. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kredit- genossenschaften	0,1	— 1,1	0,6	0,5	0,1	— 1,2	0,6	0,5	0,2	— 1,8	0,9	1,1				
6. Gewerbliche Zentralkassen	0,2	0,3	0,3	0,3	6,9	9,7	10,3	10,0	0,5	0,5	0,4	0,6				
7. Gewerbliche Kredit- genossenschaften	0,3	2,0	1,4	1,8	0,3	2,1	1,4	1,8	0,7	3,2	2,0	3,8				
8. Sonstige Geldinstitute	3,9	3,7	4,8	4,6	2,8	2,7	3,4	3,3	9,3	5,9	7,0	9,7				
Bankengruppen insgesamt	42,0	62,9	68,7	47,5	2,3	3,4	3,7	2,5	100,0	100,0	100,0	100,0				

*) Veränderungen gegenüber bereits bekanntgegebenen Zahlen sind auf nachträgliche Korrekturmeldungen zurückzuführen.

2. Mindestreservesätze

in vH der reservspflichtigen Einlagen ¹⁾

Gültig ab:	Sichteinlagen		Fristetete Einlagen	Spar- einlagen
	an Bank- plätzen ²⁾	an Nichtbank- plätzen		
1948 1. Juli	10	10	5	5
1. Dezember	15	10	5	5
1949 1. Juni	12	9	5	5
1. September	10	8	4	4
1950 1. Oktober	15	12	8	4

¹⁾ Reservpflichtig sind alle Einlagen auf Freikonto, Festkonto und Anlagekonto. Abgesetzt werden die Einlagen solcher Geldinstitute, die ihrerseits zum Halten von Mindestreserven bei Landeszentralbanken oder bei der Berliner Zentralbank verpflichtet sind. Als befristete Einlagen gelten: alle Einlagen mit fester Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens einem Monat und die Guthaben auf Anlagekonto. Spareinlagen sind die in § 22 ff. KWG behandelten Konten. Als Sichteinlagen gelten alle übrigen Einlagen.

²⁾ Bankplätze sind Orte mit Landeszentralbank-Niederlassungen.

III. Wöchentliche Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)

Kreditvolumen und Einlagen *)

Repräsentativerhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 480 Kreditinstituten des Bundesgebiets
in Mill. DM

a) Kreditvolumen (nur kurzfristige Kredite)

Stand	Kurzfristige Kredite an Nichtbanken												kurzfristige Kredite an Kreditinstitute insgesamt
	insgesamt	davon			Wirtschaft und Private	Spalte 1 gliedert sich in kurzfristige Kredite an							
		Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate		Wechselobligo d. Kundenschaft, Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen		davon		Wechselobligo der Kundenschaft	Öffentl. rechtl. Körperschaften	davon			
		insgesamt	darunter Akzeptkredite			insgesamt	darunter Akzeptkredite			insgesamt	darunter Akzeptkredite	Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen, sonstige Wechsel	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
1951													
31. 1.	9 703,5	6 053,8	1 782,7	3 649,7	9 342,5	5 862,0	1 782,5	3 480,5	361,0	191,8	0,2	169,2	1 755,8
28. 2.	9 972,5	6 161,6	1 673,3	3 810,9	9 635,5	5 992,5	1 673,2	3 643,0	337,0	169,1	0,1	167,9	1 769,6
31. 3.	9 493,0	5 698,2	1 491,1	3 794,8	9 140,3	5 529,3	1 490,8	3 611,0	352,7	168,9	0,3	183,8	1 817,7
30. 4.	9 264,3 ¹⁾	5 451,0 ¹⁾	1 361,9	3 813,3	8 819,7 ¹⁾	5 285,5 ¹⁾	1 361,8	3 534,2	444,6	165,5	0,1	279,1	1 735,6
7. 5.	9 224,0	5 495,3	1 332,1	3 728,7	8 814,5	5 335,6	1 331,9	3 478,9	409,5	159,7	0,2	249,8	1 753,7
15. 5.	9 261,7	5 620,9	1 312,3	3 640,8	8 866,5	5 445,7	1 312,2	3 420,8	395,2	175,2	0,1	220,0	1 726,2
23. 5.	9 401,4	5 680,5	1 293,1	3 720,9	9 004,6	5 518,4	1 293,0	3 486,2	396,8	162,1	0,1	234,7	1 783,2
31. 5.	9 349,6	5 548,0	1 273,8	3 801,6	8 917,1	5 354,8	1 273,7	3 562,3	432,5	193,2	0,1	239,3	1 736,3
7. 6.	9 311,2	5 498,6	1 264,5	3 812,6	8 903,7	5 334,8	1 264,4	3 568,9	407,5	163,8	0,1	243,7	1 774,6
15. 6.	9 649,4	5 858,3	1 221,6	3 791,1	9 276,8	5 683,8	1 221,5	3 593,0	372,6	174,5	0,1	198,1	1 813,5
23. 6.	9 644,1	5 696,0	1 214,4	3 948,1	9 205,8	5 554,3	1 214,3	3 651,5	438,3	141,7	0,1	296,6	1 833,9
30. 6.	9 606,9	5 511,5	1 208,0	4 095,4	9 150,3	5 343,5	1 207,9	3 806,8	456,6	168,0	0,1	288,6	1 761,4
7. 7. ²⁾	9 850,0	5 749,4	1 191,0	4 100,6	9 407,4	5 576,7	1 190,9	3 830,7	442,6	172,7	0,1	269,9	1 773,4

b) Einlagen

Stand	Nichtbanken insgesamt	davon sind			Einlagen von Kreditinstituten insgesamt
		Sicht- u. Termin-einlagen		Spar-einlagen	
		Wirtschaft und Private	Öffentl. rechtl. Körperschaften		
1	2	3	4	5	
1951					
31. 1.	11 547,5	7 041,8	2 473,2	2 032,5	1 498,5
28. 2.	11 843,4	7 234,8	2 565,0	2 043,6	1 580,9
31. 3.	11 813,7	7 194,4	2 576,4	2 042,9	1 496,5
30. 4.	11 974,5	7 363,4	2 547,1	2 064,0	1 551,7
7. 5.	12 049,9	7 415,3	2 563,6	2 071,0	1 565,2
15. 5.	12 094,6	7 391,9	2 626,3	2 076,4	1 568,9
23. 5.	12 333,0	7 429,9	2 824,3	2 078,8	1 613,6
31. 5.	12 119,4	7 440,7	2 587,0	2 091,7	1 637,1
7. 6.	12 395,5	7 543,6	2 747,4	2 104,5	1 571,2
15. 6.	12 366,3	7 344,9	2 910,5	2 110,9	1 574,7
23. 6.	12 653,2	7 463,2	3 075,7	2 114,3	1 606,6
30. 6.	12 539,4	7 590,1	2 815,4	2 133,9	1 677,0
7. 7. ²⁾	12 689,0	7 660,7	2 879,0	2 149,3	1 641,0

*) Veränderungen gegenüber bereits bekanntgegebenen Zahlen sind auf nachträgliche Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Enthält statistisch bedingte Abnahme (rd. 25 Mill. DM). — ²⁾ Vorläufig

IV. Monatliche Bankenstatistik

1. Geschäfts-

a) Zwischenausweis:

Monatliche Bankenstatistik*)¹⁾ 2); Gesamterhebung³⁾ der Bank deutscher Länder

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ⁴⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Postscheckguthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁶⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweis. des Bundes und der Länder ⁸⁾	Wert- und Konbeteili- insgesamt
			insgesamt ⁵⁾	darunter Giro-guthaben bei der LZB		insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				darunter				
											insgesamt	Handelswechsel ⁷⁾	Bankakzepte		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
1949															
Jan.	3 556	.	1 488,0	1 232,8	56,1	1 200,1	(1 200,1)	.	.	.	1 257,7	1 139,8	63,0	13,4	.
Juni	3 549	.	1 348,3	1 093,0	53,3	1 628,7	(1 577,6)	.	.	.	1 868,3	1 609,3	162,2	62,9	.
Dez.	3 555	.	1 388,2	1 128,8	80,6	1 557,8	(1 412,8)	440,7	.	.	1 672,8	1 418,9	154,2	169,2	.
1950															
März	3 566	.	936,3	676,8	46,7	1 709,7	(1 480,6)	119,5	.	.	1 818,0	1 548,8	162,5	280,3	.
Juni	3 571	25 202,3	1 093,2	818,3	50,1	1 983,4	1 611,6	69,8	1,7	161,1	2 175,9	1 886,4	171,1	399,1	278,5
Juli	3 572	25 935,8	1 175,9	866,1	47,7	1 949,8	1 567,5	101,4	1,0	150,0	2 391,2	2 071,1	197,7	366,0	287,9
Aug.	3 573	27 118,4	1 215,3	894,5	49,5	2 113,3	1 727,0	176,4	0,6	155,9	2 531,9	2 216,4	189,5	315,2	318,4
Sept.	3 565	28 037,7	1 216,0	923,8	47,9	2 059,4	1 698,7	264,6	1,4	147,5	2 332,9	2 067,2	140,3	286,3	328,3
Okt.	3 564	29 573,2	1 544,5	1 220,8	47,6	2 293,2	1 943,6	297,7	0,8	160,0	2 208,6	1 967,4	99,4	197,9	339,8
Nov.	3 565	30 099,5	1 618,3	1 290,7	44,6	2 178,1	1 839,7	214,9	0,8	165,3	2 280,7	2 028,2	118,6	181,0	344,7
Dez.	3 564	30 835,1	1 962,2	1 669,3	82,8	2 113,1	1 844,3	177,8	1,8	242,0	2 564,7	2 283,1	142,1	154,4	356,1
1951															
Jan.	3 563	31 014,2	1 516,1	1 189,0	44,8	2 156,3	1 839,1	181,0	0,8	168,8	2 717,5	2 478,8	100,2	187,9	376,0
Febr.	3 561	31 834,1	1 917,9	1 598,0	45,8	2 178,2	1 858,0	205,0	0,7	183,1	2 509,0	2 275,6	89,7	183,2	387,7
März	3 561	31 799,4	1 839,4	1 536,9	53,6	2 061,7	1 759,9	215,1	1,6	201,8	2 599,6	2 370,9	79,7	205,8	401,1
April	3 562	32 090,0	1 768,7	1 442,5	52,0	2 120,1	1 789,8	183,9	1,0	231,1	2 745,0	2 529,1	71,9	294,5	420,9
Mai	3 562	32 622,6	1 891,5	1 534,9	50,1	2 164,0	1 876,4	163,2	0,8	228,5	2 781,1	2 552,0	92,2	258,8	433,4

Passiva

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ⁴⁾	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto)								aufgenommene Gelder ¹⁵⁾			
			mit	ohne	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:					Einlagen von Kreditinstituten	Einlagen auf Festkonto	insgesamt	darunter	
					Sicht- und Termineinlagen	Wirtschaft und Private		Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Spar-einlagen				für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren herangezogene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite ¹⁶⁾
						insgesamt	darunter Anlagekonto							
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	
1949														
Jan.	3 556	.	10 235,6	9 104,4	7 381,5	5 270,8	329,9	2 110,7	1 722,9	1 131,2	298,5	642,9	.	.
Juni	3 549	.	12 819,8	11 222,3	8 829,6	6 389,2	383,5	2 440,4	2 392,7	1 597,5	46,3	796,6	(46,2)	.
Dez.	3 555	.	14 106,1	12 752,3	9 786,1	7 105,8	318,9	2 680,3	2 966,2	1 353,8	14,6	1 462,4	(77,6)	.
1950														
März	3 566	.	14 493,8	13 095,0	9 712,2	6 919,5	312,0	2 792,7	3 382,8	1 398,8	10,2	1 495,7	(102,6)	.
Juni	3 571	25 202,3	16 015,5	14 306,1	10 611,0	7 830,6	291,7	2 780,4	3 695,1	1 709,4	21)	1 752,7	276,2	9,3
Juli	3 572	25 935,8	16 397,2	14 797,8	11 076,1	8 387,5	.	2 688,6	3 721,7	1 599,4	.	1 657,8	243,6	9,3
Aug.	3 573	27 118,4	17 156,4	15 516,2	11 779,7	9 064,6	.	2 715,1	3 736,5	1 640,2	.	1 732,0	240,2	8,1
Sept.	3 565	28 037,7	17 304,1	15 735,3	11 972,9	9 097,6	287,6	2 875,3	3 762,4	1 568,8	.	1 799,1	239,5	15,6
Okt.	3 564	29 573,2	17 887,6	16 304,8	12 471,6	9 626,4	.	2 845,2	3 833,2	1 582,8	.	1 987,3	262,1	13,6
Nov.	3 565	30 099,5	17 976,4	16 389,2	12 516,8	9 572,2	.	2 944,6	3 872,4	1 587,2	.	2 057,4	263,2	12,3
Dez.	3 564	30 835,1	18 432,1	16 684,2	12 752,8	9 614,1	289,0	3 138,7	3 931,4	1 747,9	.	2 005,5	275,8	5,5
1951														
Jan.	3 563	31 014,2	18 518,7	16 772,2	12 835,7	9 753,9	.	3 081,8	3 936,5	1 746,5	.	2 097,2	294,8	5,3
Febr.	3 561	31 834,1	18 904,4	17 102,0	13 159,5	9 974,5	.	3 185,0	3 942,5	1 802,4	.	2 202,4	313,4	13,3
März	3 561	31 799,4	18 713,1	17 016,4	13 085,7	9 915,2	283,8	3 170,5	3 930,7	1 696,7	.	2 284,2	312,2	6,4
April	3 562	32 090,0	19 033,0	17 240,8	13 286,0	10 145,6	.	3 140,4	3 954,8	1 792,2	.	2 097,8	303,8	5,6
Mai	3 562	32 622,6	19 329,6	17 467,8	13 474,0	10 263,4	.	3 210,6	3 993,8	1 861,8	.	2 145,8	314,8	7,7

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen. — 2) Nicht mehr ohne weiteres vergleichbare Zahlen sind durch () gekennzeichnet. — 3) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag schließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe „Über-Die bis Mai 1950 getrennt erfaßten Filialen sind bei der rückwirkenden Bereinigung der Zahlenreihen ebenfalls nur als ein Institut eingesetzt, so daß nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 4) Kasse und Landeszentralbankguthaben. — 5) Einschließlich mittel-Mai 1949 sind nur Schatzwechsel erfaßt. — 6) Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. — 7) Bis Mai 1950 einschließlich enthalten die Debitoren RM-Zeit mit enthalten, Stand August 1949: 267 Mill. DM. — 8) Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien durch einen statistischen Zugang um rd. 20 Mill. DM; z. B. haben einige als verlagert anerkannte Institute im Juni 1950 erstmalig Ausgleichsforderungen fristigen Ausleihungen gegen Grundpfandrechte und gegen Kommunaldeckung und Abgang bei den sonstigen langfristigen Ausleihungen. — 9) Ab August Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landeskreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — 10) Es handelt sich um Institute, die und Wertberichtigungen“ und Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — 11) Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ lichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten.

(Bilanzstatistik)

banken

Bundesgebiet

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papiere sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ¹⁰⁾			langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ¹²⁾	Stand am Mo- nats- ende	
		gegen- wärtiger Be- stand 9)	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt ¹¹⁾	Wirt- schaft und Private	Öffent- lich- recht- liche Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute	ins- gesamt	gegen Grund- pfand- rechte						gegen Kom- munal- dek- kung
darunter Anleihen und ver- zinsliche Schatz- an- weisungen des Bundes und der Länder															
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
.	.	.	4 318,0	(3 914,2)	(3 312,5)	(157,7)	(444,0)	1949
.	.	4 920,7	.	(4 855,1)	(4 135,2)	(170,9)	(549,0)	(800,4)	685,8	114,6	454,8	.	.	.	Jan.
.	.	5 138,6	.	(7 859,5)	(6 658,7)	(489,9)	(710,9)	(1 270,3)	1 074,5	195,8	434,3	.	.	.	Juni
.	.	5 204,9	.	(8 818,6)	(7 482,8)	(531,9)	(803,9)	(1 703,5)	1 369,6	333,9	561,5	.	.	.	Dez.
44,8	25,8	5 273,5 ¹³⁾	5 603,8	8 736,2	7 640,2	395,9	700,1	2 914,7	1 862,3 ¹⁴⁾	476,8 ¹⁴⁾	621,0	77,2	376,9	964,2	1950
46,7	30,8	5 302,6	5 640,8	8 868,4	7 779,9	379,2	709,3	3 186,2	2 013,7 ¹⁴⁾	524,0 ¹⁴⁾	670,4	79,1	387,9	939,5	März
62,2	40,5	5 322,6	5 685,0	9 098,9	8 004,0	374,9	720,0	3 560,9	2 215,4 ¹⁴⁾	580,5 ¹⁴⁾	745,0	80,2	394,5	999,3	Juni
65,4	43,8	5 315,8	5 696,2	9 784,7	8 545,4	421,6	817,7	3 896,8	2 415,3 ¹⁴⁾	641,9 ¹⁴⁾	825,1	82,5	400,9	1 003,8	Juli
65,4	44,9	5 405,4	5 801,3	10 388,3	9 048,4	433,7	906,2	4 245,9	2 618,7 ¹⁴⁾	762,5 ¹⁴⁾	908,1	79,8	413,4	997,3	Aug.
62,8	49,1	5 399,6	5 823,6	10 523,5	9 218,2	414,1	891,2	4 703,2	2 923,3	848,7	885,2	81,8	421,9	1 006,8	Sept.
66,7	48,8	5 391,6	5 853,3	10 179,3	8 978,4	358,6	842,3	5 069,6	3 155,0	908,2	970,3	85,5	440,2	994,9	Okt.
79,7	46,1	5 417,5	5 878,5	10 410,5	9 099,1	353,4	958,0	5 283,3	3 298,4	941,1	1 033,6	87,5	449,8	936,7	Nov.
82,7	48,0	5 445,6	5 902,4	10 640,5	9 326,4	333,9	980,2	5 487,3	3 408,2	975,8	1 090,9	89,0	469,3	952,9	Dez.
83,4	47,3	5 432,1	5 903,5	10 299,4	8 900,9	325,0	1 073,5	5 736,1	3 546,5	1 034,8	1 164,1	94,1	480,9	965,7	1951
90,1	44,6	5 433,3	5 920,9	9 996,7	8 651,5	325,3	1 019,9	5 985,5	3 671,1	1 071,6	1 231,2	98,7	489,2	993,6	Jan.
92,3	43,9	5 424,6	5 938,7	10 088,3	8 717,7	364,5	1 006,1	6 167,1	3 782,3	1 101,2	1 290,8	104,0	494,8	1 037,7	Febr.

Passiva

eigene Akzente im Umlauf	eigene Schuld- verschrei- bungen	aufge- nommene lang- fristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durch- laufende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ¹⁶⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 43, 47, 48, z. T. Sp. 33) ²⁰⁾ (ohne Zahlen d. ländl. Kreditgenoss.)				Verbind- lichkeiten aus Bürg- schaften u. a.	eigene Zieh- ungen im Umlauf	Indossa- ments- verbind- lichkeiten	Stand am Mo- nats- ende
				insgesamt	darunter	darunt.		Kredit- anstalt für Wieder- aufbau	Kredit- institute (ohne Sp. 53)	Öffent- lich- rechtliche Körper- schaften	sonstige				
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	
517,3	33,5	1 350,9	1949
661,8	726,4	200,9	483,3	313,2	403,4	54,9	1 138,7	Jan.
1 850,6	901,4	526,0	467,9	816,9	278,9	147,9	1 120,8	112,7	2 197,9	Juni
1 729,3	1 137,5	919,1	598,2	878,0	299,1	153,3	884,3	141,6	2 473,4	Dez.
1 450,0	1 195,9	1 440,4	621,0	1 047,0	404,3	164,9	1 679,8	679,2	545,3	1 034,0	158,8	907,6	136,0	2 317,9	1950
1 448,4	1 225,7	1 632,9	670,4	1 067,7	406,3	165,1	1 835,7	779,8	625,1	1 024,4	160,1	949,1	142,2	2 244,0	März
1 368,0	1 290,0	1 848,4	745,0	1 090,7	414,4	165,1	1 887,9	916,8	675,1	1 122,1	173,2	1 103,2	136,0	2 136,2	Juni
1 690,8	1 324,7	2 071,4	825,1	1 097,3	414,7	164,1	1 925,2	1 044,1	740,0	1 253,6	173,5	1 217,8	132,4	2 428,8	Juli
1 941,7	1 355,5	2 295,8	908,1	1 113,4	411,8	163,7	2 083,8	1 193,6	816,2	1 381,7	146,7	1 348,5	138,7	2 755,4	Aug.
1 900,3	1 380,7	2 596,6	885,2	1 126,1	421,5	163,8	2 176,8	1 367,5	856,0	1 445,3	143,8	1 396,4	133,1	2 945,9	Sept.
1 784,1	1 444,7	2 806,2	970,3	1 110,2	394,3	170,8	2 282,0	1 516,4	896,3	1 566,0	154,2	1 379,3	131,3	3 279,1	Okt.
1 489,8	1 467,3	2 930,1	1 033,6	1 178,4	458,0	184,0	2 299,1	1 564,3	944,8	1 663,1	159,3	1 401,4	114,7	3 146,0	Nov.
1 491,6	1 503,0	3 035,7	1 090,9	1 214,3	484,8	187,3	2 391,8	1 636,5	979,5	1 744,6	169,0	1 442,3	105,5	3 603,0	Dez.
1 279,5	1 531,3	3 179,4	1 164,1	1 238,2	497,8	193,6	2 409,6	1 657,5	1 040,2	1 833,2	183,7	1 453,1	95,7	3 391,1	1951
1 096,4	1 596,0	3 279,2	1 231,2	1 243,5	495,1	193,6	2 512,9	1 726,6	1 065,0	1 914,2	191,9	1 422,2	86,2	3 089,3	Jan.
1 040,7	1 616,8	3 384,9	1 290,8	1 256,7	504,8	195,6	2 557,3	1 762,6	1 111,8	2 012,5	197,4	1 490,3	79,7	3 037,6	Febr.

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ⁴⁾ Ein-regionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. sich kleine Abweichungen von der früher veröffentlichten Spalte „Zahl der berichtenden Institute“ ergeben. — Veränderungen entstehen durch Abgang und langfristiger Guthaben. — ⁷⁾ Bis einschließlich Mai 1949 sind noch geringfügige Beträge an sonstigen Wechseln enthalten. — ⁸⁾ Bis einschließlich auch langfristige Ausleihungen; ab Juni 1950 nur kurz- und mittelfristige (bis zu 4 Jahren). — ¹¹⁾ Ab August 1949 sind die Valutaforderungen aus der usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹⁸⁾ Ein effektiver Rückgang in Höhe von 18,5 Mill. DM wurde überdeckt ausgewiesen. — ¹⁴⁾ Nachträgliche Berichtigung ist verursacht durch die Umbuchung einiger überregionaler Institute mit Sonderaufgaben (Erhöhung der lang-1949 sind die Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit einbezogen. — ¹⁰⁾ Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — ¹⁷⁾ In der Neubildung enthalten nach der Währungsreform gegründet wurden, wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — ¹⁹⁾ Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen enthaltene, noch nicht weitergeleitete zweckgebundene Mittel. — ²¹⁾ Ab Juni 1950 sind die Einlagen auf Festkonto je nach dem Charakter der ursprüng-

Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ³⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Postscheckguthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁵⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweis. des Bundes und der Länder	Wert und Kontobeitrag insgesamt
			insgesamt ⁴⁾	darunter Giro-guthaben bei der LZB		insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				insgesamt	Handelswechsel	Bankakzepte		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
1951															
Bundesgebiet															
Jan.	3 563	31 014,2	1 516,1	1 189,0	44,8	2 156,3	1 839,1	181,0	0,8	168,8	2 717,5	2 478,8	100,2	187,9	376,0
Febr.	3 561	31 834,1	1 917,9	1 598,0	45,8	2 178,2	1 858,0	205,0	0,7	183,1	2 509,0	2 275,6	89,7	183,2	387,7
März	3 561	31 799,4	1 839,4	1 536,9	53,6	2 061,7	1 759,9	215,1	1,6	201,8	2 599,6	2 370,9	79,7	205,8	401,1
April	3 562	32 090,0	1 768,7	1 442,5	52,0	2 120,1	1 789,8	183,9	1,0	231,1	2 745,0	2 529,1	71,9	294,5	420,9
Mai	3 562	36 622,6	1 891,5	1 534,9	50,1	2 164,0	1 876,4	163,2	0,8	228,5	2 781,1	2 552,0	92,2	258,8	433,4
Baden															
Jan.	170	703,1	53,9	45,1	1,6	42,6	41,6	0,6	0,0	2,5	43,7	36,5	1,6	11,4	6,6
Febr.	170	710,6	58,1	50,1	1,4	39,3	37,8	1,0	—	2,3	41,5	34,3	1,7	12,5	6,6
März	170	707,5	60,1	52,2	1,7	31,0	29,5	0,8	0,0	2,6	41,9	35,3	1,3	10,8	6,4
April	170	713,1	52,1	43,9	1,9	34,8	33,6	1,1	0,1	3,8	42,5	30,3	1,5	9,9	6,1
Mai	170	722,3	64,9	55,8	2,3	29,5	27,9	0,4	0,0	4,0	38,7	32,7	1,4	9,5	6,2
Bayern															
Jan.	577	5 056,6	262,0	198,6	7,5	214,9	173,1	7,4	0,4	24,3	254,3	204,9	19,6	13,3	75,7
Febr.	576	5 178,7	296,6	236,5	8,7	209,0	168,5	5,4	0,4	26,3	251,2	203,3	17,2	40,6	78,7
März	576	5 174,0	306,7	250,1	8,7	212,2	199,1	6,8	0,9	37,2	248,0	200,3	18,1	27,6	80,7
April	576	5 173,5	262,0	203,8	8,4	210,2	197,4	5,6	0,3	38,1	264,4	218,7	15,8	30,3	91,8
Mai	576	5 284,0	306,9	237,9	7,3	204,3	187,7	5,3	0,4	35,6	253,3	212,7	10,8	24,1	94,2
Bremen															
Jan.	28	999,5	29,5	21,2	1,5	51,3	45,3	41,5	—	3,7	77,8	73,9	1,8	—	6,0
Febr.	28	1 056,7	68,5	60,0	1,3	65,0	60,0	41,1	—	4,2	73,8	71,4	0,3	—	6,5
März	28	993,3	44,2	38,4	1,7	49,9	44,9	34,0	—	5,1	79,0	76,0	0,1	—	6,7
April	28	932,7	35,7	28,7	1,6	49,8	44,8	14,0	—	5,9	72,1	70,2	—	—	6,9
Mai	28	942,2	39,9	32,5	1,1	50,8	48,3	9,8	0,0	5,9	77,3	73,0	2,6	—	10,0
Hamburg															
Jan.	55	2 569,8	91,7	72,9	1,3	206,6	196,2	83,9	0,0	15,0	235,2	228,1	3,6	13,5	24,9
Febr.	55	2 582,6	135,0	116,7	1,5	178,2	167,0	91,4	0,0	14,9	188,6	178,0	2,0	12,5	25,9
März	55	2 500,8	132,5	114,9	3,5	178,6	163,4	92,9	0,0	14,5	209,0	198,1	2,9	11,8	28,5
April	55	2 550,3	124,1	104,7	1,6	173,7	157,0	94,9	0,0	19,7	259,8	248,2	2,8	20,8	29,0
Mai	55	2 561,2	145,8	126,9	1,4	201,4	177,3	86,1	0,0	14,3	233,6	225,7	4,1	10,8	30,7
Hessen															
Jan.	306	2 718,5	145,7	116,6	4,6	368,0	344,5	13,0	0,1	21,2	280,1	241,8	22,0	13,5	47,9
Febr.	306	2 781,5	183,4	154,7	4,7	317,4	308,9	15,0	0,0	20,6	287,1	241,9	27,9	17,1	50,1
März	306	2 784,2	178,7	150,0	5,6	325,9	317,2	14,7	0,2	25,4	296,7	252,3	26,0	16,3	53,0
April	307	2 866,5	170,7	142,6	5,2	406,7	382,6	15,0	0,1	25,1	282,8	237,9	25,5	23,3	54,6
Mai	307	2 954,6	198,5	166,7	6,5	441,1	424,8	12,3	0,0	26,2	296,9	234,1	42,6	12,5	56,4
Niedersachsen															
Jan.	610	2 907,9	149,4	110,9	5,8	113,1	107,2	3,3	0,0	18,9	217,6	201,0	3,5	11,8	26,5
Febr.	610	2 985,5	155,7	118,1	5,6	126,8	120,2	5,1	0,1	19,1	209,7	189,3	4,5	12,4	28,2
März	610	3 019,9	184,5	147,5	6,0	110,5	104,5	4,1	0,1	18,5	179,9	160,4	3,7	12,6	28,4
April	610	3 011,9	171,1	131,9	5,7	113,0	106,5	3,0	0,0	25,6	195,8	177,6	3,0	16,7	29,0
Mai	610	3 103,5	175,2	134,2	6,3	157,7	146,8	2,8	0,0	25,1	198,7	181,5	3,2	18,5	30,9

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit- — 2) Einschließlich selbstständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 4) Kasse und Landeszentral-Ausleihungen (bis zu 4 Jahren). — 5) Einschließlich Kapitalbewertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papier- sortial- ungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treu- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Gebä- ude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wär- tiger Be- stand ⁶⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter						
					Wirt- schaft und Private	Öffentl.- rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Bundesgebiet															1951
79,7	46,1	5 417,5	5 878,5	10 410,5	9 099,1	353,4	958,0	5 283,3	3 298,4	941,1	1 033,6	87,5	449,8	936,7	Jan.
82,7	48,0	5 445,6	5 902,4	10 640,5	9 326,4	313,9	980,2	5 487,3	3 408,2	975,8	1 090,9	89,0	469,3	952,9	Febr.
83,4	47,3	5 432,1	5 903,5	10 299,4	8 900,9	325,0	1 073,5	5 736,1	3 546,5	1 034,8	1 164,1	94,1	480,9	965,7	März
90,1	44,6	5 433,3	5 920,9	9 996,7	8 651,5	325,3	1 019,9	5 985,5	3 671,1	1 071,6	1 231,2	98,7	489,2	993,6	April
92,3	43,9	5 424,6	5 938,7	10 088,3	8 717,7	364,5	1 006,1	6 167,1	3 782,3	1 101,2	1 290,8	104,0	494,8	1 037,7	Mai
Baden															
1,5	1,5	174,3	196,7	264,0	224,4	16,5	23,1	42,9	29,5	4,5	7,9	1,8	9,9	37,9	Jan.
1,5	1,5	175,9	199,1	274,4	230,2	20,9	23,3	46,4	30,9	4,5	7,9	1,7	10,0	30,1	Febr.
1,5	1,5	176,6	199,5	266,8	220,6	18,0	28,2	51,0	33,1	7,0	9,8	1,8	9,9	34,8	März
1,2	1,5	178,0	200,8	271,4	221,9	23,7	25,8	51,4	34,5	7,3	13,6	1,9	10,0	33,0	April
1,2	1,6	178,0	200,9	270,6	224,4	19,7	26,5	52,9	36,0	7,5	14,6	1,8	10,2	37,1	Mai
Bayern															
16,1	12,4	1 000,8	1 115,2	1 802,2	1 504,6	117,7	179,9	1 045,7	726,0	150,8	73,7	15,2	105,7	141,1	Jan.
16,0	13,6	1 023,0	1 121,4	1 797,5	1 531,5	85,1	180,9	1 074,0	751,9	154,3	80,8	15,2	110,6	147,1	Febr.
17,3	13,0	1 023,4	1 120,5	1 723,1	1 447,1	84,6	191,4	1 121,6	775,6	158,5	87,9	16,0	112,1	148,1	März
23,3	14,7	1 025,1	1 129,0	1 685,5	1 411,0	86,3	188,2	1 167,8	803,4	163,0	90,7	16,1	114,7	147,8	April
24,2	14,2	1 027,6	1 131,0	1 711,5	1 416,5	104,2	190,8	1 211,1	825,2	169,8	94,8	17,9	115,3	160,2	Mai
Bremen															
0,1	1,9	129,5	138,2	346,3	298,2	0,5	47,6	268,3	125,3	52,4	9,5	2,0	12,6	18,1	Jan.
0,2	1,6	128,2	137,8	338,8	294,6	0,7	43,5	272,1	106,1	54,1	10,5	2,2	14,2	28,7	Febr.
0,1	1,6	125,2	140,2	313,4	269,5	0,8	43,1	275,9	109,9	54,0	11,7	2,4	14,3	28,2	März
0,1	1,8	124,9	137,6	281,2	241,3	0,7	39,2	278,5	113,8	54,8	13,0	2,4	14,3	30,6	April
0,1	1,9	116,7	137,5	269,6	240,7	0,6	28,3	289,5	116,8	54,7	16,4	2,6	14,5	36,2	Mai
Hamburg															
1,0	10,2	294,1	332,5	1 248,4	1 195,8	2,5	50,1	195,5	158,5	0,5	45,0	5,6	28,5	70,4	Jan.
1,0	10,1	290,1	328,6	1 266,9	1 200,7	2,3	63,9	200,8	162,2	0,6	46,8	6,4	28,6	84,9	Febr.
1,1	9,9	287,7	326,7	1 166,1	1 108,5	2,4	55,2	205,8	165,5	6,7	49,2	6,9	29,0	74,9	März
1,1	2,7	286,9	326,1	1 152,0	1 099,5	2,3	50,2	219,7	174,4	6,7	49,6	8,0	30,2	77,6	April
1,1	2,0	289,1	328,3	1 162,3	1 111,7	2,4	48,2	226,9	181,4	6,6	48,9	8,0	30,6	69,3	Mai
Hessen															
4,5	4,2	464,6	496,1	911,4	820,8	13,0	77,6	285,7	174,6	66,6	44,7	9,8	40,1	63,9	Jan.
4,5	5,1	462,9	496,0	958,1	859,8	11,8	86,5	292,1	180,7	66,3	53,6	9,7	42,2	62,4	Febr.
4,5	4,8	462,0	497,0	923,6	811,4	10,5	101,7	302,2	185,1	69,1	54,1	9,9	42,9	68,2	März
4,7	5,4	458,4	496,8	927,6	806,6	12,6	108,4	318,3	192,4	74,2	55,7	11,3	44,3	62,0	April
4,7	5,2	456,3	498,4	922,8	798,6	12,7	111,5	327,8	198,8	76,2	58,8	13,8	44,3	75,2	Mai
Niedersachsen															
7,0	3,8	684,4	737,1	813,1	678,0	25,6	109,5	688,2	431,0	177,4	74,7	3,6	44,3	49,4	Jan.
8,4	4,1	679,9	736,5	848,6	695,8	36,8	116,0	705,4	443,7	176,4	81,9	3,6	45,5	53,8	Febr.
8,4	4,1	679,0	736,6	835,1	676,6	35,4	123,1	753,5	460,7	183,2	93,1	4,1	46,1	60,3	März
8,4	4,6	682,0	742,2	763,0	636,4	25,9	100,7	785,7	479,2	188,0	103,8	4,1	46,8	62,0	April
9,5	4,7	683,6	745,6	774,4	638,9	36,1	99,4	799,5	495,6	191,5	110,0	4,3	48,5	63,3	Mai

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als e i n Institut gezählt.
bankguthaben. — ⁵⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — ⁶⁾ Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. — ⁷⁾ Kurz- und mittelfristige
gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes.

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 3)	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten 5)		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividen- schein	Schecks und Inkasso- wechsel	Wechsel			Schatz- wechsel und unver- zins- liche Schatz- anweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Kon- beteili- ins- gesamt
			ins- gesamt 4)	darunter Giro- gut- haben bei der LZB		ins- gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins- gesamt	darunter			
												Hand- els- wechsel	Bank- akzept		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
1951															
Nordrhein-Westfalen															
Jan.	832	8 208,8	469,2	382,9	13,4	722,2	536,3	22,6	0,0	56,3	1 179,0	1 109,5	32,1	102,3	110,0
Febr.	831	8 582,2	653,7	565,1	13,6	845,7	638,2	34,6	0,0	60,3	1 094,3	1 030,4	25,0	71,9	111,8
März	831	8 557,4	536,2	454,4	15,1	757,8	563,0	52,2	0,2	60,6	1 145,5	1 086,9	16,7	108,1	115,8
April	831	8 721,6	562,4	469,3	16,0	725,1	527,8	41,7	0,0	70,9	1 204,1	1 155,6	10,4	175,6	119,8
Mai	831	8 759,7	525,8	428,6	16,2	661,9	530,3	38,6	0,0	71,5	1 249,6	1 207,9	9,3	166,3	120,5
Rheinland-Pfalz															
Jan.	278	1 287,7	63,9	50,0	2,3	48,9	44,1	1,0	0,0	6,4	77,1	70,4	1,4	7,3	9,8
Febr.	278	1 307,8	69,8	55,7	2,0	46,6	45,5	0,9	0,0	7,3	70,6	64,2	0,8	6,3	9,9
März	278	1 302,4	81,7	67,6	2,4	40,0	38,5	1,1	0,0	7,4	73,5	67,7	0,8	5,8	9,9
April	278	1 300,5	79,3	64,6	2,5	39,3	37,8	0,6	0,1	9,0	77,1	71,2	0,7	5,2	10,0
Mai	278	1 310,4	91,4	75,5	2,0	40,0	38,5	1,1	0,0	9,8	74,4	68,2	0,7	3,2	9,7
Schleswig-Holstein															
Jan.	185	989,0	47,9	33,2	1,6	21,1	18,9	0,3	—	4,4	40,5	37,7	0,4	—	3,2
Febr.	185	1 009,7	49,7	35,9	1,5	24,4	22,3	0,4	—	4,8	35,1	32,3	0,4	—	3,4
März	185	1 037,1	51,2	38,2	2,3	31,0	29,1	0,3	0,0	5,6	45,8	43,1	0,5	—	3,4
April	185	1 027,2	51,5	36,8	2,0	23,3	21,8	0,1	—	7,4	46,3	43,4	0,6	—	3,4
Mai	185	1 063,7	64,7	49,3	1,5	23,0	21,0	0,1	—	5,9	50,3	47,3	0,4	—	3,6
Württemberg-Baden															
Jan.	364	3 426,5	140,3	106,6	3,9	236,1	213,8	4,2	0,1	14,1	197,3	179,9	8,9	10,0	40,5
Febr.	364	3 474,2	181,1	149,7	4,2	208,5	184,7	3,5	0,0	20,6	164,7	154,2	3,1	5,1	40,4
März	364	3 546,3	196,8	167,2	4,5	210,5	170,5	2,3	0,2	22,2	190,1	175,3	5,2	9,1	41,2
April	364	3 576,9	193,2	159,9	5,7	236,6	188,8	2,2	0,1	22,3	194,3	177,7	6,8	9,1	43,3
Mai	364	3 651,8	204,0	166,1	4,4	241,0	179,2	2,5	0,1	26,8	197,1	173,4	11,9	10,2	43,7
Württemberg-Hohenzollern															
Jan.	145	666,6	49,3	38,5	0,8	56,0	48,5	0,7	0,0	1,4	31,3	27,4	2,1	2,9	4,1
Febr.	145	657,5	49,0	39,1	0,6	48,2	41,7	0,6	0,0	1,7	27,4	24,7	0,9	2,9	4,7
März	145	654,3	49,6	39,8	1,0	48,4	41,5	0,2	0,0	2,0	30,7	27,9	1,0	1,7	5,1
April	145	677,3	46,0	36,6	0,9	55,8	44,7	0,1	0,0	2,3	29,3	26,4	1,4	1,7	4,9
Mai	145	682,2	54,4	42,5	0,7	56,1	42,7	0,0	0,0	2,3	27,4	25,2	0,9	1,7	4,7
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
Jan.	13	1 480,1	13,4	12,5	0,5	75,6	69,6	2,4	0,2	0,6	83,5	67,4	3,3	2,0	20,9
Febr.	13	1 507,2	17,3	16,4	0,6	69,0	63,2	6,0	0,0	0,9	65,0	51,6	5,9	2,0	21,7
März	13	1 522,2	17,4	16,6	1,0	65,9	58,7	5,9	0,0	0,7	59,5	47,7	3,5	2,0	21,9
April	13	1 539,6	20,7	19,8	0,5	51,8	46,9	5,5	0,0	1,0	76,6	66,0	3,5	2,0	22,6
Mai	13	1 587,2	20,0	18,9	0,5	57,2	51,8	4,1	0,1	1,1	83,7	70,2	4,2	2,0	22,8

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kre- — 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 3) Kasse und Landeszentral- Ausleihungen (bis zu 4 Jahren). — 4) Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten

banken

IV. Monatliche Bankenstatistik
(Bilanzstatistik)

Länder

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

noch: Aktiva

papieresortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Mo- nats- ende	
		gegen- wär- tiger Be- stand ⁹⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter							
					Wirt- schaft und Private	Öffentl.- rechtl. Kör- pers- schaf- ten	Kredit- insti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung						
darunter Anleihen und ver- zinsliche Schatzan- weisungen des Bundes und der Länder	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Nordrhein-Westfalen																
																1951
26,9	4,3	1 270,8	1 331,6	2 509,1	2 309,5	28,1	171,5	1 021,3	526,5	238,5	412,8	25,5	103,4	186,6	Jan.	
27,9	4,8	1 275,4	1 339,2	2 594,9	2 404,7	27,6	162,6	1 075,1	552,0	256,5	430,0	25,4	106,9	183,8	Febr.	
27,0	4,9	1 274,4	1 342,6	2 575,9	2 358,1	28,2	189,6	1 123,4	572,9	280,1	456,1	27,2	113,7	190,3	März	
27,4	4,8	1 282,4	1 355,2	2 511,0	2 288,3	37,2	185,5	1 195,8	597,1	294,7	476,9	28,0	115,7	191,4	April	
27,5	4,9	1 274,9	1 356,6	2 536,1	2 326,0	39,1	171,0	1 243,5	620,8	307,5	497,9	28,5	117,2	206,3	Mai	
Rheinland-Pfalz																
2,4	1,3	297,6	326,6	539,0	430,5	13,7	94,8	144,5	87,2	26,6	17,3	1,1	22,6	47,6	Jan.	
2,3	0,7	298,4	327,4	552,3	440,7	13,1	98,5	149,5	90,2	27,6	18,0	1,2	22,8	51,5	Febr.	
2,4	0,0	293,8	323,1	529,1	415,7	13,0	100,4	161,7	96,8	29,8	19,3	1,2	23,0	52,5	März	
2,2	1,2	296,4	324,8	510,0	400,8	11,5	97,7	169,3	101,4	30,4	20,9	1,2	23,1	55,3	April	
1,9	1,3	297,6	327,2	505,4	398,1	10,2	97,1	173,5	105,7	31,1	21,9	1,2	23,1	54,8	Mai	
Schleswig-Holstein																
0,2	0,7	194,5	226,8	344,6	293,6	17,5	33,5	218,0	78,5	35,9	72,6	3,6	19,7	16,3	Jan.	
0,2	0,7	199,2	230,9	342,0	292,9	14,0	35,1	229,4	82,4	37,2	73,8	4,2	20,2	20,9	Febr.	
0,2	0,7	196,4	230,7	328,7	277,0	13,3	38,4	247,5	103,5	40,4	76,9	4,4	20,5	22,4	März	
0,2	0,7	196,8	230,8	302,8	255,4	16,5	30,9	264,7	116,3	42,4	80,1	5,1	20,6	22,4	April	
0,2	0,7	200,3	234,3	298,1	251,9	16,7	29,5	273,4	118,8	43,1	89,6	5,1	20,8	26,6	Mai	
Württemberg-Baden																
0,2	4,2	584,9	642,7	1 180,3	1 022,5	51,1	106,7	758,4	552,3	91,2	90,7	12,2	51,4	97,9	Jan.	
0,1	4,2	587,3	646,9	1 200,8	1 044,9	52,1	103,8	792,7	571,9	98,2	93,8	12,3	52,6	102,4	Febr.	
0,2	4,9	587,6	647,1	1 180,0	995,1	55,5	129,4	821,9	595,6	99,4	101,3	12,4	53,1	108,2	März	
0,2	5,1	586,1	647,9	1 145,0	964,9	55,7	124,4	848,7	601,3	101,5	112,8	12,6	53,4	105,4	April	
0,2	5,2	584,4	648,9	1 168,4	988,1	54,5	125,8	869,6	619,8	102,6	117,4	12,6	53,9	110,5	Mai	
Württemberg-Hohenzollern																
0,7	—	146,2	154,4	237,9	202,4	8,6	26,9	61,3	35,5	14,9	4,8	1,0	8,3	60,6	Jan.	
0,7	0,0	145,6	153,8	254,2	213,4	9,6	31,2	65,7	37,0	15,8	5,1	1,0	8,6	42,2	Febr.	
0,7	—	145,6	153,9	245,0	202,0	9,7	33,3	71,8	40,7	16,4	5,4	1,0	8,8	38,0	März	
0,7	—	146,0	154,3	238,6	197,2	10,1	31,3	76,5	43,3	17,0	5,7	1,0	8,8	59,7	April	
0,7	—	146,0	154,3	240,7	195,0	11,9	33,8	79,0	45,0	17,3	6,2	1,1	8,8	53,1	Mai	
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																
19,1	1,5	175,7	180,6	214,3	119,0	58,6	36,7	553,4	373,2	81,9	180,0	6,3	3,0	146,8	Jan.	
19,9	1,7	179,8	184,7	212,0	117,2	59,8	35,0	584,1	399,1	84,5	188,8	6,3	7,1	144,9	Febr.	
20,0	2,0	180,4	185,7	212,6	119,4	53,6	39,6	599,8	407,1	90,2	199,5	6,8	7,3	139,5	März	
20,7	2,1	170,3	175,7	208,7	128,2	42,9	37,6	609,1	414,0	91,6	208,4	6,9	7,2	146,2	April	
20,9	2,2	170,3	175,7	228,5	127,9	56,4	44,2	620,4	418,5	93,3	214,4	7,2	7,5	145,2	Mai	

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
 ditinstitute ist nicht von Bedeutung. —²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
 Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt.
 bankguthaben. —⁵⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. —⁶⁾ Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. —⁷⁾ Kurz- und mittelfristige
 gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes.

Passiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 3)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto) 4)							aufgenommene Gelder 5)			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	Die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter		
					Sicht- und Termineinlagen	davon		Spar-einlagen			für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite 6)	
						Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften						
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
Bundesgebiet													
Jan.	3 563	31 014,2	18 518,7	16 772,2	12 835,7	9 753,9	.	3 081,8	3 936,5	1 746,5	2 097,2	294,8	5,3
Febr.	3 561	31 834,1	18 904,4	17 102,0	13 159,5	9 974,5	.	3 185,0	3 942,5	1 802,4	2 202,4	313,4	13,3
März	3 561	31 799,4	18 713,1	17 016,4	13 085,7	9 915,2	283,8	3 170,5	3 930,7	1 696,7	2 284,2	312,2	6,4
April	3 562	32 090,0	19 033,0	17 240,8	13 286,0	10 145,6	.	3 140,4	3 954,8	1 792,2	2 097,8	303,8	5,6
Mai	3 562	32 622,6	19 329,6	17 467,8	13 474,0	10 263,4	.	3 210,6	3 993,8	1 861,8	2 145,8	314,8	7,7
Baden													
Jan.	170	703,1	575,2	535,4	369,7	257,1	.	112,6	165,7	39,8	35,3	3,2	0,0
Febr.	170	710,6	580,1	541,3	375,5	261,3	.	114,2	165,8	38,8	32,2	4,8	0,1
März	170	707,5	567,4	528,7	362,7	259,8	10,7	102,9	166,0	38,7	39,3	5,3	0,1
April	170	713,1	569,3	532,5	365,8	267,6	.	98,2	166,7	36,8	37,5	6,5	0,1
Mai	170	722,3	567,1	532,7	365,4	260,1	.	105,3	167,3	34,4	44,1	6,6	0,1
Bayern													
Jan.	577	5 056,6	2 794,8	2 564,5	1 885,5	1 403,6	.	481,9	679,0	230,3	389,3	41,6	—
Febr.	576	5 178,7	2 826,3	2 587,2	1 904,6	1 403,2	.	501,4	682,6	239,1	412,0	42,4	0,2
März	576	5 174,0	2 816,2	2 574,0	1 894,5	1 381,6	49,5	512,9	679,5	242,2	402,9	43,3	0,1
April	576	5 173,5	2 837,7	2 603,4	1 922,3	1 416,0	.	506,3	681,1	234,3	356,2	46,0	0,1
Mai	576	5 284,0	2 909,1	2 651,9	1 966,2	1 423,7	.	542,5	685,7	257,2	369,0	51,3	0,2
Bremen													
Jan.	28	999,5	460,8	419,9	368,0	278,0	.	90,0	51,9	40,9	61,8	1,0	0,1
Febr.	28	1 056,7	486,4	433,6	381,3	300,4	.	80,9	52,3	52,8	79,9	1,5	3,4
März	28	993,3	453,3	407,5	354,7	290,3	3,9	64,4	52,8	45,8	72,8	0,5	0,5
April	28	932,7	420,4	365,4	311,8	250,2	.	61,6	53,6	55,0	65,7	0,6	0,0
Mai	28	942,2	406,9	347,2	293,1	248,3	.	44,8	54,1	59,7	76,6	1,1	0,3
Hamburg													
Jan.	55	2 569,8	1 515,0	1 369,3	1 227,2	1 098,6	.	128,6	142,1	145,7	181,0	17,6	3,2
Febr.	55	2 582,6	1 538,6	1 388,4	1 244,6	1 107,0	.	137,6	143,8	150,2	163,6	17,9	6,0
März	55	2 500,8	1 533,2	1 397,2	1 252,4	1 105,4	10,8	147,0	144,8	136,0	158,7	17,1	3,1
April	55	2 550,3	1 577,7	1 422,5	1 275,2	1 130,7	.	144,5	147,3	155,2	170,4	16,6	3,2
Mai	55	2 561,2	1 583,6	1 427,5	1 277,7	1 130,7	.	147,0	149,8	156,1	163,9	15,7	4,1
Hessen													
Jan.	306	2 718,5	1 902,6	1 647,7	1 316,7	1 048,5	.	268,2	331,0	254,9	158,8	4,1	0,0
Febr.	306	2 781,5	1 898,1	1 639,0	1 306,5	1 043,0	.	263,5	332,5	259,1	176,4	6,6	—
März	306	2 784,2	1 892,6	1 638,1	1 306,3	1 045,8	24,5	260,5	331,8	254,5	190,1	5,7	—
April	307	2 866,5	1 967,6	1 664,8	1 332,0	1 063,8	.	268,2	332,8	302,8	166,6	5,5	—
Mai	307	2 954,6	2 045,6	1 723,7	1 386,1	1 104,0	.	282,1	337,6	321,9	162,5	6,5	—
Niedersachsen													
Jan.	610	2 907,9	1 720,6	1 604,8	1 100,5	907,1	.	193,4	504,3	115,8	185,0	9,4	0,0
Febr.	610	2 985,5	1 752,3	1 630,5	1 126,5	921,0	.	205,5	504,0	121,8	209,1	10,3	0,1
März	610	3 019,9	1 716,8	1 596,7	1 095,8	894,9	42,5	200,9	500,9	120,1	219,0	10,3	0,0
April	610	3 011,9	1 713,4	1 619,2	1 116,5	934,0	.	182,5	502,7	94,2	183,3	10,5	0,0
Mai	610	3 103,5	1 796,1	1 661,4	1 153,6	944,2	.	209,4	507,8	134,7	180,7	12,5	0,0

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute — 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — 3) Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 4) Auch die Einlagen auf Festaus der RM-Zeit. — 5) Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — 6) In der Neubildung enthalten Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landeswiese z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — 7) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzauszweckgebundene Mittel.

Länder

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebietes

Mill. DM

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁹⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z. T. Sp. 33) ¹⁰⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾	darunt. Eigenkap. von neugegründeten Instituten ⁸⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Bundesgebiet⁷⁾															1951
1 489,8	1 467,3	2 930,1	1 033,6	1 178,4	458,0	184,0	2 299,1	1 564,3	944,8	1 663,1	159,3	1 401,4	114,7	3 146,0	Jan.
1 491,6	1 503,0	3 035,7	1 090,9	1 214,3	484,8	187,3	2 391,8	1 636,5	979,5	1 744,6	169,0	1 442,3	105,5	3 603,0	Febr.
1 279,5	1 531,3	3 179,4	1 164,1	1 238,2	497,8	193,6	2 409,6	1 657,5	1 040,2	1 833,2	183,7	1 453,1	95,7	3 391,1	März
1 096,4	1 596,0	3 279,2	1 231,2	1 243,5	495,1	193,6	2 512,9	1 726,6	1 065,0	1 914,2	191,9	1 422,2	86,2	3 089,3	April
1 040,7	1 616,8	3 384,9	1 290,8	1 256,7	504,8	195,6	2 557,3	1 762,6	1 111,8	2 012,5	197,4	1 490,3	79,7	3 037,6	Mai
Baden															
20,1	0,0	9,5	7,9	18,2	3,6	—	36,9	5,7	10,2	4,6	1,0	12,9	3,1	47,0	Jan.
20,2	0,0	8,8	7,9	19,7	3,9	—	41,7	4,7	11,8	5,2	0,8	14,1	3,2	49,1	Febr.
17,7	0,0	10,0	9,8	20,1	4,0	—	43,2	5,1	14,2	6,6	0,7	15,2	2,4	46,6	März
16,3	0,0	9,4	13,6	20,3	4,2	—	46,7	5,2	13,8	9,5	1,8	15,7	2,1	46,9	April
17,4	0,0	9,6	14,6	20,5	4,3	—	49,0	5,2	15,9	8,5	1,9	14,8	1,8	49,2	Mai
Bayern															
296,3	373,6	525,1	73,7	187,3	78,1	1,0	416,5	265,3	127,7	234,8	22,6	204,8	29,0	442,0	Jan.
295,4	378,8	540,5	80,8	193,5	85,9	1,0	451,4	270,3	133,2	247,3	22,8	202,6	28,9	494,1	Febr.
266,6	383,4	571,9	87,9	195,7	80,5	1,0	449,4	280,8	141,4	265,9	24,4	221,6	26,8	510,1	März
241,0	398,7	586,2	90,7	196,9	80,6	1,0	466,1	287,7	145,1	278,7	25,9	203,8	21,4	474,9	April
227,9	406,4	607,0	94,8	203,2	84,1	1,0	466,6	294,9	156,0	287,7	26,0	216,3	20,1	473,3	Mai
Bremen															
100,0	114,8	162,2	9,5	23,1	3,5	1,3	67,3	88,6	45,1	37,4	3,1	58,3	0,9	119,7	Jan.
100,1	119,6	160,9	10,5	29,1	9,4	4,0	70,2	89,5	42,5	39,0	3,9	56,2	0,8	138,0	Febr.
70,9	122,2	163,4	11,7	26,4	6,5	4,0	72,6	92,3	41,7	40,0	3,2	54,2	0,4	132,1	März
50,3	123,9	165,1	13,0	26,4	6,6	4,1	67,9	93,1	42,7	40,2	3,8	46,2	0,5	126,0	April
40,3	124,0	172,6	16,4	26,6	7,7	5,1	78,8	93,4	48,5	43,4	6,0	48,7	0,5	114,9	Mai
Hamburg															
366,1	56,6	110,8	44,9	69,7	25,7	1,0	225,7	86,1	15,8	41,9	30,7	316,1	1,3	433,9	Jan.
348,7	57,6	113,1	46,7	73,0	26,7	1,0	241,3	88,5	15,9	43,2	31,3	329,0	1,5	480,0	Febr.
292,3	57,7	113,4	49,1	73,6	29,0	1,0	222,8	88,6	18,6	42,5	31,2	294,6	1,6	445,7	März
267,7	64,7	114,1	49,6	74,6	30,2	1,0	231,5	89,7	18,1	43,6	30,4	291,7	1,6	392,6	April
276,2	65,7	116,0	48,9	75,7	31,1	1,0	231,2	91,4	17,7	44,5	28,6	308,5	1,4	425,1	Mai
Hessen															
96,7	109,8	115,0	44,7	83,4	15,6	2,0	207,5	80,1	44,2	33,4	9,6	109,9	14,3	249,0	Jan.
108,3	111,4	118,3	53,6	86,9	18,3	2,0	228,5	81,5	49,9	41,6	10,3	111,2	13,6	250,4	Febr.
97,4	112,0	122,1	54,1	88,6	19,3	2,0	227,3	83,9	51,5	39,4	12,4	117,3	13,5	221,0	März
90,1	118,2	128,9	55,7	89,3	19,7	2,0	250,1	85,8	55,4	43,5	12,8	119,9	12,9	224,8	April
90,4	119,0	134,6	58,8	90,6	20,9	2,0	253,1	91,0	57,4	46,1	12,7	126,2	12,3	220,4	Mai
Niedersachsen															
64,4	170,0	440,4	74,7	88,1	13,7	—	164,7	120,7	145,1	248,0	15,3	59,8	25,0	228,6	Jan.
59,1	172,9	452,5	81,9	88,7	14,0	—	169,0	125,4	150,3	255,3	15,4	67,4	24,9	243,7	Febr.
53,1	176,6	492,5	93,1	89,3	14,1	—	179,5	132,0	164,4	271,6	30,3	74,3	22,0	247,7	März
42,7	183,7	505,4	103,8	89,4	14,4	—	190,2	135,6	172,9	284,2	30,0	76,2	21,6	209,6	April
34,9	185,5	515,4	110,0	90,1	13,8	—	190,8	137,5	180,3	292,6	31,5	75,4	19,3	200,1	Mai

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringen Institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als e i n Institut gezählt. Konto sind je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten. — ³⁾ Einschließlich Valutaverpflichtungen kreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM. Stand Juni 1950. — ⁴⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, gleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹⁰⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung 2) der Bank deutscher Länder
noch: Passiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 3)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto) 4)							aufgenommene Gelder 5)			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	Die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter		
					Sicht- und Termineinlagen	Wirtschaft und Private		Öffentlich-rechtliche Körperschaften			Spar-einlagen	für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite 6)
						insgesamt	darunter Anlagekonto						
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
1951													
Nordrhein-Westfalen													
Jan.	832	8 208,8	5 687,3	5 185,8	4 042,9	3 034,9	.	1 008,0	1 142,9	501,5	479,5	121,9	1,8
Febr.	831	8 582,2	5 952,9	5 428,0	4 282,4	3 209,3	.	1 073,1	1 145,6	524,9	502,1	128,6	3,6
März	831	8 557,4	5 893,9	5 433,7	4 288,5	3 215,6	68,0	1 072,9	1 145,2	460,2	513,9	133,7	2,6
April	831	8 721,6	6 050,8	5 557,7	4 400,1	3 326,6	.	1 073,5	1 157,6	493,1	489,3	128,3	2,1
Mai	831	8 759,7	6 067,8	5 591,8	4 418,0	3 368,5	.	1 049,5	1 173,8	476,0	485,3	120,0	2,9
Rheinland-Pfalz													
Jan.	278	1 287,7	772,9	706,4	457,2	343,5	.	113,7	249,2	66,5	156,9	9,6	—
Febr.	278	1 307,8	787,0	709,9	462,5	347,6	.	114,9	247,4	77,1	161,3	9,7	0,0
März	278	1 302,4	769,5	700,1	455,7	340,1	19,6	115,6	244,4	69,4	166,9	8,0	0,0
April	278	1 300,5	776,6	708,1	464,4	345,7	.	118,7	243,7	68,5	161,7	8,8	—
Mai	278	1 310,4	799,9	724,9	479,5	354,9	.	124,6	245,4	75,0	154,5	9,6	0,0
Schleswig-Holstein													
Jan.	185	989,0	440,7	411,2	280,2	228,1	.	52,1	131,0	29,5	107,0	21,0	—
Febr.	185	1 009,7	444,2	418,3	287,4	234,6	.	52,8	130,9	25,9	106,2	19,3	—
März	185	1 037,1	470,0	433,6	302,8	246,3	13,4	56,5	130,8	36,4	92,5	18,7	—
April	185	1 027,2	458,2	430,7	298,5	249,3	.	49,2	132,2	27,5	80,1	8,4	—
Mai	185	1 063,7	463,7	437,2	303,9	250,0	.	53,9	133,3	26,5	84,9	9,7	—
Württemberg-Baden													
Jan.	364	3 426,5	1 906,8	1 717,2	1 313,1	868,2	.	444,9	404,1	189,6	228,0	25,8	0,0
Febr.	364	3 474,2	1 932,3	1 734,8	1 332,0	869,5	.	462,5	402,8	197,5	234,7	23,4	—
März	364	3 546,3	1 922,4	1 738,9	1 339,1	865,2	30,2	473,9	399,8	183,5	300,5	28,9	—
April	364	3 575,9	1 942,1	1 755,1	1 352,6	876,8	.	475,8	402,5	187,0	247,9	29,3	—
Mai	364	3 651,8	1 972,9	1 784,0	1 379,8	892,2	.	487,6	404,2	188,9	253,5	31,3	—
Württemberg-Hohenzollern													
Jan.	145	666,6	516,6	446,4	311,2	202,3	.	108,9	135,2	70,2	29,5	7,8	—
Febr.	145	657,5	504,1	439,4	304,8	199,6	.	105,2	134,6	64,7	40,1	8,0	—
März	145	654,3	492,9	424,6	290,2	190,3	10,4	99,9	134,4	68,3	46,6	8,0	—
April	145	677,3	518,9	438,9	304,6	195,3	.	109,3	134,3	80,0	42,6	8,1	—
Mai	145	682,2	519,7	439,8	305,3	198,3	.	107,0	134,5	79,9	49,7	14,9	—
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben													
Jan.	13	1 480,1	225,5	163,6	163,4	83,8	.	79,6	0,2	61,9	85,0	31,6	—
Febr.	13	1 507,2	202,0	151,6	151,4	78,0	.	73,4	0,2	50,4	84,8	40,8	—
März	13	1 522,2	184,9	143,3	143,1	79,9	0,4	63,2	0,2	41,6	81,0	32,7	—
April	13	1 539,6	200,3	142,6	142,4	89,8	.	52,6	0,2	57,7	96,6	35,0	—
Mai	13	1 587,2	197,2	145,7	145,5	88,6	.	56,9	0,2	51,5	121,2	35,5	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit- — 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 3) Auch die Einlagen auf Fest- aus der RM-Zeit. — 4) Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — 5) In der Neubildung enthalten Kapitalbeteiligung des Landes an zwei Landes- wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — 6) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzaus- zweckgebundene Mittel.

banken
Länder

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

noch: Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁹⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z. T. Sp. 33) ¹⁰⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾	Eigenkapital von neu gegründeten Instituten ⁸⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Nordrhein-Westfalen															
247,2	195,4	505,1	412,8	200,5	22,5	2,8	481,0	197,9	320,4	531,1	15,5	418,9	5,3	586,0	Jan.
257,1	210,8	537,3	430,0	204,8	24,4	2,9	487,2	215,8	331,2	556,4	15,6	417,2	4,7	773,5	Febr.
200,9	224,0	558,1	456,1	207,0	25,3	2,9	503,5	220,1	342,8	582,4	20,5	434,8	4,7	675,7	März
129,5	235,8	589,4	476,9	210,1	27,6	2,9	539,8	235,1	349,3	607,4	20,2	443,0	4,7	542,1	April
104,6	239,5	609,3	497,9	211,8	27,9	2,9	543,5	234,7	357,9	629,7	21,1	457,4	4,9	494,8	Mai
Rheinland-Pfalz															
64,9	33,1	59,4	17,3	35,7	5,6	—	147,5	30,9	37,7	19,1	1,1	31,9	8,6	147,0	Jan.
69,1	33,2	62,2	18,0	37,6	7,3	—	139,4	31,2	39,1	20,6	2,4	33,2	7,9	160,0	Febr.
65,9	33,2	65,9	19,3	38,0	7,7	—	143,7	31,7	41,1	21,9	1,6	33,9	6,6	155,5	März
58,0	39,5	68,2	20,9	38,4	8,0	—	137,2	33,1	43,9	21,9	1,6	34,1	5,9	146,0	April
53,3	39,5	70,3	21,9	38,8	7,8	—	132,2	33,9	44,4	23,8	1,7	37,1	6,3	147,0	Mai
Schleswig-Holstein															
50,3	29,1	187,7	72,6	33,6	10,6	5,4	68,0	93,2	88,5	83,8	17,4	34,4	7,6	189,1	Jan.
49,7	29,3	197,3	73,8	35,2	11,1	5,4	74,0	96,8	90,3	87,4	17,4	34,8	7,0	204,9	Febr.
45,7	30,2	203,2	76,9	38,0	13,4	5,4	80,6	99,1	98,6	93,0	9,5	31,7	6,9	218,5	März
42,6	33,7	217,4	80,1	39,0	14,3	5,3	76,1	100,8	91,6	96,5	18,0	31,2	6,0	218,7	April
40,2	34,2	223,4	89,6	40,0	15,5	6,3	87,7	103,0	101,2	98,9	20,4	35,9	4,9	227,1	Mai
Württemberg-Baden⁷⁾															
151,6	186,1	331,0	90,8	194,6	105,2	—	337,6	125,8	60,9	259,2	8,2	103,8	18,0	266,6	Jan.
154,9	187,6	346,7	93,8	200,3	108,9	—	323,9	151,2	64,4	268,5	10,3	118,3	11,9	306,0	Febr.
141,9	189,5	365,9	101,3	208,8	116,6	—	316,0	129,3	72,7	287,7	11,4	126,0	9,6	289,3	März
132,5	206,2	377,5	112,8	201,3	107,9	—	355,6	156,4	78,5	301,4	12,7	114,4	8,0	295,0	April
134,2	209,1	397,9	117,4	201,5	110,2	—	365,3	158,4	77,1	326,8	12,7	124,8	7,1	294,4	Mai
Württemberg-Hohenzollern															
22,0	—	26,8	4,7	14,2	3,4	—	52,8	5,4	22,1	14,1	0,0	11,0	1,5	37,7	Jan.
22,3	—	29,9	5,1	14,9	3,7	—	41,1	5,8	24,1	14,5	—	11,6	1,1	47,2	Febr.
18,2	—	31,0	5,4	15,6	4,0	—	44,6	6,1	24,3	15,0	0,0	13,7	1,0	50,0	März
15,1	—	32,8	5,7	15,8	4,2	—	46,4	6,4	24,8	16,0	0,1	14,0	1,4	50,9	April
12,8	—	33,3	6,2	16,0	4,4	—	44,5	11,7	25,4	25,3	0,2	14,8	1,0	50,2	Mai
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
10,2	198,7	457,2	180,0	229,7	170,6	170,5	93,8	464,4	27,0	155,9	34,6	39,6	0,0	399,2	Jan.
6,6	201,6	468,2	188,8	230,8	171,1	171,0	124,4	476,0	26,9	165,3	38,9	46,6	0,0	456,1	Febr.
8,8	202,3	481,9	199,5	237,2	177,3	177,3	126,6	488,6	28,5	167,4	38,5	35,9	0,0	398,8	März
10,5	191,7	484,7	208,4	241,9	177,3	177,3	105,5	497,8	29,1	171,1	34,1	32,1	0,0	362,0	April
8,6	193,8	495,4	214,4	241,9	177,3	177,3	114,7	507,6	29,9	185,0	34,7	30,5	0,1	340,9	Mai

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringen Beträgen — die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. Die Institute sind je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten. — ⁵⁾ Einschließlich Valutaverpflichtungen in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — ⁸⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, gleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹⁰⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete

Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute a)	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ^{b)}		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividen- schein	Schecks und Inkasso- wechsel	Wechsel		Schatz- wechsel und unver- zinsliche Schatz- anweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Kon- betei- lungen insgesamt	
			ins- gesamt c)	darunter Giro- gut- haben bei der LZB		ins- gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins- gesamt	darunter			Hand- els- wechsel
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1951															
Alle Banken															
Jan.	3 563	31 014,2	1 516,1	1 189,0	44,8	2 156,3	1 839,1	181,0	0,8	168,8	2 717,5	2 478,8	100,2	187,9	376,0
Febr.	3 561	31 834,1	1 917,9	1 598,0	45,8	2 178,2	1 858,0	205,0	0,7	183,1	2 509,0	2 275,6	89,7	183,2	387,7
März	3 561	31 799,4	1 839,4	1 536,9	53,6	2 061,7	1 759,9	215,1	1,6	201,8	2 599,6	2 370,9	79,7	205,8	401,1
April	3 562	32 090,0	1 768,7	1 442,5	52,0	2 120,1	1 789,8	183,9	1,0	231,1	2 745,0	2 529,1	71,9	294,5	420,9
Mai	3 562	32 622,6	1 891,5	1 534,9	50,1	2 164,0	1 876,4	163,2	0,8	228,5	2 781,1	2 552,0	92,2	258,8	433,4
Kreditbanken *)															
Jan.	256	11 734,7	674,1	559,8	20,1	857,6	850,4	163,7	0,5	111,9	1 741,6	1 642,1	34,4	63,0	158,0
Febr.	255	12 087,5	919,7	812,0	20,9	834,2	825,8	181,2	0,4	124,0	1 632,5	1 526,0	34,5	64,7	165,5
März	255	11 824,9	883,8	778,4	23,9	752,1	743,0	180,6	1,2	147,0	1 719,9	1 608,1	38,4	43,6	174,6
April	256	11 904,4	869,2	753,9	22,3	735,7	726,2	157,2	0,6	158,0	1 823,7	1 718,5	37,5	95,2	185,1
Mai	256	12 044,3	893,7	768,7	22,4	711,4	700,5	141,6	0,5	157,2	1 830,4	1 715,0	55,3	83,2	190,8
Hypothekendarlehen und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten															
Jan.	38	2 240,2	4,0	3,4	0,3	171,5	144,8	—	0,0	0,0	0,3	0,2	—	11,9	4,0
Febr.	38	2 296,1	3,4	2,7	0,4	180,2	151,8	—	0,0	0,0	0,3	0,2	—	10,2	3,8
März	38	2 401,3	4,0	3,4	0,7	207,0	161,0	—	0,0	0,0	0,3	0,1	—	15,0	4,2
April	38	2 493,3	6,6	6,0	0,5	224,5	171,6	—	0,0	0,1	0,4	0,1	—	17,3	9,0
Mai	38	2 542,3	6,4	5,7	0,3	238,2	165,6	—	0,0	0,0	0,5	0,2	—	17,3	8,9
Girozentralen															
Jan.	18	4 240,4	71,3	59,6	2,8	399,2	250,7	6,5	0,0	17,4	469,2	411,8	48,9	61,1	63,7
Febr.	18	4 437,5	213,0	202,5	4,2	454,4	284,2	6,5	0,1	12,9	393,5	350,2	34,3	58,5	65,0
März	18	4 476,4	140,8	130,5	6,7	430,4	297,8	17,2	0,2	8,8	407,4	373,2	26,0	100,6	65,6
April	18	4 357,0 ^{b)}	71,7	63,6	5,2	418,9	281,2	10,7	0,0	14,9	423,6	395,4	19,0	140,1	66,3
Mai	18	4 458,1	107,1	98,9	5,3	414,5	347,8	6,6	0,1	15,6	426,7	401,8	17,2	115,2	67,5
Sparkassen															
Jan.	883	7 823,3	563,0	411,7	12,5	461,7	355,6	0,0	0,0	22,5	252,7	241,4	2,8	46,6	105,3
Febr.	883	7 934,3	569,8	415,9	11,5	437,5	338,5	0,1	0,1	26,9	253,7	242,3	1,9	44,8	107,5
März	883	8 016,2	612,5	471,5	11,9	403,2	304,9	0,1	0,2	25,2	251,2	237,5	2,4	41,6	110,5
April	884	8 226,6 ^{b)}	598,7	451,5	13,1	459,7	353,3	0,0	0,2	31,2	255,5	238,5	3,5	36,7	113,0
Mai	884	8 377,7	638,6	473,8	11,2	505,5	387,7	0,0	0,0	31,3	269,2	248,6	6,4	38,5	118,1
Zentralkassen o)															
Jan.	31	837,5	50,8	46,6	1,4	27,6	23,6	0,1	0,0	3,9	58,2	34,1	8,0	0,5	7,3
Febr.	31	864,4	60,1	56,0	1,3	28,6	24,6	0,1	0,0	4,0	54,7	28,4	8,3	0,5	6,9
März	31	850,1	38,7	34,9	1,9	28,4	24,4	0,1	0,0	4,2	53,6	26,8	7,2	0,8	6,6
April	31	846,6	47,7	43,7	1,6	28,6	24,3	0,1	0,0	5,8	53,8	28,1	6,8	0,8	6,9
Mai	31	848,6	50,7	46,4	1,7	31,7	27,3	0,1	0,0	4,8	54,0	28,4	7,2	0,3	7,0
Kreditgenossenschaften o)															
Jan.	2 295	2 306,9	128,0	85,1	6,8	104,7	101,3	0,1	0,1	12,2	91,4	63,8	0,3	2,3	12,6
Febr.	2 294	2 331,3	124,2	83,1	6,4	102,8	99,3	0,0	0,0	14,0	87,6	59,8	0,2	2,1	13,0
März	2 294	2 329,6	129,4	90,1	7,3	99,6	96,0	0,1	0,0	15,3	86,6	58,4	0,3	2,2	13,2
April	2 294	2 346,7	144,9	96,0	8,4	109,0	105,3	0,0	0,1	19,6	91,6	63,8	0,4	2,2	13,2
Mai	2 294	2 375,5	165,1	113,8	8,4	106,1	100,4	0,4	0,0	18,1	95,4	68,2	0,3	2,2	13,1
Sonstige Kreditinstitute															
Jan.	29	351,1	11,5	10,4	0,4	58,4	42,9	8,2	—	0,3	20,5	18,1	2,4	0,5	4,2
Febr.	29	375,8	10,4	9,3	0,3	71,5	70,6	11,2	—	0,3	21,7	17,1	4,6	0,3	4,3
März	29	378,8	12,7	11,5	0,4	75,2	74,2	11,2	—	0,4	21,1	19,2	1,9	—	4,5
April	28	375,9	9,1	7,9	0,4	91,8	80,7	10,4	—	0,4	19,8	18,5	1,2	0,4	5,0
Mai	28	388,9	9,9	8,7	0,3	99,3	95,1	10,5	—	0,3	21,2	19,7	1,5	0,1	5,1
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
Jan.	13	1 480,1	13,4	12,5	0,5	75,6	69,6	2,4	0,2	0,6	83,5	67,4	3,3	2,0	20,9
Febr.	13	1 507,2	17,3	16,4	0,6	69,0	63,2	6,0	0,0	0,9	65,0	51,6	5,9	2,0	21,7
März	13	1 522,2	17,4	16,6	1,0	65,9	58,7	5,9	0,0	0,7	59,5	47,7	3,5	2,0	21,9
April	13	1 539,6	20,7	19,8	0,5	51,8	46,9	5,5	0,0	1,0	76,6	66,0	3,5	2,0	22,6
Mai	13	1 587,2	20,0	18,9	0,5	57,2	51,8	4,1	0,1	1,1	83,7	70,2	4,2	2,0	22,8

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit- — 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 3) Kasse und Landeszentral- Ausleihungen (bis zu 4 Jahren). — 4) Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten bank Wiesbaden über das Sparkassengeschäft und ihr Geschäft als Girozentrale getrennt berichtet (Rückgang bei den Girozentralen und Zunahme bei und Lokalbanken“ und „Privatbankiers“ umseitig. — o) Aufgliederung umseitig.

banken

Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papiere sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treu- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wärtiger Bestand ⁶⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	Wirt- schaft und Private	Öffentl.- rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute	ins- gesamt	gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
darunter Anleihen und ver- zinsliche Schatz- an- weisun- gen des Bundes und der Länder	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Alle Banken															
79,7	46,1	5 417,5	5 878,5	10 410,5	9 099,1	353,4	958,0	5 283,3	3 298,4	941,1	1 033,6	87,5	449,8	936,7	Jan. 1951
82,7	48,0	5 445,6	5 902,4	10 640,5	9 326,4	333,9	980,2	5 487,3	3 408,2	975,8	1 090,9	89,0	469,3	952,9	Febr.
83,4	47,3	5 432,1	5 903,5	10 299,4	8 900,9	325,0	1 073,5	5 736,1	3 546,5	1 034,8	1 164,1	94,1	480,9	965,7	März
90,1	44,6	5 433,3	5 920,9	9 996,7	8 651,5	325,3	1 019,9	5 985,5	3 671,1	1 071,6	1 231,2	98,7	489,2	993,6	April
92,3	43,9	5 424,6	5 938,7	10 088,3	8 717,7	364,5	1 006,1	6 167,1	3 782,3	1 101,2	1 290,8	104,0	494,8	1 037,7	Mai
Kreditbanken ⁴⁾															
15,7	6,8	1 409,3	1 477,1	5 373,3	5 149,6	110,1	113,6	639,1	253,3	14,1	88,8	46,0	148,5	232,4	Jan.
15,7	7,5	1 424,4	1 475,9	5 513,8	5 298,3	84,3	131,2	665,6	263,9	15,6	90,3	46,6	156,3	239,9	Febr.
16,9	7,1	1 423,6	1 474,7	5 205,6	4 980,5	81,1	144,0	705,3	270,7	14,5	102,8	49,8	161,8	242,2	März
22,2	10,3	1 430,2	1 482,7	5 104,0	4 871,0	85,0	148,0	747,2	269,3	14,6	111,0	52,9	165,1	236,7	April
23,7	8,9	1 434,6	1 487,8	5 222,1	4 957,2	104,3	160,6	773,8	278,4	14,8	108,2	55,6	166,3	243,6	Mai
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten															
0,3	21,5	321,5	420,0	44,2	24,5	5,6	14,1	1 508,2	1 282,6	139,9	108,9	1,6	15,3	27,0	Jan.
0,0	21,5	315,8	420,0	40,8	22,8	4,5	13,5	1 553,8	1 299,6	144,9	116,0	1,6	15,6	32,7	Febr.
0,0	21,7	310,8	420,6	39,1	22,3	3,4	13,4	1 618,9	1 357,7	148,2	126,4	2,0	15,7	35,5	März
0,0	22,5	306,9	423,6	47,1	22,5	9,3	15,3	1 662,2	1 394,4	151,9	136,2	2,4	16,5	41,1	April
0,0	23,9	297,2	421,6	45,0	21,4	8,8	14,8	1 702,4	1 428,9	155,0	144,0	2,4	16,7	39,1	Mai
Girozentralen															
35,8	16,3	254,4	290,7	1 178,8	593,9	107,5	477,4	1 072,8	308,1	541,7	490,5	2,3	25,5	108,6	Jan.
37,2	17,3	258,6	294,7	1 185,9	615,5	117,5	452,9	1 113,4	323,6	560,1	513,8	2,9	25,8	111,7	Febr.
37,2	16,6	258,4	294,3	1 199,3	576,6	120,9	501,8	1 156,1	333,6	599,1	529,4	3,3	25,9	109,7	März
37,7	9,8	212,2 ⁹⁾	248,1 ⁹⁾	1 088,4 ⁹⁾	515,8 ⁹⁾	113,3	459,3	1 202,4	355,1	619,5	546,0	3,5	26,1	117,2	April
38,5	8,9	214,9	249,6	1 091,5	536,0	128,9	426,6	1 235,5	368,1	632,4	579,6	3,6	26,2	139,3	Mai
Sparkassen															
7,1	—	2 456,2	2 659,8	1 979,7	1 905,3	64,3	10,1	1 340,1	1 044,7	159,0	123,4	6,4	173,7	279,5	Jan.
8,2	—	2 466,2	2 675,3	2 015,7	1 947,8	60,4	7,5	1 388,4	1 083,1	166,1	138,1	6,5	179,3	288,2	Febr.
7,4	—	2 462,6	2 685,7	1 983,1	1 909,3	58,6	15,2	1 465,1	1 135,4	178,0	156,9	6,6	182,7	302,8	März
7,2	—	2 518,9 ¹⁰⁾	2 747,7 ¹⁰⁾	1 953,5 ¹⁰⁾	1 873,7 ¹⁰⁾	67,1	12,7	1 565,3	1 194,6	189,2	177,1	6,8	185,6	311,3	April
7,1	—	2 507,2	2 755,3	1 917,9	1 847,9	58,3	11,7	1 633,0	1 233,9	200,1	189,5	6,9	188,7	322,1	Mai
Zentralkassen ⁵⁾															
0,7	—	61,5	64,4	467,2	170,3	0,4	296,5	70,5	12,2	—	5,1	4,5	14,1	64,8	Jan.
0,7	—	61,5	64,4	494,9	164,3	0,4	330,2	78,3	13,9	—	2,8	4,6	14,3	51,8	Febr.
0,7	—	55,6	58,5	505,8	160,1	0,4	345,3	80,4	14,7	—	2,9	4,6	14,6	51,9	März
0,7	—	54,4	58,0	483,2	146,5	0,4	336,3	86,0	13,8	—	1,9	4,7	15,2	55,9	April
0,5	—	54,9	58,0	472,6	134,5	0,4	337,7	85,8	23,2	—	2,3	7,0	15,2	60,5	Mai
Kreditgenossenschaften ⁶⁾															
0,8	—	717,3	761,7	979,0	967,2	6,8	5,0	80,1	21,8	4,4	32,6	8,9	62,8	63,0	Jan.
0,8	—	718,4	763,9	998,4	985,9	6,8	5,7	82,6	22,6	4,5	36,7	9,0	64,2	71,9	Febr.
1,0	—	719,2	762,7	977,8	963,3	7,0	7,5	89,6	24,8	4,9	41,6	9,1	65,5	73,1	März
1,0	—	719,9	762,6	946,6	932,9	7,3	6,4	95,1	27,4	4,9	46,0	9,4	66,5	74,2	April
0,8	—	720,9	764,0	945,7	931,6	7,3	6,8	96,5	27,7	5,5	49,8	9,9	68,0	75,9	Mai
Sonstige Kreditinstitute															
0,3	—	21,7	24,1	174,0	169,2	0,2	4,6	19,0	2,5	—	4,4	11,6	6,9	9,5	Jan.
0,3	—	21,2	23,7	178,9	174,7	0,1	4,1	21,1	2,5	—	4,6	11,6	6,9	11,5	Febr.
0,3	—	21,5	21,4	176,0	169,4	0,0	6,6	21,0	2,5	—	4,6	11,9	7,4	10,9	März
0,6	—	20,4	22,7	165,2	160,7	0,0	4,5	18,3	2,5	—	4,6	12,0	7,0	11,1	April
0,6	—	24,6	26,9	165,1	161,2	0,0	3,9	19,7	3,7	—	3,1	11,5	6,2	12,0	Mai
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
19,1	1,5	175,7	180,6	214,3	119,0	58,6	36,7	553,4	373,2	81,9	180,0	6,3	3,0	146,8	Jan.
19,9	1,7	179,8	184,7	212,0	117,2	59,8	35,0	584,1	399,1	84,5	188,8	6,3	7,1	144,9	Febr.
20,0	2,0	180,4	185,7	212,6	119,4	53,6	39,6	599,8	407,1	90,2	199,5	6,8	7,3	139,5	März
20,7	2,1	170,3	175,7	208,7	128,2	42,9	37,6	609,1	414,0	91,6	208,4	6,9	7,2	146,2	April
20,9	2,2	170,3	175,7	228,5	127,9	56,4	44,2	620,4	418,5	93,3	214,4	7,2	7,5	145,2	Mai

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt.
bankguthaben. — ⁵⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — ⁶⁾ Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. — ⁷⁾ Kurz- und mittelfristige
gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ⁸⁾ Der Rückgang ist überwiegend dadurch verursacht, daß ab April 1951 die Naessauische Landes-
der Bankengruppe Sparkassen). — ¹⁰⁾ Vgl. Anmerkung ⁹⁾. — ^{†)} Aufgliederung in „Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen“, „Staats-, Regional-

Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ³⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁵⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel		Schatz-wechsel und unver-zinsliche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Kon-beteili-
			ins-gesamt ⁴⁾	darunter Giro-gut-haben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins-gesamt	darunter		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Kreditbanken, Aufgliederung:														
Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen														
1951														
Jan.	30	6 528,1	398,7	339,1	11,4	493,1	487,0	93,0	0,1	82,1	1 191,4	1 149,0	12,0	56,6
Febr.	30	6 723,6	509,4	453,2	11,6	516,2	510,2	104,4	0,2	89,6	1 134,0	1 081,8	18,4	30,9
März	30	6 543,8	480,2	424,5	13,3	449,7	444,3	105,6	0,6	103,5	1 187,0	1 137,2	11,1	13,4
April	30	6 630,5	523,2	461,2	12,0	428,6	423,2	85,1	0,3	109,3	1 230,8	1 185,5	7,9	68,1
Mai	30	6 741,7	507,5	440,5	12,3	457,5	452,4	82,7	0,2	116,2	1 266,2	1 211,4	26,1	54,3
Staats-, Regional- und Lokalbanken														
Jan.	78	3 866,7	214,3	168,5	6,7	246,8	246,2	19,8	0,2	24,5	416,0	366,0	19,1	6,3
Febr.	78	3 964,3	314,4	271,4	7,4	184,4	182,2	18,4	0,1	27,1	374,6	325,3	14,7	32,9
März	78	3 930,6	299,3	257,6	8,5	196,0	192,5	23,1	0,5	33,7	377,4	320,8	25,3	29,4
April	79	3 929,1	255,3	211,0	8,1	208,4	204,5	21,8	0,3	36,5	413,7	359,5	27,4	26,2
Mai	79	3 960,9	276,4	229,0	8,1	152,6	146,8	18,6	0,2	30,4	401,3	350,8	22,5	21,3
Privatbankiers														
Jan.	148	1 339,9	61,1	52,2	2,0	117,7	117,2	50,9	0,1	5,3	134,3	127,1	3,4	0,1
Febr.	147	1 399,6	95,9	87,4	1,9	133,6	133,4	58,4	0,1	7,3	123,9	118,9	1,4	0,9
März	147	1 350,5	104,3	96,3	2,1	106,4	106,2	51,9	0,1	9,8	155,6	150,1	2,1	0,8
April	147	1 344,8	90,8	81,7	2,2	98,7	98,5	50,3	0,1	12,1	179,2	173,5	2,2	0,8
Mai	147	1 341,8	109,8	99,2	2,0	101,3	101,3	40,3	0,1	10,6	162,9	152,8	6,7	0,8
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:														
Gewerbliche Zentralkassen														
Jan.	12	227,4	2,3	1,9	0,4	21,0	17,0	0,1	0,0	1,8	34,1	16,4	5,8	0,4
Febr.	12	219,5	3,4	2,9	0,4	20,4	16,4	0,1	0,0	1,8	25,7	11,0	4,6	0,4
März	12	227,7	2,1	1,7	0,5	20,3	16,3	0,1	0,0	2,4	24,4	9,3	4,1	0,7
April	12	227,5	3,1	2,6	0,4	19,1	14,8	0,1	0,0	2,5	26,7	11,2	4,5	0,7
Mai	12	239,6	3,5	3,1	0,5	24,6	20,2	0,1	0,0	2,5	24,4	8,9	3,9	0,3
Gewerbliche Kreditgenossenschaften														
Jan.	668	1 408,1	93,1	67,2	4,0	55,5	52,1	0,1	0,1	7,9	75,0	49,8	0,2	2,3
Febr.	667	1 429,0	90,7	66,1	3,9	57,5	54,0	0,0	0,0	9,3	71,7	46,4	0,1	2,1
März	667	1 424,7	94,8	71,4	4,5	53,6	50,0	0,1	0,0	10,3	71,5	45,6	0,2	2,2
April	667	1 440,3	106,5	75,6	5,3	61,0	57,3	0,0	0,1	13,3	75,5	50,1	0,3	2,2
Mai	667	1 460,9	124,1	92,1	5,3	55,1	49,4	0,4	0,0	12,5	78,0	53,3	0,3	2,2
Ländliche Zentralkassen														
Jan.	19	610,1	48,5	44,7	1,0	6,6	6,6	—	0,0	2,1	24,1	17,7	2,2	0,1
Febr.	19	644,9	56,8	53,2	0,9	8,2	8,2	—	—	2,2	28,9	17,4	3,7	0,1
März	19	622,4	36,6	33,2	1,4	8,1	8,1	0,0	0,0	1,8	29,2	17,5	3,1	0,1
April	19	619,1	44,6	41,1	1,2	9,5	9,5	0,0	—	3,3	27,1	16,9	2,3	0,1
Mai	19	609,0	47,2	43,3	1,2	7,1	7,1	—	0,0	2,3	29,6	19,5	3,4	—
Ländliche Kreditgenossenschaften														
Jan.	1 627	898,7	34,9	17,9	2,8	49,2	49,2	—	—	4,3	16,4	14,0	0,1	—
Febr.	1 627	902,3	33,5	17,0	2,5	45,3	45,3	—	—	4,7	15,9	13,4	0,1	—
März	1 627	904,9	34,6	18,7	2,8	46,0	46,0	—	—	5,0	15,1	12,8	0,1	—
April	1 627	906,4	38,4	20,4	3,1	48,0	48,0	—	—	6,3	16,1	13,7	0,1	—
Mai	1 627	914,6	41,0	21,7	3,1	51,0	51,0	—	—	5,6	17,4	14,9	0,0	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug, ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit-
3) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderungen ent-
schliesslich mittel- und langfristiger Guthaben. — 6) Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. — 7) Kurz- und mittelfristige Ausleihungen (bis zu
außerhalb des Landes. —

banken

Bankengruppen

einzelner Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papier- sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treu- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wärtiger Be- stand ⁶⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rechnung	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter						
					Wirt- schaft und Private	Öffentl.- rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Kreditbanken, Aufgliederung:															
Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen															
0,1	—	825,8	830,3	2 958,1	2 889,6	7,0	61,5	194,4	16,1	0,1	20,9	9,2	60,5	92,4	Jan.
0,2	—	830,7	831,1	3 073,5	3 001,0	8,6	63,9	200,2	16,9	1,4	18,3	9,2	64,4	87,7	Febr.
0,1	—	831,7	832,4	2 919,5	2 825,0	8,1	86,4	203,0	18,6	0,1	20,6	11,8	68,1	86,8	März
0,4	—	831,6	833,8	2 866,0	2 772,5	8,1	85,4	226,0	8,6	0,1	23,9	14,2	68,7	90,1	April
1,0	—	831,2	834,0	2 919,6	2 816,4	13,4	89,8	236,6	10,1	0,2	25,1	14,2	68,6	88,5	Mai
Staats-, Regional- und Lokalbanken															
15,5	6,5	509,5	569,9	1 675,2	1 538,2	102,8	34,2	411,6	234,7	14,0	38,6	18,4	69,6	120,1	Jan.
15,4	7,3	520,0	568,3	1 694,3	1 580,3	75,4	38,6	429,6	244,5	14,1	43,5	19,1	73,3	132,9	Febr.
16,6	6,8	520,2	567,9	1 606,6	1 493,1	72,6	40,9	455,9	249,5	14,3	46,8	19,6	74,5	134,6	März
21,6	10,0	526,4	573,8	1 575,8	1 454,7	76,5	44,6	481,1	257,1	14,4	49,6	20,1	76,9	126,5	April
22,4	8,6	531,2	578,8	1 638,9	1 494,8	90,6	53,5	496,4	264,7	14,5	50,2	20,3	77,9	133,0	Mai
Privatbankiers															
0,1	0,3	74,0	76,9	740,0	721,8	0,3	17,9	33,1	2,5	0,0	29,3	18,4	18,4	19,9	Jan.
0,1	0,3	73,6	76,5	746,0	717,0	0,3	28,7	35,8	2,5	0,1	28,5	18,3	18,6	19,3	Febr.
0,2	0,3	71,6	74,4	679,5	662,5	0,3	16,7	36,4	2,6	0,1	35,4	18,4	19,2	20,8	März
0,2	0,3	72,3	75,1	662,2	643,8	0,4	18,0	40,0	3,5	0,1	37,4	18,7	19,5	20,1	April
0,3	0,3	72,2	75,0	663,5	646,0	0,3	17,2	40,8	3,6	0,1	32,9	21,1	19,8	22,2	Mai
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:															
Gewerbliche Zentralkassen															
0,4	—	7,8	8,1	96,1	10,3	—	85,8	23,8	4,9	—	3,2	1,1	1,6	31,2	Jan.
0,4	—	7,8	8,1	109,8	11,7	—	98,1	28,6	5,4	—	0,8	1,1	1,6	15,1	Febr.
0,4	—	7,8	8,1	116,6	11,0	—	105,6	28,7	5,6	—	0,9	1,1	1,7	18,2	März
0,4	—	7,8	8,1	109,9	11,8	—	98,1	30,3	2,8	—	0,9	1,1	1,7	20,9	April
0,4	—	7,8	8,1	112,3	11,7	—	100,6	30,7	3,6	—	1,0	3,4	1,8	24,2	Mai
Gewerbliche Kreditgenossenschaften															
0,4	—	362,4	380,5	647,5	636,0	6,8	4,7	43,5	21,8	4,4	24,2	5,8	37,0	40,0	Jan.
0,4	—	362,6	380,9	662,2	649,8	6,8	5,6	44,8	22,6	4,5	27,1	5,9	37,9	43,2	Febr.
0,4	—	362,7	380,8	645,9	631,7	7,0	7,2	50,0	24,8	4,8	30,4	5,9	38,8	43,9	März
0,5	—	362,9	380,2	624,6	611,2	7,3	6,1	54,0	27,4	4,9	33,8	6,1	39,4	45,4	April
0,3	—	363,2	380,6	624,8	611,2	7,3	6,3	55,5	27,7	5,5	36,4	6,3	41,0	45,9	Mai
Ländliche Zentralkassen															
0,3	—	53,7	56,3	371,1	160,0	0,4	210,7	46,7	7,3	—	1,9	3,4	12,5	33,6	Jan.
0,3	—	53,7	56,3	385,1	152,6	0,4	232,1	49,6	8,5	—	2,0	3,5	12,7	36,7	Febr.
0,3	—	47,8	50,4	389,2	149,1	0,4	239,7	51,7	9,1	—	2,0	3,5	12,9	33,7	März
0,3	—	46,6	49,9	373,3	134,7	0,4	238,2	55,7	11,0	—	1,0	3,6	13,5	35,0	April
0,1	—	47,1	49,9	360,3	122,9	0,4	237,0	55,1	19,6	—	1,3	3,6	13,4	36,3	Mai
Ländliche Kreditgenossenschaften															
0,4	—	354,9	381,2	331,5	331,2	—	0,3	36,6	—	—	8,4	3,1	25,8	27,9	Jan.
0,4	—	355,8	383,0	336,2	336,1	—	0,1	37,8	—	—	9,6	3,1	26,3	28,7	Febr.
0,6	—	356,5	381,9	331,9	331,6	—	0,3	39,5	—	—	11,2	3,2	26,7	29,3	März
0,5	—	357,0	382,4	322,0	321,7	—	0,3	41,1	—	—	12,2	3,3	27,1	28,8	April
0,5	—	357,7	383,4	320,9	320,4	—	0,5	41,0	—	—	13,4	3,6	27,0	30,0	Mai

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. —
stehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁴⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. — ⁵⁾ Ein-
4 Jahren). — ⁶⁾ Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen

Passiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ³⁾	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto ⁴⁾)							aufgenommene Gelder ⁵⁾			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter		
					Sicht- und Termin-einlagen	Wirtschaft und Private		Öffentlich-rechtliche Körperschaften			Spar-einlagen	für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite ⁶⁾
						insgesamt	darunter Anlage-konto						
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
Alle Banken													
1951													
Jan.	3 563	31 014,2	18 518,7	16 772,2	12 835,7	9 753,9	.	3 081,8	3 936,5	1 746,5	2 097,2	294,8	5,3
Febr.	3 561	31 834,1	18 904,4	17 102,0	13 159,5	9 974,5	.	3 185,0	3 942,5	1 802,4	2 202,4	313,4	13,3
März	3 561	31 799,4	18 713,1	17 016,4	13 085,7	9 915,2	283,8	3 170,5	3 930,7	1 696,7	2 284,2	312,2	6,4
April	3 562	32 090,0	19 033,0	17 240,8	13 286,0	10 145,6	.	3 140,4	3 954,8	1 792,2	2 097,8	303,8	5,6
Mai	3 562	32 622,6	19 329,6	17 407,8	13 474,0	10 263,4	.	3 210,6	3 993,8	1 861,8	2 145,8	314,8	7,7
Kreditbanken +)													
Jan.	256	11 734,7	8 023,5	7 302,4	6 816,5	5 937,1	.	879,4	485,9	721,1	583,0	70,5	5,0
Febr.	255	12 087,5	8 251,4	7 512,6	7 021,8	6 133,3	.	888,5	490,8	738,8	621,2	77,3	9,8
März	255	11 824,9	8 166,0	7 438,9	6 946,4	6 058,1	30,7	888,3	492,5	727,1	589,9	85,1	5,9
April	256	11 904,4	8 338,2	7 586,4	7 087,1	6 204,7	.	882,4	499,3	751,8	593,7	87,7	5,3
Mai	256	12 044,3	8 456,1	7 681,9	7 175,1	6 259,0	.	916,1	506,8	774,2	613,6	85,3	7,3
Hypothekendarlehen und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten													
Jan.	38	2 240,2	27,9	9,7	9,4	3,7	.	5,7	0,3	18,2	54,6	8,3	—
Febr.	38	2 296,1	24,6	10,2	9,9	4,4	.	5,5	0,3	14,4	52,8	8,4	—
März	38	2 401,3	25,6	11,9	11,6	4,3	0,1	7,3	0,3	13,7	50,1	7,4	—
April	38	2 493,3	32,8	17,0	16,7	4,4	.	12,3	0,3	15,8	48,3	7,3	—
Mai	38	2 542,3	28,6	15,6	15,3	3,7	.	11,6	0,3	13,0	43,3	7,4	—
Girozentralen													
Jan.	18	4 240,4	1 993,9	1 343,5	1 290,5	428,5	.	862,0	53,0	650,4	364,6	110,9	0,1
Febr.	18	4 437,5	2 128,1	1 430,3	1 377,3	452,5	.	924,8	53,0	697,8	361,8	114,1	3,4
März	18	4 476,4	2 068,6	1 450,7	1 397,8	464,3	6,7	933,5	52,9	617,9	441,6	114,5	0,5
April	18	4 357,0 ¹¹⁾	1 977,4 ¹¹⁾	1 327,8 ¹¹⁾	1 320,7 ¹¹⁾	401,3 ¹¹⁾	.	919,4 ¹¹⁾	7,1 ¹¹⁾	649,6	332,7	105,7	0,1
Mai	18	4 458,1	1 972,4	1 281,3	1 274,1	411,8	.	862,3	7,2	691,1	363,3	103,2	0,4
Sparkassen													
Jan.	883	7 823,3	6 166,3	6 094,4	3 368,5	2 174,2	.	1 194,3	2 725,9	71,9	475,4	44,6	—
Febr.	883	7 934,3	6 230,4	6 144,2	3 416,8	2 188,5	.	1 228,3	2 727,4	86,2	483,7	42,4	—
März	883	8 016,2	6 216,8	6 126,9	3 410,1	2 193,7	188,6	1 216,4	2 716,8	89,9	518,3	44,8	—
April	884	8 226,6 ¹²⁾	6 391,3 ¹²⁾	6 293,5 ¹²⁾	3 513,2 ¹²⁾	2 309,1 ¹²⁾	.	1 211,1 ¹²⁾	2 780,3 ¹²⁾	97,8	473,9	39,8	—
Mai	884	8 377,7	6 552,8	6 447,2	3 638,6	2 332,0	.	1 299,6	2 808,6	105,6	439,9	46,5	—
Zentralkassen^{o)}													
Jan.	31	837,5	325,5	117,7	107,0	89,9	.	17,1	10,7	207,8	236,8	5,8	0,1
Febr.	31	864,4	313,8	115,3	104,6	87,1	.	17,5	10,7	198,5	278,8	6,8	—
März	31	850,1	306,5	115,5	104,9	87,8	2,1	17,1	10,6	191,0	279,0	6,6	0,0
April	31	846,6	328,2	122,9	112,2	95,2	.	17,0	10,7	205,3	251,4	9,3	—
Mai	31	848,6	335,2	126,8	116,0	99,7	.	16,3	10,8	208,4	257,3	15,6	0,0
Kreditgenossenschaften^{o)}													
Jan.	2 295	2 306,9	1 627,8	1 617,7	963,3	921,9	.	41,4	654,4	10,1	270,2	14,2	—
Febr.	2 294	2 331,3	1 620,2	1 608,8	954,8	910,3	.	44,5	654,0	11,4	295,7	16,1	—
März	2 294	2 329,6	1 604,1	1 592,9	941,6	899,0	53,5	42,6	651,3	11,2	298,5	14,1	—
April	2 294	2 346,7	1 629,9	1 619,3	968,0	926,2	.	41,8	651,3	10,6	280,5	14,4	—
Mai	2 294	2 375,5	1 651,4	1 638,6	984,1	938,7	.	45,4	654,5	12,8	286,4	16,9	—
Sonstige Kreditinstitute													
Jan.	29	351,1	128,3	123,1	116,9	114,7	.	2,2	6,2	5,2	27,6	8,9	0,1
Febr.	29	375,8	133,7	128,8	122,6	120,3	.	2,3	6,2	4,9	23,5	7,5	0,1
März	29	378,8	140,5	136,3	130,2	128,1	1,7	2,1	6,1	4,2	25,7	7,0	—
April	28	375,9	134,9	131,3	125,8	122,0	.	3,8	5,5	3,6	20,6	4,5	0,1
Mai	28	388,9	136,0	130,8	125,5	123,0	.	2,5	5,3	5,2	20,8	4,4	—
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben													
Jan.	13	1 480,1	225,5	163,6	163,4	83,8	.	79,6	0,2	61,9	85,0	31,6	—
Febr.	13	1 507,2	202,0	151,6	151,4	78,0	.	73,4	0,2	50,4	84,8	40,8	—
März	13	1 522,2	184,9	143,3	143,1	79,9	0,4	63,2	0,2	41,6	81,0	32,7	—
April	13	1 539,6	200,3	142,6	142,4	89,8	.	52,6	0,2	57,7	96,6	35,0	—
Mai	13	1 587,2	197,2	145,7	145,5	88,6	.	56,9	0,2	51,5	121,2	35,5	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit-
— 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe
— Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 3) Auch die Einlagen auf Fest-
aus der RM-Zeit. — 4) Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — 5) In der Neubildung enthalten Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landes-
zweckgebundene Mittel. — 6) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzaus-
— 7) Vgl. Anmerkung 11). — 8) Aufgliederung in „Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen“, „Staats-, Regional- und Lokalbanken“ und

Banken
Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁹⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z. T. Sp. 33) ¹⁰⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾	Eigenkap. von neu gegründeten Instituten ⁸⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Alle Banken ⁷⁾															
1 489,8	1 467,3	2 930,1	1 033,6	1 178,4	458,0	184,0	2 299,1	1 564,3	944,8	1 663,1	159,3	1 401,4	114,7	3 146,0	1951
1 491,6	1 503,0	3 035,7	1 090,9	1 214,3	484,8	187,3	2 391,8	1 636,5	979,5	1 744,6	169,0	1 442,3	105,5	3 603,0	Jan.
1 279,5	1 531,3	3 179,4	1 164,1	1 238,2	497,8	193,6	2 409,6	1 657,5	1 040,2	1 833,2	183,7	1 453,1	95,7	3 391,1	Febr.
1 096,4	1 596,0	3 279,2	1 231,2	1 243,5	495,1	193,6	2 512,9	1 726,6	1 065,0	1 914,2	191,9	1 422,2	86,2	3 089,3	März
1 040,7	1 616,8	3 384,9	1 290,8	1 256,7	504,8	195,6	2 557,3	1 762,6	1 111,8	2 012,5	197,4	1 490,3	79,7	3 037,6	April
Kreditbanken ⁸⁾															
1 129,6	209,7	472,9	88,8	264,9	66,2	5,5	962,3	406,7	115,5	84,0	34,4	1 103,0	16,5	1 619,9	Jan.
1 158,8	212,1	489,4	90,3	276,7	77,4	5,5	987,6	440,9	124,9	89,5	35,8	1 123,9	15,8	1 934,2	Febr.
973,1	213,5	516,8	102,8	275,6	74,6	5,5	987,2	427,9	134,3	95,8	57,8	1 126,7	12,2	1 773,2	März
815,5	217,2	547,0	111,0	278,3	77,3	5,5	1 003,5	472,8	141,7	101,7	62,7	1 092,2	11,6	1 581,8	April
782,4	219,1	568,4	108,2	285,9	82,0	6,5	1 010,6	482,2	150,4	107,5	62,8	1 140,7	9,7	1 575,8	Mai
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten ⁷⁾															
—	789,4	721,6	108,9	226,0	129,1	3,4	311,8	227,5	102,4	507,9	18,3	7,0	—	—	Jan.
—	801,8	742,0	116,0	232,0	138,6	6,2	326,9	234,3	103,3	523,9	19,1	7,1	—	—	Febr.
—	815,4	801,4	126,4	240,8	142,6	6,2	341,6	258,1	113,2	558,5	19,3	7,6	—	—	März
—	866,5	816,0	136,2	233,2	134,1	6,2	360,3	263,1	116,1	581,6	19,9	7,9	—	—	April
—	874,1	854,0	144,0	233,3	134,1	6,2	365,0	268,2	123,4	610,0	21,7	7,8	—	—	Mai
Girozentralen															
54,3	268,8	794,6	490,5	59,5	17,5	—	214,2	444,0	251,6	682,5	44,3	77,8	0,4	269,8	Jan.
40,9	286,8	821,9	513,8	62,2	17,5	—	222,0	466,5	256,8	707,5	44,7	75,3	0,4	329,7	Febr.
23,7	299,4	833,2	529,4	62,9	18,2	—	217,6	464,2	269,1	728,1	36,7	72,2	0,8	329,6	März
25,0	319,8	863,8	546,0	62,7	19,0	—	229,6	473,3	268,3	753,8	45,6	63,4	1,6	271,8	April
22,6	329,1	883,7	579,6	62,7	19,0	—	244,7	484,9	278,5	782,5	46,9	83,5	1,4	286,2	Mai
Sparkassen															
50,6	—	365,5	123,4	208,8	1,7	—	433,3	8,2	342,9	198,5	11,1	45,8	8,4	216,5	Jan.
45,3	—	383,8	138,1	214,9	3,0	—	438,1	6,0	353,2	219,8	13,1	48,5	8,7	227,3	Febr.
45,1	—	408,1	156,9	217,4	3,8	—	453,6	5,9	376,8	240,8	13,4	51,6	8,9	231,4	März
38,9	—	428,0	177,0	221,2	5,3	—	496,3	6,1	390,3	260,6	13,5	58,7	8,6	231,8	April
39,0	—	441,1	189,5	222,2	4,7	—	493,2	6,4	401,4	279,3	13,8	61,3	7,6	207,4	Mai
Zentralkassen ⁹⁾															
99,0	0,5	61,2	5,1	30,6	15,1	—	78,8	6,5	58,0	4,0	3,8	66,4	26,9	375,7	Jan.
91,3	0,5	68,6	2,8	32,6	16,0	—	76,0	7,6	61,9	4,5	4,6	75,4	19,8	379,3	Febr.
89,1	0,5	71,2	2,9	32,5	16,3	—	68,4	7,0	65,4	4,4	4,2	90,0	14,0	379,5	März
82,0	0,5	73,4	1,9	32,5	16,4	—	76,7	7,4	66,9	4,5	5,9	92,7	12,7	363,0	April
68,6	0,5	74,0	2,3	33,2	17,7	—	77,5	7,5	74,1	4,5	6,1	91,2	12,1	351,3	Mai
Kreditgenossenschaften ⁹⁾															
92,3	0,1	36,7	32,6	134,4	52,8	0,3	112,8	4,9	32,4	20,7	5,8	43,5	56,1	209,4	Jan.
86,8	0,1	38,7	36,7	140,7	56,0	0,3	112,4	3,4	36,8	23,7	5,8	46,2	54,5	218,5	Febr.
83,1	0,2	43,5	41,6	145,5	57,9	0,3	113,1	3,8	37,7	27,7	6,5	48,9	52,1	217,6	März
76,2	0,2	45,7	46,0	148,5	59,5	0,3	119,7	3,9	39,7	30,0	6,3	51,8	48,8	212,9	April
71,7	0,2	46,2	49,8	151,2	62,7	0,4	118,6	3,9	41,2	32,9	7,5	52,9	45,5	203,3	Mai
Sonstige Kreditinstitute															
53,7	—	20,4	4,4	24,4	5,1	4,3	92,3	2,0	15,2	9,8	6,7	18,2	6,4	55,4	Jan.
61,9	—	23,2	4,6	24,4	5,3	4,3	104,5	2,0	15,7	10,5	7,1	19,4	6,2	58,1	Febr.
56,6	—	23,3	4,6	26,3	7,0	4,3	101,8	2,0	15,1	10,6	7,2	20,2	7,5	60,9	März
48,3	—	20,6	4,6	25,3	6,3	4,3	121,6	2,0	13,0	10,8	3,9	23,4	2,9	66,1	April
47,7	—	22,1	3,1	26,2	7,3	5,2	133,0	2,0	12,7	10,8	4,1	22,4	3,3	72,7	Mai
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
10,2	198,7	457,2	180,0	229,7	170,6	170,5	93,8	464,4	27,0	155,9	34,6	39,6	0,0	399,2	Jan.
6,6	201,6	468,2	188,8	230,8	171,1	171,0	124,4	476,0	26,9	165,3	38,9	46,6	0,0	456,1	Febr.
8,8	202,3	481,9	199,5	237,2	177,3	177,3	126,6	488,6	28,5	167,4	38,5	35,9	0,0	398,8	März
10,5	191,7	484,7	208,4	241,9	177,3	177,3	105,5	497,8	29,1	171,1	34,1	32,1	0,0	362,0	April
8,6	193,8	495,4	214,4	241,9	177,3	177,3	114,7	507,6	29,9	185,0	34,7	30,5	0,1	340,9	Mai

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringem Anteil ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. „Überregionale Institute mit Sonderaufgaben“, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Institute stets nur als ein Institut gezählt. Konto sind je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten. — ⁵⁾ Einschließlich Valutaverpflichtungen kreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — ⁸⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, gleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹⁰⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch weitergeleitete Sparkassengeschäft und ihr Geschäft als Girozentrale getrennt berichtet (Rückgang bei den Girozentralen und Zunahme bei der Bankengruppe Sparkassen). „Privatbankiers“ umseitig. — ⁹⁾ Aufgliederung umseitig.

Passiva

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ³⁾	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto ⁴⁾)							aufgenommene Gelder ⁵⁾			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter		
					Sicht- und Termin-einlagen	Wirtschaft und Private		Spar-einlagen			für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite ⁶⁾	
						insgesamt	darunter Anlage-konto						Öffentlich-rechtliche Körperschaften
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
Kreditbanken, Aufgliederung:													
Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen													
1951													
Jan.	30	6 528,1	4 807,0	4 367,2	4 116,5	3 810,1	.	306,4	250,7	439,8	352,8	45,9	0,1
Febr.	30	6 723,6	4 951,8	4 515,6	4 260,8	3 942,6	.	318,2	254,8	436,2	358,7	49,8	0,6
März	30	6 543,8	4 880,5	4 447,6	4 189,8	3 889,3	10,1	300,5	257,8	432,9	353,3	55,4	0,5
April	30	6 630,5	5 020,5	4 568,4	4 305,3	4 018,1	.	287,2	263,1	452,1	371,4	57,4	0,4
Mai	30	6 741,7	5 135,4	4 660,0	4 392,3	4 093,6	.	298,7	267,7	475,4	361,4	53,4	0,2
Staats-, Regional- und Lokalbanken													
Jan.	78	3 866,7	2 462,1	2 246,6	2 044,2	1 490,8	.	553,4	202,4	215,5	103,8	20,4	—
Febr.	78	3 964,3	2 484,5	2 256,2	2 052,7	1 497,7	.	555,0	203,5	228,3	144,5	23,3	—
März	78	3 930,6	2 485,1	2 258,8	2 057,1	1 484,3	16,9	572,8	201,7	226,3	116,9	24,8	0,0
April	79	3 929,1	2 522,1	2 290,9	2 088,2	1 507,5	.	580,7	202,7	231,2	101,7	25,0	0,0
Mai	79	3 960,9	2 528,2	2 300,6	2 095,5	1 495,4	.	600,1	205,1	227,6	127,1	26,4	0,0
Privatbankiers													
Jan.	148	1 339,9	754,4	688,6	655,8	636,2	.	19,6	32,8	65,8	126,4	4,2	4,9
Febr.	147	1 399,6	815,1	740,8	708,3	693,0	.	15,3	32,5	74,3	118,0	4,2	9,2
März	147	1 350,5	800,4	732,5	699,5	684,5	3,7	15,0	33,0	67,9	119,7	4,9	5,4
April	147	1 344,8	795,6	727,1	693,6	679,1	.	14,5	33,5	68,5	120,6	5,3	4,9
Mai	147	1 341,8	792,5	721,3	687,3	670,0	.	17,3	34,0	71,2	125,0	5,4	7,1
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:													
Gewerbliche Zentralkassen													
Jan.	12	227,4	98,2	23,1	23,0	18,2	.	4,8	0,1	75,1	60,5	—	—
Febr.	12	219,5	93,0	22,4	22,3	16,3	.	6,0	0,1	70,6	60,9	—	—
März	12	227,7	85,9	23,8	23,7	18,3	0,3	5,4	0,1	62,1	74,1	—	—
April	12	227,5	108,2	26,7	26,6	21,3	.	5,3	0,1	81,5	48,1	0,1	—
Mai	12	239,6	107,0	25,1	25,0	19,7	.	5,3	0,1	81,9	60,5	5,5	—
Gewerbliche Kreditgenossenschaften													
Jan.	668	1 408,1	959,4	950,7	623,2	581,8	.	41,4	327,5	8,7	148,9	14,2	—
Febr.	667	1 429,0	965,4	955,4	625,9	581,4	.	44,5	329,5	10,0	161,5	16,1	—
März	667	1 424,7	953,9	944,3	614,2	571,6	25,3	42,6	330,1	9,6	161,8	14,1	—
April	667	1 440,3	975,3	966,4	635,4	593,6	.	41,8	331,0	8,9	151,7	14,4	—
Mai	667	1 460,9	990,1	978,9	645,1	599,7	.	45,4	333,8	11,2	158,0	16,9	—
Ländliche Zentralkassen													
Jan.	19	610,1	227,3	94,6	84,0	71,7	.	12,3	10,6	132,7	176,3	5,8	0,1
Febr.	19	644,9	220,8	92,9	82,3	70,8	.	11,5	10,6	127,9	217,9	6,8	—
März	19	622,4	220,6	91,7	81,2	69,5	1,8	11,7	10,5	128,9	204,9	6,6	0,0
April	19	619,1	220,0	96,2	85,6	73,9	.	11,7	10,6	123,8	203,3	9,2	—
Mai	19	609,0	228,2	101,7	91,0	80,0	.	11,0	10,7	126,5	196,8	10,2	0,0
Ländliche Kreditgenossenschaften													
Jan.	1 627	898,7	668,4	667,0	340,1	340,1	.	—	326,9	1,4	121,3	—	—
Febr.	1 627	902,3	654,8	653,4	328,9	328,9	.	—	324,5	1,4	134,2	—	—
März	1 627	904,9	650,3	648,7	327,4	327,4	28,2	—	321,3	1,6	136,7	—	—
April	1 627	906,4	654,6	652,9	332,6	332,6	.	—	320,3	1,7	128,8	—	—
Mai	1 627	914,6	661,3	659,7	339,0	339,0	.	—	320,7	1,6	128,4	—	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit-
²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderungen ent-
Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten. — ³⁾ Einschließlich Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit. — ⁴⁾ Nur
Rentenbank etc. — ⁵⁾ Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen

banken
Bankengruppen

einzelner Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

IV. Monatliche Bankenstatistik
(Bilanzstatistik)

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁸⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948	Eigenkap. von neu gegründeten Instituten ⁷⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Kreditbanken, Aufgliederung:															
Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen															
1951															
478,5	—	195,6	20,9	88,4	13,3	—	584,9	202,0	54,5	8,5	4,3	730,2	1,3	750,2	Jan.
516,9	—	203,3	18,3	92,8	17,7	—	581,8	234,1	58,7	9,3	1,4	739,6	1,5	915,1	Febr.
415,6	—	204,8	20,6	90,1	14,5	—	578,9	212,4	63,3	11,3	1,7	746,8	1,8	806,6	März
301,9	—	222,6	23,9	90,3	14,8	—	599,9	252,2	65,8	12,3	4,0	720,3	2,0	698,1	April
290,7	—	233,3	25,1	90,6	15,1	—	605,2	256,0	73,8	14,5	3,9	757,5	1,2	678,4	Mai
Staats-, Regional- und Lokalbanken															
391,2	209,7	246,5	38,6	122,0	37,8	5,5	292,8	179,7	37,6	72,2	17,4	226,7	9,9	472,1	Jan.
385,3	212,1	253,1	43,5	126,2	41,8	5,5	315,1	180,4	42,3	76,5	22,4	222,6	9,3	576,1	Febr.
342,8	213,5	278,2	46,8	126,4	40,9	5,5	320,9	189,3	44,4	80,0	38,9	240,3	5,4	563,9	März
312,0	217,2	288,1	49,6	127,6	42,1	5,5	310,8	191,6	46,0	84,9	42,7	224,0	5,1	522,9	April
296,6	219,1	297,3	50,2	130,2	42,1	6,5	312,2	196,3	50,6	88,0	43,3	225,2	4,6	537,2	Mai
Privatbankiers															
259,9	—	30,8	29,3	54,5	15,1	—	84,6	25,0	23,4	3,3	12,7	146,1	5,3	397,6	Jan.
256,6	—	33,0	28,5	57,7	17,9	—	90,7	26,4	23,9	3,8	11,9	161,7	5,0	443,0	Febr.
214,7	—	33,8	35,4	59,1	19,2	—	87,4	26,2	26,7	4,4	17,2	139,6	5,0	402,7	März
201,6	—	36,4	37,4	60,4	20,4	—	92,8	29,0	29,9	4,6	15,9	147,9	4,5	360,8	April
195,1	—	37,8	32,9	65,2	24,8	—	93,3	29,9	26,0	5,0	15,5	158,0	3,9	360,2	Mai
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:															
Gewerbliche Zentralkassen															
4,1	—	24,3	3,2	8,4	5,9	—	28,7	5,3	20,4	1,9	—	21,9	6,9	148,2	Jan.
3,7	—	28,6	0,8	8,7	6,0	—	23,8	6,4	21,3	1,9	—	22,7	5,2	152,6	Febr.
3,5	—	28,6	0,9	8,9	6,2	—	25,8	5,6	22,1	1,9	0,0	23,5	5,0	148,7	März
3,0	—	30,0	0,9	9,0	6,4	—	28,3	6,0	23,1	1,9	0,1	23,9	4,5	139,4	April
2,9	—	30,5	1,0	9,2	6,5	—	28,5	6,1	29,0	1,9	0,1	25,6	4,1	134,7	Mai
Gewerbliche Kreditgenossenschaften															
68,5	0,1	23,9	24,2	96,1	46,3	0,3	87,0	4,9	32,4	20,7	5,8	37,7	44,5	179,9	Jan.
62,9	0,1	25,0	27,1	100,2	48,6	0,3	86,8	3,4	36,8	23,7	5,8	39,5	43,0	187,6	Febr.
59,6	0,2	28,9	30,4	102,5	49,9	0,3	87,4	3,8	37,7	27,7	6,5	42,0	41,3	187,4	März
52,3	0,2	29,9	33,8	104,4	51,0	0,3	92,7	3,9	39,7	30,0	6,3	44,5	39,8	182,1	April
48,0	0,2	30,5	36,4	106,0	54,3	0,4	91,7	3,9	41,2	32,9	7,5	45,8	38,2	173,5	Mai
Ländliche Zentralkassen															
94,9	0,5	36,9	1,9	22,2	9,2	—	50,1	1,2	37,6	2,1	3,8	44,5	20,0	227,5	Jan.
87,6	0,5	40,0	2,0	23,9	10,0	—	52,2	1,2	40,6	2,6	4,6	52,7	14,6	226,7	Febr.
85,6	0,5	42,6	2,0	23,6	10,1	—	42,6	1,4	43,3	2,5	4,2	66,5	9,0	230,8	März
79,0	0,5	43,4	1,0	23,5	10,0	—	48,4	1,4	43,8	2,6	5,8	68,8	8,2	223,6	April
65,7	0,5	43,5	1,3	24,0	11,2	—	49,0	1,4	45,1	2,6	6,1	65,6	8,0	216,6	Mai
Ländliche Kreditgenossenschaften															
23,8	—	12,8	8,4	38,3	6,5	—	25,7	5,8	11,6	29,5	Jan.
23,9	—	13,7	9,6	40,5	7,4	—	25,6	6,7	11,5	30,9	Febr.
23,5	—	14,6	11,2	43,0	8,0	—	25,6	6,9	10,8	30,2	März
23,9	—	15,8	12,2	44,1	8,5	—	27,0	7,3	9,0	30,8	April
23,7	—	15,7	13,4	45,2	8,4	—	26,9	7,1	7,3	29,8	Mai

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringem Institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. — stehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁴⁾ Auch die Einlagen auf Festkonto sind je nach dem Neugeschäft seit der Währungsreform. — ⁷⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, wie z. B. die Landwirtschaftliche außerhalb des Landes. — ⁸⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete zweckgebundene Mittel.

noch: 1. Geschäftsbanken

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung2) der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
in Mill. DM

b) Gliederung der Einlagen von Nichtbanken nach Fristigkeit bei den Kreditinstituten im Bundesgebiet
(ohne Spareinlagen)

Stand am Monatsende	Einlagen von Nichtbanken (ohne Spareinlagen)						die Spalten 4 und 6 ¹⁾ gliedern sich in Einlagen mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von:							
	insgesamt ³⁾	davon					30 Tagen bis 89 Tage		90 Tagen bis 179 Tage		180 Tagen bis 359 Tage		360 Tagen und darüber (einschl. Anlagekonten)	
		Sichteinlagen (bis weniger als 30 Tage)		befristete Einlagen ⁵⁾			Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften
		Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	insgesamt	darunter Anlagekonten	Öffentlich-rechtliche Körperschaften								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1950														
Jan.	9 532,0	5 632,2	1 660,2	1 162,0	316,8	1 077,6	306,9	563,0	243,5	174,7	160,9	226,2	417,4	113,7
Febr.	9 581,4	5 529,2	1 567,5	1 221,2	314,1	1 263,5	310,5	662,8	267,8	207,5	178,2	261,9	428,9	131,3
März	9 712,2	5 610,3	1 542,1	1 309,2	312,0	1 250,6	328,1	637,8	296,6	227,6	202,2	232,8	447,2	152,4
April	10 068,7	5 789,2	1 506,6	1 423,2	310,4	1 349,7	374,7	734,5	317,3	209,8	232,2	247,8	463,7	157,6
Mai	10 572,8	6 042,5	1 540,9	1 496,3	308,8	1 493,1	421,8	785,0	312,6	248,9	246,0	272,2	481,4	187,0
Juni	10 611,0	6 073,6	1 375,2	1 757,0	291,7	1 405,2	497,1	641,5	409,1	323,8	285,5	295,0	531,7	144,9
Juli ⁶⁾	11 076,1
Aug.	11 779,7
Sept.	11 972,9	7 017,8	1 338,8	2 079,8	287,6	1 536,5	601,2	744,8	513,7	346,7	360,2	273,1	570,9	171,9
Okt.	12 471,6
Nov. ⁶⁾	12 516,8	7 293,8	1 296,8	2 278,4	.	1 647,8
Dez.	12 752,8	7 191,3	1 405,3	2 422,8	289,0	1 733,4	720,4	695,2	613,7	491,8	391,1	322,3	661,1	224,1
1951														
Jan.	12 835,7	7 178,2	1 281,0	2 575,7	.	1 800,8
Febr.	13 159,5	7 228,7	1 317,8	2 745,8	.	1 867,2
März	13 085,7	7 120,6	1 287,2	2 794,6	283,8	1 883,3	877,9	736,7	770,1	515,3	417,4	398,0	689,8	233,3
April	13 286,0	7 282,5	1 202,0	2 863,1	.	1 938,4
Mai	13 474,0	7 318,2	1 260,2	2 945,2	.	1 950,4

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen. Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — 1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — 2) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — 3) Bis einschließlich Mai 1950 ohne Festkonto. — 4) Ohne die in den Spalten 1 und 4 enthaltenen Einlagen der ländlichen Kreditgenossenschaften, für die eine Aufgliederung auf die Spalten 7 bis 14 nicht vorliegt. — 5) In den befristeten Einlagen ist im Gegensatz zu bisherigen Publikationen auch das Anlagekonto mit erfaßt. — 6) Infolge Änderung des Erhebungsschemas der monatlichen Bankenstatistik werden ab Juni 1950 die Einlagen jeweils nur zum Quartalsultimo nach der Fristigkeit aufgeführt; ab November 1950 fällt die Aufteilung der Einlagen in Sichteinlagen und befristete Einlagen wieder monatlich an, die weitere Aufgliederung der befristeten Einlagen (Sp. 7 bis 14) jedoch weiterhin nur vierteljährlich.

c) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Kreditinstituten

Stand	Spar-einlagen-bestand am Monats-anfang ³⁾	Ein-zahlungen	Aus-zahlungen	Saldo der Ein- und Auszahlungen	Zugänge aus Zinsen	Sonstige ⁴⁾ Veränderungen (z. B. Umstellung, Umbuchung, Zu- bzw. Abgang von Instituten usw.)	Spareinlagenbestand am Monatsende	
							insgesamt ⁵⁾	darunter steuerbegünstigte Spareinlagen
1	2	3	4	5	6	7	8	
1950								
Jan.	2 967,3	309,0	158,3	+ 150,7	15,9	+ 3,0	3 136,9	103,9
Febr.	3 136,9	265,1	147,6	+ 117,5	8,2	+ 4,4	3 267,0	112,2
März	3 267,2	286,6	178,2	+ 108,4	4,5	+ 2,7	3 382,8	122,6
April	3 382,7	278,5	173,8	+ 104,7	2,0	+ 1,9	3 491,3	132,2
Mai	3 491,2	272,6	187,4	+ 85,2	1,4	+ 1,0	3 578,8	142,3
Juni	3 566,9	303,4	189,4	+ 114,0	1,4	+ 12,8	3 695,1	172,4
Juli	3 695,1	254,8	230,0	+ 24,8	0,7	+ 1,1	3 721,7	184,8
Aug.	3 721,7	240,8	225,3	+ 15,5	0,6	— 1,3	3 736,5	194,0
Sept.	3 736,5	255,3	231,1	+ 24,2	0,2	+ 1,5	3 762,4	207,3
Okt.	3 762,4	289,0	215,2	+ 73,8	0,1	— 3,1	3 833,2	222,8
Nov.	3 833,2	265,7	226,8	+ 38,9	0,7	— 0,4	3 872,4	237,6
Dez.	3 872,4	307,5	300,3	+ 7,2	53,0	— 1,2	3 931,4	278,2
1951								
Jan.	3 931,4	267,0	287,9	— 20,3	25,2	+ 0,2	3 936,5	296,5
Febr.	3 936,5	228,9	231,9	— 3,0	8,0	+ 1,0	3 942,5	307,4
März	3 942,5	239,8	255,7	— 15,9	4,3	— 0,2	3 930,7	319,3
April	3 930,7	263,2	241,8	+ 21,4	1,8	+ 0,9	3 954,8	332,6
Mai	3 954,8	254,4	216,8	+ 37,6	0,6	+ 0,8	3 993,8	344,4

*) 1) 2) Siehe die entsprechenden Anmerkungen der vorstehenden Tabelle b). — 3) Bis Mai 1950 auftretende Differenzen gegenüber dem Endbestand des Vormonats erklären sich aus Umbuchungen verschiedener Institute, die ab Juni 1950 in einer Sonderposition erfaßt werden (Spalte 6). — 4) Bis einschließlich Mai 1950 nur Zugänge aus Umstellung.

2. Postscheckämter und Postsparkasse

IV. Monatliche Bankenstatistik
(Bilanzstatistik)

a) Einlagen und Vermögenswerte in Mill. DM

Stand am Monatsende	Einlagen der Postscheck- und Postsparkassenämter ¹⁾											Vermögenswerte ²⁾							
	Einlagen (einschl. Anlagekonto) insgesamt mit ohne Einlagen von Kreditinstituten (Sp. 3+7 Sp. 3+8)		Spalte 1 gliedert sich in:								Einlagen auf Festkonto bei den Postscheck-ämtern	Einlagen auf Postsparkassen-ämtern	Kasse und Bankguthaben	Schatzwechsel des Bundes und der Länder	verzinsliche Wertpapiere	Ausgleichsfordernungen (einschl. angekaufte)	mittel- und langfristige Ausleihungen		
			Einlagen auf Postscheckkonto			davon Einlagen von Nichtbanken		Einlagen von Kreditinstituten	Einlagen auf Postsparkonto								Wirtschaft und Private	Öffentl. Körperschaften	Wirtschaft und Private
	insgesamt (Spalte 4+6)	insgesamt	dar. Anl.-konto	insgesamt	dar. Anlagekonto	insgesamt	dar. Anlagekonto		Postsparkassen-ämtern										
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
1949																			
Jan.	812,4	653,3	604,9	461,0	7,4	123,9	159,1	48,4	3,9	15,0	12,2	—	—	—	—	—	—	—	
März	840,9	673,4	608,7	487,2	8,7	121,5	167,5	64,7	5,8	5,2	7,1	—	—	—	—	—	—	—	
Juni	792,6	679,2	595,1	493,4	8,6	101,7	113,4	84,1	7,6	2,3	1,9	—	—	—	—	—	—	—	
Sept.	812,3	699,3	600,7	498,4	6,1	102,3	113,0	98,6	7,5	1,6	1,2	—	—	—	—	—	—	—	
Dez.	874,1	746,3	645,5	525,1	5,1	120,4	127,8	100,8	6,4	1,3	0,9	—	—	—	—	—	—	—	
1950																			
März	827,7	713,7	591,7	474,6	5,0	117,1	114,0	122,0	6,5	1,1	0,9	175,2	112,7	136,0	308,9	—	61,8	35,1	
Juni	899,7	783,6	645,6	527,8	4,1	117,8	116,1	138,0	6,5	· ³⁾	· ³⁾	158,5	112,7	137,0	319,2	—	142,2	30,1	
Sept.	922,3	804,3	665,7	552,0	4,1	113,7	118,0	138,6	6,7	·	·	132,3	232,7	164,1	214,4	—	149,2	29,6	
Okt.	933,4	818,1	676,8	571,7	4,1	105,1	115,3	141,3	6,7	·	·	109,9	264,3	167,0	214,2	—	148,4	29,6	
Nov.	947,9	823,9	681,1	567,6	4,1	113,5	124,0	142,8	6,8	·	·	108,9	282,6	165,3	214,2	—	147,3	29,6	
Dez.	1 028,3	873,8	732,9	603,0	4,0	129,9	154,5	140,9	6,8	·	·	104,9	367,0	168,1	214,2	—	145,0	29,1	
1951																			
Jan.	932,9	811,1	670,9	565,6	4,0	105,3	121,8	140,2	6,8	·	·	105,3	272,0	168,6	214,4	—	143,5	29,1	
Febr.	953,6	831,1	690,9	581,8	3,9	109,1	122,5	140,2	6,8	·	·	96,6	302,7	169,1	213,8	—	142,3	29,1	
März	1 098,5	873,2	732,9	585,9	3,9	147,0	225,3	140,3	6,8	·	·	154,1	392,3	169,1	213,8	—	140,1	29,1	
April	963,7	839,2	696,4	588,0	3,9	108,4	124,5	142,8	6,7	·	·	86,5	342,1	141,0	213,8	—	161,2	19,1	
Mai	988,8	834,7	688,7	579,1	3,9	109,6	154,1	146,0	6,8	·	·	138,6	309,0	147,5	213,8	—	160,8	19,1	

¹⁾ Lt. Meldungen der Postscheck- und Postsparkassenämter zur Bankenstatistik. — ²⁾ Lt. Angaben des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen. — ³⁾ Ab Juni 1950 sind die Einlagen auf Festkonto in den Spalten 3 und 4 bzw. 8 mit enthalten.

b) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Postsparkassenämtern

in Mill. DM

Stand	Spareinlagenbestand am Monatsanfang	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo der Ein- und Auszahlungen	Zugänge aus Zinsen	sonstige ¹⁾ Veränderungen (z. B. Umstellung, Umbuchung usw.)	Spareinlagenbestand am Monatsende
1949							
Januar	38,8	·	·	·	·	·	44,5
März	51,9	·	·	·	·	·	58,9
Juni	71,9	8,7	7,7	+ 1,0	—	+ 3,6	76,5
September	88,1	11,5	9,9	+ 1,6	0,0	+ 1,4	91,1
Dezember	93,7	9,0	8,9	+ 0,1	0,1	+ 0,5	94,4
1950							
Januar	94,4	14,0	6,3	+ 7,7	0,8	+ 0,4	103,3
Februar	103,3	12,2	6,9	+ 5,3	0,6	+ 0,3	109,5
März	109,5	14,4	8,8	+ 5,6	0,1	+ 0,3	115,5
April	115,5	11,9	8,2	+ 3,7	0,0	+ 0,2	119,4
Mai	119,4	13,8	10,0	+ 3,8	0,1	+ 0,2	123,5
Juni	123,5	18,8	11,9	+ 6,9	0,1	+ 0,2	130,7
Juli	130,7	16,7	14,4	+ 2,3	0,1	+ 0,2	133,3
August	133,3	15,6	17,0	— 1,4	0,1	+ 0,2	132,2
September	132,2	13,7	14,8	— 1,1	0,2	+ 0,2	131,5
Oktober	131,5	14,4	12,1	+ 2,3	0,3	+ 0,2	134,3
November	134,3	13,2	11,9	+ 1,3	0,1	+ 0,3	136,0
Dezember	136,0	10,6	14,2	— 3,6	1,6	+ 0,1	134,1
1951							
Januar	134,1	13,0	13,9	— 0,9	0,1	+ 0,1	133,4
Februar	133,4	11,6	12,2	— 0,6	0,5	+ 0,1	133,4
März	133,4	12,9	13,6	— 0,7	0,7	+ 0,1	133,5
April	133,5	14,2	11,7	+ 2,5	0,0	+ 0,1	136,1
Mai	136,1	16,2	13,1	+ 3,1	0,0	+ 0,0	139,2

¹⁾ Bis einschließlich Mai 1950 nur Zugänge aus Umstellung.

3. Zur Entwicklung der Bausparkassen im Bundesgebiet

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Ausleihungen		Ausgleichsfordernungen		Einlagen und aufgenommene Gelder	
	Hypotheken	Zwischenkredite	im Bestand	verkaufte	Spareinlagen	aufgen. Fremdmittel
	1	2	3	4	5	6
Bausparkassen insgesamt						
1950 Juni	113,2	103,9	52,4	10,6	351,8	26,8
September	149,6	168,6	49,4	13,4	431,9	26,0
Dezember	217,2	190,6	50,3	12,7	502,6	35,8
1951 Januar	235,5	202,1	51,3	11,7	527,6	39,3
Februar	252,7	198,6	51,8	11,1	538,6	40,2
März	265,6	204,9	52,1	10,8	553,6	47,5
April	287,4	204,0	53,8	9,3	560,8	60,2
Mai	307,0	204,1	54,4	8,9	564,3	67,5
Private Bausparkassen						
1950 Juni	72,4	18,3	37,4	9,3	197,0	0,4
September	98,0	33,4	34,5	12,1	236,5	0,9
Dezember	132,2	48,4	35,4	11,4	274,7	1,1
1951 Januar	143,3	53,7	36,4	10,4	287,7	1,3
Februar	154,4	49,5	37,0	9,8	294,0	1,3
März	166,2	47,3	37,4	9,5	307,3	1,8
April	178,8	45,0	38,8	8,0	311,6	2,2
Mai	187,8	47,8	39,0	7,7	316,5	2,1
Öffentl. Bausparkassen						
1950 Juni	40,8	85,6	15,0	1,3	154,8	26,4
September	51,6	135,2	14,9	1,3	195,4	25,1
Dezember	85,0	142,2	14,9	1,3	227,9	34,7
1951 Januar	92,2	148,4	14,9	1,3	239,9	38,0
Februar	98,3	149,1	14,8	1,3	244,6	38,9
März	99,4	157,6	14,7	1,3	246,3	45,7
April	108,6	159,0	15,0	1,3	249,2	58,0
Mai	119,2	156,3	15,4	1,2	247,8	65,4

4. Teilzahlungsfinanzierungsinstitute im Bundesgebiet *)

Beträge in Mill. DM

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ¹⁾	Bilanzsumme	Aktiva					Passiva								Kreditvolumen insgesamt
			Barreserve und Bankguthaben ²⁾	Wechsel	Debitoren	sonstige Aktiva ³⁾	Einlagen	Verpflichtungen aus Anweisungenheften	aufgenommene Gelder	eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	Eigenkapital § 11 KWG	sonstige Passiva ³⁾	Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1950																
Sept.	64	131,2	2,5	64,3	57,5	6,9	17,2	8,3	70,1	1,9	9,4	24,3	3,4	6,2	36,4	164,5
Okt.	65	150,0	3,2	69,7	69,7	7,4	18,5	11,2	78,6	2,6	10,0	29,1	3,8	7,8	51,4	198,8
Nov.	66	172,6	3,7	75,6	85,5	7,8	25,3	14,4	89,6	3,0	10,3	30,0	0,1	10,0	53,3	224,6
Dez.	67	180,8	5,7	60,8	105,1	9,2	15,5	15,9	100,4	5,2	10,8	33,0	0,0	10,3	73,1	249,6
1951																
Jan.	71	188,0	3,5	67,5	107,8	9,2	16,1	10,8	111,3	5,4	11,3	33,1	0,0	12,0	72,1	259,7
Febr.	72	187,9	4,2	66,2	108,3	9,2	16,4	10,2	109,6	5,4	11,6	34,7	0,0	13,7	79,4	267,9
März	73	211,3	4,3	87,1	110,3	9,6	16,9	12,4	111,5	3,3	12,1	55,1	0,0	14,7	60,6	273,0
April	73	216,3	5,2	92,9	108,3	9,9	17,7	13,3	111,6	2,6	13,6	57,5	0,0	15,3	63,7	280,9
Mai	74	226,2	5,8	97,8	111,1	11,5	18,5	14,2	116,9	1,4	13,8	61,4	0,1	15,2	65,3	288,6

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. —
1) Veränderungen entstehen durch Zugang neu berichtender Institute. — 2) Einschließlich Postscheckguthaben. — 3) Nicht identisch mit der gleichnamigen Bilanzposition. Einbezogen sind alle diejenigen Positionen des Ausweises, die in der Tabelle nicht gesondert aufgeführt sind.

V. Kreditvolumen

1. Kurzfristige Kredite¹⁾ der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Geschäftsbanken ²⁾			Zentralbanksystem (BdL und LZB) ⁴⁾	insgesamt	
	nach der monatlichen Bankenstatistik		Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung) ³⁾			
	insgesamt	darunter Valutaforderungen aus der RM-Zeit				
1950						
Januar	10 218	275	161	10 379	374	10 753
Februar	10 604	281	165	10 769	388	11 157
März	10 986	282	169	11 155	420	11 575
April	11 128	284	171	11 299	601	11 900
Mai	11 222	285	172	11 394	1 008	12 402
Juni	11 417	.	175	11 592	1 592 ⁵⁾	13 184 ⁵⁾
Juli	11 593	.	177	11 770	1 418	13 188
August	11 782	.	179	11 961	1 564	13 525
September	12 378	.	185	12 563	1 483	14 046
Oktober	12 981	.	190	13 171	1 583	14 754
November	13 273	.	193	13 466	1 559	15 025
Dezember	13 527	.	196	13 723	1 580	15 303
1951						
Januar	13 730	.	198	13 928	1 311	15 239
Februar	14 114	.	202	14 316	1 517	15 833
März	13 514	.	196	13 710	1 114	14 824
April	13 204	.	192	13 396	1 193	14 589
Mai	13 233	.	192	13 425	1 540	14 965

1) Ohne Kredite an Geldinstitute. — 2) Ohne Teilzahlungsfinanzierungsinstitute (s. vorst. Tabelle); Kontokorrent-, Akzept-, Wechselkredite, Schatzwechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen, sonstige kurzfristige Kredite. — 3) Statistisch nicht erfaßt sind lediglich diejenigen Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. — 4) Schatzwechsel, Kassenvorschüsse, Lombarkredite an die öffentliche Hand, Wertpapiere (einschl. der von Versicherungsunternehmen und Bausparkassen angekauften Ausgleichsforderungen) und Direktkredite an Wirtschaft und Private (letztere nur von den Landeszentralbanken der französischen Zone). — 5) Zunahme in Höhe von 400 Mill. DM bedingt durch die Übertragung des „suspense account-Kredits“.

2. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

a) Bundesgebiet

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung*) 2) der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
in Mill. DM

Stand am Monatsende	Kredite an Nichtbanken														
	insgesamt						von den Spalten 1 bis 6 entfallen auf:								
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁴⁾)	Wirtschaft und Private								
		insgesamt	darunter Akzeptkredite				kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁵⁾)		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		11	12		13	14
1950															
Jan.	10 217,6	6 911,8	2 020,7	3 305,8	2 370,9	9 614,7	6 626,1	1 944,0	2 988,6					2 067,8	
Febr.	10 604,1	7 156,0	1 968,6	3 448,1	2 578,4	9 904,6	6 794,3	1 863,0	3 110,3					2 226,4	
März	10 986,3	7 276,1	2 139,4	3 710,2	2 879,9	10 078,4	6 799,4	2 038,4	3 279,0					2 463,5	
April	11 127,7	7 281,6	2 076,1	3 846,1	3 105,2	10 249,9	6 862,6	1 973,5	3 387,3					2 652,3	
Mai	11 221,9 ⁶⁾	7 261,5	2 027,0	3 960,4 ⁶⁾	3 326,9	10 315,6	6 845,8	1 924,6	3 469,8					2 836,8	
Juni	11 419,5	7 375,4	2 001,8	4 044,1	735,2	3 001,4	10 549,0	7 022,4	2 000,4	3 526,6	687,1	618,4	68,7	2 572,2	
Juli	11 595,2	7 469,0	2 034,6	4 126,2	773,2	3 270,2	10 785,9	7 144,5	2 034,2	3 641,4	712,9	635,6	77,3	2 825,8	
Aug.	11 784,4	7 649,0	2 082,7	4 135,4	815,1	3 669,8	11 025,5	7 330,9	2 082,2	3 694,6	753,0	673,4	79,6	3 181,3	
Sept.	12 376,9 ⁸⁾	8 200,1	2 326,6	4 176,8	853,5	4 019,3	11 611,5 ⁹⁾	7 845,1	2 326,2	3 766,4	782,1	700,5	81,6	3 485,3	
Okt.	12 980,5	8 669,1	2 570,5	4 311,4	897,8	4 424,8	12 303,9	8 305,6	2 568,3	3 998,3	822,6	743,3	79,3	3 797,4	
Nov.	13 271,6	8 787,5	2 504,2	4 484,1	922,5	4 751,8	12 630,3	8 444,3	2 502,9	4 186,0	848,1	774,3	73,8	4 100,5	
Dez.	13 524,1	8 458,6	2 343,9	5 065,5	962,0	5 148,3	12 964,0	8 175,0	2 342,9	4 789,0	883,7	803,5	80,2	4 440,0	
1951															
Jan.	13 705,5 ¹⁰⁾	8 548,6 ¹⁰⁾	2 166,2	5 156,9	992,3 ¹¹⁾	5 395,8	13 097,1 ¹⁰⁾	8 273,5 ¹⁰⁾	2 165,2	4 823,6	910,6 ¹¹⁾	825,9 ¹¹⁾	84,7	4 662,0	
Febr.	14 087,7	8 703,5	2 058,4	5 384,2	1 042,8	5 630,9	13 513,6	8 452,2	2 057,8	5 061,4	956,9	874,3	82,6	4 857,8	
März	13 490,0	8 154,4	1 838,9	5 335,6	1 167,2	5 916,5	12 923,7	7 914,2	1 838,7	5 009,5	1 078,6	987,0	91,6	5 118,8	
April	13 179,3	7 849,0	1 684,0	5 330,3	1 227,6	6 201,8	12 541,1	7 612,3	1 683,9	4 928,8	1 135,8	1 039,5	96,3	5 376,7	
Mai	13 207,7	7 924,1	1 575,2	5 283,6	1 268,3	6 407,9	12 565,7	7 652,2	1 575,1	4 913,5	1 164,3	1 066,0	98,3	5 556,3	
Stand am Monatsende	noch: Kredite an Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute							
	von den Spalten 1 bis 6 entfallen auf:							von den Spalten 1 bis 6 entfallen auf:							
	Öffentlich-rechtliche Körperschaften							Wirtschaft und Private							
	kurzfristige Kredite (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁵⁾)	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁵⁾)	
15	Debitoren	Schatzwechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen, sonstige Wechsel	18	Debitoren	durchlaufende Kredite	21	insgesamt	darunter Akzeptkredite	Wechselobligo der Kundschaft	26	Debitoren	durchlaufende Kredite	29		
1950															
Jan.	602,9	285,7	317,2			303,1	1 730,2	656,0	21,3	1 074,2			218,3		
Febr.	699,5	361,7	337,8			352,0	1 758,9	678,9	22,2	1 080,0			240,3		
März	907,9	476,7	431,2			416,4	1 732,8	664,8	19,7	1 068,0			262,8		
April	877,8	419,0	458,8			452,9	1 703,2	664,9	21,2	1 038,3			273,3		
Mai	906,3 ⁶⁾	415,7	490,6 ⁶⁾			490,1	1 762,2 ⁷⁾	684,5	17,0	1 077,7 ⁷⁾			331,6		
Juni	870,5	353,0	517,5	48,1	42,8	5,3	1 728,7	662,4	20,7	1 066,3	41,0	37,2	3,8	456,5	
Juli	809,3	324,5	484,8	60,3	54,7	5,6	1 765,1	667,5	22,8	1 097,6	49,1	41,6	7,5	496,0	
Aug.	758,9	318,1	440,8	62,1	56,8	5,3	1 759,7	679,4	22,5	1 080,3	47,8	40,3	7,5	543,7	
Sept.	765,4	355,0	410,4	71,4	66,6	4,8	1 835,2	779,7	23,0	1 055,5	45,4	37,8	7,6	608,6	
Okt.	676,6	363,5	313,1	75,2	70,2	5,0	1 856,1	865,9	23,3	990,2	46,3	39,8	6,5	638,4	
Nov.	641,3	343,2	298,1	74,4	70,9	3,5	1 875,6	848,9	24,4	1 026,7	76,6	41,9	34,7	724,6	
Dez.	560,1	283,6	276,5	78,3	75,0	3,3	1 810,6	789,4	19,5	1 021,2	87,8	52,8	35,0	773,1	
1951															
Jan.	608,4	275,1	333,3	81,7	78,3	3,4	1 920,3	892,9	18,4	1 027,4	99,9	64,8	35,1	797,9	
Febr.	574,1	251,3	322,8	85,9	82,6	3,3	1 964,2	920,2	24,1	1 044,0	96,0	59,9	36,1	825,3	
März	566,3	240,2	326,1	88,6	84,8	3,8	1 989,1	999,5	24,0	989,6	110,1	73,7	36,4	851,9	
April	638,2	236,7	401,5	91,8	88,6	3,2	1 902,4	940,8	20,3	961,6	116,1	78,8	37,3	878,1	
Mai	642,0	271,9	370,1	104,0	92,6	11,4	1 903,8	922,4	21,1	981,4	120,3	83,2	37,1	903,2	

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen. Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — 1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — 2) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — 3) Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — 4) Hypotheken, Kommunal-darlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durchlaufende Kredite. — 5) Vgl. Anmerkung 4). — 6) Nachträglicher Zugang in Höhe von 25 Mill. DM durch Korrekturmeldung einer Girozentrale (Abgang bei den Wechselkrediten an Kreditinstitute und Erhöhung der Schatzwechsel). — 7) Vgl. Anmerkung 6). — 8) Zunahme im September 1950 rd. 682 Mill. DM, wenn ein statistisch bedingter Rückgang in Höhe von rd. 89 Mill. DM ausgeschaltet wird. Der Rückgang ist verursacht durch den Abgang von 8 Instituten, die ab September 1950 unter den Teilzahlungsfinanzierungsinstituten berichten. — 9) Vgl. Anmerkung 8). — 10) Enthält statistisch bedingte Abnahme in Höhe von rd. 21 Mill. DM (nachträgliche Korrekturmeldung einer Girozentrale). — 11) Hierin enthalten statistisch bedingte Zunahme in Höhe von rd. 21 Mill. DM (nachträgliche Korrekturmeldung einer Girozentrale).

Stand am Monatsende	Kredite an von den Spalten 1													
	inesamt						Wirtschaft und Private							
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	davon			davon			langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	
		insgesamt	darunter Akzeptkredite				kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	langfristige Kredite (Laufzeit 4 Jahre und mehr)			
								insgesamt	darunter Akzeptkredite			Wechselobligo der Kundschaft		Debitoren
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1951 Bundesgebiet														
Jan.	13 705,5 ⁶⁾	8 548,6 ⁶⁾	2 166,2	5 156,9	992,3 ⁷⁾	5 395,8	13 097,1 ⁶⁾	8 273,5 ⁶⁾	2 165,2	4 823,6	910,6 ⁷⁾	825,9 ⁷⁾	84,7	4 662,0
Febr.	14 087,7	8 703,5	2 058,4	5 384,2	1 042,8	5 630,9	13 513,6	8 452,2	2 057,8	5 061,4	956,9	874,3	82,6	4 857,8
März	13 490,0	8 154,4	1 838,9	5 335,6	1 167,2	5 916,5	12 923,7	7 914,2	1 838,7	5 009,5	1 078,6	987,0	91,6	5 118,8
April	13 179,3	7 849,0	1 684,0	5 330,3	1 227,6	6 201,8	12 541,1	7 612,3	1 683,9	4 928,8	1 135,8	1 039,5	96,3	5 376,7
Mai	13 207,7	7 924,1	1 575,2	5 283,6	1 268,3	6 407,9	12 565,7	7 652,2	1 575,1	4 913,5	1 164,3	1 066,0	98,3	5 556,3
Baden														
Jan.	303,3	218,6	39,5	84,7	24,1	46,5	279,0	205,8	39,5	73,2	20,4	18,6	1,8	40,9
Febr.	313,0	227,1	38,6	85,9	25,4	50,1	283,2	209,9	38,6	73,3	21,7	20,3	1,4	44,5
März	295,1	212,7	38,8	82,4	28,0	55,7	269,9	198,4	38,8	71,5	24,1	22,2	1,9	48,5
April	301,3	218,4	36,2	82,9	30,0	59,2	272,4	199,6	36,2	72,8	24,6	22,3	2,3	51,7
Mai	298,7	216,6	34,5	82,1	31,1	61,0	274,3	202,0	34,5	72,3	25,2	22,4	2,8	53,2
Bayern														
Jan.	2 122,8	1 494,2	429,1	628,6	138,8	1 023,1	1 993,9	1 382,6	428,9	611,3	130,3	122,2	8,1	885,6
Febr.	2 170,6	1 478,3	419,4	692,3	149,4	1 054,6	2 049,1	1 399,7	419,3	649,4	140,5	131,8	8,7	911,9
März	2 055,9	1 368,6	384,1	687,3	174,0	1 106,8	1 948,6	1 289,3	383,9	659,3	166,4	158,0	8,4	958,9
April	1 978,8	1 301,1	351,5	677,7	206,1	1 152,5	1 862,4	1 220,9	351,4	641,5	198,6	190,3	8,3	998,1
Mai	1 990,2	1 325,9	323,2	664,3	204,7	1 198,4	1 859,7	1 227,6	323,1	632,1	197,3	189,1	8,2	1 036,3
Bremen														
Jan.	473,6	289,7	126,8	183,9	9,7	238,6	473,0	289,2	126,8	183,8	9,7	9,0	0,7	231,4
Febr.	484,6	285,9	114,1	198,7	10,3	243,5	483,8	285,2	114,1	198,6	10,3	9,4	0,9	236,2
März	461,8	262,5	90,4	199,3	8,7	248,3	461,0	261,7	90,4	199,3	8,7	7,8	0,9	241,1
April	424,5	234,1	64,4	190,4	9,2	251,8	423,8	233,4	64,4	190,4	9,2	7,9	1,3	244,5
Mai	415,8	232,8	54,5	183,0	12,5	257,8	415,2	232,2	54,5	183,0	12,5	8,5	4,0	250,6
Hamburg														
Jan.	1 750,1 ⁶⁾	1 110,1 ⁶⁾	508,8	640,0	95,9 ⁷⁾	217,8	1 734,3 ⁶⁾	1 107,8 ⁶⁾	508,8	626,5	95,7 ⁷⁾	88,0 ⁷⁾	7,7	217,1
Febr.	1 749,1	1 108,8	455,5	640,3	101,7	224,2	1 734,4	1 106,7	455,5	627,7	101,5	94,0	7,5	223,3
März	1 646,2	1 014,3	386,6	631,9	105,9	229,9	1 632,1	1 012,1	386,6	620,0	105,7	96,4	9,3	229,0
April	1 639,9	1 002,4	364,6	637,5	108,2	244,7	1 617,0	1 000,3	364,6	616,7	108,0	99,2	8,8	243,9
Mai	1 641,8	1 009,8	351,2	632,0	111,1	253,2	1 628,8	1 007,6	351,2	621,2	110,9	104,1	6,8	252,4
Hessen														
Jan.	1 193,1	756,8	136,8	436,3	86,3	303,7	1 171,2	749,6	136,7	421,6	80,4	71,2	9,2	246,7
Febr.	1 240,0	788,3	145,8	451,7	93,2	318,0	1 215,5	782,2	145,8	433,3	87,5	77,6	9,9	260,1
März	1 150,8	703,6	127,0	447,2	130,9	323,9	1 128,9	699,0	127,0	429,9	125,0	112,4	12,6	265,8
April	1 141,5	692,6	117,8	448,9	139,2	334,3	1 111,0	686,2	117,8	424,8	133,0	120,4	12,6	277,8
Mai	1 113,0	686,4	109,3	426,6	138,5	345,8	1 092,8	679,3	109,3	413,5	132,9	119,5	13,4	287,7
Niedersachsen														
Jan.	1 072,0	673,5	82,0	398,5	39,6	668,9	1 031,8	648,7	82,0	383,1	38,3	29,3	9,0	553,4
Febr.	1 106,8	700,5	73,5	406,3	40,3	692,5	1 055,0	664,6	73,5	390,4	38,9	31,2	7,7	573,6
März	1 059,6	679,9	65,6	379,7	40,9	749,3	1 009,6	645,4	65,6	364,2	39,3	31,2	8,1	639,9
April	998,1	628,9	54,5	369,2	44,7	786,4	953,4	604,0	54,5	349,4	43,0	32,4	10,6	673,0
Mai	1 014,0	640,1	50,3	373,9	46,5	806,2	957,2	605,0	50,3	352,2	44,8	33,9	10,9	690,0

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute betrug 0,1%. — 2) Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — 3) Hypotheken, Kommunalanleihen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige Kredite einer Girozentrale. — 4) Hierin enthalten statistisch bedingte Zunahme in Höhe von rd. 21 Mill. DM (nachträgliche Korrekturmeldung einer Girozentrale).

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute											Stand am Monatsende
bis 6 entfallen auf:							kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾				
Öffentlich-rechtliche Körperschaften								Debitoren		Wechselobligo der Kundschaft		Debitoren	durchlaufende Kredite					
kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾		insgesamt	darunter Akzeptkredite						insgesamt	durchlaufende Kredite		
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29				
Bundesgebiet																		
608,4	275,1	333,3	81,7	78,3	3,4	733,8	1 920,3	892,9	18,4	1 027,4	99,9	64,8	35,1	797,9	Jan.			
574,1	251,3	322,8	85,9	82,6	3,3	773,1	1 964,2	920,2	24,1	1 044,0	96,0	59,9	36,1	825,3	Febr.			
566,3	240,2	326,1	88,6	84,8	3,8	797,7	1 989,1	999,5	24,0	989,6	110,1	73,7	36,4	851,9	März			
638,2	236,7	401,5	91,8	88,6	3,2	825,1	1 902,4	940,8	20,3	961,6	116,1	78,8	37,3	878,1	April			
642,0	271,9	370,1	104,0	92,6	11,4	851,6	1 903,8	922,4	21,1	981,4	120,3	83,2	37,1	903,2	Mai			
Baden																		
24,3	12,8	11,5	3,7	3,7	—	5,6	41,3	19,1	—	22,2	4,0	4,0	—	2,5	Jan.			
29,8	17,2	12,6	3,7	3,7	—	5,6	40,7	19,1	—	21,6	4,2	4,2	—	2,8	Febr.			
25,2	14,3	10,9	3,9	3,7	0,2	7,2	44,2	23,8	—	20,4	4,4	4,4	—	3,0	März			
28,9	18,8	10,1	5,4	4,9	0,5	7,5	41,5	21,4	—	20,1	4,4	4,4	—	3,0	April			
24,4	14,6	9,8	5,9	5,1	0,8	7,8	40,6	22,0	—	18,6	4,5	4,5	—	2,9	Mai			
Bayern																		
128,9	111,6	17,3	8,5	6,1	2,4	137,5	278,3	164,4	1,5	113,9	44,1	15,3	28,8	57,0	Jan.			
121,5	78,6	42,9	8,9	6,5	2,4	142,7	293,4	165,8	1,7	127,6	45,0	15,1	29,9	59,2	Febr.			
107,3	79,3	28,0	7,6	5,3	2,3	147,9	305,2	175,8	1,5	129,4	45,4	15,4	30,0	62,0	März			
116,4	80,2	36,2	7,5	6,1	1,4	154,4	291,0	172,3	1,0	118,7	45,9	15,7	30,2	66,1	April			
130,5	98,3	32,2	7,4	5,9	1,5	162,1	289,8	174,9	1,0	114,9	45,9	15,7	30,2	67,6	Mai			
Bremen																		
0,6	0,5	0,1	—	—	—	7,2	62,1	47,6	—	14,5	—	—	—	38,5	Jan.			
0,8	0,7	0,1	—	—	—	7,3	56,6	43,5	—	13,1	—	—	—	38,2	Febr.			
0,8	0,8	0,0	—	—	—	7,2	52,7	40,6	—	12,1	2,5	2,5	—	38,4	März			
0,7	0,7	0,0	—	—	—	7,3	45,1	36,7	—	8,4	2,5	2,5	—	38,4	April			
0,6	0,6	0,0	—	—	—	7,2	37,6	28,3	—	9,3	0,0	0,0	—	44,1	Mai			
Hamburg																		
15,8	2,3	13,5	0,2	0,2	—	0,7	95,9	48,5	4,2	47,4	3,9	1,6	2,3	12,7	Jan.			
14,7	2,1	12,6	0,2	0,2	—	0,9	106,8	61,0	3,9	45,8	5,2	2,9	2,3	13,6	Febr.			
14,1	2,2	11,9	0,2	0,2	—	0,9	93,0	51,8	4,4	41,2	5,7	3,4	2,3	13,5	März			
22,9	2,1	20,8	0,2	0,2	—	0,8	89,4	46,6	4,0	42,8	5,9	3,6	2,3	13,6	April			
13,0	2,2	10,8	0,2	0,2	—	0,8	88,1	44,1	3,7	44,0	6,3	4,1	2,2	13,6	Mai			
Hessen																		
21,9	7,2	14,7	5,9	5,9	—	57,0	208,1	74,5	5,1	133,6	4,0	3,0	1,0	16,5	Jan.			
24,5	6,1	18,4	5,7	5,7	—	57,9	214,2	84,1	10,0	130,1	3,4	2,4	1,0	16,8	Febr.			
21,9	4,6	17,3	5,9	5,9	—	58,1	208,9	92,1	10,5	116,8	10,7	9,6	1,1	18,7	März			
30,5	6,4	24,1	6,2	6,2	—	56,5	207,7	95,4	9,2	112,3	14,1	13,0	1,1	26,0	April			
20,2	7,1	13,1	5,6	5,6	0,0	58,1	231,8	97,3	10,7	134,5	15,1	14,0	1,1	26,3	Mai			
Niedersachsen																		
40,2	24,8	15,4	1,3	0,8	0,5	115,5	197,1	106,5	0,2	90,6	3,0	3,0	—	84,5	Jan.			
51,8	35,9	15,9	1,4	0,9	0,5	118,9	204,8	113,0	0,1	91,8	3,0	3,0	—	86,6	Febr.			
50,0	34,5	15,5	1,6	0,9	0,7	109,4	209,6	119,9	0,1	89,7	3,2	3,2	—	88,5	März			
44,7	24,9	19,8	1,7	1,0	0,7	113,4	182,4	98,7	0,1	83,7	2,0	2,0	—	91,8	April			
56,8	35,1	21,7	1,7	1,0	0,7	116,2	170,4	96,5	0,0	73,9	2,9	2,9	—	91,7	Mai			

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
durchlaufende Kredite. — ⁵⁾ Vgl. Anmerkung ⁴⁾. — ⁶⁾ Enthält statistisch bedingte Abnahme in Höhe von rd. 21 Mill. DM (nachträgliche Korrekturmeldung)

Stand am Monats- ende	Kredite an													
	insgesamt						von den Spalten 1							
	kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- fende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	Wirtschaft und Private							
		Debitoren					kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- fende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	
		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite					ins- gesamt	darunter Akzept- kredite		Wechsel- obligo der Kund- schaft	Debitoren		durch- laufende Kredite
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1951														
Nordrhein-Westfalen														
Jan.	3 707,0	2 084,7	391,5	1 622,3	282,7	1 167,4	3 589,4	2 069,8	390,7	1 519,6	269,5	239,7	29,8	976,3
Febr.	3 834,8	2 165,7	378,8	1 669,1	292,3	1 236,8	3 751,4	2 154,9	378,3	1 596,5	275,5	249,8	25,7	1 026,2
März	3 777,6	2 093,7	353,4	1 683,9	320,9	1 299,5	3 659,3	2 084,2	353,4	1 575,1	302,2	273,9	28,3	1 070,8
April	3 717,3	2 019,4	333,3	1 697,9	334,9	1 387,9	3 523,7	2 002,5	333,3	1 521,2	314,6	285,8	28,8	1 150,4
Mai	3 724,3	2 043,3	304,1	1 681,0	348,8	1 447,5	3 542,0	2 028,6	304,1	1 513,4	324,4	297,4	27,0	1 200,1
Rheinland-Pfalz														
Jan.	573,9	402,9	90,3	171,0	41,8	145,8	554,9	391,7	90,3	163,2	39,3	38,8	0,5	123,6
Febr.	587,4	411,1	87,9	176,3	43,9	150,4	568,7	400,2	87,9	168,5	41,7	40,5	1,2	127,3
März	557,9	385,4	82,9	172,5	44,6	162,9	539,2	374,3	82,9	164,9	42,7	41,4	1,3	138,6
April	539,6	370,0	73,9	169,6	43,7	171,5	522,2	360,0	73,9	162,2	42,2	40,8	1,4	144,5
Mai	530,3	364,5	69,8	165,8	45,4	176,8	517,2	356,9	69,8	160,3	42,8	41,2	1,6	148,9
Schleswig-Holstein														
Jan.	452,5	268,3	57,3	184,2	46,4	272,3	437,0	253,4	57,3	183,6	43,8	40,2	3,6	236,3
Febr.	454,8	262,3	55,2	192,5	48,2	284,7	442,8	250,9	55,2	191,9	45,6	42,0	3,6	247,5
März	457,5	244,6	51,1	212,9	49,4	305,9	445,9	233,6	51,1	212,3	46,9	43,4	3,5	265,3
April	449,2	236,1	47,8	213,1	39,4	326,4	434,3	221,9	47,8	212,4	36,9	33,5	3,4	283,9
Mai	456,9	232,9	45,4	224,0	47,9	336,2	442,1	218,7	45,4	223,4	37,4	33,2	4,2	292,9
Württemberg-Baden														
Jan.	1 344,0	948,8	264,5	395,2	135,0	803,2	1 321,1	936,0	264,5	385,1	96,3	86,5	9,8	662,0
Febr.	1 368,7	960,7	251,4	408,0	148,1	836,6	1 350,0	947,2	251,4	402,8	109,1	97,7	11,4	688,3
März	1 308,2	894,9	228,2	413,3	168,5	871,8	1 282,6	878,6	228,2	404,0	128,9	116,5	12,4	719,7
April	1 291,5	863,7	210,2	427,8	171,5	907,0	1 265,8	847,4	210,2	418,4	131,7	117,5	14,2	751,0
Mai	1 311,6	877,5	204,8	434,1	180,4	931,6	1 284,4	860,9	204,8	423,5	142,1	127,2	14,9	773,4
Württemberg-Hohenzollern														
Jan.	266,9	203,5	28,0	63,4	9,6	54,3	255,8	195,3	28,0	60,5	9,2	7,1	2,1	43,4
Febr.	281,5	213,1	26,7	68,4	12,0	57,5	269,1	203,6	26,7	65,5	11,9	9,8	2,1	45,5
März	272,1	200,2	21,8	71,9	13,6	63,7	260,8	190,6	21,8	70,2	13,5	11,4	2,1	51,4
April	266,8	194,5	18,3	72,3	14,7	68,2	255,1	184,6	18,3	70,5	14,5	12,6	1,9	55,3
Mai	264,6	193,2	16,8	71,4	15,4	71,4	251,1	181,5	16,8	69,6	15,2	13,5	1,7	58,1
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben														
Jan.	446,4	97,6	11,6	348,8	82,6	454,3	255,8	43,8	11,6	212,0	77,8	75,2	2,6	445,5
Febr.	496,3	101,6	11,5	394,7	78,1	482,1	310,5	47,1	11,5	263,4	72,8	70,1	2,7	473,3
März	447,4	94,1	9,1	353,3	81,7	498,8	285,8	46,9	9,1	238,9	75,3	72,5	2,8	489,9
April	430,7	87,8	11,6	342,9	86,0	512,0	299,9	51,4	11,6	248,5	79,5	76,8	2,7	502,7
Mai	446,5	101,3	11,3	345,2	85,7	522,4	301,0	52,0	11,3	249,0	78,6	75,9	2,7	513,0

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kre-
— 2) Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — 3) Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute										Stand am Monats- ende
bis 6 entfallen auf:							kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾			
Öffentlich-rechtliche Körperschaften								Debitoren		Wech- sel- obli- go der Kund- schaft		Debi- toren	durch- lau- fende Kredite				
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾		ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- kredite						Debi- toren	durch- lau- fende Kredite	
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29			
Nordrhein-Westfalen																1951	
117,6	14,9	102,7	13,2	13,2	—	191,1	462,5	151,0	2,2	311,5	21,1	20,5	0,6	236,3	Jan.		
83,4	10,8	72,6	16,8	16,8	—	210,6	477,4	149,9	1,9	327,5	13,3	12,7	0,6	242,0	Febr.		
118,3	9,5	108,8	18,7	18,7	—	228,7	468,4	176,4	1,0	292,0	14,0	13,2	0,8	250,9	März		
193,6	16,9	176,7	20,3	20,3	—	237,5	465,8	170,0	1,4	295,8	16,3	15,5	0,8	255,2	April		
182,3	14,7	167,6	24,4	24,4	—	247,4	461,2	153,8	—	307,4	18,1	17,2	0,9	266,0	Mai		
Rheinland-Pfalz																	
19,0	11,2	7,8	2,5	2,5	—	22,2	165,3	92,9	0,2	72,4	1,9	1,9	—	15,5	Jan.		
18,7	10,9	7,8	2,2	2,2	—	23,1	168,0	96,5	1,2	71,5	2,0	2,0	—	15,9	Febr.		
18,7	11,1	7,6	1,9	1,9	—	24,3	169,5	98,5	1,5	71,0	1,9	1,9	—	16,8	März		
17,4	10,0	7,4	1,5	1,5	—	27,0	163,8	95,9	1,9	67,9	1,8	1,8	—	17,3	April		
13,1	7,6	5,5	2,6	2,6	—	27,9	163,6	94,9	0,8	68,7	2,2	2,2	—	17,0	Mai		
Schleswig-Holstein																	
15,5	14,9	0,6	2,6	2,6	—	36,0	85,6	32,4	0,0	53,2	2,9	1,1	1,8	12,9	Jan.		
12,0	11,4	0,6	2,6	2,6	—	37,2	88,9	34,0	0,0	54,9	2,9	1,1	1,8	13,1	Febr.		
11,6	11,0	0,6	2,5	2,3	0,2	40,6	95,7	37,2	0,0	58,5	2,9	1,2	1,7	13,1	März		
14,9	14,2	0,7	2,5	2,3	0,2	42,5	87,9	29,7	—	58,2	2,9	1,2	1,7	13,1	April		
14,8	14,2	0,6	10,5	2,5	8,0	43,3	87,9	28,5	—	59,4	2,5	1,0	1,5	13,1	Mai		
Württemberg-Baden																	
22,9	12,8	10,1	38,7	38,3	0,4	141,2	202,9	104,8	3,9	98,1	2,3	1,9	0,4	35,3	Jan.		
18,7	13,5	5,2	39,0	38,6	0,4	148,3	187,1	101,1	4,7	86,0	3,1	2,7	0,4	37,7	Febr.		
25,6	16,3	9,3	39,6	39,2	0,4	152,1	212,4	123,8	4,7	88,6	6,0	5,6	0,4	38,2	März		
25,7	16,3	9,4	39,8	39,4	0,4	156,0	205,2	118,5	2,3	86,7	6,8	5,9	0,9	39,0	April		
27,2	16,6	10,6	38,3	37,9	0,4	158,2	205,7	119,4	2,1	86,3	7,3	6,4	0,9	39,2	Mai		
Württemberg-Hohenzollern																	
11,1	8,2	2,9	0,4	0,4	—	10,9	32,9	21,6	1,1	11,3	5,3	5,3	—	9,7	Jan.		
12,4	9,5	2,9	0,1	0,1	—	12,0	37,0	26,0	0,5	11,0	5,2	5,2	—	11,2	Febr.		
11,3	9,6	1,7	0,1	0,1	—	12,3	40,5	28,2	0,4	12,3	5,1	5,1	—	11,4	März		
11,7	9,9	1,8	0,2	0,2	—	12,9	38,5	26,2	0,4	12,3	5,1	5,1	—	12,1	April		
13,5	11,7	1,8	0,2	0,2	—	13,3	39,0	28,7	0,2	10,3	5,1	5,1	—	12,1	Mai		
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																	
190,6	53,8	136,8	4,8	4,8	—	8,8	88,4	29,6	—	58,8	7,3	7,1	0,2	276,3	Jan.		
185,8	54,5	131,3	5,3	5,3	—	8,8	89,5	26,3	—	63,2	8,9	8,7	0,2	287,9	Febr.		
161,6	47,2	114,4	6,4	6,4	—	8,9	89,0	31,4	—	57,6	8,4	8,2	0,2	297,5	März		
130,8	36,4	94,4	6,5	6,5	—	9,3	84,3	29,4	—	54,9	8,6	8,2	0,4	302,4	April		
145,5	49,3	96,2	7,1	7,1	—	9,4	88,2	34,0	2,7	54,2	10,4	10,2	0,2	309,5	Mai		

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
dinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
durchlaufende Kredite. — ⁵⁾ Vgl. Anmerkung ⁴⁾.

Stand am Monatsende	Kredite an													
	insgesamt										von den Spalten 1			
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	Wirtschaft und Private						
		Debitoren		Wechselobligo der Kundschaft				kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾
insgesamt	darunter Akzeptkredite	insgesamt	darunter Akzeptkredite		insgesamt	darunter Akzeptkredite	Debitoren		durchlaufende Kredite					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1951 Alle Banken														
Jan.	13 705,5 ⁹⁾	8 548,6 ⁹⁾	2 166,2	5 156,9	992,3 ⁹⁾	5 395,8	13 097,1 ⁸⁾	8 273,5 ⁸⁾	2 165,2	4 823,6	910,6 ⁹⁾	825,9 ⁹⁾	84,7	4 662,0
Febr.	14 087,7	8 703,5	2 058,4	5 384,2	1 042,8	5 630,9	13 513,6	8 452,2	2 057,8	5 061,4	956,9	874,3	82,6	4 857,8
März	13 490,0	8 154,4	1 838,9	5 335,6	1 167,2	5 916,5	12 923,7	7 914,2	1 838,7	5 009,5	1 078,6	987,0	91,6	5 118,8
April	13 179,3	7 849,0	1 684,0	5 330,3	1 227,6	6 201,8	12 541,1	7 612,3	1 683,9	4 928,8	1 135,8	1 039,5	96,3	5 376,7
Mai	13 207,7	7 924,1	1 575,2	5 283,6	1 268,3	6 407,9	12 565,7	7 652,2	1 575,1	4 913,5	1 164,3	1 066,0	98,3	5 556,3
Kreditbanken +)														
Jan.	8 518,5	5 101,0	1 794,5	3 317,5	196,9	656,1	8 243,0	4 993,7	1 793,6	3 249,3	192,7	155,9	36,8	627,9
Febr.	8 665,4	5 186,4	1 710,8	3 479,0	231,4	685,7	8 516,2	5 106,5	1 710,2	3 409,7	225,6	191,8	33,8	656,0
März	8 162,9	4 773,4	1 524,7	3 389,5	332,1	729,2	8 040,8	4 697,9	1 524,5	3 342,9	324,7	282,6	42,1	712,4
April	7 989,0	4 610,6	1 396,3	3 378,4	393,1	774,6	7 812,0	4 532,5	1 396,1	3 279,5	384,2	338,5	45,7	757,5
Mai	8 056,9	4 690,4	1 312,1	3 366,5	414,2	803,2	7 874,9	4 596,1	1 312,0	3 278,8	402,0	361,1	40,9	785,6
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten														
Jan.	23,9	11,8	—	12,1	23,8	1 561,4	7,9	7,7	—	0,2	22,3	16,8	5,5	1 408,4
Febr.	21,5	11,1	—	10,4	21,8	1 614,2	8,4	8,2	—	0,2	20,2	14,6	5,6	1 455,1
März	25,0	9,7	—	15,3	22,0	1 689,2	8,1	7,8	—	0,3	20,5	14,5	6,0	1 524,9
April	34,3	16,7	—	17,6	21,3	1 742,1	9,5	9,2	—	0,3	19,5	13,3	6,2	1 571,9
Mai	32,5	14,8	—	17,7	21,8	1 790,0	8,0	7,6	—	0,4	20,2	13,8	6,4	1 614,4
Girozentralen														
Jan.	895,9 ⁹⁾	504,8 ⁹⁾	70,1	391,1	220,1 ⁹⁾	1 146,1	768,2 ⁸⁾	441,9 ⁸⁾	70,1	326,3	174,0 ⁹⁾	152,0 ⁹⁾	22,0	733,2
Febr.	916,2	529,2	82,5	387,0	226,6	1 199,6	783,6	458,7	52,5	324,9	178,2	156,8	21,4	813,1
März	949,7	488,5	36,4	461,2	231,8	1 241,4	773,2	415,4	36,4	357,8	182,7	161,2	21,5	833,2
April	910,4 ⁹⁾	426,9 ⁹⁾	37,2	483,5	224,1	1 289,6	702,9 ⁹⁾	362,8 ⁹⁾	37,2	340,1	174,5	153,0	21,5	875,2
Mai	926,6	458,5	36,7	468,1	241,9	1 327,3	730,7	380,6	36,7	350,1	182,6	155,4	27,2	902,2
Sparkassen														
Jan.	2 207,1	1 690,4	49,0	516,7	289,8	1 439,8	2 113,4	1 644,9	48,9	468,5	270,5	260,4	10,1	1 262,4
Febr.	2 248,7	1 717,3	48,2	531,4	302,1	1 501,3	2 159,7	1 675,2	48,2	484,5	283,3	272,6	10,7	1 316,2
März	2 196,3	1 665,8	45,4	530,5	313,6	1 597,3	2 111,5	1 624,6	45,4	486,9	295,5	284,7	10,8	1 401,8
April	2 169,3 ⁷⁾	1 636,1 ⁷⁾	41,3	533,2	317,0	1 713,5	2 081,3 ⁷⁾	1 586,8 ⁷⁾	41,3	494,5	298,5	286,9	11,6	1 503,3
Mai	2 120,1	1 601,7	38,2	518,4	317,2	1 789,5	2 037,7	1 559,8	38,2	477,9	299,9	288,1	11,8	1 569,5
Zentralkassen °)														
Jan.	310,0	168,2	101,0	141,8	2,5	21,8	309,2	167,9	101,0	141,3	2,4	2,4	0,0	21,8
Febr.	309,4	162,2	95,0	147,2	2,5	23,3	308,6	161,9	95,0	146,7	2,4	2,4	0,0	23,3
März	305,2	157,5	94,3	147,7	3,0	24,0	304,1	157,2	94,3	146,9	2,9	2,9	0,0	24,0
April	286,4	143,5	83,5	142,9	3,5	26,5	285,3	143,2	83,5	142,1	3,4	3,4	0,0	26,5
Mai	269,6	130,9	72,0	138,7	4,0	27,5	269,0	130,6	72,0	138,4	3,9	3,9	0,0	27,5
Kreditgenossenschaften °)														
Jan.	1 185,2	830,8	82,8	354,4	149,7	106,5	1 181,7	829,7	82,8	352,0	144,0	137,8	6,2	102,8
Febr.	1 202,9	845,8	76,8	357,1	153,9	112,4	1 199,8	844,9	76,8	354,9	148,0	141,1	6,9	108,5
März	1 176,2	822,0	71,0	354,2	155,4	124,4	1 173,0	821,1	71,0	351,9	149,3	142,5	6,8	120,5
April	1 143,7	792,7	63,4	351,0	155,0	133,9	1 140,4	791,7	63,4	348,7	148,7	141,5	7,2	130,0
Mai	1 133,6	791,6	57,2	342,0	155,5	138,6	1 130,3	790,6	57,2	339,7	149,2	141,5	7,7	134,6
Sonstige Kreditinstitute														
Jan.	218,5	144,1	57,4	74,4	26,8	10,0	217,8	143,9	57,4	73,9	26,8	25,3	1,5	10,0
Febr.	227,2	149,8	63,6	77,4	26,5	12,3	226,8	149,7	63,6	77,1	26,5	25,0	1,5	12,3
März	227,1	143,3	57,9	83,8	27,6	12,3	227,1	143,3	57,9	83,8	27,6	26,1	1,5	12,3
April	215,6	134,7	50,8	80,9	27,6	9,6	209,7	134,7	50,8	75,0	27,6	26,0	1,6	9,6
Mai	221,9	134,9	47,7	87,0	27,9	9,6	214,1	134,9	47,7	79,2	27,9	26,3	1,6	9,6
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben														
Jan.	446,4	97,6	11,6	348,8	82,6	454,3	255,8	43,8	11,6	212,0	77,8	75,2	2,6	445,5
Febr.	496,3	101,6	11,5	394,7	78,1	482,1	310,5	47,1	11,5	263,4	72,8	70,1	2,7	473,3
März	447,4	94,1	9,1	353,3	81,7	498,8	285,8	46,9	9,1	238,9	75,3	72,5	2,8	489,9
April	430,7	87,8	11,6	342,9	86,0	512,0	299,9	51,4	11,6	248,5	79,5	76,8	2,7	502,7
Mai	446,5	101,3	11,3	345,2	85,7	522,4	301,0	52,0	11,3	249,0	78,6	75,9	2,7	513,0

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit-
— 2) Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — 3) Hypotheken, Kommundarlehnen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige bank Wiesbaden über das Sparkassengeschäft und ihr Geschäft als Girozentrale getrennt berichtet (Abnahme bei den Girozentralen und Zunahme Korrekturmeldung eines Instituts). — 4) Darin enthalten statistisch bedingte Zunahme in Höhe von rd. 21 Mill. DM (nachträgliche Korrekturmeldung eines — 5) Aufgliederung umseitig.

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

gruppen
und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute												Stand am Monats- ende
bis 6 entfallen auf:							davon						davon			lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾			
Öffentlich-rechtliche Körperschaften							Debitoren		Wechsel- obligo der Kund- schaft	mittelf- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)		durch- lau- fende Kredite							
kurz- fristige Kredite in- gesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Lauf- zeit bis weniger als 6 Monate)	Debitoren		Wechsel- obligo der Kund- schaft	mittelf- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)		durch- lau- fende Kredite						
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29					
Alle Banken															1951				
608,4	275,1	333,3	81,7	78,3	3,4	733,8	1 920,3	892,9	18,4	1 027,4	99,9	64,8	35,1	797,9	Jan.				
574,1	251,3	322,8	85,9	82,6	3,3	773,1	1 964,2	920,2	24,1	1 044,0	96,0	59,9	36,1	825,3	Febr.				
566,3	240,2	326,1	88,6	84,8	3,8	797,7	1 989,1	999,5	24,0	989,6	110,1	73,7	36,4	851,9	März				
638,2	236,7	401,5	91,8	88,6	3,2	825,1	1 902,4	940,8	20,3	961,6	116,1	78,8	37,3	878,1	April				
642,0	271,9	370,1	104,0	92,6	11,4	851,6	1 903,8	922,4	21,1	981,4	120,3	83,2	37,1	903,2	Mai				
Kreditbanken +)																			
175,5	107,3	68,2	4,2	2,8	1,4	28,2	293,1	112,5	11,9	180,6	32,5	1,1	31,4	2,2	Jan.				
149,2	79,9	69,3	5,8	4,4	1,4	29,7	356,7	129,4	17,2	227,3	34,4	1,8	32,6	2,4	Febr.				
122,1	75,5	46,6	7,4	5,6	1,8	16,8	350,8	133,5	17,9	217,3	43,1	10,5	32,6	2,4	März				
177,0	78,1	98,9	8,9	6,9	2,0	17,1	336,8	133,0	14,3	203,8	48,4	15,0	33,4	2,5	April				
182,0	94,3	87,7	12,2	10,0	2,2	17,6	369,6	142,7	15,4	226,9	51,2	17,9	33,3	2,4	Mai				
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten																			
16,0	4,1	11,9	1,5	1,5	—	153,0	1,5	1,4	—	0,1	12,7	12,7	0,0	50,2	Jan.				
13,1	2,9	10,2	1,6	1,6	—	159,1	1,4	1,3	—	0,1	12,3	12,2	0,1	49,9	Febr.				
16,9	1,9	15,0	1,5	1,5	—	164,3	1,3	1,2	—	0,1	12,3	12,2	0,1	50,0	März				
24,8	7,5	17,3	1,8	1,8	—	170,2	4,2	4,1	—	0,1	11,2	11,2	0,0	50,1	April				
24,5	7,2	17,3	1,6	1,6	—	175,6	3,8	3,7	—	0,1	11,1	11,1	0,0	50,0	Mai				
Girozentralen																			
127,7	62,9	64,8	46,1	44,6	1,5	362,9	890,2	441,9	3,6	448,3	37,1	35,5	1,6	392,1	Jan.				
132,6	70,5	62,1	48,4	47,0	1,4	386,5	848,4	424,6	4,2	423,8	29,9	28,3	1,6	403,3	Febr.				
176,5	73,1	103,4	49,1	47,8	1,3	408,2	865,6	470,9	4,0	394,7	32,7	30,9	1,8	419,5	März				
207,5	64,1	143,4	49,6	49,2	0,4	414,4	820,8	428,1	3,7	392,7	33,0	31,2	1,8	435,1	April				
195,9	77,9	118,0	59,3	51,0	8,3	425,1	785,6	394,3	2,4	391,3	34,3	32,3	2,0	450,2	Mai				
Sparkassen																			
93,7	45,5	48,2	19,3	18,8	0,5	177,4	23,7	7,2	—	16,5	3,0	2,9	0,1	13,0	Jan.				
89,0	42,1	46,9	18,8	18,3	0,5	185,1	17,3	5,4	—	11,9	2,2	2,1	0,1	13,9	Febr.				
84,8	41,2	43,6	18,1	17,4	0,7	195,5	21,1	10,3	—	10,8	4,9	4,9	—	13,2	März				
88,0	49,3	38,7	18,5	17,8	0,7	210,2	16,5	7,0	—	9,5	5,7	5,7	—	16,6	April				
82,4	41,9	40,5	17,3	16,4	0,9	220,0	22,0	8,3	—	13,7	3,4	3,4	—	20,3	Mai				
Zentralkassen ^{o)}																			
0,8	0,3	0,5	0,1	0,1	—	—	603,9	293,7	2,7	310,2	2,8	2,8	0,0	53,8	Jan.				
0,8	0,3	0,5	0,1	0,1	—	—	630,6	327,2	2,6	303,4	3,0	3,0	0,0	57,8	Febr.				
1,1	0,3	0,8	0,1	0,1	—	—	640,9	342,1	1,6	298,8	3,2	3,2	0,0	59,3	März				
1,1	0,3	0,8	0,1	0,1	—	—	619,9	332,4	1,7	287,5	3,8	3,8	0,0	61,4	April				
0,6	0,3	0,3	0,1	0,1	—	—	613,5	333,4	0,2	280,1	4,3	4,3	0,0	60,6	Mai				
Kreditgenossenschaften ^{o)}																			
3,5	1,1	2,4	5,7	5,7	—	—	3,7	7,8	3,2	0,1	4,6	1,5	1,5	—	Jan.				
3,1	0,9	2,2	5,9	5,9	—	—	3,9	8,1	2,8	0,1	5,3	2,8	2,8	—	Febr.				
3,2	0,9	2,3	6,1	6,1	—	—	3,9	8,9	4,3	0,6	4,6	2,9	2,9	—	März				
3,3	1,0	2,3	6,3	6,3	—	—	3,9	7,7	3,0	0,6	4,7	3,1	3,1	—	April				
3,3	1,0	2,3	6,3	6,3	0,0	—	4,0	7,8	3,1	0,4	4,7	3,2	3,2	—	Mai				
Sonstige Kreditinstitute																			
0,7	0,2	0,5	0,0	0,0	—	—	11,7	3,3	—	8,4	3,1	1,3	1,8	10,1	Jan.				
0,4	0,1	0,3	0,0	0,0	—	—	12,3	3,3	—	9,0	2,6	0,8	1,8	10,1	Febr.				
0,0	0,0	—	0,0	0,0	—	—	11,7	5,9	—	5,8	2,4	0,7	1,7	10,1	März				
5,9	0,0	5,9	—	—	—	—	12,0	3,7	—	8,3	2,4	0,8	1,6	10,1	April				
7,8	0,0	7,8	—	—	—	—	13,4	3,0	—	10,4	2,4	0,9	1,5	10,1	Mai				
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																			
190,6	53,8	136,8	4,8	4,8	—	8,8	88,4	29,6	—	58,8	7,3	7,1	0,2	276,3	Jan.				
185,8	54,5	131,3	5,3	5,3	—	8,8	89,5	26,3	—	63,2	8,9	8,7	0,2	287,9	Febr.				
161,6	47,2	114,4	6,4	6,4	—	8,9	89,0	31,4	—	57,6	8,4	8,2	0,2	297,5	März				
130,8	36,4	94,4	6,5	6,5	—	9,3	84,3	29,4	—	54,9	8,6	8,2	0,4	302,4	April				
145,5	49,3	96,2	7,1	7,1	—	9,4	88,2	34,0	2,7	54,2	10,4	10,2	0,2	309,5	Mai				

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
durchlaufende Kredite. — ⁵⁾ Vgl. Anmerkung ⁴⁾. — ⁶⁾ Der Rückgang ist überwiegend dadurch verursacht, daß ab April 1951 die Nassauische Landes-
bei der Bankengruppe Sparkassen). — ⁷⁾ Vgl. Anmerkung ⁶⁾. — ⁸⁾ Enthält statistisch bedingte Abnahme in Höhe von rd. 21 Mill. DM (nachträgliche Kor-
Instituts). — ⁺) Aufgliederung in „Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen“, „Staats-, Regional- und Lokalbanken“ und „Privatbankiers“ umseitig.

Stand am Monatsende	Kredite an													
	insgesamt										von den Spalten 1			
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	Wirtschaft und Private						langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	
		insgesamt	darunter Akzeptkredite				kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon			Wechselobligo der Kundschaft
insgesamt	darunter Akzeptkredite			insgesamt	darunter Akzeptkredite	insgesamt		darunter Akzeptkredite						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Kreditbanken. Aufgliederung:														
Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen														
1951														
Jan.	4 809,8	2 826,0	931,8	1 983,7	82,2	201,2	4 747,5	2 820,8	931,0	1 926,7	80,4	68,8	11,6	201,2
Febr.	4 953,4	2 918,5	897,5	1 034,9	99,1	208,0	4 916,8	2 913,2	897,0	2 003,6	95,8	87,8	8,0	208,0
März	4 681,1	2 708,8	798,9	2 972,3	133,6	211,8	4 663,0	2 704,6	798,9	1 958,4	129,5	120,4	9,1	211,8
April	4 615,4	2 642,9	724,1	1 972,5	149,2	235,9	4 542,9	2 638,9	724,1	1 904,0	144,6	133,6	11,0	235,9
Mai	4 663,3	2 679,8	668,7	1 983,5	161,9	247,3	4 569,1	2 674,4	668,7	1 921,7	153,4	142,0	11,4	247,3
Staats-, Regional- und Lokalbanken														
Jan.	2 387,5	1 571,5	538,1	816,0	71,5	419,3	2 274,6	1 469,7	538,0	804,9	70,5	68,5	2,0	391,1
Febr.	2 468,7	1 573,6	516,8	895,1	86,4	438,6	2 357,4	1 499,3	516,7	858,1	85,3	81,0	4,3	408,9
März	2 303,0	1 429,3	457,9	873,7	141,9	476,9	2 200,1	1 358,3	457,7	841,8	140,1	134,8	5,3	460,1
April	2 233,4	1 354,4	418,4	879,0	182,1	494,4	2 130,2	1 280,7	418,2	849,5	179,2	174,0	5,2	477,4
Mai	2 278,5	1 400,3	400,4	878,2	190,4	510,3	2 164,9	1 311,7	400,3	853,2	188,3	183,1	5,2	492,8
Privatbankiers														
Jan.	1 221,3	703,5	324,6	517,8	43,2	35,6	1 220,9	703,2	324,6	517,7	41,8	18,6	23,2	35,6
Febr.	1 243,3	694,4	296,5	548,9	45,8	39,2	1 242,1	694,1	296,5	548,0	44,4	22,9	21,5	39,2
März	1 178,8	635,3	267,9	543,5	56,6	40,4	1 177,7	635,0	267,9	542,7	55,2	27,5	27,7	40,4
April	1 140,1	613,3	253,8	526,8	61,7	44,3	1 138,9	612,9	253,8	526,0	60,3	30,9	29,4	44,3
Mai	1 115,1	610,3	243,0	504,8	61,8	45,6	1 114,0	610,0	243,0	504,0	60,3	36,0	24,3	45,6
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:														
Gewerbliche Zentralkassen														
Jan.	15,0	10,3	4,8	4,7	0,0	0,3	14,6	10,3	4,8	4,3	0,0	0,0	—	0,3
Febr.	16,3	11,7	4,5	4,6	0,0	0,6	15,9	11,7	4,5	4,2	0,0	0,0	—	0,6
März	16,3	10,6	4,2	5,7	0,4	0,7	15,6	10,6	4,2	5,0	0,4	0,4	—	0,7
April	18,0	11,4	3,9	6,6	0,4	0,9	17,3	11,4	3,9	5,9	0,4	0,4	—	0,9
Mai	17,5	11,3	3,3	6,2	0,4	0,9	17,2	11,3	3,3	5,9	0,4	0,4	—	0,9
Gewerbliche Kreditgenossenschaften														
Jan.	856,4	558,4	74,2	298,0	89,0	63,1	852,9	557,3	74,2	295,6	83,3	78,7	4,6	59,4
Febr.	869,0	568,9	68,5	300,1	92,7	66,9	865,9	568,0	68,5	297,9	86,8	81,8	5,0	63,0
März	847,4	548,5	63,0	298,9	94,9	75,7	844,2	547,6	63,0	296,6	88,8	84,1	4,7	71,8
April	823,3	527,4	56,1	295,9	96,1	82,8	820,0	526,4	56,1	293,6	89,8	84,8	5,0	78,9
Mai	815,8	527,5	51,6	288,3	96,1	86,8	812,5	526,5	51,6	286,0	89,8	84,7	5,1	82,8
Ländliche Zentralkassen														
Jan.	295,0	157,9	96,2	137,1	2,5	21,5	294,6	157,6	96,2	137,0	2,4	2,4	0,0	21,5
Febr.	293,1	150,5	90,5	142,6	2,5	22,7	292,7	150,2	90,5	142,5	2,4	2,4	0,0	22,7
März	288,9	146,9	90,1	142,0	2,6	23,3	288,5	146,6	90,1	141,9	2,5	2,5	0,0	23,3
April	268,4	132,1	79,6	136,3	3,1	25,6	268,0	131,8	79,6	136,2	3,0	3,0	0,0	25,6
Mai	252,1	119,7	68,7	132,4	3,6	26,6	251,8	119,4	68,7	132,4	3,5	3,5	0,0	26,6
Ländliche Kreditgenossenschaften														
Jan.	328,8	272,4	8,6	56,4	60,7	43,4	328,8	272,4	8,6	56,4	60,7	59,1	1,6	43,4
Febr.	333,9	276,9	8,3	57,0	61,2	45,5	333,9	276,9	8,3	57,0	61,2	59,3	1,9	45,5
März	328,8	273,5	8,0	55,3	60,5	48,6	328,8	273,5	8,0	55,3	60,5	58,4	2,1	48,6
April	320,4	265,3	7,3	55,1	58,9	51,1	320,4	265,3	7,3	51,1	58,9	56,7	2,2	51,1
Mai	317,8	264,1	5,6	53,7	59,4	51,8	317,8	264,1	5,6	53,7	59,4	56,8	2,6	51,8

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit-
2) Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — 3) Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durch-

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

gruppen

einzelner Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Nichtbanken

bis 6 entfallen auf:

Öffentlich-rechtliche Körperschaften							Kredite an Kreditinstitute											Stand am Monats- ende
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			davon			langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlau- fende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) 5)	kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			davon			langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlau- fende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) 5)			
	Debi- toren	Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisung., sonstige Wechsel	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	Debi- toren	durch- lau- fende Kredite	ins- gesamt			dar- unter Ak- zept- kredite	Wechsel- obligo der Kund- schaft	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	Debi- toren	durch- lau- fende Kredite					
														15		16	17	

Kreditbanken, Aufgliederung:

Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen

1951

62,3	5,2	57,0	1,8	1,8	—	—	127,0	61,1	5,9	65,9	0,8	0,4	0,4	2,1	Jan.
36,6	5,3	31,3	3,3	3,3	—	—	160,5	63,0	11,1	97,5	1,3	0,9	0,4	2,1	Febr.
18,1	4,2	13,9	4,1	3,9	0,2	—	164,9	77,6	12,0	87,3	9,2	8,8	0,4	2,1	März
72,5	4,0	68,5	4,6	4,1	0,5	—	160,9	73,1	9,0	87,8	12,7	12,3	0,4	2,1	April
67,2	5,4	61,8	8,5	8,0	0,5	—	183,8	76,1	10,5	107,7	14,1	13,7	0,4	2,1	Mai

Staats-, Regional- und Lokalbanken

112,9	101,8	11,1	1,0	1,0	—	28,2	128,6	34,1	1,0	94,5	28,9	0,1	28,8	0,1	Jan.
111,3	74,3	37,0	1,1	1,1	—	29,7	143,5	38,2	1,1	105,3	30,3	0,4	29,9	0,3	Febr.
102,9	71,0	31,9	1,8	1,6	0,2	16,8	148,4	39,6	1,0	108,8	31,3	1,3	30,0	0,3	März
103,2	73,7	29,5	2,9	2,8	0,1	17,0	139,1	42,4	0,3	96,7	32,9	2,2	30,7	0,3	April
113,6	88,6	25,0	2,1	2,0	0,1	17,5	145,4	50,1	0,1	95,3	34,1	3,4	30,7	0,3	Mai

Privatbankiers

0,4	0,3	0,1	1,4	0,0	1,4	0,0	37,5	17,3	5,0	20,2	2,8	0,6	2,2	—	Jan.
1,2	0,3	0,9	1,4	0,0	1,4	0,0	52,6	28,1	5,0	24,5	2,8	0,6	2,2	—	Febr.
1,1	0,3	0,8	1,4	0,0	1,4	0,0	37,4	16,2	4,9	21,2	2,8	0,5	2,3	—	März
1,2	0,4	0,8	1,4	0,0	1,4	0,0	36,8	17,5	5,0	19,3	2,8	0,5	2,3	—	April
1,1	0,3	0,8	1,5	0,0	1,5	0,0	40,3	16,5	4,8	23,8	3,0	0,7	2,3	—	Mai

Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:

Gewerbliche Zentralkassen

0,4	—	0,4	—	—	—	—	271,4	85,8	—	185,6	0,0	0,0	—	26,7	Jan.
0,4	—	0,4	—	—	—	—	278,2	98,1	0,3	180,1	0,0	0,0	—	28,8	Febr.
0,7	—	0,7	—	—	—	—	279,3	105,5	0,3	173,8	0,1	0,1	0,0	28,9	März
0,7	—	0,7	—	—	—	—	263,3	97,9	—	165,4	0,1	0,1	0,0	30,3	April
0,3	—	0,3	—	—	—	—	258,6	100,5	—	158,1	0,1	0,1	0,0	30,8	Mai

Gewerbliche Kreditgenossenschaften

3,5	1,1	2,4	5,7	5,7	—	3,7	7,8	3,2	0,1	4,6	1,5	1,5	—	—	Jan.
3,1	0,9	2,2	5,9	5,9	—	3,9	8,1	2,8	0,1	5,3	2,8	2,8	—	—	Febr.
3,2	0,9	2,3	6,1	6,1	—	3,9	8,9	4,3	0,6	4,6	2,9	2,9	—	—	März
3,3	1,0	2,3	6,3	6,3	—	3,9	7,7	3,0	0,6	4,7	3,1	3,1	—	—	April
3,3	1,0	2,3	6,3	6,3	0,0	4,0	7,8	3,1	0,4	4,7	3,2	3,2	—	—	Mai

Ländliche Zentralkassen

0,4	0,3	0,1	0,1	0,1	—	—	332,5	207,9	2,7	124,6	2,8	2,8	0,0	27,1	Jan.
0,4	0,3	0,1	0,1	0,1	—	—	352,4	229,1	2,3	123,3	3,0	3,0	0,0	28,9	Febr.
0,4	0,3	0,1	0,1	0,1	—	—	361,6	236,6	1,3	125,0	3,1	3,1	0,0	30,4	März
0,4	0,3	0,1	0,1	0,1	—	—	356,6	234,5	1,7	122,1	3,7	3,7	0,0	31,1	April
0,3	0,3	—	0,1	0,1	—	—	354,9	232,9	0,2	122,0	4,1	4,1	0,0	29,8	Mai

Ländliche Kreditgenossenschaften

—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Jan.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Febr.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	März
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	April
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Mai

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. —
laufende Kredite. — ⁵⁾ Vgl. Anmerkung ⁴⁾. —

3. Mittel- und langfristige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-Aktiengesellschaft

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Mittel- und langfristige Kredite an Nichtbanken			Kredite an Kreditinstitute
	insgesamt	davon an:		
		Wirtschaftsunternehmen und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	
1949				
August	238,6	238,6	—	30,1
September	265,5	260,5	5,0	55,3
Oktober	374,3	359,2	15,1	67,8
November	419,7	399,8	19,9	81,8
Dezember	462,9	432,5	30,4	130,0
1950				
Januar	487,3	451,6	35,7	179,4
Februar	592,0	555,8	36,2	259,5
März	652,1	610,5	41,6	430,4
April	703,5	661,6	41,9	500,7
Mai	736,7	694,7	42,0	573,1
Juni	797,3	755,3	42,0	703,4
Juli	830,6	788,3	42,3	824,3
August	877,7	835,3	42,4	971,1
September	910,1	867,7	42,4	1 129,0
Oktober	953,0	910,5	42,5	1 283,4
November	1 002,2	959,7	42,5	1 394,7
Dezember	1 110,5	1 048,0	62,5	1 541,0
1951				
Januar	1 138,5	1 076,0	62,5	1 604,6
Februar	1 167,8	1 105,3	62,5	1 661,4
März	1 208,7	1 146,2	62,5	1 707,1
April	1 232,7	1 170,2	62,5	1 751,8
Mai	1 248,6	1 186,1	62,5	1 786,0

4. Gliederung der Kredite nach Wirtschaftszweigen *)

in Mill. DM

Verwendungszweck bzw. Kreditnehmergruppen	Kurzfristige Kredite			Mittel- und langfristige Kredite ²⁾					
	Repräsentativerhebung bei 586 Kreditinstituten im Bundesgebiet ¹⁾			Gesamterhebung bei den Geschäftsbanken im Bundesgebiet u. der KfW u. Finag					
				insgesamt			darunter Kredite aus Gegenwertmitteln		
	1950		1951	1950		1951	1950		1951
30. 9.	31. 12.	31. 3.	30. 9.	31. 12.	31. 3.	30. 9.	31. 12.	31. 3.	
1. Wohnungsbau	82,8	92,7	81,1	1 817,8	2 385,2	2 767,5	160,4	209,1	217,8
2. Industrie und Handwerk darunter Kredite an Handwerksbetriebe	4 787,3	5 429,5	5 448,4	1 982,9	2 496,5	2 904,6	1 351,3	1 717,1	1 888,3
3. Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, Jagd, Fischerei	(215,2)	(221,1)	(225,9)	(103,5)	(134,8)	(164,0)			
4. Handel	118,1	119,5	118,4	256,0	337,7	428,8	141,7	182,7	205,7
5. Fremdenverkehr	3 226,4	3 562,4	3 551,2	149,7	181,4	233,5	0,4	0,7	1,2
6. Verkehrsunternehmen und Nachrichtenwesen	34,1	38,8	39,2	31,9	44,2	55,8	5,2	11,0	18,6
7. Straßen, Straßenbrücken, Häfen, Wasserstraßen	122,8	150,6	120,2	110,8	150,8	230,4	48,2	75,0	82,6
8. Sonst. öffentl. Kreditnehmer (Städte, Kreise, Sozialversicherungen, Universitäten usw.)	5,8	5,6	6,0	10,3	22,4	34,9	9,1	9,6	15,0
9. Sonstige private Kreditnehmer	191,4	135,0	161,2	314,4	411,0	469,4	0,5	0,5	0,5
Kredite an Nichtbanken (Pos. 1 bis 9) darunter Kredite für Im- und Export	298,7	357,2	304,4	253,0	325,4	365,2	—	—	—
	8 867,4	9 891,3	9 830,1	4 926,8	6 354,6	7 490,1	1 716,8	2 205,7	2 429,7
	1 549,4	1 846,9	1 916,3						

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Die kurzfristigen Ausleihungen der 586 Kreditinstitute repräsentierten am 31.3.1951 = 73,9 vH des kurzfristigen Kreditvolumens (ohne Schatzwechsel). — ²⁾ Bei mittel- und langfristigen Krediten nur Neuausleihungen seit der Währungsreform.

5. Inanspruchnahme von Freigaben aus counterpart funds ¹⁾

in Mill. DM

Freigaben	Stand					
	1949 31. Dezember	1950		1951		
		30. Juni	31. Dezember	31. März	31. Mai	30. Juni
Summe der Freigaben	470,0	1 580,0	2 640,5	2 996,9	3 146,9	3 146,9
davon in Anspruch genommen:						
insgesamt	452,5	1 411,4	2 412,7	2 660,7	2 764,7	2 847,5
davon über die Kreditanstalt für Wiederaufbau für:						
Energie						
(Elektrizitätswirtschaft)	110,0	337,8	541,5	646,7	673,7	680,7
Kohlenbergbau	185,0	317,8	417,9	445,8	456,0	465,6
Sonstige Industrie	35,0	201,5	389,4	409,5	420,5	425,8
Landwirtschaft	5,0	93,2	182,7	205,7	219,2	222,0
Wohnungsbau	0,0	99,4	175,1	183,8	186,7	189,6
Seeschifffahrt	—	49,9	85,5	85,9	89,0	93,4
Gas und Wasser	—	32,3	65,5	70,2	70,5	70,5
Straßenbahnen	—	6,4	12,8	17,3	17,3	17,3
Fischdampfer	—	4,8	5,0	5,0	5,0	5,0
Eisen und Stahl	—	36,5	67,8	78,2	89,1	114,6
Fremdenverkehr	—	—	11,0	18,6	19,3	19,6
Kleininvestitionen, Flüchtlingsbetriebe	—	—	70,5	70,5	70,5	70,5
Binnenschifffahrt	—	—	4,7	7,7	8,7	9,2
Binnenhäfen	—	—	4,7	8,9	9,2	9,2
Privatbahnen	—	—	2,2	5,3	5,7	6,1
Seehäfen	—	—	2,9	4,1	4,2	4,1
Verkehrsgewerbe	—	—	0,3	0,3	0,3	0,4
Bundespost	—	—	20,0	20,0	20,0	20,0
Investitionen zur Förderung des Absatzes im Dollar- raum	—	—	0,2	0,2	0,2	0,2
Bewag (Berlin)	44,0	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Besatzungswohnungsbau	30,1	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Finanzierungs-AG für: Südwestdeutsche Eisen- bahnen	30,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Energie						
(Elektrizitätswirtschaft)	13,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0
Gaswirtschaft	0,2	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Wasserwirtschaft	0,2	1,5	2,0	2,0	2,0	2,0
Bundeshauptkasse Bonn für: Zuschüsse für die Landwirtschaft	—	—	20,0	20,0	20,0	20,0
Forschung	—	—	11,6	11,6	11,6	11,6
Industriebank AG Berlin für: Verschiedene Zwecke	—	86,3	175,4	199,4	222,0	246,1
Noch nicht in Anspruch ge- nommen	17,5	168,6	227,8	336,2	382,2	299,4

¹⁾ Abweichungen gegenüber früheren Veröffentlichungen durch Abrundungen; ohne 360 Mill. DM, die die Bundesbahn aus GARIOA-Mitteln zur Bezahlung von Wagon-Einfuhren erhalten hat.

VI. Geldvolumen

1. Entwicklung und Struktur des Geldvolumens im Bundesgebiet *)

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Bargeld und private Sichteinlagen				Andere private Einlagen und öffentliche Einlagen										Zuschlag für die Einlagen bei den statistisch nicht erfaßten Instituten (Schätzung)	Gesamtes Geldvolumen (Bargeld und Bank-einlagen ohne Spar-einlagen)	Spar-einlagen
	ins-gesamt	davon			ins-gesamt	„Asser-vaten-konto Einfuhr-bewilligungen“ bei den Landes-zentral-banken (Bar-depots)	Sichteinlagen der öffentlichen Hand			Private Termineinlagen (einschließlich Anlagekonten) und Festkonten ⁴⁾ bei Geschäfts-banken ²⁾	Öffentl. Hohe Kommis-sare und sonstige alliierte Dienst-stellen	Gegenwertmittel					
		Bargeld-umlauf außer-halb der Banken ¹⁾	Sichteinlagen von Wirtschaft u. Privaten				bei Geschäfts-banken ²⁾	auf Giro-konto	jederzeit wider-ruflich in Aus-gleichs-forde-rungen angelegt			Sonder-konten des Bundes	Sonder-konten KfW, Ber-liner In-dustrie-bank				
			bei Geschäfts-banken ²⁾	beim Zentral-bank-system ³⁾													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	
1948																	
Dez.	11 478	6 054	5 199	225	4 577	—	1 451	880	200	979	612	455	.	—	135	(16 190)	1 599
1949																	
März	11 577	5 931	5 422	224	4 944	—	1 453	933	90	949	953	566	.	—	153	(16 674)	2 097
Juni	12 510	6 287	5 949	274	5 105	—	1 701	702	191	991	842	592	.	86	170	(17 785)	2 469
Sept.	13 959	6 763	6 010	186	5 322	—	1 744	605	411	1 068	892	486	.	116	182	(18 463)	2 751
Dez.	13 777	7 058	6 534	185	7 064	22	1 806	539	402	1 120	995	1 152	1 024	4	504 ⁵⁾	21 345	3 061
	(13 352)		(6 109)		(5 350)							(462)	(.)			(19 206)	
1950																	
Jan.	13 180	6 901	6 102	177	6 797	—	1 775	676	540	1 190	1 078	1 018	157	363	504	20 481	3 240
	(12 861)		(5 783)		(6 088)							(466)	(.)			(19 453)	
Febr.	13 187	7 000	5 998	189	7 404	—	1 682	825	481	1 246	1 264	1 034	629	243	508	21 099	3 377
	(12 991)		(5 802)		(6 210)							(469)	(.)			(19 709)	
März	13 412	7 148	6 080	184	7 434	—	1 659	703	625	1 333	1 251	1 025	683	155	513	21 359	3 498
	(13 297)		(5 965)		(6 164)							(438)	(.)			(19 974)	
April	13 738	7 278	6 284	176	7 713	—	1 624	751	498	1 446	1 350	1 070	736	238	522	21 973	3 611
	(13 639)		(6 185)		(6 355)							(448)	(.)			(20 516)	
Mai	13 934	7 169	6 560	205	8 152	—	1 657	724	580	1 518	1 493	1 091	831	258	532	22 618	3 702
	(13 848)		(6 474)		(6 675)							(445)	(.)			(21 055)	
Juni	14 261	7 441	6 609	211	8 235	—	1 493	563	557	1 757	1 405	1 194	1 098	168	535	23 031	3 825
Juli ⁶⁾	.	7 494	.	208	.	—	.	586	437	.	.	965	951	330	544	23 250	3 855
Aug. ⁶⁾	.	7 410	.	204	.	—	.	569	435	.	.	1 012	1 002	196	554	23 799	3 869
Sept.	15 412	7 628	7 566	218	8 317	—	1 453	585	437	2 091	1 537	1 036	759	419	559	24 288	3 894
Okt. ⁶⁾	.	7 513	.	188	.	131	.	569	369	.	.	1 040	955	296	569	24 785	3 968
Nov.	15 550	7 488	7 857	205	8 924	322	1 410	622	371	2 289	1 648	940	1 179	143	570	25 044	4 009
Dez.	15 778	7 683	7 790	305	9 110	421	1 535	701	220	2 434	1 733	904	988	174	576	25 464 ⁷⁾	4 066
1951																	
Jan.	15 203	7 210	7 739	254	9 321	560	1 386	602	169	2 587	1 801	1 033	1 053	130	576	25 100	4 070
Febr.	15 315	7 223	7 807	285	9 819	634	1 427	679	171	2 757	1 867	1 025	1 177	82	581	25 715	4 076
März	15 311	7 292	7 703	316	9 398	309	1 434	471	309	2 805	1 883	1 009	902	276	580	25 289	4 064
April	15 613	7 451	7 867	295	9 253	277	1 310	332	244	2 874	1 938	1 056	1 004	218	584	25 450	4 091
Mai	15 595	7 396	7 893	306	10 074	687	1 370	423	360	2 956	1 950	1 052	954	322	588	26 257	4 133
Juni	.	.	.	325	.	779	.	375	387	.	.	1 092	999	239	.	.	.

*) Bezüglich der in () gesetzten Zahlen vgl. Anmerkung ¹⁾ im Oktoberheft 1950, S. 67. —

¹⁾ Ohne „B“-Noten; einschließlich Münzumschlag. — ²⁾ Einschließlich Postscheck- und Postsparkassenämter. — ³⁾ Positionen des Zusammengefaßten Ausweises der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken „Sonstige inländische Einleger“ und „Ausländische Einleger“ abzüglich der Spalten 6 und 14 der obigen Übersicht. — ⁴⁾ Die Festkonten sind ab Juni 1950 je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen auf Sicht-, Termin- und Spareinlagen aufgeteilt. — ⁵⁾ Erhöhung auf Grund neuer Erhebung; rückwirkende Berichtigung unterblieben. — ⁶⁾ Die Aufgliederung der Bankeinlagen nach Fristigkeit fiel vorübergehend nur zum Quartalsultimo an. Gesamtsumme der Sicht- und Termineinlagen von Nichtbanken Ende Juli 1950: 11 735 Mill. DM, Ende August 1950: 12 417 Mill. DM, Ende Oktober 1950: 13 155 Mill. DM. — ⁷⁾ Am 6. 1. 1951 wurde das Ausweisschema der Bank deutscher Länder geändert: Von den „Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts“ wurden die Vorkonten der Gegenwertfonds auf die Sonderkonten des Bundes (seitdem „Gegenwertkonten des Bundes“) und einige andere Unterpositionen, die ihrem Wesen nach reine Inlandsverbindlichkeiten sind, auf „Sonstige Einlagen“ umgebucht. Die von der Änderung betroffenen Spalten der obigen Übersicht wurden bereits per Ende Dezember 1950 auf das neue Schema umgerechnet. Infolge dieser Umgruppierungen beträgt die tatsächliche Zunahme des gesamten Geldvolumens im Dezember nicht (wie aus den obigen Ziffern zu errechnen) 420 Mill. DM, sondern nur 265 Mill. DM.

2. Umschlagshäufigkeit der Bankeinlagen von Nichtbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebietes *) 1)

einschließlich Postscheckkämtern

Monat	Girale Verfügungen		Sicht- einlagen	Umschlagshäufigkeit der Sichtdepositen	
	buchmäßig	nach Banktagen bereinigt	Stand am Monats- ende	monatlich ²⁾	Viertel- jahres- durch- schnitt
	Mrd. DM				
1	2	3	4	5	
1948 Oktober	19,3	18,6	5,6	3,3	} 3,5
November	21,5	21,5	6,2	3,5	
Dezember	24,4	23,5	6,4	3,7	
1949 Januar	21,1	21,1	6,4	3,3	} 3,5
Februar	22,9	23,8	6,5	3,7	
März	24,3	22,5	6,6	3,4	
April	23,3	25,3	6,8	3,7	} 3,6
Mai	24,3	24,3	7,0	3,5	
Juni	24,9	25,9	7,0	3,7	
Juli	25,5	24,5	6,9	3,6	} 3,5
August	26,1	24,2	7,2	3,4	
September	26,4	25,4	7,3	3,5	
Oktober	28,3	27,2	7,7	3,5	} 3,8
November	30,5	30,5	7,7	4,0	
Dezember	31,5	30,3	7,7	3,9	
1950 Januar	27,4	26,3	7,3	3,6	} 3,6
Februar	25,2	26,2	7,1	3,7	
März	28,2	26,1	7,2	3,6	
April	25,8	29,3	7,4	4,0	} 3,7
Mai	27,9	29,1	7,7	3,8	
Juni	27,9	26,8	7,8	3,4	
Juli	28,1	27,0	.	.	} .
August	28,9	26,8	.	.	
September	30,8	29,6	8,7	3,4	
Oktober	31,8	30,6	.	.	} .
November	31,7	31,7	8,9	3,6	
Dezember	34,9	36,3	9,0	4,0	
1951 Januar	34,4	33,0	8,8	3,8	} 3,9
Februar	32,3	33,8	8,9	3,8	
März	34,3	35,8	8,8	4,0	
April	33,4	33,4	8,9	3,8	
Mai	33,6	36,5	9,0	4,1	

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne ländliche Kreditgenossenschaften. — 2) Quotient Spalte 2: Spalte 3.

VII. Sonstige Geld-

1. Im Währungsgebiet

Sollzinsen.

	Bayern ²⁾	Hessen ³⁾	Württemberg-Baden ³⁾	Bremen ³⁾	Nordrhein-Westfalen ⁴⁾					
	Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 27. 10. 1950									
Diskontsatz	6	6	6	6	6					
Lombardsatz	7	7	7	7	7					
	Kreditkosten, gültig ab:									
	27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950	
	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung										
a) zugesagte Kredite	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz
Zinsen	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%
Kreditprovision	1/8% p. M.	10 1/2	1/4% p. M.	10 1/2	1/8% p. M.	10 2/5	1/4% p. M.	10 1/2	1/4% p. M.	10 1/2
b) Kontoüberziehungen	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz
Zinsen	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%
Überziehungsprovision	1/8% p. T.	13	1/8% p. T.	12	1/8% p. T.	12 1/2	1/8% p. T.	12	1/8% p. T.	12
2. Akzeptkredite (Normal-konditionen)										
Zinsen	Diskontsatz + 1%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%
Akzeptprovision	1/8% p. M.	9	1/4% p. M.	9 1/2	1/4% p. M.	9 1/2	1/4% p. M.	9 1/2	1/4% p. M.	9 1/2
3. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von DM 20 000 und höher	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz
Zinsen	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2% - 1%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%
Diskontprovision	1/8% p. M.	8 7/10	1/8% p. M.	8	1/12% p. M.	8	1/8% p. M.	8 - 8 1/2	1/24% p. M.	8
b) Abschnitte von DM 5 000 bis unter 20 000	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz
Zinsen	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2% - 1%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%
Diskontprovision	1/8% p. M.	8 7/10	1/8% p. M.	8 1/2	1/12% p. M.	8	1/8% p. M.	8 - 8 1/2	1/12% p. M.	8 1/2
c) Abschnitte von DM 1 000 bis unter 5 000	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz
Zinsen	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2% - 1%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%
Diskontprovision	1/8% p. M.	9	1/8% p. M.	9	1/8% p. M. ¹⁰⁾	8 1/2	1/8% p. M.	8 1/2 - 9	1/8% p. M.	9
d) Abschnitte unter DM 1 000	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz
Zinsen	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2% - 1%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%	+ 1 1/2%
Diskontprovision	1/8% p. M.	9 1/2	1/8% p. M.	9	1/8% p. M. ¹⁰⁾	9	1/4% p. M.	9 1/2 - 10	1/8% p. M.	9 ⁹⁾
4. Ziehungen auf Kundschaft										
Zinsen	keine Vereinbarung	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung
Kreditprovision		1/4% p. M.	1/4% p. M.	10 1/2						
Umsatzprovision	1/8% pr. Semester, mindest. v. 3fachen des Höchst-Soll-Saldos	1/8% mindestens aus doppeltem Kreditbetrag pr. Quartal	1/8% mindestens aus doppeltem Kreditbetrag pr. Quartal		keine Angabe	keine Angabe	1/2% d. größeren Seite abzüglich Saldo-vortrag, mindestens 1/2% pro Semest. a. Kreditbetrag	1/8% pro Semester		
Minstdiskontspesen	DM 2.—	DM 2.—	DM 2.—	DM 2.—	DM 2.—	DM 2.—	DM 2.—	DM 2.—	DM 2.—	DM 2.—
Domizilprovision	1/2% min.DM.-.50	1/2% min.DM.-.50	1/2% min.DM.-.50		1/2%	1/2%	1/2%	1/2%	1/2% min.DM.-.50	

¹⁾ Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. Diskont- und Lombardsatz sind aus den auf Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. — ²⁾ Höchstsätze. — ³⁾ Normalsätze, Überschreitet unabhängig von den Diskontspesen je nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von DM 1.— bis DM 2.— in Ansatz zu bringen. Netto-Sätze. — ⁴⁾ Nicht einheitlich und nicht verbindlich geregelt. — ¹⁰⁾ Einreichern aus kleingewerblichen und landwirtschaftlichen Kreisen

und Kreditstatistik

geltende Zinskonditionen ¹⁾

in Prozenten jährlich

Niedersachsen ²⁾		Schleswig-Holstein ³⁾		Hamburg ²⁾		Rheinland-Pfalz ³⁾		Baden ³⁾		Württemberg- ³⁾ Hohenzollern	
Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 27. 10. 1950											
6 7		6 7		6 7		6 7		6 7		6 7	
Kreditkosten, gültig ab:											
27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950	
im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M. ⁷⁾	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ⁸⁾
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	11 ¹ / ₂
Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/24 ⁰ /0 p. M.	8	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /2 ⁰ /0 1/24 ⁰ /0 p. M.	8	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	7 ¹ / ₂
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/12 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /2 ⁰ /0 1/24-1/12 ⁰ /0 p. M.	8-8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/12 ⁰ /0 p. M.	8
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	9	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M.	9	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M.	9	Diskontsatz + 1 ⁰ /2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	9	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M. ⁴⁾	8 ¹ / ₂
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ⁵⁾	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10	Diskontsatz + 1 ⁰ /2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	9 ⁰⁾	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M. ⁴⁾	9
keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M. ⁷⁾	10 ¹ / ₂	nicht einheitlich geregelt	
keine Vereinbarung		Die Berechnung der Umsatzprovision hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. März 1942 zu erfolgen.		Berechnung hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. 3. 1942 zu erfolgen.		1/8 ⁰ /0 v. d. größ. Seite, mindest. a. d. zweifache Höchstschuld p. Quartal		1 ⁰ /00 a. d. größeren Seite, mindest. a. d. 2 ¹ / ₂ fachen Höchstoll per Quartal		1 ⁰ /00 vom dreifachen Kreditlimit pro Halbjahr ⁸⁾	
DM 2.— 1/2 ⁰ /00 min. DM-.50		DM 2.— nicht festgesetzt		DM 2.— nicht festgesetzt		DM 2.— 1/2 ⁰ /00 min. DM -.50		DM 2.— 1/2 ⁰ /00 min. DM -.50		DM 2.— 1/2 ⁰ /00 min. DM -.50	

geführten Zinssätzen der Landeszentralbanken zu ersehen. Sondersätze oder Vergünstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen tungen in begründeten Fällen zulässig. — ⁴⁾ Richtsätze. — ⁵⁾ Auch für Wechsel auf Nebenplätze. — ⁶⁾ Bei Abschnitten unter DM 1 000.— — ⁷⁾ 1/8⁰/0 per Monat für Kredite an Bauherren für Bauvorhaben von Wohn- und Geschäftsgebäuden. — ⁸⁾ Kredite bis DM 5 000.— besondere gegenüber kann die Provision unabhängig von der Größe des Abschnittes auf 1/12⁰/0 p. M. festgesetzt werden.

	Bayern ²⁾	Hessen ²⁾	Württemberg-Baden ²⁾	Bremen ²⁾	Nordrhein-Westfalen ²⁾
gültig ab:	1. 11. 1950	1. 12. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950
1. für täglich fällige Gelder					
a) in provisionsfreier Rechnung	1	1	1	1	1
b) in provisionspflichtiger Rechnung	1 ^{1/2}	1 ^{1/2}	1 ^{1/2}	1 ^{1/2}	1 ^{1/2}
2. Spareinlagen					
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	3	3	3	3	3
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist					
1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	3 ^{1/2}	3 ^{1/2}	3 ^{1/2}	3 ^{1/2}	3 ^{1/2}
2) von 12 Monaten und darüber	4 ^{1/2}	4 ^{1/2}	4 ^{1/2}	4 ^{1/2}	4 ^{1/2}
3. für Kündigungsgelder					
	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag
a) 1 und weniger als 3 Monate	3 ^{1/4} 3 ^{1/2}	3 ^{1/2} 3 ^{3/4}	3 ^{1/2} 3 ^{3/4}	3 ^{1/2} 3 ^{3/4}	3 ^{1/2} 3 ^{3/4}
b) 3 und weniger als 6 Monate	3 ^{1/2} 3 ^{3/4}	3 ^{7/8} 4 ^{1/8}	3 ^{7/8} 4 ^{1/8}	3 ^{7/8} 4 ^{1/8}	3 ^{7/8} 4 ^{1/8}
c) 6 und weniger als 12 Monate	4 ^{1/4} 4 ^{1/2}	4 ^{3/8} ⁹⁾ 4 ^{5/8} ⁹⁾	4 ^{3/8} ⁹⁾ 4 ^{5/8} ⁹⁾	4 ^{3/8} ⁹⁾ 4 ^{5/8} ⁹⁾	4 ^{3/8} ⁹⁾ 4 ^{5/8} ⁹⁾
d) 12 Monate und darüber	4 ^{3/4} 5	4 ^{3/4} ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 ^{3/4} ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 ^{3/4} ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 ^{3/4} ⁹⁾ 5 ⁹⁾
4. für Festgelder					
a) 30 bis 89 Tage	3 ^{1/4} 3 ^{1/2}	3 ^{1/2} 3 ^{3/4}	3 ^{1/2} 3 ^{3/4}	3 ^{1/2} 3 ^{3/4}	3 ^{1/2} 3 ^{3/4}
b) 90 bis 179 Tage	3 ^{1/2} 3 ^{3/4}	3 ^{7/8} 4 ^{1/8}	3 ^{7/8} 4 ^{1/8}	3 ^{7/8} 4 ^{1/8}	3 ^{7/8} 4 ^{1/8}
c) 180 bis 359 Tage	4 4 ^{1/4}	4 ^{1/4} 4 ^{1/2}	4 ^{1/4} 4 ^{1/2}	4 ^{1/4} 4 ^{1/2}	4 ^{1/4} 4 ^{1/2}
d) 360 Tage und darüber	4 ^{5/8} 4 ^{7/8}	4 ^{5/8} 4 ^{7/8}	4 ^{5/8} 4 ^{7/8}	4 ^{5/8} 4 ^{7/8}	4 ^{5/8} 4 ^{7/8}
Zinsvoraus bei Genossenschaften und Privatbanken	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940 nebst Änderungen vom 4. 3. 1941 und 15. 11. 1941.	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind.	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940. Bei der Hereinnahme von Festgeldern im Betrage von DM 100 000,- und darüber darf ein Zinsvoraus nicht vergütet werden.	1/4 höchstens	1/4

1) Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. — 2) Höchstsätze. — 3) Im Geschäftsverkehr DM 100 000.— und mehr können die Kreditinstitute bei Vorliegen höherer Konkurrenzangebote aus anderen Ländern in die in dem betr. Bankierkundschaft 1^{1/4}%.— 7) Der Bankierkundschaft 1^{3/4}%.— 8) Um ein Abfließen von Geldern in andere Länder auf Grund unterschiedsätze anwenden, die im Land des Sitzes des Kunden gelten, b) unabhängig von dem Sitz des Kunden in Gebote von Kreditinstituten eines anderen Landes liegende Angebote vorliegen. — 9) Die Sätze zu c) und d) dürfen nur gewährt werden, wenn von der Kündigfalls dürfen nur die Sätze für feste Gelder (4 c bzw. 4 d) vergütet werden.

geltende Zinskonditionen ¹⁾

in Prozenten jährlich

Niedersachsen ²⁾	Schleswig-Holstein ^{3), 4)}	Hamburg ⁵⁾	Rheinland-Pfalz ⁶⁾	Baden ⁷⁾	Württemberg- ²⁾ Hohenzollern
27. 10. 1950	1. 1. 1951	27. 10. 1950	1. 11. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950
1	1	1 ⁵⁾	1 ⁶⁾	1 ⁶⁾	1
1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2 ⁷⁾	1 1/2	1 1/2
3	3	3	3	3	3
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 /
4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2
ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag
3 1/2 3 ⁸⁾ / ₄	3 1/2 3 ⁸⁾ / ₄	3 1/2 3 ⁸⁾ / ₄	3 1/2 3 ⁸⁾ / ₄	3 1/2 3 ⁸⁾ / ₄	3 1/2 3 ⁸⁾ / ₄
3 ⁷⁾ / ₈ 4 ¹⁾ / ₈	3 ⁷⁾ / ₈ 4 ¹⁾ / ₈	3 ⁷⁾ / ₈ 4 ¹⁾ / ₈	3 ⁷⁾ / ₈ 4 ¹⁾ / ₈	3 ⁷⁾ / ₈ 4 ¹⁾ / ₈	3 ⁷⁾ / ₈ 4 ¹⁾ / ₈
4 ⁹⁾ / ₈ ⁹⁾ 4 ⁵⁾ / ₈ ⁹⁾	4 ⁹⁾ / ₈ ⁹⁾ 4 ⁵⁾ / ₈ ⁹⁾	4 ⁹⁾ / ₈ ⁹⁾ 4 ⁵⁾ / ₈ ⁹⁾	4 ⁹⁾ / ₈ ⁹⁾ 4 ⁵⁾ / ₈ ⁹⁾	4 ⁹⁾ / ₈ ⁹⁾ 4 ⁵⁾ / ₈ ⁹⁾	4 ⁹⁾ / ₈ 4 ⁵⁾ / ₈
4 ³⁾ / ₄ ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 ³⁾ / ₄ ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 ³⁾ / ₄ ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 ³⁾ / ₄ ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 ³⁾ / ₄ ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 ³⁾ / ₄ 5
3 1/2 3 ⁸⁾ / ₄	3 1/2 3 ⁸⁾ / ₄	3 1/2 3 ⁸⁾ / ₄	3 1/2 3 ⁸⁾ / ₄	3 1/2 3 ⁸⁾ / ₄	3 1/2 3 ⁸⁾ / ₄
3 ⁷⁾ / ₈ 4 ¹⁾ / ₈	3 ⁷⁾ / ₈ 4 ¹⁾ / ₈	3 ⁷⁾ / ₈ 4 ¹⁾ / ₈	3 ⁷⁾ / ₈ 4 ¹⁾ / ₈	3 ⁷⁾ / ₈ 4 ¹⁾ / ₈	3 ⁷⁾ / ₈ 4 ¹⁾ / ₈
4 ¹⁾ / ₄ 4 1/2	4 ¹⁾ / ₄ 4 1/2	4 ¹⁾ / ₄ 4 1/2	4 ¹⁾ / ₄ 4 1/2	4 ¹⁾ / ₄ 4 1/2	4 ¹⁾ / ₄ 4 1/2
4 ⁵⁾ / ₈ 4 ⁷⁾ / ₈	4 ⁵⁾ / ₈ 4 ⁷⁾ / ₈	4 ⁵⁾ / ₈ 4 ⁷⁾ / ₈	4 ⁵⁾ / ₈ 4 ⁷⁾ / ₈	4 ⁵⁾ / ₈ 4 ⁷⁾ / ₈	4 ⁵⁾ / ₈ 4 ⁷⁾ / ₈
1/4	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4% von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne von § 2 der Anweisung der Landeszentralbank von Schleswig-Holstein über Mindestreserven vom 20. 3. 1950) am 31. Dezember 1948 den Betrag von DM 1 000 000,- nicht überschritten haben.	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4% von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne des § 2 (2) der Anweisung über Mindestreserven der Landeszentralbank der Hansestadt Hamburg vom 23. 12. 1948) am 31. 12. 1948 den Betrag von DM 1 000 000,- nicht überschritten haben.	Zinsvoraus darf gewährt werden nach Maßgabe der Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamts für das Kreditwesen v. 23. 4. 1940 zum Habenzinsabkommen v. 23. 12. 36, mit der Einschränkung, daß die dort genannten, die Höhe des Zinsvoraus begrenzenden Bilanzsummen auf 1/10 ermäßigt werden.	Grundsätze für die Gewährung des Zinsvoraus in der Fassung vom 4. 3. 1941. (Reichsanzeiger Nr. 54)	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind. Bei Hereinnahmen von Festgeldern im Betrage von DM 100 000,- und mehr darf ein Zinsvoraus nicht gewährt werden.

mit Versicherungsgesellschaften müssen die Konditionen für die Nichtbankierkundschaft eingehalten werden. — ⁴⁾ Bei Festgeldbeträgen von Land festgesetzten Höchstsätze eintreten. — ⁵⁾ Der inländischen Bankierkundschaft außerhalb des Hamburger Ortsbereichs 1 1/4%. — ⁶⁾ Der licher Habenzinsfestsetzungen zu verhindern, können die Kreditinstitute a) gegenüber Kunden mit Sitz außerhalb des Landes die Höchsten Landes bis zu den für dieses andere Land festgesetzten Höchstsätzen eintreten, sofern der Kunde nachweist, daß ihm solche über den gren bei c) mindestens für 3 Monate, bei d) mindestens für 6 Monate vom Tage der Vereinbarung ab kein Gebrauch gemacht wird. Andern-

2. Festverzinsliche Wertpapiere

Bundesgebiet, Durchschnittskurse und Indexziffern, 4. Vierteljahr 1948 = 100

Zeit	Gesamt- index	darunter 4% ige Schuldverschreibungen					
		Pfandbriefe		Kommunal- obligationen einschl. Stadtanleihen		Industrie- obligationen	
		Durchschnitts- kurse	Indexziffern	Durchschnitts- kurse	Indexziffern	Durchschnitts- kurse	Indexziffern
1948							
3. Vj.-Durchschn.	121,5	9,17	122,1	8,26	116,2	7,57	122,9
4. Vj.- "	100,0	7,51	100,0	7,11	100,0	6,16	100,0
1949							
1. Vj.-Durchschn.	105,4	7,95	105,7	7,47	105,2	6,39	103,8
2. Vj.- "	102,9	7,69	102,4	7,52	105,8	6,33	102,8
3. Vj.- "	105,6	7,81	103,9	7,74	108,9	6,86	111,3
4. Vj.- "	107,1	7,89	105,0	7,83	110,2	7,18	116,5
1950							
1. Vj.-Durchschn.	107,0	7,85	104,5	7,78	109,4	7,28	118,1
2. Vj.- "	106,0	7,74	102,9	7,71	108,5	7,37	119,7
Juli	105,2	7,69	102,4	7,66	107,8	7,27	118,0
August	106,2	7,78	103,6	7,69	108,3	7,25	117,7
September	106,8	7,84	104,3	7,70	108,4	7,30	118,5
Oktober	106,5	7,82	104,1	7,66	107,9	7,28	118,2
November	105,6	7,79	103,7	7,59	106,8	7,05	114,4
Dezember	103,5	7,70	102,4	7,59	106,8	6,55	106,3
1951							
Januar	102,4	7,60	101,1	7,59	106,8	6,52	105,9
Februar	101,0	7,48	99,6	7,53	105,9	6,44	104,6
März	99,9	7,39	98,3	7,36	103,5	6,49	105,3
April	99,1	7,27	96,8	7,25	102,0	6,70	108,7
Mai	99,1	7,20	95,9	7,23	101,8	7,05	114,4
Juni	97,4	7,03	93,5	7,16	100,7	7,15	116,2

3. Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien

Bundesgebiet, in Mill. DM

Zeit	Langfristige Schuldverschreibungen						Aktien		Summe	
	davon					insgesamt		viertel- jährlich bzw. monatlich	seit der Währungs- reform	seit der Währungs- reform
	Pfand- briefe	Kommunal- obli- gationen	Industrie- obli- gationen	Schuld- verschrei- bungen von Kredit- instituten	Anleihen der öffent- lichen Hand	viertel- jährlich bzw. monatlich	seit der Währungs- reform			
1948										
Seit der Währungs- reform bis Dezember	32,5	4,0	10,0	—	—	46,5	46,5	1,0	1,0	47,5
1949 1. Vierteljahr	135,0	33,5	75,0	—	—	243,5	290,0	17,9	18,9	308,9
2. " "	55,0	20,0	78,0	—	64,0 ²⁾	217,0	507,0	27,2	46,1	553,1
3. " "	152,5	42,0	146,2	160,0	276,4 ²⁾	777,1	1 284,1	8,5	54,6	1 338,7
4. " "	20,0	23,0	1,5	—	—	44,5	1 328,6	4,2	58,8	1 387,4
1950 1. Vierteljahr	76,0	20,0	23,5	8,0	—	127,5	1 456,1	7,2	66,0	1 522,1
2. " "	81,0	25,0	18,0	—	—	124,0	1 580,1	13,9	79,9	1 660,0
3. " "	69,5	10,1	102,0	—	160,0 ⁴⁾	341,6	1 921,7	9,9	89,8	2 011,5
4. " "	43,0	110,0	10,0	—	—	163,0	2 084,7	28,3	118,1	2 202,8
1951 Januar	25,0	10,0	—	—	57,5	92,5	2 177,2	11,7	129,8	2 307,0
Februar	25,5	5,0	—	—	—	30,5	2 207,7	7,0	136,8	2 344,5
März	26,0	—	20,0	—	—	46,0	2 253,7	5,1	141,9	2 395,6
April	30,0	—	—	—	—	30,0	2 283,7	9,7	151,6	2 435,3
Mai	16,8	5,0	—	—	—	21,8	2 305,5	6,4	158,0	2 463,5
Juni	55,7	—	18,0	—	50,0	123,7	2 429,2	82,0	240,0	2 669,2
zusammen:	843,5	307,6	502,2 ³⁾	168,0	607,9	2 429,2	2 429,2 ¹⁾	240,0	240,0	2 669,2
davon waren am 30. Juni 1951 verkauft:	596,4	197,9	179,8 ⁴⁾	117,0 ⁵⁾	500,4 ²⁾	—	1 591,5	—	211,3	1 802,8

¹⁾ Von den festverzinslichen Wertpapieren sind 8 Mill. DM mit 3 1/2%, 0,1 Mill. DM mit 4 1/2%, 1 162,0 Mill. DM mit 5%, 160 Mill. DM mit 5 1/2%, 553,9 Mill. DM mit 6%, 495,2 Mill. DM mit 6 1/2% verzinslich, 50 Mill. DM Prämien-Schatzanweisungen. — ²⁾ Reichsbahn-anleihe. — ³⁾ Hiervon sind 255,5 Mill. DM zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehen. — ⁴⁾ Die zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehenen Emissionsbeträge sind hierin nicht enthalten. — ⁵⁾ Davon 60 Mill. DM aus dem Arbeitsstock. — ⁶⁾ Erhöhung der Reichsbahnleihe durch eine Schuldbucheintragung von 160 Mill. DM. — ⁷⁾ Gegenüber früheren Veröffentlichungen revidierte Zahlen: ein Teil der Kapitalumstellungen war bisher als Neuemission gemeldet worden.

VIII. Öffentliche Finanzen

1. Aufkommen aus Bundes- und Ländersteuern¹⁾

in Mill. DM

Steuerart	Rechnungsjahr 1949/50 Insges. ²⁾	Rechnungsjahr 1950/51				Rechnungsjahr 1951/52
		April bis Juni ³⁾	Juli bis Sept.	Okt. bis Dez.	Jan.-März	April ⁴⁾
I. Besitz- und Verkehrssteuern						
Insgesamt	11 203,6	2 658,1	2 537,3	3 030,3	3 308,7	922,5
darunter						
Lohnsteuer	2 113,2	404,4	270,5	466,3	551,7	171,9
Veranlagte Einkommensteuer	2 408,9	533,7	444,6	490,6	478,8	71,2
Körperschaftsteuer	1 448,1	375,6	324,4	395,8	436,3	56,8
Vermögensteuer	115,2	26,0	26,0	30,4	26,7	2,0
Umsatzsteuer	3 991,1	1 029,2	1 160,5	1 332,7	1 402,7	509,8
Kraftfahrzeugsteuer einschl. Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer	282,2	73,4	79,9	79,8	113,2	37,6
Wechselsteuer	33,9	10,1	11,2	12,7	13,3	4,4
Beförderungssteuer	261,7	44,7	73,9	54,4	78,5	5,4
Notopfer Berlin	325,7	93,4	89,2	93,1	113,6	34,2
II. Verbrauchssteuern und Zölle						
Insgesamt	4 205,9	929,2	1 152,4	1 250,9	1 303,5	392,2
darunter						
Tabaksteuer	2 190,6	449,8	559,9	512,2	578,7	160,6
Kaffeesteuer	280,7	68,0	91,0	97,6	99,7	35,1
Zuckersteuer	378,1	51,9	84,4	134,4	115,2	25,0
Salzsteuer	36,3	7,7	10,2	10,6	11,0	3,1
Biersteuer	302,4	87,9	102,0	75,0	49,8	16,4
Aus dem Spiritusmonopol	502,0	90,2	94,1	149,0	154,6	42,0
Zündwarensteuer	53,1	13,8	18,3	13,3	15,5	4,1
Ausgleichssteuer auf Mineralöle	48,9	15,0	20,0	20,7	40,9	34,0
Zölle	346,5	128,7	150,0	215,9	212,6	63,1
Insgesamt	15 409,5	3 587,4⁴⁾	3 689,7	4 281,2	4 612,1	1 314,7
davon dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet bzw. dem Bund zuzurechnen	1 009,0	1 991,3	2 392,3	2 645,6	2 847,9	925,3

1) Darin Steuern, Monopolabgaben, Zölle und Notopfer Berlin. — 2) Einschließlich darin enthaltener Nachbuchungen für Rechnungsjahr 1948/49. — 3) Einschließlich darin enthaltener Nachbuchungen für Rechnungsjahr 1949/50. — 4) Differenz durch Abrundung. — 5) Einschließlich der Nachbuchungen für das Rechnungsjahr 1950/51. — Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

2. Kurzfristige Verschuldung des Bundes

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Kassenkredite von der Bank deutscher Länder	Schatzwechsellauf	Unverzinsliche Schatzanweisungen	Kredit vom Hauptamt für Soforthilfe	Lombardkredit der Landeszentralbanken	Insgesamt
1950						
März	—	236,0	—	—	—	236,0
Juni	638,4 ¹⁾	336,4	—	200,0	147,0	1 321,8 ¹⁾
Juli	748,2	506,5	—	200,0	—	1 454,7
Aug.	799,8	431,3	—	200,0	—	1 431,1
Sept.	597,3	600,2	—	200,0	—	1 397,5
Okt.	515,5	615,2	—	200,0	—	1 330,7
Nov.	550,5	598,5	—	200,0	—	1 349,0
Dez.	578,4	498,7	—	300,0	—	1 377,1
1951						
Jan.	255,4	499,3	50,8	300,0	—	1 105,5
Febr.	293,5	393,6	146,2	300,0	—	1 133,3
März	202,8 ¹⁾	457,9	196,1	300,0	—	1 156,8 ¹⁾
April	271,2 ¹⁾	496,2	196,2	300,0	—	1 263,6 ¹⁾
Mai	379,0	448,3	196,2	200,0	—	1 223,4 ²⁾
Juni	526,7	416,0	196,2	200,0	—	1 338,9

1) Berichtigt. — 2) Differenz durch Aufrunden.

3. Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Bundes seit April 1950
in Mill. DM

Einnahme- / Ausgabeart	Rechnungsjahr 1950/51					Rechnungsjahr 1951/52	
	April bis Juni	Juli bis Sept.	Okt. bis Dez.	Jan. bis März	Insgesamt ¹⁾	April ⁴⁾	Mai ⁴⁾
I. Einnahmen insgesamt	2 108,1	2 993,3	3 049,8	3 606,0	11 757,2	948,7	956,0
darunter:							
1. Bundessteuern	1 981,1	2 367,8	2 642,2	2 849,2	9 840,4 ¹⁾	930,1	920,0
darunter:							
Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer	—	—	—	—	—	15,1	15,1
2. Ablieferungen der Deutschen Bundespost	38,5	33,0	33,0	29,5	134,0	12,5	12,5
3. Ablieferungen der Deutschen Bundesbahn	—	—	—	—	—	—	—
4. Nettoüberschuß aus der Münzprägung	—	140,3	51,7	114,6	306,6	— 0,9	— 1,9
5. Interessenquoten der Länder	43,7	275,2	242,5	270,4	831,6 ¹⁾	0,2	9,9
6. Zuschuß aus dem ERP-Sondervermögen	—	74,5	11,6	186,3	272,4	—	—
II. Ausgaben insgesamt	2 765,6	2 811,2	3 154,1	3 141,5	11 872,4	791,2	970,2
darunter:							
1. Besatzungs- und Besatzungsfolgelasten	1 084,1	987,1	1 049,2	1 172,0	4 292,2 ¹⁾	174,6	427,4
2. Soziale Kriegsfolgelasten	766,0	780,0	887,1	697,1	3 130,3 ¹⁾	228,0	190,2
darunter:							
a) Kriegsfolgenhilfe	122,4	119,7	145,7	165,4	553,0 ¹⁾	38,3	34,2
b) Versorgung verdrängter Angehöriger des öffentl. Dienstes und ihrer Hinterbliebenen	55,8	70,8	83,3	59,6	269,7 ¹⁾	38,0	25,5
c) Unterhaltshilfe für ehemalige Wehrmachtangehörige und ihre Hinterbliebenen	30,4	28,0	36,5	22,0	116,9	14,5	8,7
d) Kriegsopferversorgung	554,8	559,7	618,1	446,9	2 179,5	136,9	120,6
3. Sonstige Soziallasten	459,2	450,6	448,3	420,1	1 778,1 ¹⁾	178,4	149,1
davon:							
a) Arbeitslosenhilfe	250,8	235,4	230,8	255,0	972,0	72,6	91,7
b) Zuschüsse z. Sozialversicherung	208,4	215,2	217,5	165,1	806,2	105,8	57,4
4. Preisausgleich für eingeführte Lebensmittel und Düngemittel	48,1	16,8	151,4	246,9	463,2	33,2	68,6
5. Wohnungsbau	105,1	97,1	122,5	66,7 ²⁾	391,2 ¹⁾	25,5	9,4
6. Schuldendienst	4,9	59,2	7,3	75,9	147,3	1,9	2,5
III. Mehreinnahmen (+) bzw. Mehrausgaben (—)	— 657,5	+ 182,1	— 104,3	+ 464,5	— 115,2	+ 157,5	— 14,2

¹⁾ Differenz durch Abrunden. — ²⁾ Berichtigt. — ³⁾ Ohne Auslaufperiode. — ⁴⁾ Nur Buchungen, die das Rechnungsjahr 1951/52 betreffen. — Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

4. Finanzstatus der Arbeitslosenversicherung im Bundesgebiet

Zeit	Einnahmen			Ausgaben			Überschuß (+) oder Fehlbe- trag (-)	Gesamte Überschüsse seit der Währungs- reform ¹⁾	Haupt- unter- stützungs- empfänger in der Arbeits- losen- versicherung
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter				
		Beiträge	Erstat- tungen der Länder für Arbeits- losen- fürsorge		Arbeits- losen- unter- stützung	Arbeits- losen- fürsorge			
Mill. DM									Anzahl
1949/50 Rechnungsjahr	1 685,3	1 148,9	527,9	1 679,9	717,3	649,8	+ 5,4	459,9	.
1950 April	76,9 ²⁾	72,9	3,8 ²⁾	71,2 ²⁾	55,4	— ²⁾	+ 5,7	465,6	541 047
Mai	89,8	83,6	5,0	78,2	58,6	—	+ 11,6	477,2	468 257
Juni	97,9	90,0	6,5	74,8	51,6	—	+ 23,1	500,3	410 579
Juli	95,6	90,3	3,5	66,8	42,4	—	+ 28,8	529,1	367 498
August	97,0	92,5	3,2	60,8	38,4	—	+ 36,2	565,3	341 956
September	97,5	90,8	5,8	56,2	32,6	—	+ 41,3	606,5	311 234
Oktober	97,3	96,2	0,1	53,0	28,8	—	+ 44,3	650,8	276 245
November	96,3	94,6	0,1	50,7	28,9	—	+ 45,6	696,3 ³⁾	306 974
Dezember	98,8	94,6	2,2	65,7	41,2	—	+ 33,1	729,4	484 701
1951 Januar	111,1	106,1	1,2	99,7	78,8	—	+ 11,4	740,8	684 084
Februar	91,3	87,8	1,7	95,8	74,3	—	— 4,6	736,3	587 461
März	98,3	94,6	2,1	85,9	64,4	—	+ 12,4	748,7	484 586
Nachtrag	6,2	4,3	— 1,4	21,3	9,5	—	— 15,1	733,6	.
1950/51 Rechnungsjahr	1 153,9	1 098,1	33,8	880,2	604,8	—	+ 273,7	733,6	.
April	98,0	95,9	1,6	59,1	40,3	—	+ 38,9	772,5	378 937
Mai	103,1	100,2	1,1	68,3	46,5	—	+ 34,8	807,2	357 320

¹⁾ Stand am Monatsende; ohne Erstattungsrückstände der Länder. — ²⁾ Da die Arbeitslosenfürsorge ab 1. April 1950 nicht mehr von der Arbeitslosenversicherung bevorschußt wird, erscheinen ab April Einnahmen und Ausgaben verkürzt. Nur bei den Einnahmen werden die Erstattungen der Länder für die von der Arbeitslosenversicherung vor dem 1. April 1950 bevorschußten Zahlungen nachgewiesen. — ³⁾ Differenz durch Aufrunden. — Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

5. Umlauf von kurzfristigen Schuldverschreibungen und Schatzwechseln im Bundesgebiet

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Bund		Länder		Dt. Bundesbahn		Betriebsvereinigung der Südwestdeutschen Eisenbahnen		Insgesamt (Umlauf am Monats- ende) ¹⁾
	Schatz- anwei- sungen	Schatz- wechsel	Schatz- anwei- sungen	Schatz- wechsel	Schatz- anwei- sungen	Schatz- wechsel	Schatz- anwei- sungen	Schatz- wechsel	
1948 Dezember	—	—	22,6	5,3	94,5	—	—	—	122,3
1949 März	—	—	19,0	5,3	169,5	—	—	5,0	198,8
Juni	—	—	19,0	10,3	206,0	129,0	1,0	18,5	383,7
September	—	156,0	17,7	5,3	160,0	250,0	1,0	—	589,9
Dezember	—	213,4	20,7	148,8	135,2	298,2	1,0	—	817,2
1950 Januar	—	222,6	20,7	157,4	138,6	323,6	1,0	—	863,8
Februar	—	163,1	20,7	158,6	127,6	342,1	1,0	—	813,0
März	—	236,0	20,7	152,7	116,9	387,2	39,6	33,2	986,2
April	—	285,5	20,7	140,3	128,8	405,5	42,0	31,0	1 053,7
Mai	—	323,6	—	156,8	141,9	402,6	52,0	30,0	1 106,8
Juni	—	336,4	—	157,9	147,0	402,9	54,9	25,2	1 124,4
Juli	—	506,5	—	206,5	181,4	405,9	71,7	25,7	1 397,6
August	—	431,3	—	218,2	183,3	421,4	70,3	27,3	1 351,7
September	—	600,2	—	217,6	198,8	380,8	70,0	28,0	1 495,4
Oktober	—	618,6	—	220,5	180,0	441,6	60,0	22,5	1 543,1
November	—	598,5	—	224,9	171,0	461,5	55,2	26,4	1 537,4
Dezember	—	498,7	—	250,0	166,5	537,6	57,7	33,9	1 544,4
1951 Januar	50,8	499,1	—	246,2	139,3	576,3	56,0	41,5	1 609,2
Februar	146,2	393,6	—	252,5	128,9	554,6	62,0	40,7	1 578,5
März	196,2	457,9	—	213,1	126,6	602,3	50,2	29,5	1 675,7
April	196,2	496,2	—	203,7	146,1	606,0	44,2	27,6	1 719,9
Mai	196,2	448,3	—	189,0	155,4	626,3	26,8	26,2	1 668,1
Juni	196,2	416,0	—	163,5	206,7	598,6	24,1	18,5	1 623,5

¹⁾ Differenz durch Aufrunden.

6. Finanzergebnisse der sozialen Krankenversicherungen im Bundesgebiet
in Mill. DM

Zeit	Einnahmen			Ausgaben				Überschuß (+) bzw. Defizit (-)
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter			
		Beiträge (ohne Krankenversicherung der Rentner)	Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner		Krankenbehandlung ¹⁾	Krankenunterstützung ²⁾	Verwaltungskosten	
1950 1. Kalendervierteljahr	538,6	482,0	48,4	536,1	226,0	172,2	36,5	+ 2,5
2. Kalendervierteljahr	575,3	515,8	50,3	542,9	339,0	151,1	35,1	+ 32,4
3. Kalendervierteljahr	611,0	548,2	53,7	570,7	370,3	151,8	35,4	+ 40,3
4. Kalendervierteljahr	653,2	573,7	65,7	621,3	399,9	164,8 ³⁾	40,5	+ 31,9

Erfolgswirksame Reinausgaben: ¹⁾ für ärztliche Behandlung, Zahnbehandlung, Arznei und Heilmittel sowie Krankenhauspflege. — ²⁾ für Krankengeld, Haus- und Taschengeld, Wochenhilfe sowie Sterbegeld. — ³⁾ berichtigt. — Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

7. Finanzergebnisse der sozialen Rentenversicherungen im Bundesgebiet
in Mill. DM

Versicherungszweig	Einnahmen				Ausgaben ¹⁾			
	Insgesamt	darunter			Insgesamt	darunter		
		Beiträge	Erstattungen			Ausgezahlte Renten		Verwaltungskosten und Postvergütungen
			insgesamt	darunter: Zuschüsse des Bundes (Grundbeträge zu den Renten)		insgesamt ²⁾	darunter: von der Versicherung zu tragende Rentenlast	
1	2	3	4	5	6	7	8	
1. Rechnungsvierteljahr 1950/51								
Invalidenversicherung	.	486,5	.	100,0	562,6	483,7	383,1	13,3
Angestelltenversicherung	.	225,9	.	.	218,5	193,9	193,6	4,8
Knappschaftliche Rentenversicherung	158,1	114,7	43,3	7,0	145,9	131,3	.	3,5
Rentenversicherungen insgesamt	.	827,1	.	107,0	927,0	808,9	.	21,6
2. Rechnungsvierteljahr 1950/51								
Invalidenversicherung	.	548,6	.	104,5	588,4	503,3	399,2	14,9
Angestelltenversicherung	.	235,5	.	.	232,2	201,0	201,0	4,6
Knappschaftliche Rentenversicherung	155,0	116,8	37,8	33,1	151,5	136,1	.	3,5
Rentenversicherungen insgesamt	.	900,9	.	137,6	972,1	840,4	.	23,0
3. Rechnungsvierteljahr 1950/51								
Invalidenversicherung	.	581,4	.	108,6	595,3	514,8	400,9	15,3
Angestelltenversicherung	.	239,7	.	.	236,3	205,0	200,9	4,5
Knappschaftliche Rentenversicherung	163,1	123,4	39,7	14,4	156,4	140,2	.	3,8
Rentenversicherungen insgesamt	.	944,5	.	123,0	988,0	860,0	.	23,6
4. Rechnungsvierteljahr 1950/51								
Invalidenversicherung	.	580,4	.	112,8	612,7	529,1	420,9	12,5
Angestelltenversicherung	.	269,0	.	.	235,5	209,9	213,2	4,2
Knappschaftliche Rentenversicherung	161,9	132,1	29,7	13,9	157,1	140,2	.	4,0
Rentenversicherungen insgesamt	.	981,5	.	126,7	1 005,3	879,2	.	21,3

¹⁾ Die Unterschiede zu den früheren Tabellen beruhen darauf, daß nunmehr die gesamten Ausgaben (einschließlich der vom Bund zu übernehmenden Anteile) nachgewiesen werden, während in den früheren Tabellen nur die von den Rentenversicherungen selbst finanzierten Ausgaben nachgewiesen wurden. — ²⁾ Eigener Aufwand für Renten (vgl. Spalte 7) und die vom Bund zu tragenden Grundbeträge. — Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

IX. Außenhandel

1. Außenhandel des Bundesgebiets^{+) nach Warengruppen *)}

Spezialhandel

Zeit	Einfuhr (kommerziell und nichtkommerziell)									Ausfuhr								
	Ins-gesamt	Er-näh-rungs-wirt-schaft	Gewerbliche Wirtschaft						Ins-gesamt	Er-näh-rungs-wirt-schaft	Gewerbliche Wirtschaft							
			zu-sammen	Roh-stoffe	Halb-waren	Fertigwaren					zu-sammen	Roh-stoffe	Halb-waren	Fertigwaren				
						zu-sammen	Vor-erzeug-nisse	End-erzeug-nisse					zu-sammen	Vor-erzeug-nisse	End-erzeug-nisse			
Mill. DM																		
1949 Oktober	796,5	478,6	317,9	171,4	85,8	60,7	26,1	34,6	342,2	9,0	333,2	73,4	76,9	182,9	63,0	119,3		
November	694,1	388,3	305,8	153,9	85,8	66,1	33,2	32,9	370,2	15,9	354,3	79,0	90,2	185,1	60,0	125,1		
Dezember	1 136,7	617,0	519,7	254,5	150,8	114,4	57,5	56,9	485,5	17,3	468,2	96,8	115,9	255,5	88,2	167,3		
1949 4. Vj. gesamt	2 627,3	1 483,9	1 143,4	579,8	322,4	241,2	116,8	124,4	1 197,9	42,2	1 155,7	249,2	283,0	623,5	211,8	411,7		
1950 Januar	966,1	503,3	462,8	240,6	124,7	97,5	49,8	47,7	442,8	9,4	433,4	84,6	104,9	243,9	91,4	152,5		
Februar	708,2	324,2	384,0	214,0	90,6	79,4	41,8	37,6	473,8	11,6	462,2	80,6	103,1	278,5	97,7	180,8		
März	822,6	423,6	399,0	220,4	82,2	96,4	49,0	47,4	590,5	11,8	578,7	91,9	127,4	359,4	123,1	236,3		
April	747,5	317,1	430,4	230,7	98,0	101,7	47,4	54,3	542,0	13,4	528,6	78,9	104,8	344,9	122,1	222,8		
Mai	678,2	291,4	386,8	220,0	76,5	90,3	43,9	46,4	594,9	8,3	586,6	87,7	111,4	387,5	132,3	255,2		
Juni	790,5	302,8	487,7	286,0	105,6	96,1	43,0	53,1	651,9	8,5	643,4	105,8	125,1	412,5	139,4	273,1		
Juli	948,5	427,2	521,3	311,3	107,8	102,2	51,1	51,1	727,8	10,2	717,6	106,5	150,9	460,2	159,0	301,2		
August	864,3	399,8	464,5	211,5	142,3	110,7	57,6	53,1	751,2	12,1	739,1	102,3	155,0	481,8	154,7	327,1		
September	1 006,3	472,1	534,2	275,6	129,1	129,5	68,8	60,7	696,8	10,0	686,8	112,7	130,6	443,5	158,1	285,4		
Oktober	1 312,4	561,9	750,5	368,1	202,8	179,6	94,0	85,6	901,3	27,1	874,2	108,4	142,4	623,4	228,0	395,4		
November	1 206,2	478,2	728,0	354,9	202,0	171,1	87,3	83,8	979,8	36,4	943,4	111,6	156,5	675,3	227,6	447,7		
Dezember	1 323,1	511,8	811,3	434,5	202,7	174,1	80,8	93,3	1 009,4	36,9	972,5	96,8	164,2	711,5	228,5	483,0		
1950 insgesamt	11 373,9	5 013,4	6 360,5	3 367,6	1 564,3	1 428,6	714,5	714,1	8 362,2	195,7	8 166,5	1 167,8	1 576,3	5 422,4	1 861,9	3 560,5		
1951 Januar	1 241,7	472,4	769,3	438,9	172,8	157,6	83,9	73,7	912,9	59,8	853,1	96,3	144,5	612,3	219,4	392,9		
Februar	1 221,8	485,8	736,0	424,5	156,1	155,4	92,1	63,3	971,7	31,3	940,4	92,8	153,2	694,4	226,7	467,7		
März	1 257,7	461,4	796,3	477,5	162,6	156,2	93,3	62,9	1 090,3	36,1	1 054,2	124,3	169,2	760,7	254,3	506,4		
April	1 078,6	389,3	689,3	427,0	142,2	120,1	73,0	47,1	1 153,0	35,6	1 117,4	117,5	162,5	837,4	290,4	547,0		
Mai	1 050,0	450,9	599,1	393,6	122,7	82,8	43,7	39,1	1 147,0	28,6	1 118,4	99,7	164,4	854,3	296,1	558,2		
Juni	1 072,5	482,1	590,4	376,4	136,6	77,4	39,4	38,0	1 249,7	26,6	1 223,1	114,0	167,4	941,7	322,3	619,4		
Mill. \$																		
1949 Oktober	190,7	114,8	75,9	40,8	20,6	14,5	6,2	8,3	80,9	2,1	78,8	17,6	18,5	42,7	14,4	28,3		
November	169,0	94,1	74,9	37,9	21,1	15,9	8,0	7,9	87,9	3,8	84,1	18,9	22,0	43,2	13,8	29,4		
Dezember	275,7	149,8	125,9	62,1	36,7	27,1	13,5	13,6	115,1	4,2	110,9	23,0	28,0	59,9	20,7	39,2		
1949 4. Vj. gesamt	635,4	358,7	276,7	140,8	78,4	57,5	27,7	29,8	283,9	10,1	273,8	59,5	68,5	145,8	48,9	96,9		
1950 Januar	230,1	120,0	110,1	57,3	29,7	23,1	11,8	11,3	104,4	2,3	102,1	20,1	25,2	56,8	21,6	35,2		
Februar	168,3	77,1	91,2	50,9	21,5	18,8	9,9	8,9	112,4	2,8	109,6	19,2	24,8	65,6	23,2	42,4		
März	195,5	100,7	94,8	52,4	19,6	22,8	11,6	11,2	139,7	2,8	136,9	21,9	30,4	84,6	29,2	55,4		
April	177,7	75,4	102,3	54,9	23,3	24,1	11,2	12,9	127,7	3,2	124,5	18,7	25,0	80,8	28,9	51,9		
Mai	161,1	69,3	91,8	52,3	18,2	21,3	10,4	10,9	140,3	2,0	138,3	20,9	26,5	90,9	31,3	59,6		
Juni	187,9	72,0	115,9	68,0	25,1	22,8	10,2	12,6	153,9	2,0	151,9	25,2	29,8	96,9	33,0	63,9		
Juli	225,4	101,5	123,9	74,0	25,7	24,2	12,1	12,1	171,6	2,4	169,2	25,3	35,9	108,0	37,7	70,3		
August	205,3	95,0	110,3	50,3	33,8	26,2	13,7	12,5	177,1	2,8	174,3	24,3	36,9	113,1	36,7	76,4		
September	239,1	112,2	126,9	65,5	30,7	30,7	16,4	14,3	165,2	2,3	162,9	26,8	31,1	105,0	37,6	67,4		
Oktober	311,9	133,6	178,3	87,5	48,2	42,6	22,4	20,2	214,1	6,5	207,6	25,8	33,9	147,9	54,3	93,6		
November	286,6	113,7	172,9	84,4	48,0	40,5	20,7	19,8	233,0	8,7	224,3	26,6	37,3	160,4	54,2	106,2		
Dezember	314,8	121,8	193,0	103,4	48,2	41,4	19,2	22,2	241,1	8,8	232,3	23,1	39,2	170,0	54,7	115,3		
1950 insgesamt	2 703,7	1 192,3	1 511,4	800,9	372,0	338,5	169,6	168,9	1 980,5	46,6	1 933,9	277,9	376,0	1 280,0	442,4	837,6		
1951 Januar	295,4	112,4	183,0	104,4	41,1	37,5	20,0	17,5	217,5	14,2	203,3	23,0	34,5	145,8	52,3	93,5		
Februar	290,6	115,5	175,1	101,0	37,2	36,9	21,9	15,0	231,2	7,4	223,8	22,1	36,5	165,2	54,1	111,1		
März	299,2	109,8	189,4	113,6	38,7	37,1	22,2	14,9	259,7	8,6	251,1	29,6	40,4	181,1	60,7	120,4		
April	256,6	92,6	164,0	101,6	33,8	28,6	17,4	11,2	274,6	8,5	266,1	28,0	38,8	199,3	69,3	130,0		
Mai	249,8	107,2	142,6	93,7	29,2	19,7	10,4	9,3	273,0	6,8	266,2	23,8	39,2	203,2	70,6	132,6		
Juni	255,0	114,6	140,4	89,5	32,5	18,4	9,4	9,0	297,4	6,4	291,0	27,2	39,9	223,9	76,9	147,0		

+) Einschließlich West-Berlin. — *) Werte teilweise berichtigt. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

2. Warenhandelsbilanz des Bundesgebiets*) nach Ländergruppen bzw. Ländern*)

in Mill. DM

Länder		1950			1951					
		November	Dezember	insgesamt	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
I. EZU-Länder	Einfuhr	879,9	921,2	7 868,9	855,6	891,8	850,8	621,1	542,3	575,5
	Ausfuhr	706,0	745,3	6 316,2	650,2	720,1	825,1	848,2	801,3	889,1
	Saldo	-173,9	-175,9	-1 552,7	-205,4	-171,7	-25,7	+ 227,1	+ 259,0	+ 313,6
davon:										
1. Belgien-Luxemburg ¹⁾	Einfuhr	57,6	61,3	503,3	69,9	97,5	88,1	51,3	44,1	45,2
	Ausfuhr	74,9	76,3	691,2	71,9	73,1	85,6	87,6	75,2	88,3
	Saldo	+ 17,3	+ 15,0	+ 187,9	+ 2,0	- 24,4	- 2,5	+ 36,3	+ 31,1	+ 43,1
2. Dänemark	Einfuhr	60,1	46,7	490,7	47,6	53,9	49,8	19,3	24,6	26,7
	Ausfuhr	39,6	44,4	353,4	32,7	36,2	44,7	47,4	43,6	47,3
	Saldo	- 20,5	- 2,3	- 137,3	- 14,9	- 17,7	- 5,1	+ 28,1	+ 19,0	+ 20,6
3. Frankreich ¹⁾ einschl. Saargebiet	Einfuhr	135,1	140,5	1 261,1	141,2	138,3	128,2	87,5	55,8	54,8
	Ausfuhr	81,6	85,2	804,8	72,0	80,2	82,1	91,8	90,6	98,7
	Saldo	- 53,5	- 55,3	- 456,3	- 69,2	- 58,1	- 46,1	+ 4,3	+ 34,8	+ 43,9
4. Griechenland	Einfuhr	10,3	11,6	58,3	4,3	4,3	5,5	4,5	4,0	3,7
	Ausfuhr	14,2	15,1	135,6	10,3	13,5	14,4	10,0	12,1	12,7
	Saldo	+ 3,9	+ 3,5	+ 77,3	+ 6,0	+ 9,2	+ 8,9	+ 5,5	+ 8,1	+ 9,0
5. Italien ¹⁾ einschl. Triest	Einfuhr	64,8	72,1	507,3	58,4	52,5	62,2	38,7	30,0	37,4
	Ausfuhr	44,2	57,2	493,9	43,9	46,3	61,3	58,8	49,2	53,0
	Saldo	- 20,6	- 14,9	- 13,4	- 14,5	- 6,2	- 0,9	+ 20,1	+ 19,2	+ 15,6
6. Niederlande ¹⁾	Einfuhr	105,2	116,4	1 256,7	99,0	90,4	72,2	49,9	55,8	69,0
	Ausfuhr	123,3	118,1	1 168,8	102,4	114,5	138,8	133,5	113,2	126,1
	Saldo	+ 18,1	+ 1,7	- 87,9	+ 3,4	+ 24,1	+ 66,6	+ 83,6	+ 57,3	+ 57,1
7. Indonesien	Einfuhr	19,6	16,9	233,7	16,3	15,2	11,8	15,7	12,1	27,3
	Ausfuhr	6,9	8,3	52,2	8,7	9,9	10,2	14,7	14,0	17,5
	Saldo	- 12,7	- 8,6	- 181,5	- 7,6	- 5,3	- 1,6	- 1,0	+ 1,9	- 9,8
8. Norwegen	Einfuhr	18,8	21,8	217,4	20,5	20,7	21,9	18,5	21,5	18,2
	Ausfuhr	14,0	13,4	119,1	13,9	14,9	16,0	16,6	19,6	20,8
	Saldo	- 4,8	- 8,4	- 98,3	- 6,6	- 5,8	- 5,9	- 1,9	- 1,9	+ 2,6
9. Österreich	Einfuhr	25,0	18,1	178,3	18,3	22,0	21,6	15,9	12,1	14,8
	Ausfuhr	30,2	34,9	311,6	26,8	39,9	49,3	44,5	38,2	42,0
	Saldo	+ 5,2	+ 16,8	+ 133,3	+ 8,5	+ 17,9	+ 27,7	+ 28,6	+ 26,1	+ 27,2
10. Portugal ¹⁾	Einfuhr	15,7	12,6	74,7	12,9	8,7	9,0	16,6	5,9	6,0
	Ausfuhr	7,6	8,4	57,7	6,5	8,3	8,2	7,9	7,8	10,7
	Saldo	- 8,1	- 4,2	- 17,0	- 6,4	- 0,4	- 0,8	- 8,7	+ 1,9	+ 4,7
11. Schweden	Einfuhr	58,2	64,8	637,0	60,5	65,0	54,5	37,4	39,9	56,2
	Ausfuhr	64,6	82,0	531,2	67,5	70,5	81,4	75,9	73,0	76,3
	Saldo	+ 6,4	+ 17,2	- 105,8	+ 7,0	+ 5,5	+ 26,9	+ 38,5	+ 33,1	+ 20,1
12. Schweiz	Einfuhr	35,1	36,7	350,3	34,7	36,8	33,4	24,9	17,8	20,7
	Ausfuhr	55,3	57,9	492,3	57,2	60,5	75,0	75,2	72,0	77,3
	Saldo	+ 20,2	+ 21,2	+ 142,0	+ 22,5	+ 23,7	+ 41,6	+ 50,3	+ 54,2	+ 56,6
13. Türkei	Einfuhr	42,3	43,4	218,6	32,2	48,7	46,5	21,3	9,0	10,5
	Ausfuhr	22,4	26,0	236,9	23,7	28,5	33,4	34,6	31,7	39,3
	Saldo	- 19,9	- 17,4	+ 18,3	- 8,5	- 20,2	- 13,1	+ 13,3	+ 22,7	+ 28,8
14. „Sterling“-Teilnehmer- Länder ²⁾	Einfuhr	135,4	152,5	1 032,3	132,7	127,0	136,7	114,2	89,0	75,4
	Ausfuhr	74,0	62,5	534,5	66,8	71,2	79,3	100,1	102,1	111,3
	Saldo	- 61,4	- 90,0	- 497,8	- 65,9	- 55,8	- 57,4	- 14,1	+ 13,1	+ 35,9
15. Nichtteilnehmer- „Sterling“-Länder ²⁾	Einfuhr	90,9	95,1	813,5	100,3	108,0	108,3	104,8	116,0	103,8
	Ausfuhr	53,2	55,6	331,0	45,9	52,6	45,3	49,4	58,8	67,4
	Saldo	- 37,7	- 39,5	- 482,5	- 54,4	- 55,4	- 63,0	- 55,4	- 57,2	- 36,4
16. Übrige EZU-Mitglieder ³⁾ (UNO-Treuhandgebiete, Brit.-Ägypt. Kondominium)	Einfuhr	5,8	10,7	35,7	6,8	2,8	1,1	0,6	4,6	5,8
	Ausfuhr	0,0	0,0	2,0	0,0	0,0	0,1	0,2	0,2	0,4
	Saldo	- 5,8	- 10,7	- 33,7	- 6,8	- 2,8	- 1,0	- 0,4	- 4,4	- 5,4
II. Osteuropa	Einfuhr	45,1	56,0	477,8	37,8	29,8	27,4	30,5	34,4	38,1
	Ausfuhr	42,9	51,2	540,7	66,7	39,4	40,8	51,4	56,3	63,8
	Saldo	- 2,2	- 4,8	+ 62,9	+ 28,9	+ 9,6	+ 13,4	+ 20,9	+ 21,9	+ 25,7
III. Sonstige Länder in Europa, Asien und Afrika	Einfuhr	38,1	61,5	380,5	76,2	70,3	69,8	76,2	60,1	70,5
	Ausfuhr	37,9	44,3	353,9	36,4	38,5	38,4	45,9	46,3	61,4
	Saldo	- 0,2	- 17,2	- 26,6	- 39,8	- 31,8	- 31,4	- 30,3	- 13,8	- 9,1
IV. Westliche Hemisphäre	Einfuhr	243,1	284,4	2 631,4	272,0	229,9	309,6	413,2	413,2	388,4
	Ausfuhr	190,7	165,4	1 126,6	157,7	172,1	182,3	204,8	240,6	232,9
	Saldo	- 52,4	- 119,0	- 1 504,8	- 114,3	- 57,8	- 127,3	- 146,0	- 172,6	- 155,5
davon:										
1) Vereinigte Staaten von Amerika	Einfuhr	138,1	179,3	1 811,2	164,8	168,8	217,1	228,7	255,3	225,0
	Ausfuhr	71,7	66,0	433,0	60,3	69,5	73,7	78,5	91,3	88,5
	Saldo	- 66,4	- 113,3	- 1 378,2	- 104,5	- 99,3	- 143,4	- 150,2	- 164,0	- 136,5
2) Canada	Einfuhr	6,7	6,0	42,5	5,0	3,7	5,5	4,3	8,9	21,7
	Ausfuhr	5,8	3,7	41,4	4,3	5,4	7,2	9,0	9,4	13,3
	Saldo	- 0,9	- 2,3	- 1,1	- 0,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 4,7	+ 0,5	- 8,4
3) Lateinamerika	Einfuhr	98,3	99,1	777,7	102,2	57,4	87,0	117,8	149,0	141,7
	Ausfuhr	113,2	95,7	652,2	93,1	97,2	101,4	117,3	139,9	131,1
	Saldo	+ 14,9	- 3,4	- 125,5	- 9,1	+ 39,8	+ 14,4	- 0,5	- 9,1	- 10,6
V. Nicht ermittelte Länder und Eismeergebiete	Einfuhr	-	-	15,3	0,1	0,0	0,1	0,0	-	0,0
	Ausfuhr	2,3	3,2	24,8	1,9	1,6	3,7	2,7	2,5	2,5
	Saldo	+ 2,3	+ 3,2	+ 9,5	+ 1,8	+ 1,6	+ 3,6	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,5
Alle Länder	Einfuhr	1 206,2	1 323,1	11 373,9	1 241,7	1 221,8	1 257,7	1 078,6	1 050,0	1 072,5
	Ausfuhr	879,8	1 009,4	8 362,2	912,9	971,7	1 090,3	1 153,0	1 147,0	1 249,7
	Saldo	- 226,4	- 313,7	- 3 011,7	- 328,8	- 250,1	- 167,4	+ 74,4	+ 97,0	+ 177,2
darunter: ⁴⁾										
EZU-Länder, gesamt	Einfuhr	879,9	921,2	7 868,9	855,6	891,8	850,8	621,1	542,3	575,5
	Ausfuhr	706,0	745,3	6 316,2	650,2	720,1	825,1	848,2	801,3	889,1
	Saldo	- 173,9	- 175,9	- 1 552,7	- 205,4	- 171,7	- 25,7	+ 227,1	+ 259,0	+ 313,6
Sonstige Verrechnungsländer, gesamt	Einfuhr	133,6	169,8	989,8	160,9	114,9	147,2	165,4	176,8	190,5
	Ausfuhr	133,8	142,1	1 017,8	158,5	134,5	142,5	173,5	201,4	210,2
	Saldo	+ 0,2	- 27,7	+ 28,0	- 2,4	+ 19,6	- 4,7	+ 8,1	+ 24,6	+ 19,7
Freie Dollarländer, gesamt	Einfuhr	192,7	232,1	2 499,9	225,1	215,1	259,6	292,1	330,9	306,5
	Ausfuhr	137,7	118,8	1 003,4	102,3	115,5	119,0	128,6	141,8	147,9
	Saldo	- 55,0	- 113,3	- 1 496,5	- 122,8	- 99,6	- 140,6	- 163,5	- 189,1	- 158,6

*) Einschließlich West-Berlin. — *) Gesamtaußenhandel; Einfuhr nach Herstellungsländern. — *) Einschließlich der Gebiete in Übersee. — *) Nichtteilnehmerländer bzw. Teilnehmerländer am Marshallplan. — *) Diese EZU-Mitglieder (Nichtteilnehmerländer, die nach dem „OEEC-Länderverzeichnis“ nicht der „Sterling-Area“ angehören) verrechnen in £-Sterling. — *) Hierin nicht enthalten: Position V „Nicht ermittelte Länder und Eismeergebiete“. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

2. Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß

Bundesgebiet, in 1000 t

Zeit	Steinkohlenförderung		Ausfuhrüberschuß von Steinkohle	
	monatlich	arbeits-täglich	Steinkohle	Koks
1946 M.-D.	4 495	177,8	.	.
1947 ..	5 927	234,7	.	.
1948 ..	7 253	285,1	702	542
1949 ..	8 603	338,1	944	646
1949 Juli	8 749	336,5	1 022	670
August	9 047	335,1	966	579
September	8 776	337,5	940	453
Oktober	8 990	345,8	947	399
November	9 199	368,0	900	534
Dezember	9 125	351,0	1 305	602
1950 Januar	9 327	358,7	919	623
Februar	8 682	361,7	861	649
März	9 802	363,0	922	590
April	8 364	363,6	861	485
Mai	8 667	361,1	816	452
Juni	8 978	345,3	1 123	462
Juli	9 169	352,6	1 160	726
August	9 445	349,8	1 111	861
September	9 216	354,5	1 136	798
Oktober	9 499	365,4	1 020	734
November	10 022	400,9	1 170	747
Dezember	9 584	399,4	823	779
1951 Januar	10 138	389,9	660	738
Februar	9 455	394,0	806	704
März	10 038	401,5	976	824
April	10 023	400,9	672	815
Mai	9 373	390,5	330	813
Juni	10 041	386,2	406	796

Quelle: Deutsche Kohlenbergbauleitung; Statistisches Bundesamt.

3. Eisen- und Stahlerzeugung

Bundesgebiet, in 1000 t

Zeit	Roheisen einschl. Ferrolegierungen	Rohstahlblöcke und Stahlformguß ¹⁾	Walzstahlfertigerzeugnisse
August	651	845	582
September	598	770	535
Oktober	557	704	518
November	584	765	555
Dezember	633	812	566
1950 Januar	697	907	605
Februar	671	899	573
März	772	1 015	650
April	691	907	575
Mai	724	938	625
Juni	762	1 006	683
Juli	824	1 049	690
August	867	1 088	751
September	887	1 079	762
Oktober	927	1 135	783
November	875	1 112	793
Dezember	774	959	676
1951 Januar	806	1 044	749
Februar	710	942	681
März	783	1 027	713
April	867	1 121	784
Mai	920	1 121	744
Juni	945	1 187	813

¹⁾ Von April 1950 ab: flüssig. — Quelle: Fachstatistik Eisen und Stahl.

4. Arbeitsmarkt

Bundesgebiet, in 1000

Stand am Monatsende	Beschäftigte	Arbeitslose			Offene Stellen	Arbeitslosen- und Arbeitslosenfürsorgeunterstützungsempfänger
		Insgesamt	Männer	Frauen		
1948 Oktober	.	739,4	506,0	233,4	305,5	287
November	.	715,1	492,2	222,9	276,2	310
Dezember	13 702,8	759,6	548,0	211,6	225,8	380
1949 Januar	.	962,9	723,5	239,4	216,9	521
Februar	.	1 068,9	804,7	264,2	212,3	650
März	13 447,3	1 168,1	873,9	294,2	197,2	749
April	.	1 232,4	896,8	335,6	183,6	771
Mai	.	1 256,9	909,2	347,7	157,1	827
Juni	13 488,7	1 283,3	931,5	351,8	144,6	887
Juli	.	1 302,9	938,0	364,9	135,7	931
August	.	1 308,1	926,1	382,0	125,7	963
September	13 604,4	1 313,7	921,0	392,7	127,9	963
Oktober	.	1 316,6	917,2	399,4	119,7	969
November	.	1 383,8	974,9	408,9	99,5	1 030
Dezember	13 556,2	1 558,5	1 123,1	435,4	75,4	1 203
1950 Januar	.	1 897,6	1 408,6	489,0	87,7	1 446
Februar	.	1 981,9	1 481,1	500,8	106,1	1 622
März	13 307,3	1 851,9	1 362,9	489,0	126,6	1 544
April	.	1 783,8	1 291,1	492,7	119,6	1 446
Mai	.	1 668,3	1 192,1	476,2	116,9	1 363
Juni	13 845,6	1 538,1	1 081,9	456,2	124,3	1 264
Juli	.	1 451,9	1 005,9	446,0	128,2	1 177
August	.	1 341,2	917,5	423,7	133,9	1 102
September	14 295,6	1 271,8	863,5	408,1	142,3	1 030
Oktober	.	1 230,2	827,6	402,6	129,9	984
November	.	1 316,2	899,6	416,6	100,2	1 034
Dezember	14 163,1	1 690,0	1 240,8	449,2	71,9	1 295
1951 Januar	.	1 821,3	1 350,9	470,4	104,0	1 542
Februar	.	1 662,5	1 207,1	455,4	132,4	1 449
März	14 246,5	1 566,7	1 120,6	446,1	144,5	1 346
April	.	1 446,1	994,2	451,9	135,3	1 213
Mai	.	1 386,9	932,1	454,8	126,9	1 166
Juni	14 719,9	1 325,8	875,0	450,8	125,9	1 110

Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

5. Preisindexziffern

X. Preise

1938 = 100

Zeit	Vereinigtes Wirtschaftsgebiet											USA	Groß- britan- nien		
	Indexziffer der Grundstoffpreise			Indexziffer der Erzeuger- preise industrieller Produkte				Indexziffer der Lebenshaltungskosten						Moody's Index 1)	Reuter's Index 1)
	Gesamt	darunter		Gesamt	darunter			Gesamt	darunter						
		Nah- rungs- mittel	Indu- strie- stoffe		Grund- stoffe-	In- vesti- tions- güter-	Ver- brauchs- güter-		Ernäh- rung	Beklei- dung	Haus- rat				
					erzeugende Industrien										
1948 Juli	159	127	179	175	174	193	167	159	156	214	195	302	278		
August	172	129	200	183	187	194	171	157	147	230	198	298	278		
September	179	132	210	187	192	193	175	159	147	244	202	292	290		
Oktober	188	149	214	190	194	195	181	165	156	261	206	282	294		
November	190	151	217	192	195	195	185	166	164	272	210	279	293		
Dezember	193	154	218	192	195	195	185	168	168	271	211	276	290		
1949 Januar	190	155	214	191	195	192	183	167	169	260	208	272	292		
Februar	188	156	210	190	196	191	181	167	173	250	203	262	292		
März	187	156	208	189	195	190	179	167	175	240	198	259	291		
April	185	153	206	187	194	187	176	163	168	232	192	245	289		
Mai	188	168	202	186	191	186	176	161	166	223	187	240	289		
Juni	190	174	201	184	190	184	175	159	164	215	183	236	286		
Juli	191	178	199	183	189	184	173	159	166	209	178	237	283		
August	192	182	199	182	188	183	173	157	160	204	175	237	284		
September	192	185	197	182	187	182	173	155	158	201	173	241	301		
Oktober	199	190	204	183	189	182	174	155	160	200	172	236	335		
November	197	186	205	182	189	179	173	156	162	199	171	240	337		
Dezember	195	181	204	181	190	178	171	156	163	199	171	241	335		
1950 Januar	196	169	214	182	192	176	172	154	160	197	170	245	336		
Februar	197	170	214	181	192	175	167	154	160	194	168	249	341		
März	196	168	215	180	191	174	166	153	159	191	166	249	342		
April	197	169	216	179	190	173	165	153	160	189	164	252	343		
Mai	197	168	216	178	190	171	164	156	168	188	163	266	352		
Juni	198	168	218	178	190	170	165	151	157	185	162	277	356		
Juli	203	176	222	179	191	170	166	149	153	183	161	302	366		
August	207	176	228	180	192	169	170	148	150	182	159	320	384		
September	218	179	245	185	198	169	175	148	149	184	160	329	395		
Oktober	220	177	249	187	201	169	176	149	150	187	161	325	398		
November	224	177	256	189	206	170	177	150	152	189	163	336	403		
Dezember	229	176	265	195	216	172	178	151	155	192	165	345	411		
1951 Januar	240	182	279	205	229	177	186	154	157	197	171	364	428		
Februar	245	184	286	212	238	181	193	156	159	203	177	371	444		
März	251	187	293	218	244	183	201	161	168	209	183	366	445		
April	250	192	289	222	249	185	205	163	170	211	186	362	449		
Mai	245	191	281	223	248	189	205	165	175	212	188	350	446		
Juni	245	196	278	222	247	190	205	167	180	211	189	342	446		

Quelle: Statistisches Bundesamt. — 1) Umgerechnet auf Grund der Originalziffern des Statistischen Bundesamtes. —

